

EU-Kommission plant Absatzförderung auch für private Marken

Die Europäische Kommission will nicht länger ausschließen, dass unter der EU-Absatzförderung künftig auch private Marken beworben werden könnten. Das geht aus einem Mitteilungsentwurf hervor. Der Charakter einer generischen Werbung für europäische Lebensmittel insgesamt soll beibehalten werden. Auf Drittlandsmärkten können sich die Beamten jedoch die Einführung gemischter Programme unter Anwesenheit von Unternehmensmarken vorstellen. Sie versprechen sich davon eine Hebelwirkung. Dort könnte auch stärker als bisher mit der nationalen Herkunft geworben werden. Insgesamt soll die Politik gestrafft und vereinheitlicht werden.

EU-Nachrichten 9

Landtechnikindustrie läuft wieder auf Hochtouren

Die deutschen Landtechnikunternehmen konnten 2011 ihren Umsatz um 27 % auf insgesamt 6,98 Mrd Euro steigern und erreichten damit nach dem konjunkturellen Abschwung 2009/10 wieder ein sehr hohes Niveau, das nur im „Boomjahr“ 2008 noch etwas höher ausgefallen war. Die Produktion läuft seit Monaten auf Hochtouren und aktuelle Auftragsbestände zeigen, dass die Nachfrage weiterhin ungebrochen ist. Auch die europäische Landtechnikindustrie ist optimistisch und erwartet, dass ihre Verkaufszahlen 2012 sogar über das hohe Niveau des Vorjahres hinaus ansteigen werden; hier wird mit einem Zuwachs von 5 % gerechnet.

Länderberichte 32 und EU-Nachrichten 5

Kopenhagen bringt Bewegung in die Gentechnikdebatte

Die dänische EU-Ratspräsidentschaft will der geplanten Möglichkeit, den Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) aus politischen Gründen auf nationaler Ebene zu verbieten, neuen Schwung geben. Kopenhagen will den Mitgliedstaaten gestatten, im Laufe des EU-weiten Zulassungsverfahrens für ein bestimmtes Produkt mit dem Hersteller zu vereinbaren, dass das nationale Territorium ganz oder teilweise von der Anbauzulassung ausgenommen wird. Weigert sich das Unternehmen, würde über die Ausnahme im Komitologieverfahren entschieden. Als Gründe für eine Beschränkung könnten sozioökonomische oder umweltpolitische Bedenken gelten.

EU-Nachrichten 6

Schmallenberg-Virus breitet sich aus

Das sogenannte Schmallenberg-Virus befindet sich in Deutschland weiter auf dem Vormarsch. Laut Angaben des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) wurde der neue Erreger bundesweit bis zum vergangenen Freitagmittag bei Tieren aus insgesamt 280 Betrieben festgestellt. Betroffen waren 263 Schaf- und zehn Ziegen- sowie sieben Rinderhaltungen. Die Mehrheit der Fälle trat laut FLI in Nordrhein-Westfalen auf, wo das Virus bis dahin bei 161 Nutztierhaltungen nachgewiesen wurde. Es folgten zu diesem Zeitpunkt Niedersachsen mit 43 betroffenen Betrieben vor Hessen mit 24 und Schleswig-Holstein mit 23 Haltungen. Darüber hinaus wurde das Schmallenberg-Virus auch bereits bei Schafen oder Ziegen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Hamburg und Bayern diagnostiziert. Betroffen von der neuen Tierseuche sind neben Deutschland auch die Niederlande, Belgien, Großbritannien und Frankreich. Auch dort trat diese Erkrankung bislang hauptsächlich bei Schafen auf. Die Agrarsprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke, Dr. Kirsten Tackmann, warnte vor einer hohen Dunkelziffer, denn die Erkrankung könne zurzeit nur in Betrieben erkannt werden, bei denen die Ablamm- und Abkalbesaison bereits begonnen habe. FDP-Agrarsprecherin Dr. Christel Happach-Kasan plädierte derweil dafür, es dem Bund zu ermöglichen, in einem Eilverfahren zunächst ohne Zustimmung des Bundesrates eine Anzeigepflicht für neue Tierseuchen einführen zu können.

Länderberichte 38

Impressum

HERAUSGEBER UND VERLAG

AGRA-EUROPE Presse- und Informationsdienst GmbH
Kessenicher Straße 221
53129 Bonn
Geschäftsführer: Dr. Franz Müller-Lohmann
Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 20 082 913 (BLZ 370 501 98),
IBAN DE32 3705 0198 0020 0829 13, BIC COLSDE33
Postbank Köln, Konto-Nr. 195 416 505 (BLZ 370 100 50),
IBAN DE22 3701 0050 0195 4165 05, BIC PBNKDEFF

REDAKTION

Büro Bonn

Dr. Franz Müller-Lohmann (Chefredakteur)
Dipl.-Ing. agr. Thomas Rickli (Stv. Chefredakteur)
Dr. Andreas Johaentges
Dipl.-Ing. agr. Klaus Knippertz
Dipl.-Ing. agr. Andrea Ludwig
Dipl.-Übers. Monika Putz
Dr. Dietmar Weiß
Kessenicher Straße 221
53129 Bonn
Telefon +49 (0)2 28 - 9 17 66-0
Telefax +49 (0)2 28 - 23 13 20
info@agra.de
www.agra.de

Büro Berlin

Haus der Bundespressekonferenz
Büro 4301
Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 - 7 26 22 59-0
Dipl.-Ing. agr. Rainer Münch, Durchwahl -21, Telefax -22
M.Sc. GB/AÖ Patricia Steinborn, Durchwahl -11, Telefax -12
Dipl.-Ing. agr. (FH) Marko Stelzer, Durchwahl -31, Telefax -32

Büro Brüssel

Dr. Michael Gast
Rue d'Arlon 53
1040 Brüssel
Telefon +32 (0)2 - 2 30-84 18
Telefax +32 (0)2 - 2 30-63 33

Büro Wien

Ing. Bernhard Weber
Margarethenstraße 22/2/9
1040 Wien
Telefon +43 (0)1 - 5 81 28 90-17
Telefax +43 (0)1 - 5 81 28 90-23

Copyright © by AGRA-EUROPE Presse- und Informationsdienst GmbH, 53129 Bonn.

Die Beiträge dieses Dienstes sind urheberrechtlich geschützt. Die Verbreitung, auch durch Film, Funk und Fernsehen, fotomechanische Wiedergabe, Tonträger jeder Art, auszugsweiser Nachdruck oder Einspeicherung und Rückgewinnung in Datenverarbeitungsanlagen jeder Art, ist nur mit Einwilligung des Herausgebers zulässig. Alle Informationen werden sorgfältig recherchiert und aufbereitet. Eine Haftung wird ausgeschlossen.

ISSN 0515-6777

LÄNDERBERICHTE

EU-NACHRICHTEN

MARKT+MEINUNG

KURZMELDUNGEN

DOKUMENTATION

» Deutschland: Zustand der deutschen Wälder leicht verschlechtert	1
Deutschland: Viele Lebensmittelhersteller haben ein Vertrauensproblem.	2
Dänemark/EU: Dahl: Fokus auf grünes Wirtschaftswachstum richten	2
Deutschland: Brandenburger Wälder in überwiegend gutem Zustand	2
Deutschland: UMSICHT will „Stadtfarmen“ auf bereits vorhandene Gebäude bringen	3
Irland/Welt: Irlands Agrarexporte auf Rekordniveau	3
Deutschland: Neue Landesgruppe im Gartenbauverband Nord.	4
Deutschland: Grüne Woche mit stärkstem agrarpolitischen Auftakt	4
Deutschland: Biokraftstoffe und Rapsspeiseöl stoßen auf Interesse.	5
Neuseeland/China: Chinesen dürfen Milchfarmen in Neuseeland kaufen.	5
Deutschland: Mehr Milchkühe in Niedersachsen registriert.	6
Frankreich: Rinderhalter setzen auf Modernisierung der Betriebe	6
» Deutschland: Gülleausbringung bleibt trotz Sperrfristende untersagt	7
Deutschland: „Grüne“ Berufe liegen in Niedersachsen im Trend	7
Deutschland/EU: Höherer Agrarpreis birgt Chancen und Risiken.	7
Deutschland: 25 Jahre Ökowein-Kurse in Altenkirchen	8
Italien: Mafia auch in der Agrar- und Ernährungswirtschaft aktiv.	9
Deutschland: Umweltwirtschaft legt wieder zu	9
Deutschland: Niedersächsische Erklärung zum „Wald-Wild-Konflikt“ unterzeichnet	9
Frankreich/EU: Präsidentschaftskandidat Hollande für „ehrgeizigen EU-Agrarhaushalt“	10
Deutschland: Molkereien bieten Landwirten mehr als der Spotmarkt	10
Deutschland: Sachsen-Anhalts Betriebe 2010/11 mit deutlichem Gewinnplus.	11
Deutschland: Molkereiwirtschaft durchlief gewaltige Umstrukturierung	11
Frankreich: Paris erlaubt Produktkennzeichnung „GVO-frei“	11
» Deutschland: VLK sagt „moderat steigende Unternehmensergebnisse“ voraus.	12
Deutschland: Jäger bei Wald-Wild-Frage mit am Verhandlungstisch	13
Österreich: Immer härtere Attacken gegen Bauern in Budgetstreit	14
Deutschland: Rabius bekräftigt Forderung nach Erhalt des Schenkelbrandes beim Pferd	14
Deutschland: Stabile Situation in Mecklenburg-Vorpommerns Wäldern	15
Schweiz: Agroscope betreibt ökotoxikologische Pflanzenschutzmittelprüfung	15
Deutschland/EU: Lindemann fordert Verbesserung des Infrastrukturangebotes	16
Deutschland/EU: Kritik an Vorschlägen zur GAP-Reform und Flächenverlusten	16
Argentinien/Welt: Neue Importregelung gültig	17
Deutschland/EU: Antragsfrist zur nächsten Milchquotenbörse endet Anfang März.	17
Deutschland/Welt: Welternährung über Produktivitätssteigerungen der Landwirtschaft absichern	18
» Deutschland: Mehr als 130 000 Unterschriften für DBV-Petition „Stoppt Landfraß“	18
Deutschland: Hochschule Osnabrück im Kompetenznetz Gartenbau	19
Ukraine: Bauernverband fordert Referendum über Bodenmarktgesetz	19
Deutschland: BayWa sieht „Blaue Lupine“ im Aufwind	19
Deutschland: AMV will Marketing für Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern forcieren	19
Deutschland: Nordrhein-Westfalen startet Preiskontrollen	20
Frankreich/Welt: Tereos meldet positive Geschäftsentwicklung	20
Deutschland: Reinholz konkretisiert Maßnahmen zum Flächenschutz.	21
Rumänien/Welt: Bukarest sucht Investoren für den Ausbau des Siret-Baragan-Kanals.	21
Deutschland: Pilotanlage zur Biogasproduktion aus Großmarktabfällen geht in Betrieb.	21
» Deutschland: Rentenbank senkt Zinsen ihrer Förderkredite.	22
Deutschland: Späteste Eisweinlese an der Mosel	22
Niederlande/Serbien: FrieslandCampina will zwei Molkereien in Südosteuropa übernehmen	22
Deutschland: Hohe Krabbendichte in der Nordsee	23
Deutschland: Bayerische Staatsforsten wehren sich gegen Greenpeace-Vorwürfe	23
Dänemark/EU: Dänemarks Landwirtschaftsministerium für effiziente Fleischkontrollen.	24
Deutschland: Aufruf zum bundesweiten „Tag des offenen Hofes“	24
Frankreich: Soziale Mehrwertsteuer entzweit den Berufsstand	25
Deutschland/EU: Höfken sieht bäuerliche Landwirtschaft als GAP-Zukunftsmodell	25
Österreich: Vermarktungsmisere bei Biogetreide birgt Sprengstoff für Bio Austria	26
Deutschland/EU: Prüfung von Koexistenzregelungen zum Schutz der Honigproduktion	26
» Deutschland/Welt: DMK meldet kräftiges Umsatzplus.	27

Österreich/EU: Berlakovich will nicht an Bergbauernförderung rütteln	27
Deutschland: DUH für Mini-BHKW statt großer Kraftwerksprojekte	28
Deutschland: Politischer Streit um Geflügelschlachthof Wietze hält an	28
Deutschland: Weiter Protest gegen geforderten Holzeinschlagstopp	29
Österreich: Berlakovich: Der Wald ist Motor der ländlichen Entwicklung.	29
Deutschland: Gute fachliche Praxis darf nicht statisch sein	30
Frankreich/EU: Junglandwirte stellen Forderungen an künftigen Präsidenten Frankreichs	30
Deutschland: Die neuen Jäger kommen aus der Mitte der Gesellschaft	31
Österreich: Hof Tafeln für die Besten unter den AMA-Gütesiegel-Betrieben	31
Deutschland: Backhaus für Tourismuskonzept beim Weltnaturerbe „Buchenwälder“	32
» Deutschland/Welt: Deutsche Landtechnikindustrie läuft weiter auf Hochtouren	32
Niederlande/Deutschland: Niederländische Geflügelwirtschaft auch in Deutschland auf Erfolgskurs	33
Deutschland/EU: Höfken für zukunftsorientierte und regional orientierte Landwirtschaft	33
Spanien/EU: Bioenergiebranche Spaniens gegen Streichung staatlicher Hilfen	34
Deutschland: Transgener Mais schadet Bienenlarven nicht	34
Russland/Ukraine/EU: Schmallenberg-Virus: Moskau und Kiew untersagen Viehimporte aus EU-Ländern.	35
Deutschland/EU: Rumpf sieht Milchwirtschaft auf der Erfolgsspur	35
Österreich: Jugendstudie verdeutlicht Interesse für Politik und Zukunftsthemen	35
Deutschland/Welt: Votum für starke Regelungen im Klimaschutz	36
Russland/Welt: Putin: WTO-Mitgliedschaft hat viele Vorteile für den russischen Agrarsektor	36
Schweiz: SBV fordert weitere Korrekturen bei der „Agrarpolitik 2014 bis 2017“	37
Deutschland: Geringerer Antibiotikaeinsatz durch bessere Haltungsbedingungen	37
» Deutschland/EU: Schmallenberg-Virus breitet sich immer weiter aus	38

DEUTSCHLAND

FORSTWIRTSCHAFT

Zustand der deutschen Wälder leicht verschlechtert

Inzwischen bei 28 Prozent des Waldes deutliche Schäden festgestellt - Vor allem Buchen betroffen - Schlechter Belaubungszustand insbesondere von Trockenheit und starker Fruchtbildung verursacht - SDW: Einfluss des Menschen bleibt durch Klimawandel und Schadstoffeinträge trotzdem spürbar - Ergebnisse der bundesweiten „Waldzustandserhebung 2011“ vorgelegt

BERLIN/BONN. Der Zustand des deutschen Waldes hat sich 2011 im Vergleich zum Vorjahr leicht verschlechtert. Das geht aus den Ergebnissen der jüngsten Waldzustandserhebung hervor, die das Bundeslandwirtschaftsministerium vergangene Woche in Berlin veröffentlicht hat. Demnach zeigten 28 % aller Bäume deutliche Kronenverlichtungen, was einem Anstieg um 5 Prozentpunkte gegenüber 2010 entspricht. Leichte Schäden an der Baumkrone wurden 2011 bei 35 % der untersuchten Stichprobe festgestellt. Völlig frei von Schäden waren rund 37 % der Bäume, womit das Vorjahresergebnis nur knapp unterschritten wurde. Die beobachteten Verschlechterungen werden im Waldzustandsbericht vor allem auf die starke Zunahme der Verlichtung bei der Buche zurückgeführt. Hauptursache hierfür ist laut Agrarressort die üppige Bildung von Früchten. Dieser natürliche Prozess dient der Fortpflanzung, bremst aber den Holzzuwachs und führt zu einer vermehrten Baumkronenverlichtung. Mehr als 90 % der Buchen im fortpflanzungsfähigen Alter trugen nach Angaben des Agrarressorts im vergangenen Jahr Bucheckern. Bei der Buche übertrifft folgerichtig im aktuellen Bericht der Anteil der deutlichen Kronenverlichtungen mit 57 % sogar den bisherigen Höchststand von 2004. Dies entspricht einer Zunahme um 24 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Die mittlere Kronenverlichtung wird bei der Buche für 2011 mit 30,4 %, nach 23,3 % im Vorjahr, angegeben. Der Anteil der Buchen ohne Verlichtung sank demnach von 20 % im vorletzten Jahr auf derzeit 12 %.

Eichen mit weniger Laubschäden

Die Eiche hat sich der jüngsten Erhebung zum Waldzustand zufolge trotzdem spürbar erholt. Der Anteil der deutlichen Kronenverlichtungen ging um 10 Prozentpunkte auf 41 % zurück. Die Eichenbestände ohne erkennbare Verlichtung legten um 4 Pro-

zentpunkte auf 21 % zu, und die mittlere Kronenverlichtung verminderte sich von knapp 30 % im Vorjahr auf gut 26 %. Positiv auf den Kronenzustand der Eichen habe sich ausgewirkt, dass es dieses Jahr weniger Fraßschäden durch Schmetterlingsraupen und kaum Befall durch Mehltau gegeben habe, heißt es in der Auswertung des Agrarressorts. Bei der Fichte und bei der Kiefer hat sich der Anteil der deutlichen Kronenverlichtungen laut Waldzustandsbericht mit 27 % beziehungsweise 13 % gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die mittlere Kronenverlichtung stieg bei der Fichte geringfügig auf 19 % an und schwankte bei der Kiefer um den Vorjahreswert. Ohne Kronenverlichtung zeigten sich zuletzt 45 % der Kiefern und 40 % der Fichten, womit die Messungen aus dem Jahr 2010 weitgehend bestätigt wurden.

Regional große Unterschiede

Der Zustand der deutschen Wälder schwankte 2011 je nach Bundesland und Baumart ganz erheblich. Deutlich verschlechtert hat sich der gesamte Waldzustand insbesondere in der Mitte Deutschlands und dort vor allem in Hessen. Hier stieg der Anteil von Kronenschäden im gesamten Baumbestand um 11 Prozentpunkte gegenüber dem Stand des Vorjahres an. In Nordrhein-Westfalen weist der Bericht in der gleichen Rubrik eine Verschlechterung um insgesamt 10 Prozentpunkte aus, in Rheinland-Pfalz ging der Anteil geschädigter Bäume um rund 7 Prozentpunkte nach oben. Leicht verschlechtert hat sich die Situation in Niedersachsen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen. Etwa gleich geblieben ist sie in Bayern und Sachsen-Anhalt. Bei den einzelnen Baumarten lässt sich in der aktuellen Erhebung kein allgemeiner Trend ablesen. Besonders deutlich nahm der Anteil geschädigter Buchen in Nordrhein-Westfalen zu. Der Anteil von Buchen mit mehr oder weniger starken Kronenverlichtungen stieg dort gegenüber 2010 um

Waldzustand in Deutschland
(2011; Anteil der Schadstufen 2 bis 4 in v.H. und Veränderung¹⁾ gegenüber 2010 in Prozentpunkten)

	Alle Baumarten	Fichte	Kiefer	Buche	Eiche
Baden-Württemberg	33 (-2)	25 (-3)	28 (-14)	60 (+60)	39 (-30)
Bayern	27 (±0)	20 (-1)	22 (-1)	46 (+5)	56 (-15)
Berlin	29 (+5)	o. A.	16 (+6)	o. A. ²⁾	75 (+7)
Brandenburg	9 (+2)	o. A.	5 (+1)	33 (+17)	34 (+6)
Bremen	10 (-1)	15 (-2)	2 (±0)	12 (+1)	29 (+1)
Hamburg	o. A. ²⁾	o. A. ²⁾	o. A. ²⁾	o. A. ²⁾	o. A. ²⁾
Hessen	36 (+11)	28 (+8)	22 (-5)	57 (+27)	35 (±0)
Mecklenburg-Vorpommern ³⁾	-	-	-	-	-
Niedersachsen	22 (+5)	35 (+3)	4 (+1)	52 (+20)	50 (-3)
Nordrhein-Westfalen	33 (+10)	26 (+8)	18 (+3)	55 (+36)	45 (-9)
Rheinland-Pfalz	33 (+7)	19 (-1)	16 (+7)	67 (+33)	39 (-12)
Saarland	27 (±0)	16 (-3)	44 (-7)	51 (+23)	18 (-19)
Sachsen	16 (+2)	16 (+2)	7 (±0)	56 (+31)	43 (+7)
Sachsen-Anhalt	16 (+1)	30 (+2)	3 (-1)	51 (+10)	46 (+2)
Schleswig-Holstein	29 (+3)	45 (+6)	14 (+3)	48 (+14)	28 (-2)
Thüringen	36 (+4)	24 (+2)	45 (+1)	52 (+15)	51 (-5)
Deutschland	28 (+5)	27 (+1)	13 (±0)	57 (+24)	41 (-10)

1) Die Veränderung entspricht nicht immer der Differenz zur im letzten Jahr veröffentlichten Zahl; leichte Abweichungen sind rundungsbedingt; 2) o. A.: ohne Angabe; der Stichprobenumfang lässt keine Aussage zu; 3) noch nicht veröffentlicht

36 Prozentpunkte an, womit hier inzwischen 55 % aller Buchen mehr oder weniger starke Schäden zeigen. Die deutlichsten Verbesserungen beim Schadbild in den Eichenbeständen wurden 2011 in Baden-Württemberg gemessen. Hier ergaben die Stichproben eine Verringerung des Anteils geschädigter Bäume um 30 Prozentpunkte auf nur noch 39 % des gesamten Eichenbestandes. Bei den Nadelbäumen blieben gravierende Verschlechterungen des Kronenbilds dem Bericht zufolge aus. Allerdings zeigten die Auswertungen bei den Fichtenbeständen in Hessen und Nordrhein-Westfalen Verschlechterungen zum Vorjahreswert um jeweils 8 Prozentpunkte.

Umweltbewussteres Verhalten aller Bürger nötig

Nach Einschätzung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) sind Buchen und andere Laubbäume 2011 auch durch die Trockenheit im Frühjahr und Herbst massiv unter Stress geraten, was zum schlechten Belaubungszustand beigetragen habe. Obwohl die „natürlichen Ursachen“ bei den Veränderungen

gen im Waldzustand in den letzten Jahren überwogen hätten, bleibe der negative Einfluss des Menschen aber weiterhin spürbar, erklärte die SDW zum aktuellen Waldzustandsbericht. Die Bäume und insbesondere der Waldboden seien durch die langjährigen Einträge von Schadstoffen in Mitleidenschaft gezogen worden. Damit steige die Anfälligkeit der Bäume für zusätzliche Stressfaktoren. Die trockenen Frühjahre könnten außerdem als Folge der Klimaveränderungen angesehen werden, der vom Menschen mitverursacht werde. Durch die wärmeren Temperaturen fühlten sich Schadinsekten wohler und könnten sich besser vermehren. Deshalb seien weiterhin umfassende Maßnahmen zur Reduzierung des Schadstoffeintrages und ein „umweltbewussteres Verhalten aller Bürger“ vonnöten, so die SDW. Die SDW besteht seit 1947 und ist damit eine der ältesten deutschen Umweltschutzorganisationen. Ziel des Verbandes ist es, den Wald für die nachkommenden Generationen zu erhalten. Schwerpunkte der Arbeit sind der Waldschutz und die Waldpädagogik. AgE

DEUTSCHLAND

MARKETING

Viele Lebensmittelhersteller haben ein Vertrauensproblem

FRANKFURT. Die deutschen Verbraucher trauen jedem einzelnen Markenhersteller mehr als den Lebensmittelproduzenten allgemein. Das hat eine repräsentative Verbraucherbefragung der Lebensmittelzeitung und der Berliner Markenberatung Musiol Munziger Sasserath ergeben. Im Fokus der Umfrage standen den Autoren zufolge 100 führende Marken aus der Konsumgüterbranche. Selbst der medial stark kritisierte Geflügelfleischanbieter Wiesenhof genieße ein höheres Vertrauen als die Gruppe der Lebensmittelhersteller insgesamt. Ursache seien die zahlreichen Lebensmittelskandale. Außerdem rechneten fast 90 % der Befragten mit einer wachsenden Be-

deutung von Online-Verbraucherportalen, die vor verunreinigten Lebensmitteln oder falsch gekennzeichneten Produkten warnen. Dort suchten die Verbraucher nach Informationen über Inhalts- und Zusatzstoffe von Lebensmitteln und über vorbildliche Unternehmen, die bestehende Missstände beseitigten. Das größte Vertrauen gelte indes den Süßwarenmarken. Unter den Top 10 sei aber auch die Molkereimarkte Landliebe zu finden: Gut 63 % der Befragten hielten diese Marke von FrieslandCampina für vertrauenswürdig. Das Markenversprechen treffe offenbar gut die „Vertrauensstreiber“ Transparenz und Qualität. AgE

DÄNEMARK/EU

AGRARPOLITIK

Dahl: Fokus auf grünes Wirtschaftswachstum richten

KOPENHAGEN. Der Dänische Bauernverband Landbrug & Fødevarer hat die Verabschiedung des „EU-Fiskalpaktes“ als „richtige Maßnahme“ für mehr Stabilität in der Europäischen Union begrüßt, fordert aber weitergehend eine stärkere Konzentration der Politik auf das Thema „Grünes Wirtschaftswachstum“. „Die Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie wichtig die Agrar- und Ernährungsbranche für die europäische und dänische Wirtschaft ist“, erklärte Verbandsgeschäftsführer Carl Aage Dahl vergangene Woche in Kopenhagen. Es sei daher entscheidend, dass die künftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) Teil der Wachstumsstrategie der EU werde. Landwirte

in ganz Europa stünden vor der Herausforderung, immer mehr Nahrungsmittel mit weniger Ressourcen beziehungsweise weniger Umwelt- und Klimaschäden zu erzeugen. Dies werde nur durch die Konzentration auf eine moderne, wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft geschehen, stellte Dahl fest. Durch ihre Direktzahlungen könne die EU dazu beitragen, dass Investitionen in grüne Technologien in diesem Bereich zukünftig eine noch größere Rolle spielten. „Wenn wir eine ‘grünere’ GAP in der EU wollen, müssen wir dafür sorgen, dass innovative Bauern auch in diese Bereiche investieren können“, so der Verbandschef. AgE

DEUTSCHLAND

FORSTWIRTSCHAFT

Brandenburger Wälder in überwiegend gutem Zustand

Eichen mit deutlich steigendem Anteil von stark geschädigten Kronen - Klimawandel sorgte für vermehrte Fraßschäden - Buchen zu einem Drittel mit starken Defiziten beim Kronenbild - Kiefern überwiegend wenig bis gar nicht beeinträchtigt - Waldzustandsbericht 2011 vorgestellt

POTSDAM. Brandenburgs Wälder sind insgesamt gesund, der Klimawandel belastet aber die Laubbäume. Das geht aus dem Waldzustandsbericht 2011 hervor, den Landwirtschaftsminister Jörg Voigt vergangene Woche in Potsdam vorgestellt hat. Demnach ist der gute Kronenzustand beim Wald insge-

samt im Jahr 2011 erhalten geblieben. Die Witterungsbedingungen der vergangenen fünf Jahre wirkten sich nach Einschätzung der Autoren des Berichts positiv auf den Zustand der Wälder aus. Etwa 52 % der Waldfläche in der Region Berlin-Brandenburg sind ihren Angaben zufolge vollkommen ohne Schäden. Bei

weniger als 10 % des Waldes wurden „deutliche Schäden“ festgestellt. Das Gesamtergebnis wird im Bericht vor allem auf den guten Kronenzustand der Kiefer zurückgeführt, die mit 74,2 % die dominierende Baumart in den brandenburgischen Wäldern darstellt. Fast 60 % der Kiefernflächen zeigten sich dem Ergebnis nach ohne Schäden, und der Anteil deutlich geschädigter Kiefernkronen blieb mit 5 % weiterhin gering. Zwischen den Baumarten gab es jedoch erhebliche Unterschiede.

Mehr Kronenschäden bei Eichen

Während die Nadelbäume 2011 nach Angaben der Autoren unverändert wenig Schäden aufwiesen, zeigten Laubbäume, allen voran die Eiche, wieder wesentlich mehr Kronenschäden

als in den Vorjahren. Bei den Eichen ist dem Bericht zufolge der Anteil deutlich geschädigter Bäume von 26 % im Jahr 2009 auf 34 % im vergangenen Jahr angestiegen. Gegenwärtig sind nur 9 % der Eichen gesund, 34 % weisen dagegen deutliche Schäden auf. Die Ursachen für den Anstieg der Schäden bei der Eiche sind vielfältig; sie werden im Bericht aber vorrangig mit intensiven Fraßschäden durch Schadinsekten begründet, die sich nicht zuletzt durch den Klimawandel kräftig vermehrt hatten. Für die Buchen sind flächenrepräsentative Aussagen aufgrund der geringen Anzahl dieser Bäume im Stichprobenetz nicht möglich. Ähnlich wie bei der Eiche gab es aber auch hier einen Anstieg der deutlichen Schäden, die im vergangenen Jahr rund 33 % erreichten. AgE

DEUTSCHLAND

FORSCHUNG

UMSICHT will „Stadtfarmen“ auf bereits vorhandene Gebäude bringen

OBERHAUSEN. Die Nutzung der Dächer bestehender Gebäude für die Produktion von Obst, Gemüse und Wirkstoffpflanzen ist das Ziel des Projekts „integrated farming“ (inFarming), das derzeit vom Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) gemeinsam mit der amerikanischen Firma BrightFarm durchgeführt wird. Wie UMSICHT in der vergangenen Woche weiter mitteilte, sind die Vorteile sogenannter „Stadtfarmen“ mit Gewächshäusern auf Dächern vor allem der geringere Flächenverbrauch, die niedrigen Transportkosten und Emissionen sowie die Frische der Produkte. Die Energieversorgung erfolge über die Abwärme der Häuser und zusätzliche Solarmodule. Auch der Wasserverbrauch sei minimal, weil in einem geschlossenen Kreislauf Schmutzwasser gereinigt und wieder zum Gießen genutzt werde, berichtete das Institut. Der Forschungsansatz sei nicht neu, meist würden aber spezielle Gebäude erst entwickelt. „InFarming“ nutze dagegen

bereits vorhandene Bauten. Weil für deren Dächer Erde häufig zu schwer sei, setzten die UMSICHT-Forscher bei ihrem Konzept auf Hydrokulturen. Auf diese Weise werde nicht nur der Ertrag deutlich erhöht, sondern auch das Gesamtgewicht der Kulturen verringert. In Deutschland gibt es laut Zahlen des Fraunhofer-Institutes insgesamt rund 1 200 Mio qm Flachdächer von Nichtwohngebäuden. Auf rund einem Viertel dieser Fläche könnten Kräuter und Gemüse gedeihen. Die Pflanzen würden dann pro Jahr zusammen etwa 28 Mio t Kohlenstoffdioxid (CO₂) binden, was ungefähr vier Fünfteln der gesamten CO₂-Emissionen von industriellen Betrieben in Deutschland entspräche. Bis dahin gibt es nach Angaben der Forscher allerdings noch viel zu tun. So seien zum Beispiel Logistikketten für die regional produzierte Ware aufzubauen und die Akzeptanz gegenüber der Pflanzenproduktion in Nährlösungen zu untersuchen. (www.infarming.de) AgE

IRLAND/WELT

AGRARHANDEL

Irlands Agrarexporte auf Rekordniveau

Der Inselstaat vermarktete 2011 Agrar- und Ernährungsgüter für insgesamt fast 9 Milliarden Euro im Ausland - Positive Entwicklung auch in diesem Jahr erwartet - Fleisch und Milch sind die Hauptumsatzbringer - Hohe Weltmarktpreise beflügeln Ausfuhrwert - Olympische Spiele im Nachbarland als zusätzlicher Impulsgeber

DUBLIN. Die Exporterlöse der irischen Agrar- und Ernährungswirtschaft sind 2011 gegenüber dem Vorjahr um 12 % auf das neue Rekordniveau von 8,85 Mrd Euro gestiegen. Wie die Absatzförderorganisation Bord Bia mitteilte, wuchs nach ihren Schätzungen der Ausfuhrwert von Nahrungsmitteln inklusive Getränken im vergangenen Jahr um 1 Mrd Euro und war damit für ein Viertel des Gesamtwachstums der irischen Exportwirtschaft verantwortlich. Als wesentliche Gründe für die Aufwärtsentwicklung nannte die Organisation das höhere Preisniveau am Weltmarkt, das größere Angebot aufgrund der Steigerung der Inlandsproduktion sowie weniger starke Wechselkursschwankungen. Bord-Bia-Geschäftsführer Aidan Cotter hob hervor, dass insbesondere in Asien neue Märkte erschlossen worden seien. Überproportional zugenommen hätten im Auslandsgeschäft die Rindfleischerlöse. Cotter geht von einem weiteren, aber voraussichtlich langsameren Anstieg der Agrarexporte aus, zumal sich in manchen Sektoren die Preise nach dem Spitzenniveau des Vorjahres abschwächen könnten. Irland könne sich am internationalen Markt „mit seiner grünen und natürlichen Umwelt“ positionieren und durch Nachhaltigkeitszertifikate und Maßnahmen zum Klimaschutz von den Wettbewerbern abgrenzen, erläuterte Cotter. Positive Erwartungen für das Jahr 2012

äußerten auch die irischen Exportunternehmen in der Bord Bia-Umfrage, die im Dezember durchgeführt worden war. Damals bezeichneten 85 % der Befragten die Geschäftsaussichten als gut bis sehr gut; ein Jahr davor hatte dieser Anteil bei 70 % gelegen. Als wichtigste Gründe für den größeren Optimismus wurden Abschlüsse mit neuen Kunden von 86 % der Teilnehmer genannt; es folgten neue Produktangebote mit 71 % und die Erschließung neuer Märkte mit 66 %.

Fast 1,8 Milliarden Euro mit Rindfleisch

Mit dem Verkauf von Fleisch und Lebendvieh ins Ausland wurden laut der Statistik von Bord Bia im vergangenen Jahr 2,8 Mrd Euro Erlöse erzielt; das war ein Zuwachs von 11 % gegenüber 2010. Der Anteil an den gesamten Nahrungsmittlexporten belief sich auf fast ein Drittel. Dabei nahm der Ausfuhrwert bei allen Fleischarten zu, bei Schweinefleisch mit einem Plus von 60 Mio Euro oder 18 % am stärksten. Insgesamt wurde irisches Schweinefleisch im Wert von fast 400 Mio Euro jenseits der Landesgrenzen vermarktet. Die Erlöse im Rindfleischexport nahmen 2011 um 15 % auf 1,8 Mrd Euro zu; knapp die Hälfte der Einnahmen stammte dabei aus Verkäufen in das Vereinigte Königreich. Für dieses Jahr rechnet Bord Bia mit einer knappen

Versorgung des Rindfleischmarktes sowohl in Irland als auch in anderen EU-Staaten und deshalb mit anhaltend festen Preisen. Beim Geflügelfleisch sorgte 2011 im Wesentlichen das größere Ausfuhrvolumen für einen moderaten Anstieg der Exporteinnahmen um 3 % im Vergleich zum Vorjahr. Schaf- und Lammfleisch konnte dagegen sowohl in Irland als auch am internationalen Markt zu deutlich höheren Preisen abgesetzt werden, was maßgeblich war für den Anstieg des betreffenden Ausfuhrwertes um 10 % auf 180 Mio Euro. Nachdem die Schaf- und Lammfleischproduktion auf der „grünen Insel“ in den vergangenen Jahren stetig rückläufig war, rechnet Bord Bia für 2012 mit einem Produktionszuwachs von 2 % und einer moderaten Steigerung der Ausfuhrmenge. Auch der Handel mit lebenden Tieren könnte sich nach Einschätzung der Absatzorganisation wieder beleben. Im vergangenen Jahr war insbesondere der Export von Lebendrindern rückläufig; das Minus betrug hier 24 %. Ausschlaggebend dafür waren einerseits das knappe Angebot und andererseits die hohen Preise am Inlandsmarkt.

Flotter Markt für Milcherzeugnisse

Aufgeholt zur Fleischbranche hat im vergangenen Jahr gemessen am Ausfuhrwert die Molkereibranche. Die milchwirtschaftlichen Ausfuhren legten wertmäßig gegenüber 2010 um 17 % auf etwa 2,67 Mrd Euro zu. Neben höheren Exportpreisen ermöglichte die Ausweitung der irischen Rohmilchproduktion diesen Anstieg. Die Milchlieferungen nahmen 2011 laut Schätzung von Bord Bia um 5 % zu, wobei günstige Witterungsbedingungen den Graswuchs als Futtergrundlage begünstigten. Das Preisniveau am EU-Markt lag für viele Milcherzeugnisse um durchschnittlich 10 % bis 15 % höher als 2010, wovon die exportorientierten irischen Molkereien profitierten. Für das laufende Jahr erwartet die irische Absatzorganisation eine Zunahme

der globalen Milcherzeugung, was zum Aufbau gewisser Lagerbestände und einer Preisabschwächung führen könnte. Es werde aber auch die internationale Nachfrage weiter zunehmen, weshalb die Aussicht auf ein weiterhin überdurchschnittliches Preisniveau am internationalen Markt bestehe, so Bord Bia.

Hersteller von Fertigprodukten besser aufgestellt

Im Vergleich zu den Sektoren Milch und Fleisch, auf die 2011 allein zusammen zwei Drittel der irischen Agrarexporteinnahmen entfielen, spielen andere Branchen im Geschäft mit dem Ausland eine deutlich kleinere Rolle. Mit der Ausfuhr von höher verarbeiteten Fertigprodukten wurden im vorigen Jahr Erlöse von 1,54 Mrd Euro erzielt, mit Getränken 1,22 Mrd Euro, mit Fisch und Meeresfrüchten 420 Mio Euro sowie mit Gartenbau- und Getreideerzeugnissen 201 Mio Euro. Nach den Zahlen von Bord Bia wurden auch in diesen Bereichen deutliche Zuwächse gegenüber 2010 verzeichnet. Für das begonnene Jahr 2012 wird das Exportumfeld in diesen Segmenten als verhalten positiv eingestuft. Zwar stellten höhere Rohstoffkosten und die ökonomischen Unsicherheiten in den Absatzmärkten für die irischen Hersteller von Fertigprodukten eine Herausforderung dar, doch hätten Effizienzsteigerungen ihre Wettbewerbsposition insgesamt verbessert. Der Schlüssel zum Erfolg im Exportgeschäft mit höherwertigen Ernährungsgütern seien Produktinnovationen und diversifizierte Märkte, erläuterte die Absatzorganisation. Für den Getränkebereich rechnet sie mit einem weiteren Wachstum insbesondere der Whiskyverkäufe im Ausland, aber höheren Ausfuhren von Likör, Cream und Bier. Ganz besonders setze man in diesem Jahr auf einen Nachfrageschub durch die Olympischen Spiele in Großbritannien, erklärte Bord Bia. Dorthin seien zuletzt rund 40 % aller Fertigprodukte- und Getränkeausfuhren gegangen. AgE

DEUTSCHLAND

GARTENBAU

Neue Landesgruppe im Gartenbauverband Nord

HAMBURG/ELLERHOOP. Der Gartenbauverband Nord (GVN) hat einen weiteren Schritt bei der Umsetzung seiner 2011 beschlossenen Verbandsstrukturreform erfolgreich umgesetzt: Am 1. Februar 2012 wurde die neue Landesgruppe (LG) Schleswig-Holstein (S-H) gegründet. Wie der GVN mitteilte, vereinigt sie die zuletzt bestehenden Kreisverbände Nord, Dithmarschen, Lübeck, Ostholstein, Stormarn, Mittelholstein, Pinneberg sowie Steinburg und umfasst 174 ordentliche Mitglieder. Schleswig-Holstein ist damit die letzte von drei neu gegründeten Landesgruppen nach Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern im län-

derübergreifend tätigen GVN mit derzeit 470 Mitgliedern der Fachsparten Zierpflanzen/Stauden, Friedhofsgärtner, Obstbau und Gemüsebau. Landespräsident der neuen Ländergruppe wurde GVN-Vizepräsident Dr. Hans Hermann B u c h w a l d. Er ist Inhaber eines Gartenfachmarktes und Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein. Weitere Mitglieder des neuen Vorstandes sind die Zierpflanzenproduzenten Martin J e ß und Lars K o t z a m sowie die Einzelhandelsgärtner Francesca T i s c h l e r - B r e h m e r, Jürgen B a r t e l t, Werner P e i n und Reinhard H o l z w a r t. AgE

DEUTSCHLAND

VERNSTALLTUNGEN

Grüne Woche mit stärkstem agrarpolitischen Auftakt

Mehr als 420 000 Besucher zählte die Messe in diesem Jahr - Etwa drei Viertel von ihnen besichtigten den ErlebnisBauernhof - Den Gesamtumsatz der Aussteller beziffert die Messe Berlin GmbH auf 47 Millionen Euro - Für die Petition „Stoppt Landfraß“ des DBV konnten rund 15 000 Mitzeichner gewonnen werden

BERLIN. Mehr als 420 000 Besucher hat die diesjährige Internationale Grünen Woche (IGW) insgesamt gezählt, gut 5 000 mehr als 2011. Wie die Messe Berlin GmbH am vorletzten Sonntag weiter berichtete, war dies die höchste Besucherzahl seit vier Jahren. Die Pro-Kopf-Ausgaben der Verbraucher hätten mit durchschnittlich 111 Euro, davon 86 Euro für Waren, leicht über dem Vorjahresniveau gelegen und den Ausstellern einen Gesamtumsatz von rund 47 Mio Euro beschert. Die Zahl der Fachbesucher bezifferte die Messe Berlin auf gut 105 000; auch

das waren 5 000 mehr als 2011. Mit einer Beteiligung von 1 624 Ausstellern aus 56 Ländern und einer Ausstellungsfläche von 115 000 qm reichte die diesjährige IGW an das Rekordniveau der Vorjahre heran; auf der Grünen Woche 2011 waren 1 632 Aussteller aus 57 Ländern vertreten gewesen. Der Geschäftsführer der Messe Berlin, Dr. Christian G ö k e, hob hervor, dass die Grüne Woche dieses Jahr den bisher stärksten agrarpolitischen Auftakt in ihrer Geschichte verzeichnet habe. Rund 70 Landwirtschaftsminister aus aller Welt, die Spitzen der

Land- und Ernährungswirtschaft und eine Vielzahl von Repräsentanten des gesamten Agribusiness hätten sich hier zum agrarpolitischen Dialog getroffen. Die Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL) wies darauf hin, dass mehr als 300 000 Menschen den ErlebnisBauernhof besucht hätten. Zufrieden mit dem Messeverlauf zeigten sich auch der Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL) und die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE). Rund 150 000 Besucher hätten sich auf dem Gemeinschaftsstand „Power fürs Leben“ über die Qualität, Vielfalt und Sicherheit von Lebensmitteln informiert.

Punktlandung mit dem Trendthema „Regionalität“

Göke stellte fest, dass auf der Grünen Woche wie bei keiner anderen Messe die umfassende Aufklärung des Verbrauchers zu allen Fragen der Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln im Mittelpunkt stehe. Der Verbraucher werde hinsichtlich der Nahrungsmittel kritischer. Auf der Grünen Woche finde er die Antworten auf seine Fragen. Die „Straße der Bundesländer“, verbunden mit dem Trendthema „Regionalität“, sei für die Grüne Woche 2012 eine Punktlandung gewesen, stellte der Geschäftsführer der Messe Berlin GmbH im Rückblick fest. Nie seien hier mehr regionale Produkte aus Deutschland präsentiert worden. Und gerade das Wissen um die Herkunft der Nahrungsmittel genieße beim Verbraucher höchste Priorität. Göke wies außerdem darauf hin, dass insgesamt mehr als 150 Spitzenpolitiker aus dem In- und Ausland der Grünen Woche mit ihren Delegationen einen Besuch abgestattet hätten. Rund 4 800 Medienvertreter aus 70 Ländern hätten vor Ort vom Messegeschehen berichtet. Das Schülerprogramm der Messe Berlin habe dieses Jahr den Besuch von rund 22 000 Schülern aus Berlin, Brandenburg und den angrenzenden Bundesländern verzeichnet. Erstmals sei mit dem „Temporären Campus“ ein Fortbildungsprogramm für Studenten, Berufsstarter und junge Nachwuchskräfte angeboten worden. An den Seminaren und Workshops zu den Themenfeldern der Grünen Woche hätten insgesamt 600 Interessenten teilgenommen.

Nerv der Zeit getroffen

FNL-Geschäftsführer Dr. G i b f r i e d S c h e n k stellte zur Resonanz auf den ErlebnisBauernhof fest, dass das Motto „Aufbruch zu Grünem Wachstum“ den Nerv der Zeit getroffen habe. Das Interesse der Besucher dafür, wie nachhaltige Innovationen ein Gleichgewicht zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten erhielten, sei überwältigend gewesen. Gerade in einer Zeit, in der moderne Landwirtschaft von manchen Gruppen in Frage gestellt werde, sei es entscheidend, an die Bedeutung der Agrarbranche und des landwirtschaftlichen Gunststandorts Deutschland zu erinnern, unterstrich Schenk. Umfassende Unterstützung fand dem FNL-Geschäftsführer zufolge die Aktion „Stopp Landfraß“ des Deutschen Bauernverbandes (DBV); für die Petition an den Deutschen Bundestag zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen hätten rund 15 000 Mitzeichner gewonnen werden können.

Riesiges Interesse an „Power fürs Leben“

Auf ein „riesiges Interesse“ stieß nach Darstellung von BLL und BVE auch der Gemeinschaftsauftritt der heimischen Lebensmittelwirtschaft. Im Mittelpunkt bei „Power fürs Leben - die Lebensmittelwirtschaft“ hätten die Qualität und die Kennzeichnung von Lebensmitteln gestanden. Der tägliche Einsatz der Lebensmittelhersteller und die Qualität sowie Sicherheit des reichhaltigen Angebots in Deutschland seien informativ und unterhaltsam veranschaulicht worden, erklärten beide Verbände. „Die Menschen in Deutschland haben eine positive Einstellung zu unseren Lebensmitteln und wissen die tägliche Leistung der Ernährungsindustrie sehr wohl zu schätzen. Wir haben sehr positives Feedback bekommen“, resümierte der BVE-Vorsitzende J ü r g e n A b r a h a m . Für BLL-Präsident Dr. W e r n e r W o l f waren die hohen Besucher- und Ausstellierzahlen ein deutlicher Beleg für „den lebendigen Dialog zwischen Verbrauchern und Lebensmittelherstellern und für die ungebrochene Faszination von Lebensmitteln“. AgE

DEUTSCHLAND

BIOENERGIE

Biokraftstoffe und Rapsspeiseöl stoßen auf Interesse

BERLIN. Die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP) hat sich mit den Besuchergesprächen auf der Grünen Woche in Berlin zufrieden gezeigt. Wie sie in der vergangenen Woche mitteilte, wurde auf dem Gemeinschaftsstand der Biokraftstoffverbände im Rahmen der Fachschau nature.tec vor allem über die Effekte der zunehmenden Produktion nachwachsender Rohstoffe und die Vorschläge der EU-Kommission zu den Indirekten Landnutzungsänderungen (iLUC) gesprochen. Dabei konnte die UFOP verdeutlichen, dass nachhaltig produzierte Biokraftstoffe einen wichtigen Beitrag für eine erfolgreiche Energiewende leisten. Bezüglich der iLUC-Faktoren führte sie die gravierenden Auswirkungen, beispielsweise auf den heimischen Rapsanbau, vor Augen. Auf völliges Unverständnis stieß dabei laut UFOP die Absicht der EU-Kommission, die

Studie des Internationalen Forschungsinstituts für Ernährungspolitik (IFPRI) in Washington zur Grundlage der Rechtsetzung zu machen, da die Autoren selbst auf die Unsicherheiten der Studie hinwiesen. Hinzu kämen methodische Fehler. Viele Vertreter von Fraktionen und Ministerien hätten sich offen für die Argumente der UFOP gezeigt und weitergehende Gespräche angeboten. Außerdem präsentierte der Branchenverband Rapsöl auf dem Erlebnisbauernhof der Fördergemeinschaft nachhaltige Landwirtschaft (FNL). Innerhalb weniger Jahre habe es das wichtigste heimische Pflanzenöl an die Spitze der beliebtesten Speiseöle geschafft und gehöre zu den erfolgreichsten Produkten im deutschen Lebensmitteleinzelhandel, betonte die UFOP. Verbraucher informierten sich über Warenkunde, Küchentechnik und Ernährungsphysiologie von Rapsspeiseöl. AgE

NEUSEELAND/CHINA

MILCH

Chinesen dürfen Milchfarmen in Neuseeland kaufen

WELLINGTON. Die chinesische Investorengruppe Pengxin hat grünes Licht für den Kauf von 16 neuseeländischen Milchbetrieben bekommen. Ende Januar stimmte die neuseeländische Regierung der Empfehlung der zuständigen Behörde zur Überwachung von Auslandsinvestitionen zu und gab den Weg

für das Investment unter Auflagen frei. Den neuen Eignern wurde unter anderem die Mehrheitsbeteiligung an neuseeländischen Molkereien untersagt, ferner wurden sie verpflichtet, 14 Mio NZ\$ (8,7 Mio Euro) in die Produktionsbetriebe zu investieren und Wegrechte für die Bevölkerung zu respektieren.

Die Milchfarmen sollen in Kooperation mit dem staatlichen Unternehmen Landcorp betrieben werden, wobei der neuseeländische Partner das praktische Hofmanagement übernehmen wird. Trotz Auflagen ist der Verkauf der sogenannten Crafar-Farms mit rund 7 900 ha auf der Nordinsel umstritten. Oppositionsführer David S h e a r e r von der Arbeiterpartei kritisierte, dass heimische Interessenten im Bieterverfahren nicht zum Zuge gekommen seien und nun der Abfluss von Profiten ins Ausland drohe. Ablehnend zum Verkauf heimischer Flächen an ausländische Investoren äußerten sich auch Vertreter der Grünen und der Maori-Partei. Premier Minister John K e y von der National-

partei betonte hingegen, dass die Aufsichtsbehörde ordnungsgemäß geprüft und keine rechtliche Möglichkeit einer Ablehnung gesehen habe. Er erwarte, dass die chinesischen Investoren die in Schwierigkeiten geratenen Milchbetriebe wieder auf Vordermann brächten und so Neuseeland als ganzes profitieren werde. Die Gegner der geplanten Übernahme im Wert von schätzungsweise 200 Mio NZ\$ (125 Mio Euro) setzen ihre Hoffnungen nun auf die letzte noch verbliebene Hürde: Beim Obersten Gerichtshof in Wellington wurde nach Klage des unterlegenen Bieterkonsortiums eine letzte Anhörung des Falles angesetzt. AgE Umrechnungskurs: 1 NZ\$ = 0,623 Euro

DEUTSCHLAND

VIEH/FLEISCH

Mehr Milchkühe in Niedersachsen registriert

OLDENBURG. Trendumkehr bei den Milchkühen in Niedersachsen: Deren Anzahl ist zwischen Ems und Elbe in den letzten zwei Jahren wieder leicht gestiegen. Das hat die Landwirtschaftskammer Niedersachsen unter Berufung auf Ergebnisse der Viehzählung von November 2011 mitgeteilt. Demnach kletterte die Zahl der Milchkühe gegenüber 2009 um 17 000 Tiere auf 792 000 Milchkühe. Diese Entwicklung habe aber nicht flächendeckend stattgefunden, sondern betreffe vielmehr die küstennahen Landkreise mit hohen Grünlandanteilen, wo es zur Milcherzeugung kaum Alternativen gebe, berichtete die Kammer. So sei die Anzahl der Milchkühe nur in den Regionen Braunschweig

und Hannover weiter zurückgegangen, während sie in den Regionen Lüneburg und Weser-Ems gestiegen sei. Richtung Küste seien im Landkreis Cuxhaven knapp 5 000 Milchkühe mehr und damit insgesamt 104 000 Tiere registriert worden; im Landkreis Leer belaufe sich das Plus auf 1 200 Milchkühe, wodurch sich der Bestand auf 63 400 Tiere erhöht habe. Die Kammer geht davon aus, dass sich dieser Trend mit dem Ablauf der Milchgarantienverordnung weiter verstärken werde. Sie wies ferner darauf hin, dass im Gegensatz zur Zunahme der Kuhbestände bei den Milchkühen die Anzahl der Milchviehhalter weiter zurückgegangen sei, und zwar um 1 500 Betriebe auf rund 12 500 Höfe. AgE

FRANKREICH

TIERPRODUKTION

Rinderhalter setzen auf Modernisierung der Betriebe

Produktionspotential muss gesteigert werden - Fachverband FNB beklagt Überalterung der Betriebsleiter - Ruf nach staatlichen Investitionshilfen für niederlassungswillige Junglandwirte - Mischfutterhersteller und Fleischindustrie über die desolante Situation ebenfalls besorgt

PARIS. In Frankreich bereiten die Überalterung der Betriebsleiter in der Rinderbranche und das geringe Interesse junger Landwirte an einer Hofübernahme zunehmend Sorge. Gleichzeitig ist ein Aufschwung der heimischen Rindfleischproduktion für das Agrarland Frankreich von strategischer Bedeutung. Darauf hat der zuständige Fachverband (FNB) vor Journalisten in Paris hingewiesen. Dessen Präsident Pierre C h e v a l i e r kündigte an, dass auf der FNB-Hauptversammlung am 8. und 9. Februar in Brumath im elsässischen Departement Bas-Rhin erste Einzelheiten eines Strategieprogramms vorgestellt würden. Als besonders beunruhigend werten die Fachleute das demographische Problem beziehungsweise die Überalterung der Rindfleischproduzenten ein. FNB-Generalsekretär Jean-Pierre F l e u r y befürchtet, dass im Jahr 2014 in Frankreich „52 % der Betriebsleiter älter als 50 Jahre sein und nur knapp 20 % die Grenze von 40 Jahren unterschreiten werden“. Gleichfalls beunruhigt über die negative Alterspyramide zeigten sich der Dachverband der privaten Mischfutterhersteller (SNIA) und die Vereinigung der Fleischindustrie (SNIV-SNCP). Der FNB kündigte als Ausweg aus dem aktuellen Dilemma die Bildung einer Arbeitsgruppe an, der Vertreter des Berufsstandes, der Regierung und der Banken angehören sollen. Gemeinsam wolle man ein geeignetes Finanzierungsmodell für junge niederlassungswillige Rinderhalter entwickeln, hieß es in Paris.

die Verpflichtung, an den aktuell registrierten Flächen von Dauergrünland unverändert festzuhalten, weder agronomisch noch wirtschaftlich sinnvoll, monierte der FNB. Vielmehr sollte die Autonomie bei Futtermitteln, Getreide und pflanzlichen Proteinen garantiert werden, um den Rinderhaltern die Chance zu geben, ihre Produktion an die Signale des Marktes und an das globale wirtschaftliche Umfeld anzupassen. Der FNB sprach sich ferner dafür aus, Dauergrünland in den Fruchtwechsel einzubeziehen, insbesondere beim Greening im Rahmen der Europäischen Agrarpolitik. Des Weiteren plädierte der Fachverband für eine Verdoppelung der Besatzgrenze für eine als umweltgerecht klassifizierte Betriebsniederlassung von derzeit 400 auf 800 Tiere. Schließlich bedeute eine Verdoppelung noch längst kein Feedlot-System auf der Basis von Kraftfutter, stellte Fleury klar. Mit einer Aufstockung der Mastplätze könnte zugleich die Zahl der Beschäftigten auf den Betrieben erhöht werden.

Produktionskosten verstärkt im Visier

Ein weiteres Erschwernis für die Rinderbetriebe ist laut Verbandsangaben die aktuell hohe französische Steuer auf unbebaute Flächen. Diese fiskalische Maßnahme sei völlig überholt; ihr Wegfall würde sich positiv auf die Produktionskosten der Betriebe auswirken. Die Brüsseler Agrarpolitik habe mit ihrer Reglementierung die Situation der Betriebe erheblich gefährdet, bedauerte Fleury. Es sei deshalb an der Zeit, deren Expansion voranzutreiben, forderte der Verbandssekretär. Dafür wolle man insbesondere die Produktionskosten unter die Lupe nehmen. Daran arbeite eine Strategiegruppe, die gemeinsam mit der zentralen Agrarbehörde FranceAgriMer eingesetzt worden sei. Weitere

Bürokratische Hindernisse abbauen

Der Fachverband gab zugleich zu bedenken, dass eine Ausweitung der Rindfleischproduktion in Frankreich derzeit an der generellen Überreglementierung scheitert. So sei beispielsweise

Anliegen der Verbandsführung sind eine gut funktionierende Vertragspolitik zwischen den Rinderhaltern und den Schlachtereien, wobei die Produktionskosten der Mäster künftig stärker berücksichtigt werden müssten. Der Präsident der Rinderinterprofession Interbev, Dominique L a n g l o i s , regte konkret an, zunächst Verträge für Jungrinder und Färsen abzuschließen. Es sei dringend notwendig, das Angebot an die Nachfrage anzupassen. Generell müsse die französische Rindfleischproduktion stärker auf die Wünsche der heimischen Verbraucher eingehen. Zugleich sei

es allerdings notwendig, den Export in Drittländer, insbesondere von Lebetieren, auszuweiten. Andernfalls drohten der heimischen Fleischindustrie weitere Preiseinbußen, warnte FNB-Vizepräsident Patrick B é n é z i t , der in dem neuen Exportförderungsorgan der Fleischwirtschaft mit der Bezeichnung „Groupement Export France (GEF)“ tätig ist. Als weiteres Hindernis der Verarbeitungsbetriebe machte er die Überkapazität der Schlachtbetriebe in Frankreich aus, die nach seiner Ansicht generell Kosten für die gesamte Branche zur Folge hat. AgE

DEUTSCHLAND

DÜNGER

Gülleausbringung bleibt trotz Sperrfristende untersagt

SCHWERIN. Ungeachtet des Ablaufens der im Rahmen der Düngeverordnung festgelegten Sperrfrist am 31. Januar dürfen Düngemitteln mit wesentlichen Nährstoffgehalten an Stickstoff und Phosphat witterungsbedingt auch weiterhin nicht ausgebracht werden. Darauf hat das Schweriner Landwirtschaftsministerium am Dienstag vergangener Woche hingewiesen. Betroffen sei die Ausbringung von Gülle, Jauche, Gärresten aus Biogasanlagen, Geflügelkot und Mineraldünger. Der Düngeverordnung zufolge dürften diese Dünger auf Ackerland vom 1. November bis zum 31. Januar und auf Grünland vom 15. November bis zum 31. Januar nicht ausgebracht werden. Darüber hinaus sei ein Einsatz aber nur dann erlaubt, wenn der Boden aufnahmefähig sei. Laut der

Düngeverordnung sei der Boden jedoch in keinem Fall aufnahmefähig, wenn er wassergesättigt, überschwemmt, gefroren oder durchgängig höher als 5 cm mit Schnee bedeckt sei, erläuterte das Landwirtschaftsministerium. Derzeit seien die Böden in Mecklenburg-Vorpommern flächendeckend gefroren mit einer Frosttiefe zwischen 7 cm und 25 cm. Aufgrund der aktuellen Tagestemperaturen und der Prognose des Deutschen Wetterdienstes für die nächsten Tage, wonach die Temperaturen deutlich unter dem Gefrierpunkt liegen dürften, sei davon auszugehen, dass die Böden während des Tagesverlaufs oberflächlich nicht auftauten. Insofern dürfe vorerst eine Düngemittelausbringung auch nach Ende der Sperrfrist nicht erfolgen, stellte das Agrarressort klar. AgE

DEUTSCHLAND

AUSBILDUNG

„Grüne“ Berufe liegen in Niedersachsen im Trend

OLDENBURG. Das Interesse an einer Ausbildung in einem Agrarberuf ist in Niedersachsen ungebrochen und nimmt entgegen dem negativen Bundestrend sogar weiter zu. Wie die Landwirtschaftskammer Niedersachsen weiter mitteilte, wurden zu Beginn des Ausbildungsjahres 2012/13 etwa 6 050 Ausbildungsverträge in den „grünen“ Berufen und in der Hauswirtschaft unterzeichnet. Auf dem Agrarsektor entspreche dies einer Steigerung um 5,7 % im Vergleich zum Vorjahr. Mit jeweils 1 750 Lehrlingen stünden die Berufe Gärtner und Landwirt ganz oben auf der Liste der Beliebtheit, gefolgt von Agrarspezialberufen wie beispielsweise Fachkraft Agrarservice oder Pferdewirt, berichtete die Kammer. Sie führte die anhaltend hohen Ausbildungszahlen auf die guten beruflichen Perspektiven im Anschluss an die Ausbildung zurück. Im Gegensatz dazu sei bundesweit ein Rückgang der Ausbildungszahlen in den grünen Berufen zu verzeichnen. In diesem Jahr seien 13 500 neue Ausbildungsverträge in diesem Bereich registriert worden und damit 3 % weniger als zu Beginn des Vor-

jahres, iso die Landwirtschaftskammer unter Berufung auf aktuelle Ergebnisse des Bundesinstitutes für Berufsbildung. Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern seien viele Ausbildungsstellen unbesetzt geblieben. Aber auch in Westdeutschland würden die Auswirkungen des demographischen Wandels in Zukunft noch deutlich an Bedeutung gewinnen. Zur Standortsicherung sei daher die Gewinnung von Nachwuchskräften im Agrarsektor sowie im vor- und nachgelagerten Bereich ein vorrangiges Ziel. Regionale Netzwerke mit Bildungspartnern und Betrieben würden dafür kontinuierlich weiter ausgebaut ebenso wie das Angebot im Rahmen der Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen, so die Kammer. Sie wies in diesem Zusammenhang auf den „Zukunftstag“ am 26. April 2012 hin, an dem für Schüler die Möglichkeit bestehe, sich im persönlichen Kontakt über die verschiedenen Ausbildungsberufe und Fortbildungsmöglichkeiten ein Bild zu machen, an dem sich zahlreiche niedersächsische landwirtschaftliche Betriebe beteiligten. AgE

DEUTSCHLAND/EU

AGRARHANDEL

Höherer Agrarpreis birgt Chancen und Risiken

Globale Agrarwirtschaft steht vor „immensen Herausforderungen“ - Relativ niedrige Preise nehmen den Landwirten die Luft zum Atmen - Höhere Betriebs- und Energiekosten - Vernünftige wirtschafts- und agrarpolitische Rahmenbedingungen notwendig - Sinnlose Bürokratie vermeiden - Mitgliederversammlung des Hessischen Landhandels im VdAW

LICH. Vor einer „immensen Herausforderung“ sieht der Vorsitzende der Fachgruppe des Hessischen Landhandels im Verband der Agrargewerblichen Wirtschaft (VdAW), Lars O t t o , die globale Agrarwirtschaft. Das kontinuierliche Wachstum der Weltbevölkerung, veränderte Ernährungsgewohnheiten der Menschen und eine enorme Nachfrage nach

Agrarprodukten für die Verwendung als Lebens- und Futtermittel sowie für den Energiebereich, aber auch zur Substitution von chemischen Rohstoffen beeinflussten die Entwicklung der Landwirtschaft mit allen vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen in den nächsten Jahren „nachhaltig und massiv“, erklärte Otto auf der Mitgliederversammlung in

Lich. Dies sei die gegensätzliche Situation zu den letzten Jahren und Jahrzehnten nach den Fleisch- und Getreidebergen, Milch- und Weinseen und der Herausnahme von Flächen aus der Produktion, um Überschüsse abzubauen. Ferner gehöre die Extensivierung durch den Verzicht auf ertragsteigernde Produktionsmittel der Vergangenheit an. Nach Ottos Worten nehmen jedoch die relativ niedrigen Preise für landwirtschaftliche Produkte den Landwirten und der gesamten Agrarbranche die Luft zum Atmen. Die jetzige Situation müsse zu höheren Agrarpreisen und zu einer zunehmenden Spezialisierung in der Produktion führen.

Verkaufszeitpunkt entscheidend

Mit Blick auf höhere Erzeugerpreise sieht der Vorsitzende der Fachgruppe des Hessischen Landhandels Chancen und Risiken für die Landwirtschaft. Otto verwies bezüglich der Risiken auf die Verteuerung von Betriebsmitteln und Energie, die die Produktionskosten steigen ließen. Neben einer optimalen, standortangepassten Anbauweise gehöre der richtige Vermarktungszeitpunkt bei volatilen Preisen „zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren in den landwirtschaftlichen Betrieben“. Die Partnerschaft der Landwirte mit den Unternehmen des privaten Agrarhandels sei eine „der wichtigsten Parameter“ im Management auf den Höfen. Die Zusammenarbeit bildet daher aus seiner Sicht „den Erfolgsfaktor Nummer eins“ für ein positives Ergebnis, betonte Otto. Chancen sieht er darüber hinaus aufgrund der Entwicklungen der Landwirtschaft, der Marktveränderungen, der Neuorientierung in anderen Wirtschaftsbereichen wie der Energiepolitik und neuer Überlegungen bisheriger Wertvorstellungen in einigen Bevölkerungsteilen. Diese Chancen nutze der Agrarhandel.

Zugeständnisse nicht kompensieren

Des Weiteren forderte Otto verlässliche und vernünftige wirtschafts- und agrarpolitische Rahmenbedingungen, um für Kontinuität bei den gewachsenen Strukturen in der Vermarktung und Verarbeitung zu sorgen, damit diese im Land und kurze Wege garantiert blieben. Die staatlichen Regle-

ments sollten nicht durch Weltanschauungen geprägt, sondern mit den Praktikern erläutert, diskutiert und praxisorientiert gestaltet werden. Als Beispiel führte der Fachgruppenvorsitzende Auflagen im Umwelt- und Tierschutzbereich an. Zudem dürften zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen die Anforderungen durch Rechtsvorschriften das EU-Niveau nicht übersteigen. „Wir erwarten von unseren Unternehmen, dass sie sich einem überregionalen, ja internationalen Wettbewerb stellen. Nur dann dürfen wir sie nicht gleichzeitig durch zusätzliche nationale Vorschriften und Beschränkungen einengen“, unterstrich Otto. Politiker sind aus seiner Sicht dafür zuständig und verantwortlich, im Sinne der heimischen Wirtschaft auf europäischer Ebene die gewünschten Standards durchzusetzen; allerdings sollten die Zugeständnisse in Brüssel nicht durch nationale Ergänzungen kompensiert werden.

Die „Kontrolle der Kontrolle“ ohne Nutzen

Als „negatives Paradebeispiel“ bezeichnete der Landhandelsexperte die „verfehlte Politik“ zur Umsetzung der EU-Richtlinie „Erneuerbare Energien“ in nationales Recht. Diese habe „zu einem an Sinnlosigkeit nicht zu überbietenden Zertifizierungswahnsinn“ geführt. So werde jede Fläche, völlig unabhängig von ihrer Größe, durch das Antragsystem für die Betriebsprämie bei den Landwirten erfasst und könne inzwischen über Jahrzehnte zurückverfolgt werden. Die Antragsdaten würden durch Kontrollen der Ämter in Stichproben vor Ort kontrolliert. Zudem erfolge die Erfassung der Flächen durch Satellitenbilder. Dennoch müsse im Rahmen der Nachhaltigkeitszertifizierung nochmals eine „Kontrolle der Kontrolle“ erfolgen, die die Branche Zeit und Geld koste, aber überhaupt keinen erkennbaren Nutzen bringe, monierte Otto. Er forderte von der Politik ein Ende dieser „sinnlosen Bürokratie“. Ferner sollte die Nachhaltigkeit durch die Erfüllung der Cross-Compliance-Auflagen festgestellt werden. „Dies wäre endlich ein Mosaikstein des Bürokratieabbaus und pragmatische Politik“, stellte der Experte fest.

AgE

DEUTSCHLAND

WEIN

25 Jahre Ökowein-Kurse in Altenkirchen

ALTENKIRCHEN. Als „Erfolgsstory“ hat Staatssekretär Dr. Thomas Griese vom rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministerium die Einführungskurse für den Ökologischen Weinbau bezeichnet, die seit nunmehr 25 Jahren an der Evangelischen Landjugendakademie in Altenkirchen angeboten werden. Im Jahr 1987 hatten Vertreter des Bundesverbandes Ökologischer Weinbau (ECOVIN) die Kurse eingeführt. Mit diesem Angebot für die Winzer habe sich Altenkirchen im vergangenen Vierteljahrhundert zur Ideenschmiede des Ökoweinbaus entwickelt, erklärte Griese am Dienstag vergangener Woche bei einem Jubiläumsempfang in der Akademie. Ohne die Kurse wäre die Erfolgsgeschichte des Ökoweinbaus in Rheinland-Pfalz undenkbar gewesen. Laut Griese hat sich die Zahl der Ökowinzerbetriebe und die Größe der Ökoreibfläche in Rheinland-Pfalz innerhalb von 25 Jahren verzehnfacht. Während man damals nur 40 Betriebe gezählt habe, die auf 200 ha ihre Reben ökologisch bewirtschaftet hätten, seien es heute bereits 346 Betriebe mit einer Rebfläche von insgesamt 3 706 ha. Fast alle Winzer, die in Rheinland-Pfalz Ökowein produzierten, hätten ihr Geschäft in Altenkirchen gelernt. Der Staatssekretär erin-

nerte daran, dass die deutsche Weinwirtschaft in den achtziger Jahren mit Übermengen und den Folgen des Glykolskandals konfrontiert gewesen sei. Dieser Fehlentwicklung hätten die Ökowinzer ihre Überzeugung entgegengesetzt, dass Kreislaufwirtschaft mit gesunden Böden auch im Weinbau ein zukunftsweisender Weg sei. Aus der Erkenntnis, dass Ökowein nur auf professionellem Weg eine Chance habe, seien die Kurse in Altenkirchen eingeführt worden. Noch heute lernten die Winzer dort die Grundsätze des Ökoweinbaus und konkrete Umstellungspläne kennen. Griese wies darauf hin, dass auch der konventionelle Weinbau von der Arbeit der Ökowinzer profitiere, etwa bei der Schädlingsabwehr mit Pheromonfallen oder der Einführung pilzwiderstandsfähiger Rebsorten. Angesichts der wachsenden Nachfrage nach Ökoprodukten in Deutschland und Europa seien die Zukunftsperspektiven des Ökoweinbaus heute „mehr als günstig“. Das Ziel der Landesregierung sei es, die steigende Nachfrage nach regional und ökologisch erzeugten Lebensmitteln aus heimischer Produktion zu decken. Auch deshalb würden die Lehrgänge mit 5 100 Euro pro Jahr gefördert.

AgE

ITALIEN

ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Mafia auch in der Agrar- und Ernährungswirtschaft aktiv

ROM. In Italien ist die Mafia auch in der Agrar- und Lebensmittelbranche aktiv. Das hat kürzlich wieder einmal die gerichtlich angeordnete Beschlagnahmung von illegal erworbenen Immobilien und Agrarflächen im Wert von 25 Mio Euro in der sizilianischen Provinz Trapani gezeigt. Wie der italienische Bauernverband Coldiretti bestätigte, manifestiert dieser Fall erneut das kriminelle Interesse der Mafia, das in der Agrar- und Ernährungswirtschaft mit jährlich 12,5 Mrd Euro mittlerweile 5,6 % sämtlicher Machenschaften der international agierenden Verbrecherorganisation ausmache. Nach einem Treffen zwischen Landwirtschaftsminister Mario C a t a n i a , dem Antimafia-Staatsanwalt Pietro G r a s s o und Coldiretti-Präsident Sergio M a r i n i hieß es dazu in Rom, Agrarbetriebe und

Verbraucher seien in der Nahrungsmittelbranche unerträglich kriminellen Übergriffen ausgesetzt, wobei die Abnahmepreise in vielen Fällen unter den Produktionskosten lägen. Die „Agrarmafia“ bereichere sich seit langem nicht nur unmittelbar in der Landwirtschaft, sondern auch in der Verarbeitung und im Handel, was wiederum die freie Marktwirtschaft einschränke und eine unlautere Konkurrenz bedeute. Die direkte Folge für den Verbraucher seien höhere Nahrungsmittelpreise. Zugleich stünden Qualität und Nahrungsmittelsicherheit auf dem Spiel, da im Rahmen der mafiösen Praktiken Lebensmittel als „Made in Italy“ angeboten würden, die in Wirklichkeit meist aus billig importierten Rohstoffen hergestellt worden seien, beklagte Coldiretti. AgE

DEUTSCHLAND

UMWELTSCHUTZ

Umweltwirtschaft legt weiter zu

Röttgen: Erneuerbare Energien bleiben Job- und Wachstumsmotor - Technologieexport vorantreiben - Jedoch weitere Anstrengungen für gesetzte Ziele nötig - Forschung besser verzahnen - Umweltwirtschaftsbericht 2011 veröffentlicht

BERLIN/DESSAU-ROSSLAU. Die heimische Umweltwirtschaft hat in den letzten zehn Jahren kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Ihre Unternehmen konnten im internationalen Vergleich ihre Vorreiterrolle bestätigen. Das geht aus dem neuen Umweltwirtschaftsbericht 2011 von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt hervor, der in der vergangenen Woche vorgestellt wurde. In ihm wird über Stand, Herausforderungen und Perspektiven der Umweltwirtschaft in Deutschland informiert. Dazu zählen Firmen, die Umweltschutzgüter und -dienstleistungen produzieren und anbieten. Die Produktion von Umweltschutzgütern in Deutschland ist laut Bericht überdurchschnittlich gewachsen und erreicht inzwischen ein Produktionsvolumen von fast 76 Mrd Euro. Mit einem Welthandelsanteil von 15,4 % liegt Deutschland auf einem Spitzenplatz beim Export von Umweltschutzgütern. Nach jüngsten Berechnungen gibt es inzwischen knapp 2 Millionen Beschäftigte in der Umweltwirtschaft. „Diesen Trend wird die Energiewende noch deutlich beschleunigen“, betonte Bundesumweltminister Norbert R ö t t g e n . Der Bericht sei ein Beleg für die Gestaltungskraft von Politik auf dem Weg in eine nachhaltige, ressourcenschonende Wirtschafts- und Lebensweise.

Neue Technologiemarkte

Zugpferd dieser dynamischen Entwicklung seien die erneuerbaren Energien, unterstrich Röttgen. Auch während der weltweiten Wirtschaftskrise habe dort die Güterproduktion zugelegt, und zwar im Gegensatz zum allgemeinen Trend. Die Zukunftsdynamik der nachhaltigen Produktion lasse sich außerdem am Forschungsbedarf festmachen. Fast 80 % der Produktionsbereiche

in der Umweltbranche seien besonders forschungs- und wissensintensiv. Innovations- und Umweltpolitik müsse nun besser verzahnt und neue Märkte für Umwelttechnologien geschaffen werden, hob der Minister hervor. Es gelinge immer besser, umweltschädliche Emissionen kontinuierlich zu reduzieren, Stoffkreisläufe so weit wie möglich zu schließen und Ressourcen effizient zu nutzen. Deutschland wolle Industrieland bleiben. Aber eines, das technologisch modern, wettbewerbsfähig, und zukunftsorientiert sei. Als nächste konkrete Schritte auf diesem Weg benannte Röttgen das Kreislaufwirtschaftsgesetz und das Ressourceneffizienzprogramm.

China holt auf

Der Präsident des Umweltbundesamtes, Jochen F l a s b a r t h , ergänzte, große Beschäftigungschancen lägen auch künftig vor allem beim Klimaschutz und der Steigerung der Ressourceneffizienz. Auch die Perspektiven beim Export von Umwelt- und Effizienztechnologien seien hervorragend, weil die globalen Märkte für diese Technologien in den nächsten Jahrzehnten weit überdurchschnittlich wüchsen. Deutschland sollte daher den Weg in eine Green Economy auch aus wirtschaftlichen Gründen entschlossen fortsetzen. Dies sei auch deshalb erforderlich, weil andere Länder wie China oder Südkorea die im Umweltschutz liegenden Chancen ebenfalls erkannt hätten. Insgesamt betrachtet, gehe man in Deutschland heute effizienter mit dem Naturkapital um als noch vor zehn Jahren. Aber der Trend sei noch nicht ausreichend, um etwa die angestrebte Verdopplung der Energie- und Rohstoffproduktivität bis 2020 oder die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme zu erreichen, räumte Flasbarth ein. AgE

DEUTSCHLAND

JAGD

Niedersächsische Erklärung zum „Wald-Wild-Konflikt“ unterzeichnet

HANNOVER. Wald und Wild gehören untrennbar zusammen, aber der Wildbestand sollte im Einklang mit den land- und forstwirtschaftlichen Belangen stehen. Das ist der Tenor einer Erklärung zum „Wald-Wild-Konflikt“, die vergangene Woche von Niedersachsens Landwirtschaftsminister Gert L i n d e m a n n und verschiedenen Interessengruppen unter-

zeichnet wurde; dazu gehören die Landesjägerschaft, der Zentralverband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagden in Niedersachsen (ZJEN), der Waldbesitzerverband, die Bundes- und die Landesforsten, die Klosterkammer, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände und der Verband der Niedersächsischen Grundbesitzer. Hintergrund

dieses Vorstoßes ist das Bestreben der niedersächsischen Landesregierung, für flächendeckend angepasste Wildbestände zu sorgen. Dazu hatte das Ministerium seit geraumer Zeit den unmittelbar betroffenen Personenkreis sensibilisiert und die verschiedenen Seiten zu mehreren Diskussionsrunden eingeladen, um praxistaugliche Lösungswege zu finden. Nach Lindemanns Worten sollen die Erkenntnisse aus der wildbiologischen Forschung in das Wildmanagement einfließen. So ist Niedersachsen eins von fünf Bundesländern, in dem die ziehenden Schalenwildarten weiterhin wandern dürfen. Auch sollen durch Ruhezone und Daueräsungsflächen die Belange des Wildes besser berücksichtigt werden, indem sie deren Wohlbefinden verbessern und Verbiss und Schälchäden reduzieren. Bei Bedarf sollen die Jagdzeiten flexibler gehandhabt werden. Einig sind sich die Interessengruppen

auch, dass die Grundeigentümer Wildschäden im Wald erkennen und bewerten sollen. Da hier offenbar teilweise unzureichende Informationen Anlass für Missstände geben, sollen Dienstbesprechungen und Fortbildungen Abhilfe schaffen. Zudem dürfen die Satzungen der Hegegemeinschaften nicht durch strenge Vorgaben eine Abschusserfüllung behindern. Laut Darstellung des niedersächsischen Agrarressorts haben alle Beteiligten erkannt, dass die Jagdmethoden auf die waldbaulichen Ziele und steigenden Schalenwildbestände angepasst werden müssen. Eine „Wald-Wild-Kommission“ soll bereits im Frühjahr „Brennpunkte“ aufsuchen und diese mit allen Beteiligten vor Ort besprechen, um eine Sensibilisierung zu erreichen. In den „Brennpunkten“ soll auch eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Jagdbehörde und der Jägerschaft angestrebt werden. AgE

FRANKREICH/EU

AGRARPOLITIK

Präsidentschaftskandidat Hollande will für „ehrgeizigen EU-Agrarhaushalt“ kämpfen

Sozialistischer Gegenspieler des amtierenden Staatschefs Sarkozy macht sich zugleich für neue Produktionsmodelle wie den Ökolandbau stark - Absage an eine soziale Mehrwertsteuer, wie sie der Bauernverband FNSEA fordert

PARIS. Zu den verschiedenen Zusagen von François Hollande, dem sozialistischen Gegenspieler von Nicolas Sarkozy für die im April in Frankreich anstehenden Präsidentschaftswahlen, zählt im Agrarbereich ein „ehrgeiziges europäisches Budget“. Dieses sei notwendig für die Zukunft einer vielseitigen Landwirtschaft, insbesondere in der Tierhaltung, heißt es in den insgesamt 60 Vorschlägen zur Agrarpolitik des Sozialisten. Unter anderem will Hollande im Fall eines Wahlsiegs neue Produktionsmodelle fördern, allen voran die Biolandwirtschaft. Der Sozialist verspricht unter anderem, die Erzeugerorganisationen zu stärken, um das unterschiedliche Kräfteverhältnis der Produzenten gegenüber dem Großflächenhandel besser zu kompensieren. Des Weiteren plädiert Hollande für eine gute öffentliche Versorgung in ländlichen Gebieten. Auf Widerstand stößt bei dem Sozialisten allerdings eine simple Reduzierung der Arbeitskosten in der Landwirtschaft, wie sie beispielsweise der französische Bauernverband (FNSEA) in Form einer „sozialen Mehrwertsteuer“ beziehungsweise Beschäftigungsteuer fordert, um damit die Mehrkosten der französischen Regierung für den agrarsozialen Schutz der Lohnarbeitskräfte im Vergleich zu

ihren europäischen Mitbewerbern finanzieren zu können. Dies reiche nicht aus, zumal generell die Konkurrenzfähigkeit der französischen Unternehmen auf dem Spiel stehe, befürchtet Hollande.

Neue EU-Handelspolitik und Klimaschutz im Fokus

Des Weiteren befürwortet der Gegenspieler Sarkozys staatliche Finanzspritzen und Steuererleichterungen insbesondere für Agrarunternehmen, die auf französischem Territorium investieren und im Exportgeschäft tätig sind. Außerdem strebt Hollande im Fall eines Wahlsieges an, den deutsch-französischen Vertrag zu erneuern. Generell will er für eine neue Handelspolitik innerhalb der EU eintreten, um jede Form von unlauterem Wettbewerb zu verhindern. Gleichzeitig sollen Hollande zufolge für alle EU-Mitglieder strenge Regeln im Bereich des Sozialschutzes und der Umwelt gelten. Ein weiteres Anliegen sind dem Franzosen ein entscheidender Beitrag Europas zur Klima- und Energiepolitik. Der sozialistische Präsidentschaftskandidat versicherte ferner, sich mit aller Kraft für erneuerbare Energien stark zu machen und die Industrie in diesem Bereich zu unterstützen. AgE

DEUTSCHLAND

MILCH

Molkereien bieten Landwirten mehr als der Spotmarkt

HANNOVER. Molkereien bieten Milchviehhaltern nicht nur eine sichere Abnahme, sie zahlen laut aktuellen Forschungsergebnissen zumeist auch höhere Erzeugerpreise als der Spotmarkt. Das hat das Landvolk Niedersachsen vergangene Woche unter Verweis auf Prof. Holger Thiele und Bastian Bornholdt von der Fachhochschule Kiel mitgeteilt, die ihre Analysen in der Fachzeitschrift Neue Landwirtschaft veröffentlicht hatten. Im Schnitt der Jahre 2008 bis 2011 habe der Milchpreis auf dem Spotmarkt für Rohmilch um mehr als 2 Cent/kg unter dem von den Molkereien gezahlten Betrag gelegen. Ferner kämen Ausschläge auf dem Spotmarkt früher und fielen stärker aus. Thiele und Bornholdt sähen im Spotmarkt daher einen „Frühindikator“ für die zukünftige Marktentwicklung, betonte der Landesbauernverband. Darüber hin-

aus müssten bei einem Preisvergleich die Rohmilchpreise am Spotmarkt als Bruttopreise gewertet werden. So habe der liefernde Landwirt zum Beispiel Transporte und Milchuntersuchungen selbst zu bezahlen. Im Vergleich dazu könnten die von den Molkereien gezahlten Preise an ihre Lieferanten als Nettopreise eingestuft werden. Hinzu kämen verschiedene Zuschläge für hohe Qualitätsstandards oder einen Größenbonus. Diese Preisvorteile, die zu der ermittelten Preisdifferenz von 2 Cent/kg hinzukämen, betrügen zusammen durchschnittlich weitere 1,5 Cent/kg und seien durch zusätzliche Zuschläge auszugleichen. Auch wenn sich immer wieder interessante Marktphasen auf dem Spotmarkt einstellten, gebe es dort nach Einschätzung des Kieler Forscherteams für Landwirte „mehr Risiken als Chancen“. AgE

DEUTSCHLAND

SITUATIONSBERICHTE

Sachsen-Anhalts Betriebe 2010/11 mit deutlichem Gewinnplus

Aikens: Auswertung der Betriebsergebnisse zeigt die Mehrheit der Betriebe wirtschaftlich solide - Alle Betriebsformen mit positiver Einkommensentwicklung - Plus zum Vorjahr je nach Unternehmensart zwischen 25 und 87 Prozent - Ursache meist höhere Erzeugerpreise

MAGDEBURG. Die wirtschaftliche Lage der Agrarbetriebe in Sachsen-Anhalt hat sich im Wirtschaftsjahr 2010/11 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum positiv entwickelt und entspricht damit dem bundesweiten Trend. Das zeigt die Auswertung der Betriebsergebnisse der landwirtschaftlichen Unternehmen, die das Agrarministerium des Landes vergangene Woche vorgelegt hat. „Sachsen-Anhalts Landwirtschaft hat sich gut behauptet; die Mehrheit der Betriebe ist wirtschaftlich solide, sie produzieren in aller Regel rentabel, sind ausreichend liquide und verfügen über stabile Betriebsstrukturen mit einem zunehmend höheren Anteil an Bodenvermögen“, erklärte Ressortchef Dr. Hermann Onko A i k e n s . Auch für das laufende Wirtschaftsjahr sei eine gute Entwicklung zu erwarten, was die Betriebe in die Lage versetzen dürfte, 2011 aufgeschobene Investitionen nachzuholen und die Unternehmen somit nachhaltig aufzustellen. Laut der Auswertung der Betriebsergebnisse verbuchten die Unternehmen 2010/11 über alle Betriebs- und Rechtsformen hinweg im Durchschnitt ein deutliches Plus bei den Gewinnen. Deren mittlerer Wert lag für Einzelunternehmen

demnach bei 317 Euro pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF). Das entsprach einem Anstieg von 34 % zum Vorjahr.

Größter Einkommenszuwachs bei Rinderhaltern

Die GbR erzielten durchschnittlich 345 Euro/ha LF, ein Plus von 25 %. Der Gewinn der juristischen Personen lag bei 167 Euro/ha LF und ist damit um rund 87 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum angestiegen. Für diese Aufwärtsentwicklung macht das Landwirtschaftsministerium insbesondere die Verbesserung der Erzeugerpreise verantwortlich. Die Futterbaubetriebe erreichten aufgrund der besseren Preislage bei Milch und Rindfleisch im Durchschnitt den höchsten Gewinnzuwachs, wobei das Agrarressort darauf hinwies, dass die Vorjahresergebnisse hier auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau lagen. Bei den Ackerbaubetrieben verhinderten witterungsbedingte Ertragsausfälle ein noch besseres Ergebnis. Zudem ist im Hinblick auf die Stabilität der Marktfruchtbetriebe ein Zuwachs an Eigenkapital in einem Umfang von 76 Euro/ha LF bei den Einzelunternehmen, 69 Euro/ha LF bei den GbR und 46 Euro/ha LF bei den juristischen Personen errechnet worden. AgE

DEUTSCHLAND

MILCH

Molkereiwirtschaft durchlief gewaltige Umstrukturierung

HANNOVER. In der niedersächsischen Molkereiwirtschaft hat sich nach den Worten des Landvolkverbandes in den vergangenen 60 Jahren ein gewaltiger Umstrukturierungsprozess vollzogen, einhergehend mit einer zunehmenden Unternehmenskonzentration und über die Zeit erhöhten Verarbeitungskapazitäten. Die Zahl der Molkereien sei von landesweit mehr als 600 im Jahr 1950 auf heute 33 gesunken, erläuterte der Landesbauernverband. Parallel dazu habe sich die Milchlieferung in dem Bundesland von 2,65 Mrd kg auf rund 5 Mrd kg verdoppelt, obwohl die Kuhzahlen abgenommen hätten und die Zahl der Milchviehhal-

ter von 237 937 im Jahr 1950 auf 11 806 im Jahr 2010 geschrumpft sei. Während eine typische niedersächsische Molkerei 1950 etwa 4,4 Mio kg Milch im Jahr verarbeitet habe, seien es 1990 bereits 36,7 Mio kg und 2010 mehr als 140 Mio kg gewesen, berichtete der Landvolkverband. Die Milchwirtschaft zähle innerhalb der Ernährungsindustrie zu den innovativsten Branchen. Ihre Produkte seien nicht nur bei den heimischen Kunden, sondern weltweit gefragt. Je nach Produktpalette erzielten die Molkereien heute 30 % bis 50 % ihrer Umsätze im Export und hätten damit auch ihren Lieferanten neue Marktchancen erschlossen. AgE

FRANKREICH

GENTECHNIK

Paris erlaubt Produktkennzeichnung „GVO-frei“

PARIS. Nach der bereits 1997 eingeführten Positivkennzeichnung für gentechnisch veränderte Nahrungsmittel dürfen ab 1. Juli dieses Jahres in Frankreich Produkte, die ohne den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) hergestellt wurden, mit dem freiwilligen Hinweis „GVO-frei“ gekennzeichnet werden. Ein entsprechender Erlass ist im französischen Staatsanzeiger vom 31. Januar veröffentlicht worden. Demnach kann für Erzeugnisse tierischen Ursprungs die Formulierung „ohne GVO gefüttert“ oder bei Eiern und Milch „von Tieren ohne gentechnisch veränderte Futtermittel“ verwendet werden. Unterschiedliche Hinweise sind für Tiere vorgesehen, denen Futtermittel mit einem GVO-Anteil von weniger als 0,1 % oder 0,9 % verabreicht

wurden. Für die freiwillige Kennzeichnung von Honig mit dem Siegel „GVO-frei“ ist Bedingung, dass dieser von Bienenstöcken stammt, die mindestens 3 km von gentechnisch veränderten Kulturen entfernt sind. Bei Produkten pflanzlichen Ursprungs durfte der freiwillige Hinweis „GVO-frei“ bereits seit 2004 für Sojasprossen und Mais verwendet werden. Die Verbraucherorganisation UFC-Que Chosir begrüßte den Erlass ausdrücklich. Nach einer Wartezeit von 14 Jahren bestehe für den Konsumenten endlich die Möglichkeit, an der Ladentheke zweifelsfrei Fleisch, Fisch, Milchprodukte, Eier und andere Nahrungsmittel tierischen Ursprungs ohne gentechnisch veränderte Organismen identifizieren zu können, argumentierten die Verbraucherschützer. AgE

VLK sagt für 2011/12 „moderat steigende Unternehmensergebnisse“ voraus

Kammern erwarten ein „gutes Wirtschaftsjahr“ - Überwiegend bessere Erzeugerpreise bei gleichzeitig gestiegenen Betriebsmittelausgaben prägen auch die laufende Kampagne - Ergebnisse zwischen den einzelnen Betriebstypen fächern auseinander - Futterbaubetriebe peilen Spitzenposition an - Schweineproduktion bildet nach wie vor das Schlusslicht

BERLIN. Trotz Wetterkapriolen und höherer Betriebsmittelkosten können die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland im laufenden Wirtschaftsjahr auf „moderat steigende Unternehmensergebnisse“ hoffen. Davon geht der Verband der Landwirtschaftskammern (VLK) aus, der ein „gutes Wirtschaftsjahr“ erwartet. Die vom VLK jetzt vorgelegte Prognose basiert auf den Buchführungsergebnissen von 2010/11, den Resultaten der ersten sechs Monate dieser Saison sowie auf Trendanalysen. Nach aktuellem Stand werde 2011/12 - wie das Vorjahr - durch überwiegend bessere Erzeugerpreise bei gleichzeitig gestiegenen Betriebsmittelausgaben geprägt, berichtete der Dachverband am vergangenen Donnerstag in Berlin. Es überwogen die positiven Effekte, so dass die Unternehmensergebnisse ansteigen dürften. Im Durchschnitt aller Regionen und sämtlicher Betriebsformen werde eine Nettorentabilität von 100 % erreicht. Dabei rechnet der VLK aber mit einem Auseinanderfächern der Ergebnisse zwi-

schen den einzelnen Betriebstypen. Der Futterbau bringe sich in die Spitzenposition. Hier könnte laut VLK die „beachtliche“ Steigerung des Vorjahres von 20 % noch überboten werden. Die Lage der Veredlungsbetriebe werde sich entspannen; sie würden aber kein ausreichendes Ergebnis erzielen. Nach wie vor bilde die Schweineproduktion das Schlusslicht. Die Mäster schnitten besser ab, die Ferkelerzeuger schlechter. Der Ackerbau bewege sich mit regionalen Unterschieden zwischen dem Futterbau und der Veredlung. Vor einem erneut guten Jahr stehe der Weinbau. Insgesamt betrachtet überwiegt dem Verband zufolge trotz deutlich steigender Ausgaben der Effekt zunehmender Einnahmen. Investitionen würden damit wieder zu einem Thema. Unter Verweis auf die Erfahrungen des Jahres 2008 empfiehlt der VLK den landwirtschaftlichen Betrieben jedoch dringend, Rückstellungen für Steuerzahlungen einzuplanen und Liquiditätsreserven für ertragsschwächere Jahre zu bilden. **AgE**

Wetterextreme benachteiligten den Pflanzenbau

Witterungsbedingt gestaltete das Vegetations- und Erntejahr 2011 sich schwierig. Im Futterbau brachten der 1. und der 2. Schnitt drastische Ertragsausfälle. Die Spanne des Rückgangs bei Getreide liegt zwischen -2,5 % und -20 %. Noch deutlicher reagierte der Raps mit Ertragseinbrüchen zwischen -10 % und -39 %. Außer bei Wintergerste konnte die Ernte nicht planmäßig eingefahren werden. Die reichlichen Sommerniederschläge und nahezu optimalen Witterungsbedingungen im Herbst führten zu weit überdurchschnittlichen Erträgen bei Kartoffeln, Zuckerrüben und Mais. Die bis dahin nicht ausreichende Futtergrundlage konnte so durch ein hervorragendes Angebot an Mais wieder ausgeglichen werden.

Preise für Marktfrüchte uneinheitlich

In Folge des geringeren Aufkommens und im Ergebnis einer insgesamt wachsenden Nachfrage steigen die Preise für Marktfrüchte überwiegend an: Bei Getreide um bis zu 5 % über Vorjahresniveau, bei Raps in einer Spanne zwischen 5 % bis 25 %. Dagegen sanken die Kartoffelpreise teilweise auch auf Grund unbefriedigender Qualitäten derart, dass trotz besserer Ernte erhebliche Umsatzeinbußen zu verzeichnen sind. Im Grunde haben sich die Kartoffelpreise halbiert. Erzeuger mit Direktvermarktung oder langfristigen Vertragsbindungen werden die Folgen nicht so hart zu spüren bekommen und nur einen Rückgang von etwa einem Viertel hinnehmen müssen. Eine Rekordernte bei Zuckerrüben mit überdurchschnittlichen Zuckergehalten sowie die Verteuerung des Zuckers auf dem Weltmarkt beschert den Zuckerrübenbauern ein klares Plus von voraussichtlich 15 %; zumal auch für die Industrierüben bessere Erlöse sowie eine höhere Schnitzelvergütung erzielt werden.

Milch: Preise weiter erfreulich

Der Milchpreis setzt seine vor zwei Jahren begonnene Erholung deutlich fort und bewegt sich gegenwärtig im Bereich von 34 bis 36 Cent/kg. Sollte er nicht über das saisonbedingte Absinken im Frühjahr hinaus abfallen, dürfte die beachtliche Steigerung des Vorjahres von 20 % weiter überboten werden.

Schlachtrinder tendieren freundlicher

In der Rindfleischproduktion sind - auf das gesamte Wirtschaftsjahr gesehen - höhere Preise bei Schlachtkühen, Jungbullen und bei Färsen zu erwarten. Auch die Nutzkälberpreise dürften sich über Vorjahresniveau bewegen. Durchschnittlich wird von einem Preiszuwachs von etwa 10 % ausgegangen.

Schweinesektor entspannt sich wieder

Während die Preise für Mastschweine im vergangenen Wirtschaftsjahr ein leichtes Plus verzeichnen konnten, gerieten die Ferkelpreise weiter unter Druck. Zum Jahresende 2011 zeichnet sich jedoch ein Silberstreif am Horizont ab. Offensichtlich sind zahlreiche Sauenhalter aus der Produktion ausgestiegen so dass der Markt entlastet wird. In der Vorschätzung wird daher für 2011/12 ein leichter Anstieg von 3 % bis 8 % bei den Ferkelpreisen und ein stärkeres Plus von 8 % bis 9,5 % bei den Mastschweinepreisen unterstellt.

Spezialkosten ziehen an

Auf der Ausgabenseite werden für das laufende Wirtschaftsjahr rund 13 % höhere Ausgaben für Düngemittel geschätzt. Der Pflanzenschutzaufwand wird bei normalem Witterungs- und Krankheitsverlauf nur unwesentlich höher ausfallen. Die Saatgutpreise dürften 10 % höher liegen. Insgesamt kann mit einer Steigerung des Spezialaufwands der Bodenproduktion von 9 % gerechnet werden.

Unverändert erschwert wird die Situation der Veredlungsbetriebe durch 8,5 % höhere Futterkosten. Die Ausgaben für Viehzukauf liegen 7,5 % über dem Vorjahr. Insgesamt ist mit einer Zunahme der Betriebsausgaben für die Tierproduktion von 10 % zu rechnen.

Spürbar höhere gesamtbetriebliche Kosten

Deutlich teurer werden erneut Heizstoffe und Diesel auf Grund des hohen Ölpreises und größerer Verbrauchsmengen. Auch die Strompreise legen weiter zu. Die Ausgaben für Lohnarbeit werden ebenfalls weiter ansteigen.

Die Investitionstätigkeit in Form von Neu- und Ersatzinvestitionen hat in Folge der guten Ergebnisse im Vorjahr wieder zugenommen. Demgemäß ist mit höheren Aufwendungen für Abschreibung und Unterhaltung von Gebäuden und Maschinen zu rechnen. Insgesamt wird ein Anstieg der sonstigen Betriebsaufwendungen von 5 % erwartet.

Ackerbau uneinheitlich prognostiziert

Die Kammern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Saarland erwarten einen Rückgang der Unternehmensergebnisse im spezialisierten Ackerbau. Mit Einbrüchen von 20 % bis 40 % wird der fünfjährige Durchschnitt dort nur minimal überboten. Demgemäß müssen sich die Betriebe auf einen Rückgang des Gewinns um etwa 15 000 Euro einstellen. Erwartet werden Unternehmensergebnisse zwischen 50 000 und 60 000 Euro. Eine volle Vergütung der eingesetzten Faktoren - Arbeit, Kapital und Boden - wird nicht erreicht. Die erzielte Rentabilität schwankt in diesen Ländern zwischen 63 % und 98 %.

Anders sieht das für Nordrhein-Westfalen aus. Geringere Ertragsrückgänge, in der Tendenz freundlichere Preise, ein geringerer Einfluss der Kartoffeln und ein höherer Anteil von Zuckerrüben in der Ackernutzung sind als Gründe anzuführen. Vor diesem Hintergrund wird ein um 5 % verbessertes durchschnittliches Unternehmensergebnis vorhergesehen. Die Ackerbauern in NRW können sich damit auf einen Jahresabschluss freuen, der eine vollauf rentable Wirtschaftsweise belegen wird.

Futterbaubetriebe liegen vorne

Die spezialisierten Futterbaubetriebe in den nördlichen Bundesländern können ihren Aufschwung voraussichtlich in abgeschwächter Form fortsetzen. Bei derzeit stabilen Milchpreisen erscheint eine weitere Verbesserung von 3,5 Cent beziehungsweise 10 % gegenüber 2010/11 durchaus realistisch. Angesichts höherer Produktion und weiterer Leistungssteigerungen ist daher ein deutliches Einnahmepplus aus der Milch von rund 12 % sehr wahrscheinlich. Da die Preise für Schlachtvieh und Kälber ebenfalls steigend sind, werden auch hier 11 % höhere Einnahmen geschätzt. Die erneut höheren Futter- und Düngemittelpreise sowie Energiekosten bremsen auch im Futterbau die positive Entwicklung.

Zusammenfassend werden die Futterbaubetriebe ihr Unternehmensergebnis um rund 10 000 bis 15 000 Euro - also um 10 bis 20 % - verbessern können. Die Unternehmensergebnisse werden zwischen knapp 70 000 und gut 80 000 Euro pendeln. Damit befinden sich die Rinderhalter in einem absolut rentablen Wirtschaftsjahr. Die rheinland-pfälzischen Molkereien können in diesem Jahr dem positiven Trend beim Milchauszahlungspreis nicht folgen.

DEUTSCHLAND

Jäger bei Wald-Wild-Frage mit am Verhandlungstisch

BERLIN. Erst nach massiven Protesten sind auch die Jäger zum Wald-Wild-Forum eingeladen worden, das an diesem Mittwoch in Göttingen von der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft (ANW) und dem Deutschem Forstwirtschaftsrat (DFWR) veranstaltet wird. Der DJV war nach eigenen Angaben von den Organisatoren weder über die Veranstaltung informiert noch dazu eingeladen worden. Vorgesehen ist nun, dass der Präsident der Landesjägerschaft Niedersachsen, Helmut

Verbesserung in der Schweinehaltung reicht nicht aus

Die Veredlungsbetriebe, überwiegend Schweinehalter, können mit einer positiven Entwicklung rechnen. Angesichts voraussichtlich 3 % bis 8 % höherer Ferkel- und 8 % bis 9,5 % besserer Mastschweinepreise erscheint - trotz höherer Futterkosten und steigendem Saatgut- und Düngeraufwand - eine deutliche Gewinnsteigerung möglich. Gegenüber dem unbefriedigenden Vorjahr lassen die gegenwärtigen Vorzeichen ein Plus erwarten, das zwischen rund 10 000 und 17 000 Euro erwartet wird. Das absolute Niveau im Unternehmensergebnis dürfte zwischen 40 000 und 60 000 Euro liegen. Die Rentabilität erreicht jedoch nirgends die zu fordernde 100 %-Marke. Daraus ist abzuleiten, dass die Situation in der Schweinehaltung angespannt bleiben wird. Dies gilt vor allem für die Ferkelerzeuger und jene Betriebe, die das geschlossene System favorisieren.

Weinbau vor erneut gutem Jahr

Trotz regionaler Ernteauffälle sorgte der Witterungsverlauf 2011 für Erntemengen, die um 35 % höher waren, als im Vorjahr 2010. Als umsatzrelevant im Wirtschaftsjahr 2011/12 können jedoch nur 15 % angenommen werden.

Die Fassweinepreise bei „Dornfelder“ sind deutlich gefallen. Konstant gute Preise bei Weiß- und Flaschenwein fangen, in Verbindung mit den höheren Erntemengen, Kostensteigerungen auf und führen zu steigenden Unternehmensergebnissen.

Regionale Auswirkungen verschieden

Die strukturellen Unterschiede der Haupterwerbsbetriebe spiegeln sich erneut in der erwarteten Entwicklung der Unternehmensergebnisse wider. Gebiete, die durch eine spezialisierte Milchviehhaltung - oder durch eine sonstige Rindviehhaltung - geprägt sind, befinden sich in einem guten Jahr. Die Veredlungshochburgen können aufholen, liegen aber immer noch hinten. Die Ackerbaustandorte befinden sich dazwischen.

Abschlussbemerkung

Nach aktuellem Stand wird das Wirtschaftsjahr 2011/12 - wie das Vorjahr - durch überwiegend bessere Erzeugerpreise bei gleichzeitig gestiegenen Betriebsmittelausgaben geprägt. Es überwiegen die positiven Effekte, so dass die Unternehmensergebnisse ansteigen. Im Durchschnitt aller Regionen und aller Betriebsformen werden 100 % Rentabilität erreicht.

Damit werden Investitionen wieder ein Thema. Mit Blick auf die Erfahrungen des Jahres 2008 wird jedoch dringend empfohlen, Rückstellungen für Steuerzahlungen einzuplanen und Liquiditätsreserven für ertragsschwächere Jahre zu bilden.

JAGD

D a m m a n n - T a m k e , auf dem Podium sprechen und zu „naturschutzfachlichen, volks- und betriebswirtschaftlichen Konsequenzen überhöhter Wildbestände“ Stellung beziehen wird. Dammann-Tamke wies vergangene Woche in einer Pressemitteilung darauf hin, dass ein Wildmanagement in Deutschland nur mit den Jägern funktioniere; gebraucht würden Kompromisse zwischen den Nutzern. Der DJV wolle in Göttingen keine Alibi-Veranstaltung, sondern einen echten Dialog auf Augenhöhe

he. Schließlich sei Wild weit mehr als nur ein Forstschädling und die Jagd kein Mittel zum Zweck der forstlichen Holzproduktion. Angepasste Wildbestände könnten auf keinen Fall ausschließlich von Berufsjägern und Forstbediensteten erreicht werden, zumal sich ein Großteil der Wälder in Privatbesitz befinde, erklärte Dammann-Tamke. Nur mit Hilfe aller Jäger sei ein flächendeckendes Wildmanagement möglich. Der DJV stellte klar,

dass er lokale Probleme mit überhöhten Schalenwildbeständen anerkenne. Wirtschaftliche Schäden in Forst- und Landwirtschaft entstünden jedoch nicht nur aufgrund hoher Wildpopulationen, sondern auch durch fehlende Asungsflächen in der immer intensiver wirtschaftenden Land- und Forstwirtschaft, den Klimawandel, die Zerschneidung der Landschaft und die Störung des Wildes durch Erholungssuchende. AgE

ÖSTERREICH

AGRARPOLITIK

Immer härtere Attacken gegen Bauern im Budgetstreit

Die SPÖ prangert zu hohe Studienhilfen für Kinder von Landwirten an - Diese seien auf zu gering bemessene Vermögenswerte der Betriebe zurückzuführen - Forderung nach Reform der Einheitswerte und einer Abschaffung der Einkommensteuer-Vollpauschalierung der Landwirte - ÖBB-Präsident Auer spricht von Pauschalverunglimpfungen

WIEN. Im Streit um den Beitrag der österreichischen Landwirtschaft zur Sanierung des Staatshaushalts wird der Ton zunehmend härter. Der Präsident des Österreichischen Bauernbundes (ÖBB), Jakob A u e r , sprach vergangene Woche von Attacken auf die Bauernfamilien, die ein Ausmaß erreicht hätten, das sich mit Vernunft nicht mehr erklären lasse, sondern nur noch an die Zeiten des Klassenkampfes erinnere. Konkret bezog er sich damit auf den von SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea K u n t z l geäußerten Vorwurf, Österreichs Bauernfamilien bezögen zuviel Studienbeihilfe. Hier handle es sich um „Pauschalverunglimpfungen, die nun nicht einmal mehr vor studierenden Bauernkindern Halt machen“, verwehrte sich Auer gegen die Anschuldigungen. Kuntzl hatte im ORF-Radio erklärt, Kinder von Landwirten bezögen überdurchschnittlich oft Studienbeihilfe, da die Vermögenswerte der Betriebe oft zu niedrig bemessen würden. Zuletzt hätten 2 790 Kinder von Bauern eine Studienbeihilfe erhalten, drei Viertel davon ein Höchststipendium. Mit Blick darauf sprach sich Kuntzl für eine Reform der Einheitswerte und eine Abschaffung der Einkommensteuer-Vollpauschalierung der Landwirte aus. Schützenhilfe erhielt die SPÖ-Politikerin vom Wiener Steuerrechtsprofessor Werner D o r a l t , einem ausgewiesenen Experten auf diesem Gebiet. Derzeit würden aufgrund zu niedrig bemessener Einheitswerte viele Bauernkinder Beihilfen bekommen, obwohl deren Eltern gar nicht in den entsprechenden Einkommensbereich hineinfallen sollten, so Doralts Beurteilung der Situation. Aus dem Wissenschaftsministerium hieß es dagegen nur, mögliche Gründe für die höheren Beihilfen für Landwirte seien beispielsweise die Familienstruktur mit mehreren Geschwistern oder auch die oft weitere Entfernung vom Studienort.

Nicht gegenseitig aufrechnen

Auer zeigte sich besorgt über die Angriffe von Seiten der SPÖ und der Arbeiterkammer. Der ÖBB-Präsident hatte in den letzten Wochen bereits Bereitschaft für eine Neubewertung der veralteten Einheitswerte erkennen lassen. Den jüngsten SPÖ-Vorstoß nutze er dazu, nochmals auf die Vorwürfe zu reagieren, mit denen die Bauernvertreter nunmehr täglich konfrontiert werden: „Faktum ist, dass etwa von rund 500 Mio Euro Mineralölsteuer-

befreiung ganze 450 Mio Euro für Schiffsdiesel, Flugbenzin und die Rückerstattung der Energieabgaben an die Wirtschaft generell ausgegeben werden.“ Somit profitierten auch Fluglinien und Verkehrsbetriebe in höchstem Ausmaß von der Steuerbefreiung. „Mein Stil ist diese gegenseitige Aufrechnung sicher nicht“, stellte Auer klar. Wenn sich jedoch die SPÖ ausgerechnet den Agrardiesel herauspicke und als ungerecht brandmarke, dann würden ganz bewusst Größenordnungen verdreht und eine einzelne Gruppe an den Pranger gestellt. In ganz Europa seien Bauern von der Mineralölsteuer befreit, weil sie mit ihren Traktoren die Felder bewirtschafteten, so der Verbandschef. Jede steuerliche Schlechterstellung würde die Wirtschaftsleistung der Landwirte beeinträchtigen und brächte höchstens einen Budgeteffekt im Promillebereich.

Grundsteuerbefreiung hinterfragen

In diesem Zusammenhang erinnerte Auer daran, dass Österreich „Europameister bei den Frühpensionen“ sei. Würden alle Arbeitnehmer mit dem gesetzlichen Pensionsalter in den Ruhestand gehen, hätte das Land ein Nulldefizit, betonte der ÖBB-Präsident und forderte die Verhandlungspartner dazu auf, sich bei der Budgetsanierung auf echte Strukturmaßnahmen bei den Pensionen, bei Sozialausgaben oder in der Verwaltung zu konzentrieren. Kritik übte Auer auch an der möglichen Befreiung von der Grundsteuer B für Grundvermögen; davon profitieren beispielsweise große Grundbesitzer wie die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) oder die Hausbesitzer, darunter auch die Stadt Wien. Die Landwirte müssten hingegen ihre Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliches Vermögen zahlen. Diese Schiefelage in der Wahrnehmung der Grundsteuerthematik sollte wieder gerade gerückt werden. Allein die Österreichischen Bundesbahnen würden durch die Befreiung von der Grundsteuer B viele Millionen Euro sparen. Landwirte, die ihrerseits Grundsteuern für jeden Acker bezahlten, könnten von solchen Vergünstigungen nur träumen. Grundsteuerrelevant seien zudem auch die Besitzungen der Stadt Wien. Die Praxis der Befreiung von Grundsteuer B gelte in vielen Bundesländern für 20 Jahre und sollte im Zuge der laufenden Spardiskussion hinterfragt werden. AgE

DEUTSCHLAND

TIERSCHUTZ

Rabies bekräftigt Forderung nach Erhalt des Schenkelbrandes beim Pferd

ELMSHORN. Die Landesregierung Schleswig-Holsteins hat ihre Forderung nach einem Erhalt der Möglichkeit, Pferde durch Brandzeichen in Kombination mit einer eindeutigen DNA-Analyse zu kennzeichnen, noch einmal bekräftigt. Staatssekretär Ernst-Wilhelm R a b i u s vom Kieler Landwirtschaftsministerium er-

klärte bei einem Besuch des Holsteiner-Verbandes am Montag vergangener Woche in Elmshorn, dass die Implantation eines Transponders der Regelfall sein solle, aber die Schaffung einer Ausnahmeregelung im Einklang mit dem geltenden EU-Recht das Ziel bleibe. „Es gibt auch aus Tierschutzgründen keine Bedenken

gegen eine solche Ausnahmeregelung“, betonte Rabius. Er präsentierte hierzu die Ergebnisse eines vom Land in Auftrag gegebenen Gutachtens zum Schenkelbrand beim Pferd. Dieses wurde dem Staatssekretär zufolge vom Berner Tiermediziner Prof. Urs S c h a t z m a n n erstellt, der für den Bereich Histologie den Hamburger Dermatologen Prof. Volker S t e i n k r a u s hinzugezogen habe. Dabei habe sich beim Vergleich der vorliegenden Forschungsergebnisse und Gutachten ergeben, dass sowohl der Schenkelbrand als auch die Injektion des Transponders zu Belastungen wie Angst, Erschrecken oder einem kurzen Schmerzreiz beim Pferd führten. Diese Belastungen seien jedoch laut Gutachter nicht messbar, differenzierbar und auch nicht objektivierbar. Weitere Untersuchungen an der Haut des Pferdes hätten allerdings ergeben, dass beim Vergleich der beiden Kennzeichnungsmetho-

den auf feingeweblicher Ebene die strukturellen Veränderungen durch den Heißbrand gering und die der Transponder-Implantat-tragenden Haut erheblich seien, berichtete Rabius. Hier seien die Gutachter zu dem Ergebnis gekommen, dass der Heißbrand als eine dauerhafte Kennzeichnungsmethode gewertet werden müsse, die der Transponder-Implantation überlegen sei. Das Gutachten bestätige die Haltung der Landesregierung Schleswig-Holstein zum Erhalt des Schenkelbrandes, so der Staatssekretär. Er forderte Bundesländer, Bundesregierung und Bundestag auf, die Schaffung einer Alternativmethode zum Transponderimplantat zuzulassen. Landwirtschaftsministerin Dr. Juliane R u m p f hatte am Dienstag vorletzter Woche bereits eine entsprechende Bundesratsinitiative angekündigt (AGRA-EUROPE 5/12, LÄNDERBERICHTE 16). AgE

DEUTSCHLAND

FORSTWIRTSCHAFT

Stabile Situation in Mecklenburg-Vorpommerns Wäldern

Backhaus: Anteil ungeschädigter Bäume hat weiter zugenommen - Starke Fruchtbildung belastet Laubbäume - „Latentes Sterben“ älterer Eichen hält an - Immer noch zu hohe Stickstoffeinträge - Klima-Anpassungsstrategien für stabile Wälder notwendig - Waldzustandsbericht 2011 veröffentlicht

SCHWERIN. Der Gesundheitszustand der Wälder in Mecklenburg-Vorpommern war auch 2011 stabil. Das geht aus den Ergebnissen der aktuellen Waldzustandserhebung hervor, die das Schweriner Landwirtschaftsministerium vergangene Woche vorgestellt hat. „Damit befinden wir uns in guter Gesellschaft mit den benachbarten Flächenländern Brandenburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein“, erklärte Ressortchef Dr. Till B a c k h a u s bei der Bekanntgabe der Ergebnisse. Es sei besonders positiv zu vermerken, dass der Anteil ungeschädigter Bäume in Mecklenburg-Vorpommern auf 30 % zugenommen habe und die Zahl von Bäumen mit deutlichen Schädigungen zumindest stabil geblieben sei. Dabei gebe es aber deutliche baumartenspezifische Unterschiede. So habe sich bei der Kiefer, der häufigsten Baumart, eine weitere Verbesserung des Kronenzustandes gezeigt, während ein Großteil der übrigen Bäume im Vorjahr von einer starken Fruchtbildung in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Diese sogenannte Vollmast bedeute für die Bäume eine ganz erhebliche zusätzliche Belastung und wirke sich durch den Verbrauch von Reservestoffen unmittelbar auf den Belaubungs- und Kronenzustand aus, erläuterte Backhaus.

Laubschäden vor allem bei der Rotbuche

Fruchtbedingte Belaubungsschäden trafen nach Angaben des Agrarministeriums 2011 besonders für die im Mecklenburg-Vorpommern wichtigste Laubbaumart, die Rotbuche, zu. Ihr mittlerer Blattverlust erhöhte sich demnach sprunghaft um 6,8 Prozentpunkte auf knapp 26 %. Trotz aktuell leichter Erholung zeigt der langjährige Trend zudem insbesondere bei der älteren Eiche den Zustand eines latent vorhandenen Eichensterbens. „Dies dürfte eine Reaktion auf die klimatischen Stressereignisse der letzten 20 Jahre sein“, so der Minister. Wie im Vorjahr habe man bei der Eiche und der Gruppe der sonstigen Laubbäume merkliche Schäden durch blattfressende Raupen registriert. Wärmeliebende Schädlinge wie der pilzliche Erreger des neuar-

tigen Eschentriebsterbens und der Eichenprozessionsspinner etablierten sich weiter. Auch dies sei ein Indiz für die aktuellen Klimaveränderungen. Die Kiefer, die aktuell knapp 40 % der bestockten Fläche einnehme, erweise sich dagegen seit 1996 als sehr robuste Baumart, heißt es im Bericht. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich deren mittlerer Nadelverlust den Angaben zufolge um 1,1 Prozentpunkte auf knapp 19 %. Relativ günstige Witterungsbedingungen und kaum Schädlingsbelastungen in den zurückliegenden drei Jahren sowie eine geringe Fruktifikation haben sich förderlich auf ihren Gesundheitszustand ausgewirkt. Der mittlere Nadel- beziehungsweise Blattverlust von Fichten und der Gruppe der sonstigen Laubbäume wie Erle, Birke und Esche verschlechterte sich leicht, während sich dieser Wert bei den Eichen und sonstigen Nadelbäumen leicht verbesserte beziehungsweise gleich blieb.

Wälder funktionsfähig erhalten

Die Schadstoffeinträge aus der Luft seien seit Beginn der neunziger Jahre insgesamt zurückgegangen, berichtete das Agrarministerium weiter. Dazu habe insbesondere die starke Reduzierung der Schwefeleinträge beigetragen. Demgegenüber lägen die Stickstoffeinträge noch über der ökologischen Belastungsgrenze vieler Waldstandorte. Weitere Anstrengungen zur Reduzierung der Einträge müssten daher unternommen werden. „Um den Folgen des Klimawandels auf den Zustand unserer Wälder zu begegnen, arbeiten wir derzeit intensiv an Klima-Anpassungsstrategien für die Wälder des Landes“, teilte Backhaus mit. Oberstes Ziel sei dabei, die Funktionsfähigkeit der Wälder nachhaltig und in ganzer Breite zu erhalten. Neben der Stabilität des Ökosystems Wald gewinne unter diesem Aspekt die Fähigkeit der Wälder, sich verändernden Umweltverhältnissen anzupassen, erheblich an Bedeutung. Daraus folge, dass die Wälder von morgen in besonderem Maße „klimaplastisch“ sein müssten, so der Minister. AgE

SCHWEIZ

PFLANZENSCHUTZ

Agroscope betreibt ökotoxikologische Pflanzenschutzmittelprüfung

WÄDENSWIL. Moderne Pflanzenschutzmittel müssen landwirtschaftliche Kulturen optimal vor Schaderregern schützen und dabei gleichzeitig diejenigen Lebewesen schonen, die nicht

das Ziel der Pflanzenschutzmaßnahmen sind. Um dies zu erreichen, führt die Agroscope-Forschungsgruppe ökotoxikologische Risikoabschätzungen für solche Arten durch, unter anderem

auch für Vögel. Diese Risikobeurteilung verläuft nach Angaben der Wissenschaftler analog zu den Verfahren in der Europäischen Union und ist in mehrere Phasen gegliedert: In einer ersten Phase würden einfache Modelle benutzt, in denen im wahrsten Sinne des Wortes „mit dem Schlimmsten“ gerechnet werde. Könne in einem solchen worst-case-Szenario ein Risiko für Vögel nicht ausgeschlossen werden, würden kompliziertere, aber genauere Modelle angewendet. Laut Agroscope kann die Risikobeurteilung jetzt auch für genau diejenigen Vogelarten gemacht werden, die während eines Pflanzenschutzmitteleinsatzes tatsächlich in der behandelten Kultur leben und kontaminierte

Nahrung fressen. Hier spreche man von „Fokus-Arten“, die für jede landwirtschaftliche Kultur spezifisch seien. Da dieselben Kulturen im Ausland andere „Fokus-Arten“ beherbergen könnten, würden die Verhältnisse in der Schweiz gesondert erforscht. Auch im Weinbau haben die Forscher von Agroscope nach geeigneten Vogelarten gesucht und den Hausrotschwanz ausgewählt. Dieser sei von den in Weinbergen zu findenden Vogelarten der empfindlichste; bleibe er gesund, seien auch andere Vögel sicher. So könne das Risiko für Vögel in Zukunft noch genauer beurteilt werden, was auch dazu diene, Pflanzenschutzmittel noch umweltschonender einzusetzen. AgE

DEUTSCHLAND/EU

LÄNDLICHER RAUM

Lindemann fordert Verbesserung des Infrastrukturangebotes

HANNOVER. Auf die hohe Bedeutung eines guten Infrastrukturangebotes in den ländlichen Räumen hat Niedersachsens Landwirtschaftsminister Gert Lindemann hingewiesen. Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und seinen Auswirkungen sei ein Mittelverzicht zugunsten anderer Mitgliedstaaten für sein Bundesland nicht zu akzeptieren, betonte der Minister zur aktuellen Diskussion um eine mögliche Neuausrichtung der EU-Strukturfondsmittel. „Weitgehend gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen und die Lebensqualität zu verbessern, ist eines unserer herausragenden Ziele für die ländlichen Räume“, stellte Lindemann klar. Hierzu zählt für ihn als ein wichtiges Beispiel auch die adäquate medizinische Versorgung durch Krankenhäuser in den ländlichen Räumen oder aber auch die ei-

ner älter werdenden Bevölkerung angepasste Infrastrukturentwicklung in den Dörfern. Gerade im Zuge der zu verzeichnenden Abwanderung sei es wichtig, die ländlichen Räume weiterhin attraktiv zu gestalten. Dies sei nur mit maßgeschneiderten und leistungsfähigen Infrastrukturmaßnahmen, zum Beispiel mit einem den aktuellen Entwicklungen angepassten Dorferneuerungsprogramm möglich. In der aktuellen Diskussion über Themen wie Breitbandverkabelung, überörtliche Dienstleistungsbündelung oder die medizinische Versorgung in den ländlichen Räumen müsse man dies berücksichtigen. Es wäre nicht akzeptabel, wenn den Bürgern im ländlichen Raum nicht eine vergleichbare medizinische Grundversorgung wie in den Städten oder Ballungsgebieten geboten werde, unterstrich der Minister. AgE

DEUTSCHLAND/EU

AGRARPOLITIK

Kritik an Vorschlägen zur GAP-Reform und Flächenverlusten

Bleser bewertet Flächenstilllegungspläne der EU-Kommission als kontraproduktiv für zukünftige Ziele der Nahrungs- und Energieproduktion - Weinmeister befürchtet mehr Bürokratie durch Neuausrichtung der Agrarpolitik - Schneider vermisst Blick auf Wertschöpfung und fordert Nachbesserung bei Reformvorschlägen - Billau schlägt Anbau von nachwachsenden Rohstoffen auf Stilllegungsflächen vor - Landwirtschaftswoche in Südhessen

GERNSHEIM. Die Rolle der Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduktion sowie die EU-Vorschläge zur Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) standen zum Auftakt der 57. Landwirtschaftlichen Woche Südhessen am vergangenen Montag in Gernsheim im Blickpunkt. In den Eröffnungsreden der viertägigen Veranstaltung wurde vor rund 350 Teilnehmern vor allem Kritik an dem zunehmenden Verlust landwirtschaftlicher Produktionsflächen laut. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Peter Bleser, hob die Schlüsselrolle des Agrarsektors im Kampf gegen den weltweiten Hunger und bei der dezentralen Energieversorgung hervor, weshalb die von der EU-Kommission vorgeschlagene Flächenstilllegung keinen Sinn mache. Noch schärfer ging der Präsident des Hessischen Bauernverbandes (HBV), Friedhelm Schneider, in seinem Grußwort mit dem politisch beabsichtigten Flächenverlust ins Gericht und bezeichnete diese Maßnahme als „Zwangsökologisierung“. Er wies darauf hin, dass bereits jetzt durch Versiegelung und Ausgleichsflächen in Hessen täglich 4 ha verloren gingen und kritisierte den Landverlust als Wertschöpfungsverlust. Als „bürokratisches Monster“ titulierte Hessens Agrarstaatssekretär Mark Weinmeister die geplante Agrarreform, da über die EU-Direktzahlungen nicht nur einkommens-, sondern auch umwelt-, struktur- und sozialpolitische Ziele verfolgt würden, was das System schlichtweg überfordern werde. Der Organisator und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaftliche Woche Süd-

hessen, Dr. Willi Billau, erinnerte in seiner Begrüßungsrede an die starken wirtschaftlichen Verluste der Gemüsebauern durch die Enterohämorrhagische Escherichia-coli-(EHEC)-Krise und forderte die Einführung einer Mehrgefahrenversicherung. Auch er kritisierte die von der EU-Kommission geplante Flächenstilllegung und schlug vor, auf diesen Arealen den Anbau nachwachsender Rohstoffe zuzulassen.

Nahrungsmittelerzeugung bleibt wichtigste Aufgabe

Staatssekretär Bleser stellte in seiner Rede die wichtige Doppelfunktion der Landwirtschaft als Nahrungsmittelproduzent und Energielieferant heraus. „Der ländliche Raum kann mit einer innovativen und nachhaltigen Landwirtschaft einen unverzichtbaren Beitrag zur Ernährungssituation und zur Erzeugung von Energiebiomasse leisten. Die Erzeugung von Grundnahrungsmitteln ist und bleibt aber die wichtigste Aufgabe“, so Bleser. Freilich könne die heimische Landwirtschaft das Hungerproblem der Welt nicht lösen, doch sei über eine nachhaltige und effiziente Produktion eine Vorbildfunktion auch für Entwicklungsländer möglich. Die Erzeugung klimafreundlicher Energie betrachte er als wichtige Zukunftsaufgabe, bei welcher nachhaltig produzierte Biomasse eine bedeutende Rolle spielen werde. In Deutschland würden bereits jetzt mit rund 2 Mio ha etwa 12 % der gesamten Agrarfläche für den Anbau nachwachsender Rohstoffe genutzt. Bei der Sicherung der Welternährung stehe man vor gewaltigen Herausforderungen, gleichzeitig müsse ein wachsender Bedarf an nachwachsenden Rohstoffen ge-

deckt werden. „Eine Stilllegung von Flächen, wie von der EU-Kommission gefordert, macht da keinen Sinn“, sagte Bleser. Weiterhin erteilte er einer Änderung des kürzlich in Kraft getretenen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bezüglich der Förderung kleinerer landwirtschaftlicher Biogasanlagen eine Absage.

Kommissionsvorschläge nicht zukunftsfähig

Für den hessischen Staatssekretär Weinmeister wird das Jahr 2012 ein Jahr der Weichenstellung. Die Europäische Kommission habe mit ihren Verordnungsvorschlägen zur GAP keine zufriedenstellenden Antworten für wichtige Fragestellungen der Zukunft geliefert. „Nun ist es an der Politik, sich in diesem Jahr auf eine kontroverse Diskussion und einen schwierigen Verhandlungsprozess einzustellen“, sagte Weinmeister. Die EU-Kommission habe im Oktober 2011 rund 600 Seiten Verordnungstexte für die Agrarpolitik ab 2014 vorgelegt, doch seien diese nicht zukunftsorientiert und griffen lediglich alte Rezepte aus den achtziger und neunziger Jahren auf. Als Beispiel nannte er die Fruchtartenregelung, die bürokratisch und praxisfremd sei und weder ökologischen noch ökonomischen Erfordernissen der Landwirte entspreche. Die Landwirtschaft habe sich in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich gesellschaftlichen Veränderungen gestellt. Für die Direktzahlungen solle deshalb das Prinzip „öffentliches Geld für gesellschaftlich erwünschte Leistungen“ gelten; dieses Instrument sei weiterzuentwickeln. Die Vorschläge der EU-Kommission würden jedoch eindeutig über das Ziel hinausschießen. Weinmeister befürchtet, dass die Vermischung von Einkommenszielen mit umwelt-, sozial- und strukturpolitischen Zielen im Rahmen der Direktzahlungen das System überfordern wird. Es könnten bis zu sechs verschiedene Zahlungskomponenten entstehen, die eine Verwaltung nicht mehr vernünftig steuern könne, kritisierte der Staatssekretär. Er machte darauf aufmerksam, dass die Generaldirektion Landwirtschaft einen Anstieg

der Bürokratiekosten um 18 % durch das Reformpaket ausgerechnet habe, was es im Sinne der heimischen Landwirtschaft zu verhindern gelte.

Flächenverlust ist Vernichtung von Wertschöpfung

HBV-Präsident Schneider erinnerte in seinem Grußwort an die 50-jährige Geschichte der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik. Diese habe erfolgreich für eine wachsende Erzeugung gesorgt und durch eine relative Stabilität den Bauern etwas gebracht. Er blicke aber nicht mit Sehnsucht zurück, denn sie habe die Bauern auch in ein Korsett von staatlichen Zahlungselementen gepresst, aus dem man nicht einfach habe entfliehen können. „Ich verstehe uns Bauern heute mehr denn je als Unternehmer im ländlichen Raum“, sagte Schneider. Dabei gelte es Chancen aufzugreifen und zu nutzen, die sich im Bereich der Nahrungsmittelproduktion und der regenerativen Energieerzeugung bieten würden. Hinsichtlich der Kommissionsvorschläge zur Ausrichtung der GAP nach 2013 sieht Schneider noch erheblichen Nachbesserungsbedarf. Es fehle dort vor allem der Blick auf die Wertschöpfung. Diese werde vernichtet, wenn durch Zwangsstilllegung die Produktionsgrundlage geschmälert werde. Gleiches gelte für den Landverlust durch Überbauung und Bereitstellung von Ausgleichsflächen. Er forderte in diesem Zusammenhang die Teilnehmer der Veranstaltung auf, die Petition des Deutschen Bauernverbandes (DBV) nach einem Gesetz zum Flächenschutz zu unterstützen. Die Kommunen vor Ort könnten den Flächenverlust durch eine sorgfältige Planung verringern, und der Staat sollte die unsinnigen Kompensationsregelungen stoppen, forderte Schneider. Er unterstrich außerdem, dass unabhängig von der Bestandsgröße für die hessischen Veredlungsproduzenten die Tiergesundheit hohe Priorität besitze und positionierte sich klar gegen Eingriffsrechte von Tierschutzverbänden über ein Verbandsklagerecht. AgE

ARGENTINIEN/WELT

AGRARHANDEL

Neue Importregelung gültig

BUENOS AIRES. In Argentinien ist eine Neuregelung für den Warenimport in Kraft getreten. Seit dem vergangenen Mittwoch müssen Importeure für alle Lieferungen zuvor schriftliche, beeidigte Erklärungen bei der argentinischen Bundesverwaltung der öffentlichen Einnahmen (AFIP) einreichen und deren Antwort abwarten. Wie die AFIP mitteilte, wird die Wartezeit meist bis zu 72 Stunden betragen. Maximal zulässig seien 13 Tage. In der Erklärung aufzuführen sind laut AFIP unter anderem der Preis, die Art und die Menge der Ware, deren Herkunft und Produktionsort sowie der Name und die Steuernummer des liefernden Unternehmens. Mit der Regelung will die argentinische Regierung Medienberichten zufolge die Abwicklung der Importe modernisieren. Kritiker unter anderem aus dem benachbarten Mercosur-Staat Brasilien werfen Argentinien dagegen vor, angesichts der internationalen Wirtschaftskrise und der Dürre in dem von der Landwirtschaft geprägten Land seinen Außenhandelsüberschuss absichern zu wollen. Die Regierung in Brasília kündigte vergangene Woche an, die Auswirkungen der Neuregelungen auf die Geschäftsbeziehungen zu evaluieren und zu prüfen,

ob die Bestimmungen internationalem Recht entsprechen. Man werde sich bemühen, Schaden von brasilianischen Exporteuren fernzuhalten. Der argentinischen Wirtschaft bereiten die neuen Bestimmungen Sorgen. Die heimischen Unternehmen seien auf Importe angewiesen, erklärte die Kammer der argentinischen Importeure (Cira). Unterbrechungen in der Zulieferung stellten ein großes Risiko dar. Argentinien hat seine Importe nach Angaben des Auswärtigen Amtes in Berlin 2010 um 45,5 % auf zusammen 56,4 Mrd \$ (43,0 Mrd Euro) erhöht, während der Export um 23,0 % auf insgesamt 68,5 Mrd \$ (52,3 Mrd Euro) zulegte. Der Außenhandelsüberschuss ging um 35 % auf 12,06 Mrd \$ (9,2 Mrd Euro) zurück. Auch im ersten Halbjahr 2011 lag er mit 5,79 Mrd \$ (4,4 Mrd Euro) unter dem Vorjahreswert, und zwar um 21 %. Wichtigster Handelspartner ist Brasilien, von dem 2010 etwa 33 % aller Importe bezogen wurden. Danach folgten Asien und die EU mit 23 % und 17 %. Wichtigste Importgüter sind Maschinen und Kraftstoffe sowie pharmazeutische und chemische Erzeugnisse. AgE

Umrechnungskurs: 1 \$ = 0,7632 Euro

DEUTSCHLAND/EU

MILCHMARKTORDNUNG

Antragsfrist zur nächsten Milchquotenbörse endet Anfang März

BERLIN. Mit Blick auf den nächsten Termin der Milchquotenbörse am 2. April 2012 hat die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz darauf verwiesen, dass Anträge zum Kauf oder Verkauf bis spätestens am Donnerstag, den 1. März 2012, einzureichen sind. Dieser Termin sei eine Ausschlussfrist; später eingehende Anträge würden nicht

mehr angenommen, stellte die Kammer vergangene Woche in einem Pressehinweis zur Milchquotenbörse fest. Später eingereichte Unterlagen könnten nicht mehr berücksichtigt werden und führten dazu, dass der Antrag abgelehnt werden müsse. Die Antragsfrist beziehe sich auf den Eingang des Antrages bei ihr und nicht auf das Datum

des Poststempels. Wie die Landwirtschaftskammer außerdem erläuterte, erfolgt die Berechnung des Börsenpreises für die hiesigen Antragsteller über das Übertragungsgebiet West. Die Anträge müssten wie gewohnt bei ihrer Übertragungsstelle in Bad Kreuznach eingereicht werden. Antragsformulare könnten unter anderem per E-Mail an milchquotenuebertragungsstelle@lwk-rlp.de, bei den Kreisverwaltungen und den Molkereien angefordert oder auch unter der Internetseite www.lwk-rlp.de abgerufen werden. Neben dem eigentlichen

Antrag müsse ein Nachfrager noch eine Bürgschaft einreichen, erklärte die Kammer. Ein Anbieter benötige zusätzlich eine aktuelle Bescheinigung der Molkerei und eine Bescheinigung der jeweiligen Kreisverwaltung, im Saarland der Landwirtschaftskammer. Die Grundgebühr für alle Antragsteller beträgt der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz zufolge 70 Euro. Bei erfolgreichem Angebot beziehungsweise erfolgreicher Nachfrage werde zusätzlich eine Gebühr in Höhe von 50 Euro fällig. AgE

DEUTSCHLAND/WELT

ERNÄHRUNGSFRAGEN

Welternährung über Produktivitätssteigerungen der Landwirtschaft absichern

ZEF-Direktor von Braun verweist auf knappe Anbauflächen sowie geänderte und gesteigerte Konsumgewohnheiten - Preiselastizität des Fleisch- und Fettverzehr - Nahrungsmittelpreise werden weniger von der Landwirtschaft als vielmehr von der Energie bestimmt - Begriffe Verluste und Verschwendung differenzieren - 3. Bonner Entwicklungskonferenz

BONN. Um die Ernährung auch in Zukunft weltweit sicherstellen zu können, hält der Direktor des Zentrums für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn, Prof. Joachim von Braun, erhebliche Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft für erforderlich. Das hat der Wissenschaftler am Montag vergangener Woche in seinem Referat „Ernährungssicherheit - auch eine Frage von Konsum und globalen Lebensstilen“ auf der 3. Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik, die unter der Überschrift „Globale Lebensstile - neue Wege für die Entwicklungspolitik“ stand, deutlich gemacht. Zur Begründung verwies der Hochschulprofessor auf das Bevölkerungswachstum, den gewandelten und gesteigerten Konsum der Menschen, die Armut, knappe Anbauflächen und Wasser. Darüber hinaus gehöre in diese Kategorie auch die sich durch den Klimawandel verstärkenden Produktionsprobleme, die Märkte, die durch Politik und Spekulation gestört würden, Verluste und Verschwendung sowie die Konkurrenz durch Biomasse. Im Hinblick auf die erneuerbaren Energien bezeichnete von Braun die Bioenergiewende als „überfällig“. Dazu müssten aber Quoten und Subventionen korrigiert werden. Ferner müsse man Biomasse nachhaltig und innovativ nutzen.

Fettsteuer gegen Fleischkonsum?

Mit Blick auf Nahrungsgewohnheiten wies von Braun darauf hin, dass sich die Welt immer ähnlicher werde, je urbaner die Menschen lebten. Dennoch gebe es weiterhin Unterschiede zwischen Arm und Reich. Beispielsweise sei der Fleischkonsum weiterhin einkommensabhängig und liege in Deutschland fast beim Maximum, was der Wissenschaftler als „unrühmlich“ bezeichnete. „Der Fleisch- und Fettkonsum reagiert aber auf den Preis“, stellte der Bonner Professor fest und sprach damit Lenkungsmöglichkeiten an. Wenn der Preis um

10 % steige, gehe die Fleischnachfrage um 8,5 % zurück. Von Braun brachte in diesem Zusammenhang die Einführung einer Fettsteuer nach dänischem Vorbild ins Gespräch. Bei der Frage, welcher Preis die Welternährung bestimme, müssten jedoch der Ernährungs-, der Land- und der Wasserpreis mit berücksichtigt werden. Ferner müsse bedacht werden, dass die Preise immer weniger von der Landwirtschaft als vielmehr von der Energie bestimmt würden. Wenn beispielsweise 1 ha Mais angebaut werde, könnten davon rund 8 000 kg Korn geerntet werden. Damit könne sich ein Mensch 26,5 Jahre ernähren, wenn er täglich 3 000 Kalorien verbräuche, erläuterte von Braun. Hingegen könne er mit diesem Ertrag aber nur etwa ein Jahr lang Auto fahren.

Appelle reichen nicht aus

Im Zusammenhang mit „Verlusten und Verschwendung“ unterstrich von Braun in der Bundesstadt, dass diese Begriffe nicht gleichgestellt werden dürften. Verluste nähmen am Anfang der Produktionskette ihren Lauf und entstünden vermehrt in Entwicklungsländern; sie träten vielfach durch Produktionsverluste auf. Dem gegenüber stehe die Verschwendung am Ende der Kette. In Bezug auf deren Ausmaß wies der Wissenschaftler darauf hin, dass die Verschwendung in Europa und Nordamerika pro Person jährlich 95 kg bis 110 kg ausmache. Um das Verschwendungsverhalten zu ändern, ist von Braun zufolge zunächst eine veränderte Sichtweise erforderlich. Die Menschen müssten ihre Wahrnehmungen ändern, erst dann könne auch das Verhalten geändert werden; ein Appell allein reiche nicht aus. Auf jeden Fall dürften nicht die Lebensmittel, sondern müsse das Wegwerfen teurer gemacht werden. In diesem Kontext nannte von Braun Anreize wie das Müllwiegen oder eine Steuer, bezeichnete aber auch Forschung und Technologie als erforderlich. AgE

DEUTSCHLAND

BODENSCHUTZ

Mehr als 130 000 Unterschriften für DBV-Petition „Stoppt Landfraß“

BERLIN. Die vom Deutschen Bauernverband (DBV) beim Bundestag eingereichte Petition „Stoppt Landfraß“ zählt bereits mehr als 130 000 Unterschriften. Das hat DBV-Präsident Gerd Sonnleitner bei der Mitgliederversammlung des Rheinischen Rübenbauerverbandes (RRV) am vergangenen Mittwoch in Bergheim berichtet. Sonnleitner betonte, es gehe bei der Petition um die Forderung nach einer „intelligenten Landnutzung“. Wahre Ökologie sei, wenn versiegelte Fläche entsiegelt und wieder bewirtschaftet werde. Seit 1990 seien in Deutschland rund 800 000 ha aus der landwirtschaftlichen Produktion herausgefallen, beklagte der DBV-Präsident. Sollten nun tatsächlich noch 600 000 ha im Zuge der von Brüssel vorgeschlagenen öko-

logischen Vorrangfläche und etwa 400 000 ha für den Netzstrassenbau im Rahmen der Energiewende herausgenommen werden, gehe das an die Substanz. Die DBV-Petition „Stoppt Landfraß“ läuft noch bis Mitte Februar. Jährlich gehen etwa 18 000 Petitionen beim Deutschen Bundestag ein, die anschließend vom Petitionsausschuss beraten werden. Zu Petitionen, die die Gesetzgebung des Bundes oder die Tätigkeit von Bundesbehörden betreffen, werden dem Bundestag dann Sammelübersichten mit Beschlussempfehlungen vorgelegt. In der Regel werden diese im Plenum ohne Aussprache bestätigt. Auf Antrag einer Fraktion kann aber auch eine Plenardebatte über eine einzelne Petition stattfinden. AgE

DEUTSCHLAND

GARTENBAU

Hochschule Osnabrück im Kompetenznetz Gartenbau

OSNABRÜCK. Die Hochschule Osnabrück hat den Zuschlag für fünf Forschungsprojekte innerhalb des Kompetenznetzes Wertschöpfung im Gartenbau (WeGa) erhalten, das vom Bundesforschungsministerium gefördert wird. Wie die Hochschule in der vergangenen Woche mitteilte, wird damit Forschung entlang der gesamten gartenbaulichen Wertschöpfungskette, angefangen von Entwicklung nachhaltiger Produktion bis hin zur Vermarktung, unterstützt. „Die Optimierung gesundheitsförderlicher Inhaltsstoffe durch neue genetische Kombinationen ist ebenso Thema wie die schonende Kontrolle von

Schaderregern mittels Resistenz oder integrierter Pflanzenschutzverfahren oder auch der sparsame Umgang von Energieressourcen für die heimische Zierpflanzenproduktion im Gewächshaus“, erklärte der Osnabrücker Sprecher des Forschungsprojekts, Prof. Werner D i e r e n d. Im Einzelnen werden Schorfresistenz, Allergenpotential und Fruchtqualität bei Äpfeln untersucht sowie Zertifizierungsmaßnahmen für Rosen auf Verbraucher-, aber auch auf Produktebene bewertet. Des Weiteren wird an neuen Lösungen für Schaderregerkontrolle und Sensortechnologie bei Kohlarten geforscht. AgE

UKRAINE

BODENRECHT

Bauernverband fordert Referendum über Bodenmarktgesetz

KIEW. In der Ukraine formiert sich heftiger Widerstand gegen das geplante Bodenmarktgesetz, über welches das Parlament in Kiew diese Woche abstimmen soll. Der Präsident der „Vereinigung der Farmer und privaten Bodeneigentümer der Ukraine“, Nikolai M i r k e v i t s c h, fordert ein landesweites Referendum über das Bodenmarktgesetz in der vorliegenden Fassung. Der Verband beklagt das Fehlen günstiger öffentlicher Konditionen für den Landkauf und befürchtet, dass einzelne Landwirte als Kaufinteressenten auf Auktionen gegen finanzstarke Agrarholdings antreten müssten. Kritisiert werden auch die im Gesetzentwurf enthaltene starre Zweckbindung des Bodens nach dessen Erwerb sowie die extreme Einschränkung bezüglich des Verkaufs von Land. Der Vorsitzende der „Union landwirtschaftlicher Dienstleistungsgenossenschaften“, Iwan T o m i t s c h, stellte ergänzend fest,

die Landwirte befürchteten, dass der in der Ersten Lesung am 9. Dezember 2011 angenommene Gesetzestext über den Bodenmarkt unverändert von den Abgeordneten angenommen werde, ohne dass es eine fundierte Diskussion über die anstehenden Fragen mit den Landwirten selbst gegeben habe. „Seit der Ersten Lesung bis heute hat es 1 063 Änderungsvorschläge zu dem Gesetz gegeben, die weder veröffentlicht noch mit uns, den Landwirten, diskutiert worden sind“, kritisierte Tomitsch die Parlamentarier und die Regierung. Die Landwirte glaubten, dass das Gesetz ihre Rechte schmälere beziehungsweise „völlig nivellieren“ werde, und seien daher gegen seine Annahme. Tomitsch zufolge dürfte mit der Neuregelung in der Praxis verhindert werden, dass selbständige Landwirte Flächen erwerben und sich an Bodenmarktgeschäften beteiligen können. AgE

DEUTSCHLAND

PFLANZENBAU

BayWa sieht „Blaue Lupine“ im Aufwind

MÜNCHEN. Große Konjunktur kommt aus Sicht der BayWa auf die „Blaue Lupine“ zu, und das nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Lebensmittelindustrie. Wie der Münchener Waren- und Dienstleistungskonzern weiter mitteilte, gibt es vielversprechende Absatzmöglichkeiten für diese Hülsenfrucht. Daher werde ihr Anbau in der Landwirtschaft immer interessanter. Zudem verbesserten Lupinen mit ihren stickstoffbindenden, tiefen Pfahlwurzeln die Bodenfruchtbarkeit und -struktur. Daneben ermögliche sie als Vorfrucht Ertragssteigerungen von bis zu 10 % in Folgefrüchten wie Getreide oder Raps. Bundesweit werde die Blaue Lupine derzeit auf rund 24 000 ha angebaut, berichtete die BayWa. Sie erwartet angesichts der Marktchancen in den nächsten Jahren eine Verdopplung der Anbaufläche. Besonders gut gedeihe die Lupine auf sandigen und kalkar-

men Böden, die beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und dem nördlichen Sachsen-Anhalt anzutreffen seien. Neben der Landwirtschaft habe auch die Lebensmittelindustrie diese Hülsenfrucht für sich entdeckt, da sie zu einer gesunden Ernährung beitrage, berichtete der Konzern. Er wies auf Untersuchungen von Wissenschaftlern hin, wonach das Extrakt aus dem Lupinenkorn tierische Eiweiße oder Fette in Milch, Fleisch und Ei ersetzen könne. Einige Erzeugnisse wie Eis aus Lupinenmilch fänden daher bereits im Handel guten Absatz. Ziel sei es, die gesamte Kette von Züchtung und Anbau über die Proteingewinnung bis hin zu Verarbeitung und Verkauf in Deutschland zu etablieren. Vier Lebensmittelunternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern testeten derzeit Produkte wie Wurst, Backwaren, Salate und Eis. AgE

DEUTSCHLAND

MARKETING

AMV will Marketing für Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern forcieren

Weuffen: Arbeit den Erfordernissen des Marktes anpassen - Regionale Produkte verstärkt in der einheimischen Gastronomie platzieren - Management von Cateringunternehmen und Sicherung des Fachkräftebedarfs als neue Aufgaben - Messeorganisation und Branchentage bleiben wichtige Standbeine

BENTWISCH/ROSTOCK. Ein zukünftig noch verstärktes Marketing für die Produkte der Region und eine zunehmende wirtschaftliche Tätigkeit des Vereins waren die wichtigsten Resultate einer „Ideenkonferenz“, für die der Verein Agrarmarketing Mecklenburg-Vorpommern (AMV) vergangene Woche nach Rostock eingeladen hatte. „Die Entwicklung erfordert, dass wir unsere

bisher sehr erfolgreiche Arbeit ständig den Erfordernissen des Marktes anpassen“, erklärte AMV-Geschäftsführerin Jarste W e u f f e n zu den Ergebnissen der Konferenz. Insbesondere der Wunsch nach verstärkten Aktivitäten für eine verbesserte Platzierung regionaler Produkte in der einheimischen Hotellerie und Gastronomie und für eine stärkere Einbindung in touristische

Angebote sei ein Anliegen der Vereinsmitglieder gewesen. „In einem Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern muss es gelingen, künftig mehr Heimat in der Gastronomie zu schmecken“, fasste Weuffen die jüngsten Entscheidungen zusammen. Gerade im Zuge der aktuellen Nachhaltigkeitsdiskussion sei es absurd, Mineralwasser, Milch oder andere regional verfügbare Produkte welt- und europaweit einzukaufen und auf langen Transportwegen in den Norden Deutschlands zu transportieren.

Offensive Öffentlichkeitsarbeit

Völlig neu werde für den AMV ein Engagement hin zur wirtschaftlichen Tätigkeit sein, teilte die Geschäftsführerin mit. Die möglichen Geschäftsfelder werde man in den kommenden Wo-

chen mit den Mitgliedern weiter diskutieren und konkretisieren. Dabei sei jetzt schon absehbar, dass der AMV im Aufbau eines Cateringmanagements für regionales Catering sowie in der Unterstützung der Unternehmen bei der künftigen Fachkräfteabsicherung wesentliche Aufgaben sehe. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit will sich der AMV nach eigenen Angaben künftig noch offensiver zeigen und eine wichtige Rolle bei der Aufklärung der Verbraucher über die Qualität der Lebensmittel aus Mecklenburg-Vorpommern übernehmen. Dafür sollen sowohl klassische als auch neue Medien genutzt werden. Zudem werde die Organisation von Landesmesseauftritten, Fachseminaren und den bereits institutionalisierten Branchentagen weiterhin eine wichtige Rolle spielen, so Weuffen. AgE

DEUTSCHLAND

VERBRAUCHERSCHUTZ

Nordrhein-Westfalen startet Preiskontrollen

DÜSSELDORF. In Nordrhein-Westfalen hat das Landwirtschaftsministerium Kontrollen der korrekten Preisauszeichnung von Lebensmitteln gestartet. Bis Ende April soll in einer landesweiten Schwerpunktaktion der kommunalen Ordnungsbehörden geprüft werden, ob die angebotenen Waren richtig ausgezeichnet sind. Mit den Kontrollen will Landwirtschaftsminister Johannes R e m m e l nach eigenen Angaben „die Verbraucher mächtig machen und ihre Rechte stärken“. Die Konsumenten müssten beim Einkauf auf einen Blick erkennen können, welches das günstigste Produkt sei. Dabei geht es dem Minister vor allem um die Auszeichnung des Grundpreises, der neben dem Preis für das Produkt angegeben sein muss,

beispielsweise als Preis pro Liter oder pro Kilogramm. R Emmel forderte die Unternehmen auf, den End- und den Grundpreis klar auszuzeichnen und für leserliche Angaben auf den Preisetiketten zu sorgen. Die Verbraucher könnten nur dann preisbewusst einkaufen, wenn sie auch wüssten, was die Lebensmittel wirklich kosteten und eine leichte Vergleichbarkeit der Grundpreise möglich sei. Auch der Handel könne davon profitieren, wenn die Kunden mit gutem Gewissen und Vertrauen einkauften. Die Schwerpunktaktion soll dem Minister zufolge bis Mitte des Jahres ausgewertet werden. Dann werde sich zeigen, ob weitere regelmäßige Kontrollen erforderlich seien und ob es Handlungsbedarf für den Gesetzgeber gebe. AgE

FRANKREICH/WELT

FIRMENNACHRICHTEN

Tereos meldet positive Geschäftsentwicklung

Französischer Zuckerkonzern konnte sein Betriebsergebnis und seinen Umsatz im vergangenen Geschäftsjahr deutlich steigern - Hohe Zuckerpreise schlugen zu Buche - Rekorderträge bei Zuckerrüben in Frankreich und Tschechien - Verstärkt Absatzmärkte in Drittländern im Visier - Quotenausstieg 2015 verfrüht

LILLE. Der international agierende Zuckerkonzern Tereos mit Firmensitz im nordfranzösischen Lille konnte dank seiner Diversifizierung und der anhaltend hohen Zuckerpreise im Geschäftsjahr 2010/11 Gewinn und Umsatz deutlich steigern. Wie Firmenchef Philippe D u v a l anlässlich der Bilanzpressekonferenz berichtete, erhöhte sich der Firmenumsatz um 25 % auf 4,4 Mrd Euro. Das Ergebnis vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen (EBITDA) kletterte Tereos zufolge um 26 % auf 752 Mio Euro. Das Nettobetriebsergebnis stieg in der Berichtszeit um 57 % auf 237 Mio Euro. An die angeschlossenen Genossenschaftsmitglieder wurden nach Angaben des Unternehmens insgesamt 85 Mio Euro gezahlt. Duval räumte ein, dass Tereos von Rekorderträgen bei Zuckerrüben von bis zu 96 t/ha in Frankreich und von 81 t/ha in der Tschechischen Republik sowie einer in beiden Ländern länger andauernden Kampagne als im vorangegangenen Wirtschaftsjahr profitiert habe.

Drittlandsmärkte im Blick

Weitere Expansionsmöglichkeiten sucht Tereos nach eigenen Angaben mittlerweile vorwiegend außerhalb der Europäischen Union. Aktuell würden rund 37 % des Absatzes in Drittländern erzielt, doch strebe man hier längerfristig eine Quote von 50 % an, hieß es in Lille. Ziel von Tereos sei nicht nur ein Produktionsanstieg, sondern gleichzeitig wolle man die Absatzmärkte ausweiten, erläuterte der Aufsichtsratsvorsitzende Thierry L e c o m t e . Das Unternehmen plant dem-

nach bereits konkret, ab 2012 Maisstärke in Brasilien zu produzieren. Außerdem will die Genossenschaftsgruppe im Rahmen eines Joint Ventures zwischen „Tereos International“ und Wilmar, dem größten Verarbeiter von Agrarprodukten in Asien, kooperieren. Im Rahmen dieser Partnerschaft hofft Tereos auf Absatzmöglichkeiten in China, dem weltweit wichtigsten Markt für Stärke. Dort plant das Unternehmen bereits konkret die Errichtung eines Betriebes im ersten Halbjahr 2013.

Quotenausstieg keine gute Lösung

Tereos räumte auf der Bilanzpressekonferenz ein, dass das Rohrzuckergeschäft der Genossenschaftsgruppe in Brasilien im abgelaufenen Geschäftsjahr unter geringeren Erträgen gelitten habe. Der Durchschnittsertrag habe bei 70 t/ha gelegen, verglichen mit 85 t/ha in der Kampagne zuvor. Besondere Sorge bereitet der Firmenleitung von Tereos allerdings das Auslaufen der europäischen Zuckerquoten, das Brüssel bekanntlich bereits für 2015 plant. Präsident Duval hofft nach eigenen Worten noch immer auf eine Verlängerung des Quotenmodells bis 2020. Nach seiner Ansicht sollte die Europäische Kommission nicht den Fehler machen, die Kapazität Brasiliens zu unterschätzen. Gleichwohl gab sich Tereos insgesamt zuversichtlich und hofft weiterhin auf ein positives Geschäftsergebnis. Mit Blick auf künftige neue Projekte erwartet Firmenchef Duval für das Geschäftsjahr 2011/12 bereits einen weiteren Anstieg des operationellen Betriebsergebnisses um 20 %. AgE

DEUTSCHLAND

BODENSCHUTZ

Reinholz konkretisiert Maßnahmen zum Flächenschutz

ERFURT. Einen Aktionsplan für nachhaltige Flächenpolitik hat Thüringens Landwirtschaftsminister Jürgen Reinholz vorgestellt. „Boden ist eine knappe Ressource; bevor neue Flächen versiegelt werden, müssen Brachen genutzt werden“, erklärte Reinholz bei der Vorstellung des Aktionsplans vergangene Woche in Erfurt. Allein mit moralischen Appellen werde man dies aber nicht schaffen. Der Plan sieht nach Angaben des Agrarressorts unter anderem vor, die Inanspruchnahme von Flächen im Siedlungs- und Verkehrsbereich mit steuerlichen Anreizen, Förderprogrammen und Änderungen im Planungsrecht zu reduzieren. In einem ersten Schritt sollen die Brachflächen, ihre Nutzungsoption und potentielle Nutzungskonflikte in den Gemeinden identifiziert werden. Auf diese Informationen sollen dann die Raumordnung, Bauleitplanung und Flurbereinigung beim Flächenmanagement zurückgreifen. Eine zentrale Aufgabe der Zukunft werde sein, die rechtlichen und öko-

nomischen Rahmenbedingungen der Siedlungsentwicklung schrittweise so umzugestalten, dass sich Flächensparen für Gemeinden, Unternehmer und Eigentümer auszahle, erläuterte der Minister. Beispielsweise könnten Förderbescheide davon abhängig gemacht werden, ob verfügbare Altflächen genutzt würden, Kommunen bei der Schaffung von Infrastruktur kooperierten oder Steuervorteile geschaffen würden für Landnutzer in Siedlungszentren. Ein Aktionsbündnis von Verwaltung und nichtstaatlichen Akteuren werde die einzelnen Handlungsfelder des Plans diskutieren und weiterentwickeln. „Der Boden ist Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen; er liefert uns Nahrungsmittel und Rohstoffe, erfüllt essentielle Funktionen im Ökosystem“, betonte Reinholz. Er sei aber auch eine endliche Ressource. Deshalb müsse man sorgsam mit ihm umgehen, nicht zuletzt aus Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen, so der Minister. AgE

RUMÄNIEN/WELT

INVESTITIONEN

Bukarest sucht Investoren für den Ausbau des Siret-Baragan-Kanals

BUKAREST. Das rumänische Landwirtschaftsministerium ist nach wie vor auf der Suche nach Investoren für den Ausbau des 190 km langen Siret-Baragan-Kanals im Osten des Landes. Mit dem Bau des Kanals war noch im kommunistischen Rumänien unter Nicolae Ceausescu im Jahr 1987 begonnen worden. Mit dem Ende dieses Regimes wurden die Arbeiten gestoppt (AGRA-EUROPE 22/11, LÄNDERBERICHTE 5). Mittels des Kanals sollen in der niederschlagsarmen Region Baragan rund 1 Mio ha - konservative Schätzungen gehen von 700 000 ha aus - bewässert und dadurch für den Anbau von Getreide nutzbar gemacht werden. Nach einer Reihe erfolgloser Versuche, einen soliden Finanzgeber für das Projekt zu finden, darunter auch in

China, mache sich Landwirtschaftsminister Valeriu Tabara nun Hoffnung, einen Investor in Deutschland zu finden, meldete die Agentur capital.ro. „Wir würden uns freuen, wenn Deutschland die Baragan-Investition im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft übernehmen würde“, zitiert die Agentur Tabara. Zwar bestehe auch bei Investoren in Kanada und in Spanien Interesse an dem Projekt, aber es habe den Anschein, dass letztlich ein Bankenkonsortium aus Deutschland zum Zuge kommen werde. Die Gesamtkosten des Vorhabens, die sich nach Berechnungen rumänischer Fachleute in zehn Jahren amortisiert haben sollen, werden vom Landwirtschaftsministerium auf 3,4 Mrd Euro veranschlagt. AgE

DEUTSCHLAND

FORSCHUNG

Pilotanlage zur Biogasproduktion aus Großmarktabfällen geht in Betrieb

Neue Anlage des IGB in Stuttgart vergärt Abfälle zu Methan - Die unterschiedliche Zusammensetzung des Ausschusses erschwert die Herstellung stetig gleicher Umweltbedingungen für die Mikroorganismen - Spezielles Managementsystem errechnet daher die optimale Mischung verschiedener Abfälle - Reste aus der Biogasproduktion werden in weiteren Teilprojekten verwertet - Das Filtratwasser geht zum Beispiel in eine Algenkultur zur Ölproduktion

STUTTGART. Für die Vergärung von Großmarktabfällen zu Biogas hat das Fraunhofer-Institut für Grenzflächen- und Bioverfahrenstechnik (IGB) im Rahmen des Verbundvorhabens EtaMax eine Pilotanlage entwickelt, die in diesen Tagen neben dem Stuttgarter Großmarkt in Betrieb geht. IGB-Abteilungsleiterin und Projektkoordinatorin Dr. Ursula Schließmann bezeichnete Großmarktabfälle wie zum Beispiel welke Salatköpfe vergangene Woche als „ideal für das Vergären“, weil sie viel Wasser und wenig verholzte Teile enthielten. Eine Herausforderung stelle allerdings die täglich wechselnde Zusammensetzung der Abfälle dar. Weil die verschiedenen Mikroorganismen zu jeder Zeit gleiche Umgebungsbedingungen bräuchten, müsse das Gleichgewicht erhalten werden. Der Ausschuss werde daher in verschiedenen Vorratsbehältern gelagert. Dort würden außerdem einige Parameter der Abfälle bestimmt, etwa der pH-Wert. „Das dazu entwickelte Managementsystem errechnet, wie viel Liter des Abfalles aus welchen Behältern gemischt und zu den Mikroorganismen gegeben werden“, erläutert Schließmann. Das entstehende Methan werde von der

Energie Baden-Württemberg EnBW mit Membranen aufbereitet. Die Daimler AG stelle einige Versuchsfahrzeuge mit Erdgasantrieb bereit. Wie die Expertin hervorhob, werden alle von der Anlage erzeugten Produkte verwertet, vom Biogas über das flüssige Filtrat bis zum nicht weiter vergärbaren schlammartigen Rest. Dabei helfe unter anderem ein zweites Teilprojekt in Reutlingen. Dort werde in einer Algenkultur Öl erzeugt, das Dieselmotoren antreiben könne.

Auch der Gärrest wird zu Methan

Als Nährmedium für die Algen dient IGB-Angaben zufolge das Filtratwasser aus der Biogasanlage. Auch das Kohlenstoffdioxid (CO₂), das die Algen zum Wachsen benötigten, erhielten die Forscher aus dem Biogasreaktor in Stuttgart. Das entstehende Biogas setze sich nämlich zu etwa zwei Dritteln aus dem gewünschten Methan und zu einem weiteren Drittel aus CO₂ zusammen. Der schlammartige Gärrest werde schließlich von Kollegen aus dem Schweizer Paul Scherrer-Institut (PSI) und dem Karlsruher Institut für Technolo-

gie (KIT) ebenfalls in Methan umgewandelt. Das Vorhaben EtaMax ist auf insgesamt fünf Jahr angelegt und wird vom Bundforschungsministerium mit zusammen 6 Mio Euro finanziell gefördert. Weitere Projektpartner sind das Fraunho-

fer-Institut für Verfahrenstechnik und Verpackung (IVV), die Stadt Nürnberg sowie die Unternehmen FairEnergie GmbH, Stulz Wasser- und Prozesstechnik GmbH, Netzsch Mohnpumpen GmbH und Subitec GmbH. AgE

DEUTSCHLAND

KREDITE

Rentenbank senkt Zinsen ihrer Förderkredite

FRANKFURT. Die Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt am Main, hat die Zinssätze ihrer Förderkredite entsprechend der Zinsentwicklung an den Kapitalmärkten nominal um bis zu 0,30 Prozentpunkte gesenkt. Wie die Rentenbank am vergangenen Freitag mitteilte, liegt der Top-Zins für Förderkredite an Junglandwirte mit einer Laufzeit von zehn Jahren und zehnjähriger Zinsbindung in der günstigsten Preisklasse (A) jetzt bei effektiv 2,47 % und 1,91 % bei fünfjähriger Zinsbindung. Zum günstigen Top-Zins werden auch nachhaltige Investitionen zum Beispiel in den Umwelt- und

Ressourcenschutz, den Verbraucherschutz oder im Bereich Bioenergie finanziert. Die Programmkredite der Förderbank für die Agrarwirtschaft dürfen neben anderen öffentlichen Mitteln, zum Beispiel Zuschüssen, eingesetzt werden, soweit die von der EU vorgegebenen Beihilfeobergrenzen eingehalten werden. Wie bei den Darlehen der Rentenbank üblich, sind die Kreditanträge an die jeweilige Hausbank zu richten. In Abhängigkeit von der Bonität und der Werthaltigkeit der Sicherheiten nehmen die Hausbanken auch die Einstufung in die jeweilige Preisklasse vor. AgE

DEUTSCHLAND

WEIN

Späteste Eisweinlese an der Mosel

TRIER. Die zweite Hälfte der vergangenen Woche mit ihren frostigen Temperaturen haben die Winzer an der Mosel dazu genutzt, noch einmal Eiswein zu lesen. Anfang Februar ist der späteste Lesetermin, der für die seltene Weinspezialität je verzeichnet wurde. In einzelnen Lagen wurden Minustemperaturen im zweistelligen Bereich gemessen. Das war deutlich kälter als noch vor zwei Wo-

chen, als die ersten Weingüter versucht hatten, Eiswein zu ernten. Weinexperten hatten zu diesem Zeitpunkt bereits Zweifel geäußert, ob die Trauben - wie vorgeschrieben - komplett durchgefroren waren. Um hier sicherzugehen, wurden von den Behörden in Rheinland-Pfalz umfangreiche Schwerpunktkontrollen in Sachen Eiswein angekündigt, vor allem in Rheinhessen. AgE

NIEDERLANDE/SERBIEN

FIRMENNACHRICHTEN

FrieslandCampina will zwei Molkereien in Südosteuropa übernehmen

Akquisition von Imlek und Mlekara Subotica mit Salford Capital Partners vereinbart - Übernahmekandidaten sind in Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina sowie der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien aktiv - Umfangreiches Produktportfolio mit etablierten Marken

AMERSFOORT. Der niederländische Molkereikonzern Royal FrieslandCampina N.V. will seine Aktivitäten im westlichen Balkan mit der Übernahme von Imlek und Mlekara Subotica ausweiten; es wäre die erste große Akquisition seit der Fusion von Friesland Foods und Campina Ende 2008. Eine entsprechende Vereinbarung hat FrieslandCampina eigenen Angaben zufolge mit Salford Capital Partners getroffen, dem Hauptaktionär der beiden Übernahmekandidaten. Die Belgrader Investmentgesellschaft hält jeweils rund 80 % der Firmenanteile, die an der Belgrader Börse gehandelt werden. Auch die restlichen Aktien will FrieslandCampina erwerben. Die Transaktion soll in wenigen Monaten abgeschlossen sein. Allerdings müssen vorher noch unter anderem die lokalen Wettbewerbsbehörden grünes Licht geben. FrieslandCampina will den Kauf mit Fremdkapital finanzieren. Über den Preis wurden keine Angaben gemacht. Die Marktkapitalisierung der beiden Übernahmekandidaten belief sich nach Zahlen der Belgrader Börse vom 1. Februar 2012 auf insgesamt etwa 273 Mio Euro. Ihr gesamter Jahresumsatz beläuft sich FrieslandCampina zufolge auf etwa 270 Mio Euro. Mit der Akquisition will FrieslandCampina seine globale Position bei Milchgetränken, Baby- und Kindernahrung sowie Käse verstärken. Imlek und Mlekara Subotica operieren dem Konzern zufolge als unabhängige Molkereiunternehmen und beliefern Märkte mit insgesamt rund 25 Millionen Verbrauchern. „Un-

sere Produktportfolios passen gut zum aktuellen Markenportfolio von FrieslandCampina“, sagte Imlek-Geschäftsführer Slobodan Petrovic.

Imlek in mehreren Ländern gut positioniert

Imlek habe eine starke Position im serbischen Lebensmittel-einzelhandel und sei auch in Montenegro, Bosnien und Herzegowina sowie in der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien gut positioniert, berichtete FrieslandCampina in einer Pressemitteilung. Das Unternehmen verfüge über gut etablierte Marken in den Märkten für Trinkmilch, Joghurt, Käse und Sahneprodukte. Das Portfolio der in Serbien aktiven Mlekara Subotica bestehe vorwiegend aus Mehrwertprodukten, die mehr als die Hälfte des Umsatzes ausmachten und diverse fermentierte Produkte und Spezialitäten wie Brotaufstriche und Käse umfassten. Ungefähr ein Drittel des Umsatzes entfalle auf Trinkmilchprodukte. Die beiden Unternehmen beschäftigten zusammen rund 1 470 Mitarbeiter in sechs Produktionswerken sowie an vier Hauptverwaltungsstandorten in Serbien, Bosnien, Herzegowina und in der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien. Nach der Übernahme werde die Zahl der Mitarbeiter von FrieslandCampina in Südosteuropa auf rund 3 900 steigen, die dann in insgesamt 14 Produktionswerke Milch verarbeiteten. Zurzeit beschränkten sich die Aktivitäten des

Konzerns noch auf Ungarn, Rumänien und Griechenland. Der Jahresumsatz von Royal FrieslandCampina betrug im Jahr 2010 fast 9 Mrd Euro. Das Unternehmen beschäftigt

insgesamt etwa 19 500 Mitarbeiter und verfügt über gut 100 Produktionsstandorte und Verkaufsniederlassungen in 25 verschiedenen Ländern. AgE

DEUTSCHLAND

FISCHEREI

Hohe Krabbendichte in der Nordsee

HAMBURG. Die Bestandsdichte an Nordseegarnelen befindet sich derzeit auf einem hohen Niveau. Zu diesem Ergebnis kommen Wissenschaftler des Johann-Heinrich-von-Thünen-Instituts (vTI) für Seefischerei nach Abschluss ihrer beiden Forschungsfahrten in den heimatnäheren Bereich Helgoland beziehungsweise von Cuxhaven aus zur dänischen und niederländischen Küste sowie in die zentrale Deutsche Bucht. „So viele Garnelen wie in diesem Winter haben wir seit 20 Jahren nicht gefunden“, berichtete Fahrtleiter Dr. Thomas N e u d e c k e r. Nach seinen Worten sind in der gesamten Deutschen Bucht durchweg größere Dichten anzutreffen als in den früheren Jahren, insbesondere in einer Meerestiefe von 10 m bis 20 m. Damit stehe nun fest, dass sich die Garnelen, umgangssprachlich auch Krabben oder Granat genannt, küstennäher aufgehalten hätten als in den kälteren Wintern zuvor. Zwischen Ostfriesland und Dänemark, wo

größtenteils niederländische Kutter angetroffen worden seien, habe es teilweise besonders große Krabbenbestände gegeben. Die Wissenschaftler deuteten dies auf eine derzeit gute Bestandssituation hin. „Nach den guten Anlandungen der Krabbenflotten im vergangenen Jahr liegen die verbliebenen Bestandsdichten auch weit über denjenigen des vorangegangenen Winters, wodurch die Frühjahrsfänge in der Fischerei wahrscheinlich ebenfalls überdurchschnittlich ausfallen werden“, informierte Neudecker. Ein großer Elternbestand sei jedoch kein Hinweis darauf, dass auch die nächste Krabbengeneration, die im Herbst dieses Jahres die Fangsaison dominieren werde, sehr ertragreich sein werde. Schließlich habe man in Langzeituntersuchungen herausfinden können, dass ein milder Winter ein Faktor sein könne, der sich nachteilig auf die Nachwuchsproduktion der Krabben auswirke. AgE

DEUTSCHLAND

FORSTWIRTSCHAFT

Bayerische Staatsforsten wehren sich gegen Greenpeace-Vorwürfe

„Fachlich nicht haltbar“ - Wälder werden nicht „wie im Mittelalter“ geplündert - Anteil der Buchenwälder nimmt zu, Bäume werden älter, vorratsreicher und teilweise dicker - Buchen mit mehr als 60 Zentimeter Brusthöhendurchmesser seit 1999 um 50 Prozent gestiegen, der Flächenanteil um 40 Prozent - Greenpeace will eigene Karten zum Buchen- und Eichenbestand vorlegen

REGENSBURG. Den Vorwurf der Umweltorganisation Greenpeace an die Forstwirtschaft, Wälder „wie im Mittelalter“ auszuplündern und mehr zu nutzen als nachwächst, wobei es insbesondere darauf ankomme, Buchenwälder „zu retten“, haben die Bayerischen Staatsforsten als haltlos zurückgewiesen. Es werde nachprüfbar nicht mehr genutzt als nachwachsen, betonte das Forstunternehmen am vergangenen Donnerstag in einer Pressemitteilung. Wertvolle Buchenwälder, insbesondere im bayerischen Staatswald, seien nach Meinung von Greenpeace gefährdet und würden dem wirtschaftlichen Profit geopfert. Die Realität sehe aber anders aus, stellten die Staatsforsten klar. Sie wiesen darauf hin, dass der Anteil der Buchen und damit der Buchenwälder zunehme, sie älter würden, stärkere Dimensionen erreichten und damit immer vorratsreicher würden. Von Ausbeutung könne ange-

sichts dieser Fakten keine Rede sein, denn diese hätte das gegenteilige Ergebnis zur Folge, und zwar weniger Vorrat und jüngere Bäume. „Gerade in der Buche ernten wir seit Jahren mit durchschnittlich 560 000 Fm nur rund die Hälfte des jährlichen Zuwachses von etwa 1 Mio Fm“, betonte der Vorstand der Bayerischen Staatsforsten, Reinhardt N e f t. Hierin liege zudem der enorme Anstieg gerade bei den Starkbuchen begründet. So sei der Vorrat an alten, starken Buchen mit mehr als 60 cm Brusthöhendurchmesser gegenüber 1999 um gut 1 Mio Fm angestiegen. Dies entspreche einer prozentualen Zunahme von rund 50 %. Darüber hinaus habe sich gerade der Flächenanteil der Buchenwälder im Alter von mehr als 160 Jahren seit 1999 um gut 40 % erhöht. Die Vorwürfe von Greenpeace seien angesichts dieser Fakten „fachlich nicht haltbar“, erklärten die Bayerischen Staatsforsten.

Naturale Eckdaten der Bayerischen Staatsforsten
(1999 bis 2011)

	Einheit	1999	2007	2011
Buchen				
Flächenanteil	v.H.	15,5	-	17,1
Fläche	ha	111 445	-	122 987
Vorrat	Mio cbm	30,2	-	34,7
Zuwachs	Mio cbm	1	-	1
Einschlag	Mio cbm	0,58	-	0,64
Insgesamt				
Zuwachs	Mio cbm	-	6,1	6,1
Einschlag	Mio cbm	-	5,4	5,14
Vorrat starken Laubholzes	cbm/ha ¹⁾	-	2	2,4
Totholz ²⁾	cbm/ha	-	6,36	7,1

1) Brusthöhendurchmesser > 70 cm; 2) Totholz unter 20 cm Durchmesser und Wurzelstöcke nicht erhalten

Totholzanteil nimmt zu

Das Forstunternehmen mit Sitz in Regensburg wies außerdem auf den kontinuierlichen Anstieg des Totholzanteils im Staatswald hin, der aus der inventurgestützten Erfassung des Waldzustandes mit rund 200 000 Inventurpunkten und einer darauf basierenden mittelfristigen waldbaulichen Planung hervorgehe; damit könne nicht von einer vermeintlichen Ausbeutung gesprochen werden. Hierbei handle es sich „um das bewusste Belassen im Wald“ von stehendem und liegendem Totholz als Lebensraum für Pilze, Tiere und Pflanzen. Angesichts der stark gestiegenen Nachfrage nach Holz sei dies ein „bewusst eingegangener Verzicht“, hob das Unternehmen hervor. Die naturnahe Forstwirtschaft im Staatswald stelle der Gesellschaft Holz nachhaltig zur Verfügung und berücksichtige dabei ausdrücklich Natur und Biodiversität. Zusammen mit der bereits erwähnten erfreulichen Entwicklung der wertvollen Buchenwälder sei das ein eindrucksvoller Beleg, dass der Wald bei den Bayerischen Staatsforsten in guten Händen sei. Laut Angaben der Staatsforsten sind

bei einer Gesamtfläche von rund 800 000 ha mehr als 240 000 ha und damit etwa 30 % als Naturschutzgebiete, Naturparke, Naturwaldreservate, Natura-2000- oder Landschaftsschutzgebiete gesetzlich geschützt; hinzu kommen gut 45 000 ha Nationalpark „Bayerischer Wald“ und „Berchtesgaden“.

Bestände dokumentieren

Greenpeace eröffnete unterdessen am vergangenen Donnerstag im unterfränkischen Spessart ein Waldcamp. Dort wollen die Umweltschützer eigenen Angaben zufolge den Bestand der über 140 Jahre alten Buchen und Eichen dokumentieren. Die Organisation begründete ihren Schritt damit, dass die Landesregierung in Bayern als einzige „keine Auskunft über seine öffentlichen Waldflächen“ gebe. Damit sei nicht erkennbar, welche Gebiete unter Schutz stünden und wo eingeschlagen werde. Daher wolle man nun mit Geräten auf Basis des Globalen Positionierungssystems (GPS) die ökologisch wertvollen, alten Buchen und Eichen erfassen; die Karten sollen später veröffentlicht werden. AgE

DÄNEMARK/EU

VERBRAUCHERSCHUTZ

Dänemarks Landwirtschaftsministerin für effiziente Fleischkontrollen

KOPENHAGEN. Die Bedeutung von Lebensmittelkontrollen für den Verbraucherschutz hat Dänemarks Landwirtschaftsministerin Mette G j e r s k o w hervorgehoben. „Verbraucher müssen darauf vertrauen können, dass sie nicht krank werden, nur weil sie ein Stück Schinken, Steak oder Salami gegessen haben“, erklärte Gjerskow anlässlich einer europäischen Konferenz zur Lebensmittelsicherheit und Fleischkontrolle vergangene Woche in Kopenhagen. Die gründliche Überprüfung von Fleischprodukten im Schlachthaus Sorge in der Regel für diese Sicherheit. Die dabei angewandten Methoden seien aber oft vor vielen Jahren eingeführt worden und bedürften einer ständigen

Revision und Weiterentwicklung. Dabei müssten sich Wissenschaft und Kontrollorganisationen auf jene Bereiche konzentrieren, die das größte Gefahrenpotential für den Konsumenten mit sich brächten, verlangte die Ministerin. Dies würde sowohl den Verbrauchern als auch den Unternehmen im Fleischgeschäft zugute kommen. Als einer der weltweit größten Fleischproduzenten und -exporteure habe die Europäische Union zudem eine besondere Verantwortung bei der Definition von Kontrollstandards für Fleisch und Fleischprodukte. Diese würden häufig von Drittlandsstaaten übernommen und sorgten dadurch weltweit für mehr Sicherheit, stellte Gjerskow fest. AgE

DEUTSCHLAND

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Aufruf zum bundesweiten „Tag des offenen Hofes“

Deutscher Bauernverband: Jetzt Vorurteile und falsche Bilder aktiv richtigstellen - Gegen eine fachlich überzogene öffentliche Darstellung des landwirtschaftlichen Handelns und gegen den langfristig drohenden Imageschaden ist nur eine ehrliche und authentische Öffentlichkeitsarbeit in der Region wirksam

BERLIN. Zur Beteiligung am bundesweiten „Tag des offenen Hofes 2012“ haben der Deutsche Bauernverband (DBV), der Bund der Deutschen Landjugend (BDL) und der Deutsche LandFrauenverband (dlv) die Betriebe aufgerufen. Der Bauernverband betonte dabei, es gehe darum, Vorurteile und falsche Bilder aktiv richtigzustellen. Häufig fühlten sich Bauern und Bäuerinnen von Medien, Nichtregierungsorganisationen und Politik in ihrem Handeln auf dem Acker und vor allem im Stall nicht richtig verstanden oder gar falsch wiedergegeben. Vorurteile und fehlende Sachkunde in der Bevölkerung könnten Ursache dieser imageschädigenden öffentlichen Diskussion sein. Dabei hätten die Verbraucher eigentlich ein hohes Grundvertrauen gegenüber den Bauernfamilien, wenn es um die Qualität von Lebensmitteln gehe, wie eine aktuelle Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) zeige, so der DBV am vergangenen Donnerstag in Berlin. Doch wer Landwirtschaft nur noch vom Hörensagen kenne, mache sich sehr schnell und leicht nur vom Hörensagen sein Bild. So fänden Begriffe wie Massentierhaltung oder industrielle Produktion Platz in den Köpfen der Menschen und in der öffentlichen, politischen Diskussion. Da könne der Beruf des Landwirts noch so angesehen sein, die Vorurteile setzten sich fest. Die Gefahr eines sich zum Negativen wandelnden Images

könne, nein, müsse jeder in der Landwirtschaft Verantwortung Tragender entgegenzutreten, forderte der Bauernverband. Gegen eine fachlich überzogene öffentliche Darstellung des landwirtschaftlichen Handelns und gegen den langfristig drohenden Imageschaden sei nur eine ehrliche, authentische Öffentlichkeitsarbeit in der Region wirksam. Deshalb ist aus Sicht des DBV die Teilnahme am „Tag des offenen Hofes“ so wichtig.

Eine Zukunftsinvestition

Der Bauernverband appellierte an seine Mitglieder: „Nutzen Sie diese Chance. Zeigen Sie, wie Sie arbeiten, wie Sie Ihren Betrieb führen, welche Leistungen die Bauernfamilien für unsere Gesellschaft erbringen.“ Ein wirksameres Mittel als das eigene Erleben gebe es nicht gegen die Entfremdung der Menschen von der Landwirtschaft. Wenn die Besucher Kühe im Boxenlaufstall oder Schweine im Stall erlebten oder die Pflege der Pflanzen auf dem Acker, würden sich viele Vorurteile buchstäblich in Luft auflösen. Den Menschen aus der Region sollte ein Blick „hinter die Kulissen“ gewährt werden. Es gehe darum, das Image für den Berufsstand und sein Handeln zu verbessern. Das sei eine Zukunftsinvestition, die sich für die Landwirtschaft langfristig bezahlt mache, betonte der DBV.

Der Landwirtschaft ein Gesicht geben

Ziel der Aktion ist es laut DBV auch, der Landwirtschaft in der Region ein Gesicht zu geben. „Wir unterstützen jeden teilnehmenden Betrieb dabei mit unseren Serviceleistungen“, versprach der Bauernverband. Ziel des Berufsstandes müsse es sein, im Rahmen vom „Tag des offenen Hofes 2012“ mindestens einen Betrieb in jedem Landkreis zu öffnen. Auf der Internationalen Grünen Woche (IGW) 2012 habe bereits die Kuh „Karla“, das Maskottchen der „Tage des offenen Hofes“, für die Aktion des Berufsstandes geworben. Sie habe auf dem ErlebnisBauernhof und in den Messehallen, auf Empfängen und Veranstaltungen Flagge für die Landwirtschaft zum Anfassen und Erleben gezeigt. Stellvertretend für die Verbraucher habe Karla Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner einen riesigen Schlüssel aus bestem Roggen überreicht. Mit diesem

Schlüssel sollen sich laut DBV in diesem Jahr in der ganzen Republik - zumindest symbolisch - die Tore von vielen hundert Bauernhöfen und landwirtschaftlichen Betrieben öffnen lassen. Der Bauernverband kündigte an, dass ab April 2012 auf der Internetseite www.bauernverband.de weitere Informationen zum „Tag des offenen Hofes“ angeboten würden, die den Betrieben bei der Gestaltung ihrer Veranstaltung helfen könnten. Neben Informationsmaterialien würden farbige Werbeplakate, Einladungskarten, Handzettel und praktische Tipps zur Durchführung zur Verfügung gestellt. Zusätzlich werde man im Internet den Verbrauchern einen Überblick über die Orte der Betriebe geben, wo der „Tag des offenen Hofes 2012“ stattfindet. (j.funke@bauernverband.net, dlv, Beate Bahls, Telefon 030/284492910, info@landfrauen.info, c.graeschke@landjugend.de) AgE

FRANKREICH

STEUERN

Soziale Mehrwertsteuer entzweit den Berufsstand

PARIS. Die jüngste Ankündigung des französischen Staatschefs Nicolas Sarkozy, die Mehrwertsteuer um 1,6 % anzuheben, um damit die Mehrkosten der Landwirte für den agrarsozialen Schutz der Lohnarbeitskräfte im Vergleich zu ihren europäischen Mitbewerbern finanzieren zu können, hat bei den Branchenverbänden unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Der französische Bauernverband (FNSEA), auf den diese Forderung zurückgeht, begrüßte erwartungsgemäß die eindeutige Position Sarkozys. FNSEA-Präsident Xavier Beulin stellte in einer ersten Reaktion klar, „wir sind gehört worden“. Er zeigte sich erleichtert, dass Lebensmittel von der Steuererhöhung nicht betroffen seien. Nun müsse allerdings darauf geachtet werden, dass der Mechanismus seine Effizienz nicht durch Kompliziertheit einbüße. Man wolle daher die Durchführungsbedingungen genau überprüfen, kündigte Beulin an. Laut Einschätzung des FNSEA ist grundsätzlich zu begrüßen, wenn Frankreich einen neuen Weg beschreite, auf dem sich der

Wachstumsmotor nicht ausschließlich auf den Konsum beziehe. Die Coordination Rurale, die ebenfalls Anhänger einer sozialen Mehrwertsteuer ist, monierte gleichwohl die von Sarkozy vorgegebene „homöopathische Dosis“. Die Steuer werde zwar die Einnahmen des Staates steigern, dürfe sich jedoch nur unmerklich auf die Kosten des agrarsozialen Schutzes der Lohnarbeitskräfte auswirken, bedauerte die Coordination Rurale. Die den Kommunisten nahestehende Organisation der Familienbetriebe (MODEF) verurteilte hingegen eine Mehrwertsteuererhöhung, um damit den agrarsozialen Schutz der Lohnarbeitskräfte zu verbilligen. Ein derartiger Kostentransfer auf alle Haushalte in Form einer ungerechtfertigten Steuer zu Lasten der Verbraucher werde deren Kaufkraft reduzieren, warnte MODEF-Präsident Jean Mouzatt. Der sozialistische Präsidentschaftskandidat François Hollande versprach bereits, im Fall eines Wahlsieges die „unglückliche Mehrwertsteuerreform“ zurückzunehmen. AgE

DEUTSCHLAND/EU

AGRAPOLITIK

Höfken sieht bäuerliche Landwirtschaft als GAP-Zukunftsmodell

Kulisse für benachteiligte Gebiete in Rheinland-Pfalz im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik erhalten - National einheitliche Direktzahlungen gefordert - Rund 6 500 Betriebe von „Greening“-Maßnahmen ausnehmen - Mais-Monokulturen verhindern - Regionale Vermarktung stärken

LAUBACH. Die rheinland-pfälzische Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken will sich im Vorfeld der Verhandlungen über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) dafür einsetzen, dass die bäuerlich und nachhaltig wirtschaftende Landwirtschaft künftig verstärkt von den EU-Fördermitteln profitiert. Das hat die Ressortchefin vergangene Woche bei der Mitgliederversammlung des Kreisbauern- und Winzerverbands Rhein-Hunsrück in Laubach zugesichert. Einer Pressemitteilung ihres Hauses zufolge ist es für die Landwirtschaft in den Mittelgebirgsregionen wie im Rhein-Hunsrück-Kreis besonders wichtig, dass die Kulisse für die benachteiligten Gebiete erhalten bleibt. Außerdem fordere Rheinland-Pfalz national einheitliche Direktzahlungen für die Landwirte sowie die Beibehaltung von Marktregeln im Zucker- und Milchbereich. Mit einem Flächenanteil von knapp 90 % dominierten Land- und Forstwirtschaft die Hunsrück-Region im Herzen des Bundeslandes. Die Landwirte nutzten ihre Flächen zu zwei Dritteln als Acker- und zu einem Drittel als Grünland.

Importe von Futtermitteln mit „Agro-Gentechnik“ verringern
Die Inhalte des 20-Punkte-Programms zur GAP, das Rheinland-Pfalz zusammen mit Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen aufgestellt habe (AGRA-EUROPE 37/11, SONDERBEILAGE LÄNDERBERICHTE), seien von der Agrarministerkonferenz und vom Bundesrat weitgehend angenommen worden, erklärte Höfken. Die drei Bundesländer schlugen unter anderem zur bürokratischen Entlastung vor, Betriebe mit unter 15 ha Ackerfläche und solche mit überwiegendem Grünlandanteil von Greening-Maßnahmen auszunehmen. Das betreffe rund 6 500 Betriebe. Außerdem werde gefordert, dass auch der Anbau von Eiweißpflanzen als Greening zähle. „Nur so können wir den Import eiweißhaltiger, mit Agro-Gentechnik hergestellter Futtermittel und damit den Raubbau an der Umwelt in Entwicklungsländern verringern und uns unabhängig machen“, erklärte die Ministerin. Verbessert werden müssten auch die mangelhaften Vorgaben für die Fruchtfolge, um zum Beispiel Mais-Monokulturen zu

verhindern. Ein weiteres Ziel der Landesregierung sei es, verstärkt auf eine Profilierung regionaler Vermarktung zu setzen. Das einhellige Votum des Kreistags Rhein-Hunsrück

für die Einrichtung eines Nationalparks im Soonwald sei zu begrüßen und als eine Riesen-Chance für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft zu verstehen. AgE

ÖSTERREICH

BIOLANDBAU

Vermarktungsmisere bei Biogetreide birgt Sprengstoff für Bio Austria

Die Bio-Qualitätsgetreide GmbH befindet sich wieder in einer finanziellen Schieflage - Zwei Bio Austria-Landesverbände sind zur Hälfte an den Unternehmen beteiligt - Demnach ist der Bioverband offenbar mitverantwortlich für die aktuelle Misere - Etliche Getreidebauern wollen ihre Mitgliedsbeiträge nicht mehr leisten

WIEN. Die Anbauer von Biogetreide in Österreich sehen sich wieder einmal damit konfrontiert, dass sie Getreide abgeliefert haben, für das sie wahrscheinlich einen Teil des ihnen vertraglich zugesicherten Geldes nicht erhalten werden. Der Grund dafür ist die neuerliche finanzielle Schieflage des Vermarktungspartners Bio-Qualitätsgetreide GmbH (BQG). Zwar wollten die Biobauern endlich wieder in ein ruhigeres Fahrwasser gelangen, doch hinter den Kulissen gehen weiter die Wogen hoch. Im Jahr 2010 hatte die Agentur für Biogetreide für Schlagzeilen gesorgt, als sie kurz vor der Ernte ihre Zahlungsunfähigkeit bekanntgeben musste; mittlerweile ist die Gesellschaft längst in Konkurs. Nun fehlt es offenbar auch dem Nachfolgeunternehmen BQG an Liquidität. So sollen einige Lieferanten dazu aufgefordert worden sein, bereits ausbezahlte Beträge an die BQG zurückzuüberweisen. Die Liquiditätsprobleme der BQG waren bereits im vergangenen Herbst über ein Rundschreiben an die Mitglieder von Bio Austria publik gemacht worden. Als Begründung wurde angeführt, dass Qualitätsprobleme bei Lagerhaltern im Ausmaß von 750 000 Euro teilweise im Rechtsstreit geklärt werden müssten. Allerdings wurden die wirtschaftlichen Probleme des Unternehmens bis zuletzt heruntergespielt.

Kritik an Führungspersonal

Besonders brisant an dem Fall ist die Tatsache, dass die beiden Bio-Austria-Landesverbände von Niederösterreich und Burgenland zu 51 % an der BQG beteiligt sind. Damit richtet sich der Zorn der geschädigten Biobauern in erster Linie gegen den eigenen Verband. Vor allem Bio Austria Niederösterreich hatte immer wieder vorgegeben, die Interessen der Landwirte zu vertreten, die 2010 bei der Pleite der Agentur für Biogetreide geschädigt worden waren; nun ist der Verband offenbar mitverantwortlich für die aktuelle Misere. Auf besonderes Unverständnis stößt die Tatsache, dass es der BQG nicht gelungen ist, sich von Personen aus der Zeit vor der ersten Pleite der Agentur für Biogetreide zu trennen. Mittlerweile wurde der Obmann von Bio

Austria Niederösterreich, Karl E r l a c h , de facto entmachtet. Damit soll, wie es heißt, eine unverhohlenen angedrohte Abspaltung der Ackerbauern aus dem Bioverband abgewendet werden. Zudem weigern sich etliche Getreidebauern, ihre Mitgliedsbeiträge zu leisten, solange die Vorkommnisse nicht eindeutig aufgeklärt sind. Der Bundesverband Bio Austria stand im Sommer vergangenen Jahres zwar dem Einstieg seiner beiden unabhängigen Landesverbände in die Vermarktung skeptisch gegenüber, hatte aber keinen direkten Einfluss darauf. Ende Dezember 2011 hatte Bio Austria selbst einen Brief an die Lieferanten der BQG verschickt und darin eine Mahnung an die neuen Eigentümer der BQG empfohlen.

Ringens um Qualitätsstandards

Im vergangenen Jahr wurde die leidige Problematik der Biogetreidevermarktung in Österreich durch den Einstieg der Raiffeisen Ware Austria und der Getreidehandelsfirma Fritz Mauthner etwas gemildert. Beide Unternehmen hatten große Mengen Biogetreide übernommen. Dies hat nach den Worten von Bio-Austria-Obmann Rudi V i e r b a u c h dem Markt Stabilität gegeben. Mit Spannung wird in der Biobranche derweil beobachtet, ob es Bio Austria gelingt, die eigenen Qualitätsstandard als allgemein akzeptierte Basis über weite Teile des Marktes zu legen. Denn während die RWA und Mauthner diesen übernommen hatten, wollen sich andere Vermarkter nicht von guten Geschäftspartnern, allen voran Handelsketten wie Rewe Austria und deren Bio-Schiene „Ja! Natürlich“, die dem Biobauernverband eher kritisch gegenüber stehen, trennen. Inwieweit der Bio Austria letztlich die Deutungshoheit darüber zusteht, was genau Bio ist, dürfte hinter den Kulissen also wohl noch länger heiß diskutiert werden. Dazu Maria G o h n - M a u t h n e r , die seit Juli 2011 unter der Marke „Mauthner Bio“ eigene Vermarktungsverträge anbietet: „Jedenfalls ist es den Handelsketten gelungen, mit ihren eigenen Vorgaben in das System einzudringen. Raus bringen wir diese nur wieder, wenn wir nach einheitlichen Standards arbeiten.“ AgE

DEUTSCHLAND/EU

IMKEREI

Prüfung von Koexistenzregelungen zum Schutz der Honigproduktion

BERLIN. Welche Regelungen zur Koexistenz zwischen dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen (GVO) und der Imkerei getroffen werden sollen, wird innerhalb der Bundesregierung derzeit geprüft. Das hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Peter B l e s e r , vergangene Woche auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke mitgeteilt, in der auf die mangelnde Berücksichtigung von Bienenstöcken in den bisherigen Koexistenzbestimmungen hingewiesen worden war. Geregelt seien bislang nur Mindestabstände von Feldern mit GMO zu konventionellem und ökologischem Anbau, bekräftigte Bleser. Bevor eine abschließende Entscheidung über Neuregelungen erfolgen könne, seien aber zunächst eine Einigung auf europäischer Ebene über eine einheitliche Auslegung und Anwendung des EU-Rechtes sowie weitere wissenschaftliche Er-

kenntnisse erforderlich. Eine Prüfung solle ergebnisoffen erfolgen und nicht allein auf Abstandsregelungen zu Lasten der GMO-Anbauer verengt werden. Hinsichtlich einer geforderten Erweiterung des Gentechnik-Standortregisters um Standorte von Bienenstöcken erklärte der Staatssekretär, jeder Imker habe schon heute die Möglichkeit, sich in dem Register über einen beabsichtigten GMO-Anbau zu informieren. Eine Erweiterung des Registers sei nicht geplant. Linken-Agrarsprecherin Dr. Kirsten T a c k m a n n zeigte sich mit der Antwort der Bundesregierung unzufrieden. Konkreten Fragen werde ausgewichen, obwohl gesetzgeberischer Schutz vor allem durch klare Anbauregeln und die Erweiterung des Standortregisters dringend notwendig sei. Die Fraktion unterstütze die Forderung der Imker- und Umweltverbände nach Sicherheitsabständen zu Bienenstöcken von mindestens 10 km. AgE

DEUTSCHLAND/WELT

FIRMENNACHRICHTEN

DMK meldet kräftiges Umsatzplus

Der neue Molkereikonzern steigerte den Gesamterlös 2011 im Vergleich zu den addierten Vorjahresumsätzen der beiden Vorgängerfirmen um rund 500 Millionen Euro - Eigenkapitalquote von mehr als 30 Prozent - Schwaiger nennt als Ziel für den Milchauszahlungspreis: Dauerhaft besser sein als der Durchschnitt

ZEVEN/EVERSWINKEL. Die durch den Zusammenschluss von Humana und Nordmilch entstandene Deutsche Milchkontor GmbH (DMK) hat den Umsatz ihres ersten Geschäftsjahres deutlich steigern können. Wie der neue Konzern vergangene Woche mitteilte, wird für 2011 mit Gesamterlösen von rund 4,5 Mrd Euro gerechnet. Im Vergleich zu den addierten Umsätzen beider Vorgängerfirmen entspreche das einem Plus von 0,5 Mrd Euro. Bei einem Gewinn von rund 20 Mio Euro nach Steuern liege die Eigenkapitalquote bei mehr als 30 %, hob die DMK GmbH hervor. Im März 2011 war die Fusion erfolgt. „Wir sind sehr zufrieden mit dem Arbeitsergebnis der ersten Monate“, erklärte der Sprecher der DMK-Geschäftsführung, Dr. Josef Schwaiger. Er wies darauf hin, dass der Milchauszahlungspreis als wichtiges Leistungsmerkmal im Jahr 2011 mit mehr als 34 Cent/kg um etwa 4 Cent über dem Jahresmittel von 2010 gelegen habe. Erklärtes Ziel sei es, dauerhaft besser zu sein als der Durchschnitt. Da im vorigen Jahr die Fusionskosten sowie die Kosten für das anstehende Werkstrukturkonzept schon in die Bilanz aufgenommen worden seien, sehe er die Leistungsfähigkeit des Unternehmens bestätigt und deutliche Potentiale für 2012, sagte Schwaiger. Als Grund für die gute Entwicklung nannte der DMK-Chef die langfristige strategische Ausrichtung des Konzerns. Schon in den vergangenen Jahren hätten die Vorgängerunternehmen mit vorausschauendem Blick auf die Marktentwicklung ihre Weichen für die Zukunft gestellt.

Auf zukunftssträchtigen Märkten tätig

Als Reaktion auf rückläufige Heimatmärkte und als Antwort auf die Chancen, die die Wachstumsmärkte in Drittländern böten, habe die DMK GmbH konsequent

in den Vertrieb investiert und neue Strukturen vor allem im Bereich internationaler Märkte aufgebaut, führte Schwaiger aus. Das Ziel sei die Entwicklung auf den zukunftssträchtigen Wachstumsmärkten außerhalb der EU. „So etwas braucht Zeit. Heute verfügen unsere Fachleute über Kontakte in den relevanten Märkten. Wir eröffnen im ersten Halbjahr 2012 ein Vertriebsbüro in China, um den Umsatz dort deutlich zu steigern. Weitere Schritte in dieser Richtung folgen“, kündigte der Sprecher der DMK-Geschäftsführung an.

Bereich Käse als Vorbild

Deutlich positioniert hat sich das Unternehmen Schwaiger zufolge auch in seiner breit gefächerten Aufstellung. Neben dem großen Vermarktungsfeld der Molkereiprodukte gehöre eine Reihe von Tochterunternehmen mit eigenen Vertriebswegen zum Konzern. Jüngstes Beispiel sei die DMK Eis GmbH, die im Januar dieses Jahres aus dem Konzern ausgegliedert worden sei. Hinzu kämen die Spezialbereiche Gesundheit und Babynahrung. „Als selbstständige Unternehmen mit einem starken Konzern im Hintergrund können sich diese Sparten besser entwickeln. Konzernseitig erhoffen wir uns dadurch eine zukunftssträchtige Verwertungsmöglichkeit milchbasierter Rohstoffe“, erläuterte der Konzernchef. In Richtung genossenschaftlich organisierter Molkereien forderte er mehr Zusammenhalt. „Im Bereich Käse haben wir gezeigt, welches Potential in der Bündelung von Mengen liegt. Das ist auch der Weg für die Vermarktung von Produkten der 'weißen Linie' und für den Export“, so Schwaiger. AgE

ÖSTERREICH/EU

AGRARPOLITIK

Berlakovich will nicht an Bergbauernförderung rütteln

WIEN. In einer lebhaften Ausschussdebatte zur geplanten Reform der EU-Agrarpolitik hat der österreichische Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich vergangene Woche die Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses im Wiener Parlament über seine Bemühungen informiert, angesichts der rigorosen EU-Einsparungspläne bei der Förderung der ländlichen Entwicklung in der Zweiten Säule die Finanzierung des Bergbauernförderungsprogramms und des Umweltprogramms (ÖPUL) abzusichern. Zugleich bekräftigte der Minister einmal mehr seine ablehnende Haltung gegenüber den aus seiner Sicht allzu bürokratischen „Greening-Plänen“ der EU für die europäische Landwirtschaft. Zum Sparpaket der Wiener Bundesregierung wolle er durch Strukturänderungen in der Agrarverwaltung beitragen, gleichzeitig jedoch Kürzungen bei Bauernförderungsprogrammen vermeiden. Abgeordnete der Opposition vertraten ihre agrarpolitischen Anliegen in Form von Entschließungsanträgen. Die FPÖ verlangte die Erhaltung der Milchquote oder für den Fall ihres Auslaufens eine entsprechende Entschädigung der Milchbauern. Die Grünen unter-

strichen ihre Grundsätze einer ökologischen und sozialen Kreislaufwirtschaft und sahen die EU beim Thema Agrarreform vor den zentralen Herausforderungen Umwelt- und Klimaschutz, biologische Vielfalt, nachhaltige Energieproduktion und gerechtere Verteilung der Direktzahlungen stehen. Zudem wandten sich die Grünen gegen jede Zulassung von Gentechnikaatgut in Österreich und forderten sowohl die Anerkennung des Rechts der Regionen Europas auf eine gentechnikfreie Landwirtschaft als auch eine Kennzeichnungspflicht für Gentechnikprodukte. Alle diese Initiativen wurden ebenso vertagt wie der Antrag von Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) auf Absicherung der Eigentumsrechte historischer Agrargemeinschaften gegenüber Ansprüchen von Ortsgemeinden. Vom Ausschuss abgelehnt wurden ferner zwei Anträge für zwingende Fruchtbarkeitstests männlicher Zuchttiere und für eine Totalreform der Agrarmarkt Austria (AMA) samt Auflösung der „AMA-Marketing“, begründet mit angeblichen Beschwerden von Landwirten und Kunden; auch diese beide Papiere stammen vom BZÖ. AgE

DEUTSCHLAND

BIOENERGIE

DUH für Mini-BHKW statt großer Kraftwerksprojekte

Deutsche Umwelthilfe fordert Anreize für virtuelle Kraftwerke in der Novelle des Kraftwärmekopplungsgesetzes - Baake: Langwierige Genehmigungsverfahren und aufwendigen Leitungsbau umgehen - Höhere Akzeptanz in der Bevölkerung - Praxisbeispiel Zuhausekraftwerk - Beitrag zum Ausgleich des Rückgangs konventioneller Kraftwerksleistung

BERLIN. Die Novelle des Kraftwärmekopplungsgesetzes soll dazu genutzt werden, um kleine miteinander vernetzte Blockheizkraftwerke (BHKW) zu fördern, die flexibel auf die zu erwartenden Angebotsschwankungen bei Wind- und Solarstrom reagieren können. Das hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) vorgeschlagen. Im Vergleich zu großen Gaskraftwerken wären dabei Genehmigungsaufwand, Netzausbau und damit die Kosten kleiner, erklärte DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer B a a k e am vergangenen Donnerstag in Berlin. Da solche Mini-BHKW kaum sichtbar in Kellern von Mehrfamilienhäusern, aber auch öffentliche Einrichtungen wie Gymnasien oder Behörden untergebracht wären, erhöhe sich gleichzeitig die Akzeptanz in der Bevölkerung. Zudem seien wegen unsicherer Renditeerwartungen derzeit Investoren für große Gaskraftwerke kaum in Sicht. Der Betrieb von tausenden Kleinst-BHKW könne zentral über das Mobilfunknetz gesteuert werden. Neben dem Strom werde wie zuvor Wärme produziert, die dann gespeichert und bei Bedarf in den Gebäuden genutzt würde. Nicht mehr der Wärmebedarf bestimme jedoch dann, wann die KWK-Anlage anspringe, sondern der Strombedarf, wenn er wegen der täglichen Bedarfsspitzen oder einer Windflaute besonders hoch sei. Als positives Praxisbeispiel nannte Baake das sogenannte Zuhausekraftwerk des Stromanbieters Lichtblick, das zusammen mit dem Konzern Volkswagen entwickelt und inzwischen an 300 Stationen aufgestellt wurde.

Ausschluss kritisiert

Die DUH-Klima- und Energieexpertin Dr. Cornelia Z i e h m bemängelte, dass die Bundesregierung in ihrer vor Weihnachten im Kabinett verabschiedeten Gesetzesnovelle, zwar erstmals die Förderung von Wärmespeichern möglich gemacht habe, dabei aber ausgerechnet das Konzept der virtuellen Kraftwerke unberücksichtigt geblieben sei. „Kraft-Wärme-Kopplung war bisher eine Methode zur hocheffizienten Erzeugung von Strom und

Wärme“, unterstrich Ziehm. Jetzt könne sie darüber hinaus ein wichtiger Baustein bei der Flexibilisierung des konventionellen Kraftwerksparks werden und so die Energiewende befeuern. Ob sich das Konzept durchsetze und es andere Hersteller von Blockheizkraftwerken übernahmen, hänge davon ab, ob die KWK-Novelle ausreichende Anreize zur Markteinführung setze. Dabei gehe es aber nicht um eine Dauersubvention, sondern um einen befristeten KWK-Aufschlag zur Markteinführung. Ziehm rief die Koalitionsfraktionen und die Länder im Rahmen der Verhandlungen im Bundesrat auf, im weiteren Gesetzgebungsverfahren entsprechende Korrekturen des Förderrahmens vorzunehmen. Baden-Württemberg erklärte bereits in einer Pressemitteilung, eine stärkere Unterstützung kleinerer Anlagen zu beantragen.

Bündel von Chancen

Nach Berechnungen der DUH ergibt sich beispielsweise in Süddeutschland bis zur Abschaltung der letzten Atomkraftwerke Ende 2022 ein Rückgang konventioneller Kraftwerkskapazitäten von etwa 8 000 MW. Ausgeglichen werde der Abbau einerseits durch den weiteren zügigen Zubau erneuerbarer Energien und von Pumpspeicherkraftwerken zur Sicherung der Netzstabilität, sagte Baake. Andererseits werden nach Überzeugung der DUH auch der effizientere Einsatz von Energie und die Steuerung des Stromverbrauchs in der Industrie und in Grenzen in den privaten Haushalten eine zunehmende Rolle spielen. Spätestens nach 2020 rechnet Baake damit, dass zudem größere Windstrommengen über Stromautobahnen aus dem Norden nach Süddeutschland geleitet werden. Ein Risiko liege in dem zu erwartenden Kapazitätsrückgang bei konventionellen Kraftwerken nur, wenn nichts getan werde, meinte der DUH-Bundesgeschäftsführer. Auf der anderen Seite warte ein ganzes Bündel von Chancen nur darauf, ergriffen zu werden. AgE

DEUTSCHLAND

AGRARPOLITIK

Politischer Streit um Geflügelschlachthof Wietze hält an

HANNOVER. In Niedersachsen hält der politische Streit um den Geflügelschlachthof in Wietze weiter an. Während der neue agrarpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Hans-Heinrich S a n d e r, die Entscheidung der Landesregierung, den Bau des umstrittenen Geflügelschlachthofes in Wietze finanziell zu unterstützen, verteidigte und die anhaltend positive Entwicklung des Geflügelfleischverzehrs als Bestätigung heranzog, verwies Grünen-Vizefraktionschef Christian M e y e r auf die relativ niedrige Auslastung des Schlachthofes. Sander betonte am vergangenen Mittwoch in Hannover, die Verbraucher stimmten mit den Füßen ab. Es gebe weiterhin eine große Nachfrage nach Hähnchenfleisch. „Über die Essgewohnheiten der Verbraucher entscheiden keine rot-grünen Politiker im Landtag“, sagte Sander. Er unterstrich, durch die richtige Strukturpolitik würden viele hundert Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen, könnten die Bedingungen der Tierhaltung, des Tiertransports und der Schlachtung lückenlos nachverfolgt und somit höchster Verbraucherschutz gewährleistet werden. Eine Produktion im Ausland könne das nicht nachvollziehbar leisten. Der Landwirtschaftskammer zufolge

seien 2011 trotz höherer Eigenproduktion mehr als 600 000 t Hähnchenfleisch aus dem Ausland importiert worden, stellte Sander fest. Dagegen sprach Meyer in Bezug auf den Schlachthof in Wietze von einem Negativbeispiel. Dort werde zurzeit nur ein Viertel der beantragten Produktionsmenge verarbeitet. Meyer forderte Landwirtschaftsminister Gert L i n d e m a n n dazu auf, eine Bundratsinitiative für die Abschaffung des Bauprivilegs für entsprechende Anlagen auf den Weg zu bringen. „Die für Wietze genehmigte Schlachthofauslastung mit 135 Millionen Tieren pro Jahr mit 400 Tierfabriken mit je 40 000 Hühnern liegt in weiter Ferne“, erklärte der Grünen-Politiker. Nach Angaben der Landesregierung seien im Einzugsbereich des Schlachthofes im Jahr 2010 nur 22 neue Mastställe genehmigt worden; 2011 seien 28 weitere Anträge im Verfahren gewesen. Brancheninsider würden bestätigen, dass die Mehrzahl der in Wietze verarbeiteten Tiere nicht aus der Region stamme, sondern Tiere teilweise aus Dänemark angekarrt würden. Der vom Land mit 6,5 Mio Euro geförderte Schlachthof erweise sich damit als Megaflop und produziere am Markt vorbei. AgE

DEUTSCHLAND

FORSTWIRTSCHAFT

Protest gegen geforderten Holzeinschlagstopp hält an

BDF verweist auf nachhaltige Nutzung der Wälder in Deutschland - Wirtschaft und Erholung gegeben - Biologische Vielfalt erhalten - Know-how wird exportiert - Brunner bezeichnet pauschale Unterschutzstellung als „Irrweg“

BERLIN/MÜNCHEN. Die Kritik von Umweltverbänden an der Forstwirtschaft Deutschlands und der von ihnen vorgeschlagene Einschlagstopp für ältere Laubwälder haben weitere Proteste hervorgerufen. Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) betonte vergangene Woche in einer Stellungnahme, Forstleute hierzulande steigerten den Holzvorrat auf der Fläche, ließen Bäume älter werden und förderten die biologische Vielfalt. Dies geschehe im Gleichklang mit einer nachhaltigen Nutzung des nachwachsenden Rohstoffs Holz und der Erfüllung vieler weiterer Funktionen des Waldes und Anforderungen der Gesellschaft. Rufe nach Einschlagstopps führten diese Anstrengungen ad absurdum. Eine naturnahe und multifunktionale Forstwirtschaft sichere die Erfüllung aller Funktionen des Waldes auf beste Weise. Die Bürger könnten sich so in deutschen Wäldern erholen, die gleichzeitig den wichtigen Rohstoff Holz lieferten und Lebensraum vieler Pflanzen und Tiere seien. „Die letzte Bundeswaldinventur attestierte den Wäldern in Deutschland eine vergrößerte Fläche, höhere Vorräte, ältere Bestände und mehr Laubholzanteile“, erklärte BDF-Bundesvorsitzender Hans Jacobs. Der letzte Biodiversitätsbericht der Bundesregierung belege zudem, dass die Biodiversitätskriterien gerade in der Forstwirtschaft besonders erfolgreich eingehalten würden.

Kein Raubbau

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Naturschutzbund (NABU), das Forum Umwelt und Entwicklung sowie Greenpeace hatten bemängelt, dass in Deutschland ökologisch wertvolle Waldbestände schleichend verschwinden würden und weniger als 1 % der Waldfläche unter verbindlichem Schutz stehe. Die Umweltschützer wollen 10 % des in öffentlichem Besitz befindlichen Waldes aus der Nutzung nehmen und als „Urwälder von morgen“ schützen (AGRA-EUROPE 04/12, LÄNDERBERICHTE 44). Jacobs argumentierte dagegen,

der Hunger nach Holz als klimafreundlicher Rohstoff in Zeiten des Klimawandels werde hierzulande zu keiner Ausbeutung oder gar Raubbau im Wald führen. Deutschland exportiere sogar sein Know-how, um Wälder weltweit zu schützen und nachhaltig zu nutzen. Die öffentlichen Wälder in Deutschland hätten überdies eine besondere Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl. Viele Wälder unterlägen Naturschutzvorgaben. Darüber hinaus hätten sich zahlreiche Forstbetriebe eigene Naturschutzprogramme auf die Fahnen geschrieben, um die biologische Vielfalt zu erhalten und zu erhöhen. Große Anstrengungen würden unternommen, die Wälder umzubauen in artenreiche Mischwälder, die der Zukunft gewachsen seien. Der Wald in Deutschland sei bei den Forstleuten und der Forstwirtschaft in besten Händen, fasste Jacobs zusammen.

Informationen verfügbar

Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner bezeichnete den Ansatz der Umweltverbände als „ökologischen Irrweg“. Pauschale Unterschutzstellungen nach beliebig formulierten Kriterien würden weder den Anforderungen der Gesellschaft an den Wald noch der wachsenden Nachfrage nach umweltfreundlichem Rohstoff Holz gerecht. „Die Menschen wollen nicht Totalschutzgebiete auf der einen Seite des Waldwegs und dafür umso intensiver bewirtschaftete Wälder auf der anderen Seite“, betonte Brunner. Der Freistaat setze deshalb auf eine naturnahe und nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder auf der ganzen Fläche. Den Vorwurf, Bayern verheimliche wichtige Informationen über die Wälder, wies der Minister zurück. Der Freistaat habe vielmehr über alle Waldbesitzerarten hinweg bereits in der Biodiversitätsstrategie 2009 die Waldflächen nach unterschiedlichen Schutzkategorien benannt. Aktualisiert seien diese Angaben zuletzt im Waldbericht 2011 gemacht worden. AgE

ÖSTERREICH

FORSTWIRTSCHAFT

Berlakovich: Der Wald ist Motor der ländlichen Entwicklung

WIEN. Österreichs Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich ist davon überzeugt, dass der Wald ein enormes Potential birgt und auch in Zukunft nicht nur in der Alpenrepublik, sondern auch in der gesamten EU und international eine wichtige Rolle spielen wird. Allerdings sollte die Forstwirtschaft auch nach 2014 im Bereich der ländlichen Entwicklung entsprechend berücksichtigt werden, sagte der Minister beim 8. Waldforum in Wien, das vom Österreichischen Walddialog veranstaltet wurde. Allerdings muss laut Berlakovich der Anteil des Forstbereichs an den Gesamtmitteln der ländlichen Entwicklung die bisherigen 2 % überschreiten, „damit dem Motor Wald nicht der Treibstoff ausgeht“. Zuvor gelte es aber, den forstlichen Teil des Programms mit den richtigen Inhalten zu füllen. Um diese zu erarbeiten, nähmen jetzt fünf Arbeitsgruppen ihre Arbeit

auf. Deren Aufgabe sei es, bis Ende des Jahres die österreichischen Maßnahmen für die Bereiche Wald und Wasser sowie Schutz vor Naturgefahren vorzubereiten. Wichtig sei, dass alle gesetzten Ziele und ausgearbeiteten Maßnahmen messbar und strategisch ausgerichtet seien. Erst dann könne über die entsprechenden finanziellen Mittel verhandelt werden. Berlakovich wies darauf hin, dass in Österreich schon 2011 im Jahr des Waldes vier Schwerpunkte gesetzt worden seien, und zwar „Wald und Naturgefahren“, „Wald und Vielfalt“, „Wald und Wirtschaft“ sowie „Wald und Energie“. Man habe bereits vieles weitergebracht, aber die Anforderungen an den Wald und die Herausforderungen für die Waldbewirtschaftung nähmen weiter zu. Darum sei es umso wichtiger, diesen Bereich auch zukünftig mit den notwendigen finanziellen Mitteln zu versorgen. AgE

DEUTSCHLAND

AGRARPOLITIK

Gute fachliche Praxis darf nicht statisch sein

Landwirtschaftsministerin Rumpf fordert eine flexible Weiterentwicklung - Diese sollte wirtschaftlich langfristig erfolgreich und gleichzeitig umwelt- und sozialverträglich sein - Mit den GFP-Regeln wird zudem die Nachhaltigkeit der Erzeugung sichergestellt - 62. Hochschultagung der Universität Kiel

KIEL. Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsministerin Dr. Juliane Rumpf hat sich dafür ausgesprochen, die gute fachliche Praxis (GFP) in der Landwirtschaft nicht statisch zu definieren. Vielmehr müsse sie flexibel weiterentwickelt werden; auch sollte sie Probleme beseitigen oder besser gar nicht erst entstehen lassen, erklärte Rumpf am vergangenen Donnerstag auf der 62. Hochschultagung der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel. Die gute fachliche Praxis sollte zugleich im besten Sinne des Wortes nachhaltig sein, also wirtschaftlich langfristig erfolgreich und gleichzeitig umwelt- und sozialverträglich. Das sei auch der Maßstab, den man an die Agrarpolitik anlegen müsse, denn diese verdiene das Prädikat „gut“ nur dann, wenn sie nachhaltig sei. Für Abteilungsleiter Clemens Neumann vom Bundeslandwirtschaftsministerium ist die GFP der „Dreh- und Angelpunkt in der landwirtschaftlichen Produktion“, geprägt von technischen, organisatorischen und biologisch-technischen Fortschritten. Sie diene der Gesunderhaltung von Pflanzen und Tieren und der Sicherung der Qualität von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Mit den GFP-Regeln werde zudem die Nachhaltigkeit der Erzeugung sichergestellt. Prof. Johannes Sauer von der Uni Kiel lenkte den Blick auf die Zukunft der Milchwirtschaft. Nach seiner Ansicht werden die strukturellen Herausforderungen für den deutschen Milchsektor auch in den kommenden Jahren unverändert groß bleiben. Der Wegfall der Milchquote 2015 und die Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik erforderten eine anhaltende Neuorientierung der Landwirtschaft sowie der Milchindustrie. Notwendig seien ferner eine weitere Konsolidierung der verarbeitenden Stufe, effektive Internationalisierungsstrategien, verlässliche Preisprognoseinstrumente, eine effiziente Sicherung der Milchbeschaffung sowie die Berücksichtigung nachhaltigen Wirtschaftens und gesellschaftlicher Verantwortung.

„Kompetenznetzwerk Milch“ finanziell abgesichert

Nach Rumpfs Worten dürfte das bloße Einhalten gesetzlicher Vorschriften nicht ausreichen, um in der Europäischen Union das Agrarbudget in der bisherigen Höhe zu halten. Deshalb habe sie die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2014 im Sinne des Greenings von Anfang an unterstützt und konstruktiv begleitet. Die Ministerin rief dazu auf, das Problem der Welternährung durch eine wirksame Armutsbekämpfung auch weiterhin anzupacken. Wichtige Voraussetzung dazu seien vor allem stabile politische Verhältnisse vor Ort, die eine ausreichende landwirt-

schaftliche Produktion zuließen, aber auch ein Wissenstransfer, bei dem die Wissenschaft einen entscheidenden Beitrag leisten könne. Die Ministerin erinnerte in diesem Zusammenhang an die gute Zusammenarbeit ihres Hauses mit der Uni Kiel. Erfreulich sei, dass es jetzt gemeinsam mit dem schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministerium gelungen sei, das „Kompetenznetzwerk Milch“ bis 2013 finanziell abzusichern. Positiv sei auch die Besetzung der Stiftungsprofessur „Ökonomie der Milchwirtschaft“.

Nachhaltigkeit sicherstellen

Neumann machte deutlich, dass die stete Fortentwicklung und die Anpassung der guten fachlichen Praxis an sich verändernde Rahmenbedingungen die Voraussetzung sei, damit die Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung bei gleichzeitiger Berücksichtigung von betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sichergestellt werde. Deshalb blieben die Fortschreibung und Verbesserung der GFP-Regeln auch in Zukunft eine dauerhafte Aufgabe. Hier leiste das Bundeslandwirtschaftsministerium vielfältige Hilfestellung, sowohl in der pflanzlichen und tierischen Produktion als auch im Bereich Landtechnik. Durch eine qualifizierte Ausbildung und regelmäßige Fortbildung könnten die Landwirte das erforderliche Fachwissen erwerben, so der Ministerialdirektor. Das ermögliche eine standortgerechte Nutzung der Flächen unter sich wandelnden pflanzenbaulichen und betriebswirtschaftlichen Aspekten.

Milchproduktion braucht ausreichend Know-how

Sauer verwies auf einen Forschungsbeitrag seines Instituts, der den dynamischen Zusammenhang zwischen einzelbetrieblicher Investitionstätigkeit und Produktivität beziehungsweise die Effizienz in der Milchproduktion empirisch beleuchtet. Dabei zeige sich deutlich, dass Investitionen in innovative Technologien einen signifikant positiven Effizienzzuwachs in der Milchproduktion bedeuteten. Dieser Effekt sei umso stärker, je besser die Landwirte ausgebildet seien. Landwirte mit Hochschulausbildung seien beispielsweise am effektivsten in der Lage, Innovationen in nachhaltige Effizienzgewinne umzusetzen, erklärte Sauer. Norddeutsche Milchproduzenten gehörten zu den Landwirten, welche die höchsten Effizienzgewinne durch Innovationen erzielt hätten. Hier lägen die Implikationen für eine gute fachliche Praxis auf der Hand, denn Investitionen in innovative Verfahren der Milchproduktion führten nur dann zu wirtschaftlichen Gewinnen, wenn ausreichend Know-how zur effizienten Nutzung dieser Innovationen vorhanden sei. AgE

FRANKREICH/EU

AGRARPOLITIK

Junglandwirte stellen Forderungen an künftigen Präsidenten Frankreichs

Zukunft der landwirtschaftlichen Betriebe steht im Fokus - Niederlassungen von Junglandwirten flankieren - JA strebt 1 000 zusätzliche Betriebsniederlassungen innerhalb von fünf Jahren an - Generationenwechsel sicherstellen - Zusammenarbeit auf europäischer Ebene intensivieren - Arbeitskosten ein wichtiges Thema in Frankreich - Bei der Außer-Haus-Verpflegung vermehrt regionale und saisonale Produkte verwenden

PARIS. Mit Blick auf die französische Präsidentschaftswahl Ende April dieses Jahres haben nun auch die Junglandwirte ihre Forderungen an die künftige Staatsspitze formuliert. Zentraler Bestandteil ist die Besorgnis der Junglandwirteorganisation (JA)

um die Zukunft der landwirtschaftlichen Betriebe. „Wir wollen den Schwerpunkt auf die Niederlassung legen“, betonte JA-Präsident Jean-Michel Schaeffer in Paris. Er wies darauf hin, dass die öffentlichen Mittel zur Flankierung von Be-

triebsniederlassungen innerhalb von zwei Jahren von 14 Mio Euro auf 2 Mio Euro geschrumpft sei. „Man kann der Landwirtschaft nicht helfen, ohne die Niederlassungen zu unterstützen“, stellte JA-Generalsekretär Christophe Chambon klar. Die konkreten Vorschläge beziehen sich insbesondere auf die Finanzierung, um die landwirtschaftlichen Betriebe wirtschaftlich wieder voranzubringen. So sollten die Hilfen für 1 000 zusätzliche Erstniederlassungen innerhalb der nächsten fünf Jahre ausreichen, um den Generationenwechsel sicherstellen zu können. Darüber hinaus müsse der künftige Staatspräsident dafür sorgen, dass eine Niederlassungspolitik in der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) einen „obligatorischen Charakter“ habe und keine Option sei, wie es der Entwurf bislang vorsehe.

Auf saisonale Produkte setzen

Daneben erwarten die Junglandwirte vom nächsten französischen Präsidenten endlich die Einführung einer Steuer auf die Umwidmung landwirtschaftlicher Flächen, wie sie das landwirtschaftliche Modernisierungsgesetz von 2010 vorsieht. Ferner fordert die JA das künftige Staatsoberhaupt dazu auf, an dieser Steuer dauerhaft festzuhalten und sogar möglichst zu erhöhen, damit sie einen „abschreckenden“ Charakter habe. Mit Blick auf

die Außer-Haus-Verpflegung drängt der Fachverband darauf, dass in diesem Bereich 20 % der Produkte aus der lokalen Landwirtschaft stammen und zudem saisonale Erzeugnisse bevorzugt werden sollten. Zu diesem Zweck sollten die Ausschreibungen und die Regelungen überprüft werden.

EU-Recht entscheidend

Des Weiteren betreffen die Forderungen der JA Europa. So wünschen sich die französischen Junglandwirte von ihrem nächsten Staatspräsidenten den Ausbau ihrer Branche und den Aufbau einer gemeinsamen Interprofession mit ihren europäischen Nachbarn. „Es ist nicht möglich, eine Branche zu organisieren, ohne das EU-Recht zu berücksichtigen, insbesondere die Vorgaben der Wettbewerbsbehörde. Man erstickt uns unsere Initiativen im Keim“, beklagte Schaeffer. Er hofft, dass die reformierte GAP einen konkreten Einfluss auf die Harmonisierung der europäischen Regeln und Normen haben werde. Es werde immer mit dem Finger auf Deutschland gezeigt, insbesondere dann, wenn es um die Lohnkosten gehe. Dabei sollte vielmehr ein gemeinsames europäisches Projekt in diese Richtung angestoßen werden, so der JA-Präsident. Er brachte in diesem Zusammenhang die europäische Junglandwirteorganisation (CEJA) ins Gespräch. AgE

DEUTSCHLAND

JAGD

Die neuen Jäger kommen aus der Mitte der Gesellschaft

Alle Generationen vom Schüler bis zum Rentner vertreten - Altersdurchschnitt liegt bei 35 Jahren - 70 Prozent der Kursteilnehmer kommen aus dem ländlichen Raum - Jägerschaft wird weiblicher - Kurskosten liegen im Schnitt bei 1 500 Euro - Männer führen als Grund für das „grüne Abitur“ an, gerne Wild zu essen - DJV-Umfrage unter 1 500 Kursteilnehmern

BERLIN. Die heutige Jägergeneration kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Das ist das Ergebnis einer bundesweiten Umfrage unter Anwärtern auf das „grüne Abitur“, der Jägerprüfung, die der Deutsche Jagdschutzverband (DJV) unter etwa 1 500 Teilnehmern der Vorbereitungskurse zur Jagdscheinprüfung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Rechtspsychologie der Universität Bremen (IRP) durchgeführt hat. Demnach treffen sich alle Generationen - vom 14-jährigen Schüler bis zum 82-jährigen Rentner - in den Kursen. Insgesamt liege der Altersdurchschnitt bei 35 Jahren; mehr als 70 % der Teilnehmer lebten im ländlichen Raum, während aus den Städten anteilig mehr Frauen kämen, berichtete der DJV. Er wies darauf hin, dass man mit der Umfrage das Vorurteil habe widerlegen können, dass die Jagd in der Öffentlichkeit als Privileg für Reiche gesehen werde. Es seien nämlich in den Vorbereitungskursen vom Elektrotechniker über den Bürokaufmann bis hin zum Arzt nahezu alle Berufsgruppen vertreten. Die größte Gruppe stelle die Dienstleistungsgruppe mit 25 % dar; darunter seien Erzieher, Friseur, Krankenschwestern oder Lehrer. Aber auch Schüler und Studenten mit einem Anteil von 17 % sowie Techniker, Anlagen- und Maschinenbauer mit 16 % und Handwerker mit 13 % seien stark unter den Jagdscheinanwärtern präsent. Ferner wollten auch Landwir-

te, Beamte, Wissenschaftler und Bürokräfte Jäger werden, informierte der DJV. In Bezug auf den Preis seien die Vorbereitungskurse in einem ähnlichen Preissegment wie der Autoführerschein einzuordnen; rund 1 500 Euro sei von den Umfrageteilnehmern im Schnitt dafür bezahlt worden.

Auf die Hundeausbildung folgt der Jagdschein

Darüber hinaus gehe aus der Erhebung hervor, dass sich Frauen und Männer über ihre Motive zur Jagd einig seien, und zwar gern in die Natur zu gehen, berichtete der DJV weiter. Angewandter Naturschutz und Freude an der Jagd seien etwa für drei Viertel der Befragten auf Platz zwei und drei genannt worden. Der „feine Unterschied“ der Geschlechter zeige sich auf Rang vier der Motive: Während 57 % Männer hier angegeben habe, sich für die Jagd zu interessieren, weil sie gern Wild essen würden, kämen die Frauen zu 62 % über die Hundeausbildung zur Jagd. Laut DJV-Angaben ist in den vergangenen 20 Jahren die Zahl der Jagdscheinteilnehmer um 9,5 % auf 531 832 Personen gestiegen. Gleichzeitig habe sich der Anteil der Jägerinnen hierzulande stetig erhöht. Während 1992 nur 1 % der Jagdscheininhaber Frauen gewesen seien, liege ihr Anteil heutzutage bei 10 %, in den befragten Jägerkursen sogar bei 20 %. AgE

ÖSTERREICH

VERMARKTUNG

Hoftafeln für die Besten unter den AMA-Gütesiegel-Betrieben

ST. ANDRÄ. Fünf Kärntener Schweine- und Rindermäster haben als sichtbares Symbol für ihren persönlichen Einsatz, ihr Engagement und die Produktion höchster Qualität die Hoftafel der Agrarmarkt Austria (AMA) erhalten. Die Betriebe hatten die regelmäßigen Kontrollen ohne Beanstandung und ohne eine einzige Abweichung von den Vorgaben absolviert. Verliehen wurden die Tafeln am vergangenen Mittwoch auf der

St. Andräer Agrarwoche. Unter den Gratulanten war auch Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich, der deutlich machte, dass die von den ausgezeichneten Betrieben erbrachten Leistungen im Sinne der Allgemeinheit seien und eine besondere Wertschätzung verdienten. Zugleich wolle man mit den Hoftafeln weitere Betriebe motivieren, als Vorbild für ihre Berufskollegen zu dienen. Wenn sich die Verbraucher auf

die kontinuierliche Qualität hinter dem AMA-Gütesiegel verlassen könnten, würden sie der Landwirtschaft auch in Zukunft das Vertrauen schenken. In Österreich nehmen regelmäßig rund 30 000 bäuerliche Betriebe am AMA-Gütesiegelprogramm teil. Diese Höfe werden in regelmäßigen Abständen

kontrolliert. Im Eier- sowie im Obst-, Gemüse- und Kartoffelbereich erfolgen die Kontrollen jährlich, in der Rinder- und Schweineproduktion aufgrund der ohnehin ständigen Betreuung durch den Tiergesundheitsdienst hingegen in größeren Abständen. AgE

DEUTSCHLAND

NATURSCHUTZ

Backhaus für Tourismuskonzept beim Weltnaturerbe „Buchenwälder“

Besondere Verantwortung für Schutz und Erhalt der Erbestätten - Infrastrukturen für Besucher schaffen, um Vorteile fürs Land nutzen zu können - Ausbau der Nationalparks 2012 bis 2013 mit 345 000 Euro vom Landwirtschaftsministerium gefördert - Auch Touristikbranche einbeziehen - Aufgabe für gesamte Landesregierung

SCHWERIN. Für eine nachhaltige touristische Entwicklung der von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) als Weltnaturerbe anerkannten Buchenwälder hat Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus gewonnen. „Mit der erfolgreichen Anerkennung der Buchenwälder hat unser Land nicht nur eine große internationale Auszeichnung erfahren, sondern auch eine besondere Verantwortung für den Schutz und Erhalt dieser Stätten übernommen“, erklärte der Minister vergangene Woche im Schweriner Landtag zum Antrag der Fraktionen von SPD und CDU, ein Konzept für die Etablierung der UNESCO-Weltnaturerbestätte innerhalb der Großschutzgebiete zu entwickeln. Es gelte nun, diese Verantwortung wahrzunehmen und die positiven Effekte für Mecklenburg-Vorpommern zu nutzen. „Vorteile aus der Welterbestätte kann das Land aber nur ziehen, wenn es gelingt, die Gebiete so zu entwickeln, dass die Welterbestätten für den interessierten Besucher erlebbar werden“, betonte Backhaus. Dies setze voraus, dass Besucher dort eine attraktive Wegführung vorfinden, ausreichende Informationen über die weltweite Alleinstellung dieser Gebiete erhalten und eine gute Besucherinfrastruktur nutzen könnten. „Sofern dies gelingt, werden das Land und die betroffenen Regionen einen erheblichen Imagegewinn aus der Welterbeanerkennung erzielen und touristische Marketingoptionen insbesondere im internationalen Raum erschließen können“, erläuterte der SPD-Politiker.

Nationalparkämter nicht allein lassen

Backhaus machte darüber hinaus deutlich, dass die Entwicklung der zwei Buchenwaldgebiete als touristisch genutzte Welterbestätten nicht allein durch die zwei zuständigen Nationalparkämter geleistet werden könnten: „Für eine erfolgreiche Etablierung der Gebiete gilt es, alle betroffenen gesellschaftlichen Akteure einzubeziehen; in erster Linie denke ich dabei an die Vertreter der Tourismusbranche.“ Auch die betroffenen Kommunen und Regionen müssten ihre Interessen deutlich artikulieren und aktiv an der Entwicklung der Gebiete mitwirken, um die Chancen der Welterbeanerkennung optimal für die eigene Regionalentwicklung zu nutzen. Erste Schritte dazu seien veranlasst. Noch in diesem Jahr werde die in den Nationalparks bereits vorhandene Besucherinfrastruktur und -information auf den Status eines Welterbes gebracht werden, kündigte Backhaus an. Dafür stelle das Landwirtschaftsministerium in den Jahren 2012 und 2013 zusätzliche Mittel in Höhe von 345 000 Euro zur Verfügung. Um die mit der Anerkennung verbundenen Chancen für das Land nicht verstreichen zu lassen, müssten außerdem die Interessen der unterschiedlichen Akteure ausgelotet, Zielhierarchien bestimmt und leistungsstarke Partner mit ins Boot geholt werden. Dies könne am besten gelingen, wenn der Landtag der gesamten Landesregierung einen Auftrag zur Entwicklung der zwei Teilgebiete der Weltnaturerbestätte „Buchenurwälder der Karpaten und Alte Buchenwälder Deutschlands“ erteile, so der Minister. AgE

DEUTSCHLAND

LANDTECHNIK

Deutsche Landtechnikindustrie läuft weiter auf Hochtouren

Im vergangenen Jahr erreichte der Branchenumsatz knapp 7 Milliarden Euro - Rund die Hälfte davon entfiel auf Traktoren - Die Vorjahreserlöse konnten insgesamt um 27 Prozent gesteigert werden - Damit lag der Aufschwung deutlich über den Erwartungen - Fast drei Viertel der Produktion ging in den Export - Frankreich als wichtigster Abnehmer

FRANKFURT. Die Produktion in den deutschen Landtechnikunternehmen läuft seit Monaten auf Hochtouren, und aktuelle Auftragseingänge zeigen, dass die Nachfrage weiterhin ungebrochen ist. Damit knüpft die Branche nahtlos an die guten Ergebnisse des Vorjahres an. Wie der Fachverband Landtechnik im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) vergangene Woche mitteilte, konnten die Hersteller von Landmaschinen und Traktoren in Deutschland 2011 ihren Umsatz um 27 % auf insgesamt 6,98 Mrd Euro steigern. Damit erreichte die Landtechnikindustrie nach dem konjunkturellen Abschwung 2009/10 wieder ein sehr hohes Niveau, das nur im „Boomjahr“ 2008 noch etwas höher ausgefallen war. Überrascht von der Geschwindigkeit, mit der die Bestellungen bei den Landtechnikherstellern wieder in die Höhe geschneit sind, zeigte sich der Geschäftsführer des Fachverbandes, Dr. Bernd Scherer. Mit einem

so deutlichen Aufschwung habe man vor einem Jahr noch nicht gerechnet. Laut VDMA Landtechnik repräsentierten Traktoren 2011 mit 3,41 Mrd Euro knapp die Hälfte des gesamten Produktionsvolumens am Standort Deutschland. Mit 60 600 Traktoren liefen rund 19 % mehr vom Band als im Jahr davor, wobei jeder vierte Schlepper mit mehr als 150 PS ausgestattet war. Von niedrigerem Niveau kommend gab es im vergangenen Jahr die größten Zuwächse in der Produktion von Erntemaschinen. Der Umsatz mit neuen Mähreschern aus deutscher Produktion stieg auf 961 Mio Euro und näherte sich damit wieder dem Rekordwert des Jahres 2008 mit von 1,09 Mrd Euro. Bei Grünfüttermaschinen und Feldhäckslern wurden 2011 neue Rekordumsätze fakturiert. Auch für Bodenbearbeitungsgeräte sowie Sä-, Düng- und Pflanzenschutztechnik gab es wieder spürbare Zuwächse, und das mit deutlich höherem Exportanteil.

**Umsatz der deutschen Landtechnik-Industrie
(2009 bis 2011; in Mio Euro)**

	2009	2010	2011	2011:10 in v.H.
Gesamtumsatz				
Landmaschinen	3 015,2	2 719,9	3 573,6	+ 31,4
Traktoren	2 598,9	2 765,0	3 410,2	+ 23,3
Gesamt	5 614,2	5 485,0	6 983,8	+ 27,3
Deutschland				
Landmaschinen	1 041,7	891,3	1 107,8	+ 24,3
Traktoren	656,9	681,2	877,0	+ 28,7
Gesamt	1 698,6	1 572,5	1 984,8	+ 26,2
Export				
Landmaschinen	1 973,5	1 828,7	2 465,8	+ 34,8
Traktoren	1 942,0	2 083,8	2 533,2	+ 21,6
Gesamt	3 915,6	3 912,5	4 999,0	+ 27,8

Kräftiger Impuls vom deutschen Markt

Nach Angaben des Fachverbandes gingen 2011 insgesamt 72 % der in Deutschland produzierten Landtechnik in den Export. Damit blieb die Ausführquote aufgrund des ebenfalls stark wachsenden deutschen Marktes in den vergangenen Jahren relativ stabil. Der wichtigste Abnehmer war Frankreich, wohin im Vergleich zu 2010 rund 40 % mehr Landmaschinen geliefert wurden. Damit stellten die deutschen Hersteller im vergangenen Jahr jeden sechsten Euro ihrer Exporte einem französischen Vertriebspartner in Rechnung. An zweiter Stelle stand wieder - mit großem Abstand

vor Großbritannien und den Vereinigten Staaten - Russland als Käufer deutscher Landtechnik. Aber auch vom heimischen Markt ging 2011 ein starker konjunktureller Impuls für die deutsche Landtechnikbranche aus. Mit knapp 36 000 Traktoren wurden dem Fachverband zufolge so viele Verkäufe getätigt wie seit 28 Jahren nicht mehr. Das wertmäßige Marktvolumen erreichte mit vorläufig geschätzten 4,9 Mrd Euro einen neuen Rekord. Und auch die Aussichten für 2012 sind sehr gut: Der Wert der von Oktober bis Dezember 2011 eingegangenen neuen Aufträge lag um 26 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. AgE

NIEDERLANDE/DEUTSCHLAND

GEFLÜGEL

Niederländische Geflügelwirtschaft auch in Deutschland auf Erfolgskurs

ESSEN/ZOETERMEER. Die niederländische Geflügelwirtschaft blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2011 zurück. Vor allem in Deutschland, dem wichtigsten ausländischen Absatzmarkt, ist niederländisches Geflügelfleisch nach wie vor gefragt, wie die Pressestelle der niederländischen Geflügelwirtschaft vergangene Woche berichtete. Allerdings deuten die Erhebungen, die die GfK im Auftrag der der Wirtschaftsgruppe für Geflügel und Eier (PPE) im vergangenen Jahr in Deutschland durchgeführt hat, auf einen deutlich rückläufigen Geflügelfleischkonsum hin. Demnach verringerte sich der Gesamtkonsum der deutschen Haushalte im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 % auf rund 379 900 t. Trotzdem kletterten die Gesamtausgaben um 2,4 % auf 1,8 Mrd Euro. Ursache war eine Preissteigerung von

etwa 8 % auf durchschnittlich 4,76 Euro/kg. Auch in den Niederlanden gaben die Verbraucher mehr für Geflügelfleisch aus. Die gesamten Jahresausgaben beliefen sich nach PPE-Erhebungen auf insgesamt 571 Mio Euro - das waren 8 Mio Euro oder 1,4 % mehr aus als ein Jahr zuvor. Nach vorläufigen PPE-Zahlen haben die holländischen Verbraucher im Beobachtungszeitraum pro Kopf 22,4 kg Geflügelfleisch verzehrt. Besonders beliebt war Hähnchenfleisch mit einem Pro-Kopf-Konsum von 18,5 kg. Auch auf Erzeugerseite setzte sich der Positiv-Trend fort, wie die Pressestelle weiter mitteilte. Die niederländischen Schlachtunternehmen vermarkteten 833 000 t Geflügelfleisch, das waren 31 000 oder 3,7 % mehr als im Vorjahr. AgE

DEUTSCHLAND

AGRARPOLITIK

Höfken für zukunftsorientierte und regional orientierte Landwirtschaft

Nachhaltiges Wirtschaften langfristig erfolgreicher - Höfken: Politisches Ziel ist regionale Lebensmittelversorgung bei gleichzeitigem Erhalt der Kulturlandschaft und der Artenvielfalt - Zweite Säule der GAP für gezielte Förderprogramme nutzen und möglichst ausdehnen - Reform der EU-Agrarpolitik auf neue Herausforderungen ausrichten

BAD KREUZNACH. Die Notwendigkeit einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und sozialen Landwirtschaft hat die rheinland-pfälzische Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken unterstrichen. „Bereits heute erbringt die Landwirtschaft wegweisende Beispiele dafür, dass nachhaltiges Wirtschaften langfristig erfolgreich ist und zugleich die Produktions- und Lebensgrundlagen erhält“, erklärte Höfken vergangene Woche zum Auftakt der 56. Bad Kreuznacher Wintertagung. Beispiele lieferten die rheinland-pfälzischen Agrarumweltmaßnahmen

wie die extensive Grünlandbewirtschaftung in den bäuerlichen Betrieben oder Vertragsnaturschutzmaßnahmen, die zugleich der Bewahrung der extensiven Viehhaltung, der Schaffhut und der Verwendung traditioneller Nutztierassen oder Kulturpflanzen dienen. Nachhaltig wirtschaftende bäuerliche Betriebe hätten auch die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise im Vergleich zu anderen Wirtschaftssektoren mit am besten überstanden und verfügten mittel- und langfristig über gute Entwicklungsperspektiven. „Mein Ziel ist eine zukunftsfähige, nachhaltige Land-

wirtschaft für eine regionale Lebensmittelversorgung und Wertschöpfung, bei gleichzeitigem Erhalt unserer Kulturlandschaften, der biologischen Artenvielfalt und dem bestmöglichen Tiererschutz“, betonte die Ministerin. Darauf habe sie die bestehende Agrarförderung in Rheinland-Pfalz neu ausgerichtet.

Höhere Prämien für Ökolandbau

Vorgesehen ist nach Angaben von Höfken eine effektive Investitionssteigerung und die Stärkung des ökologischen Landbaus, etwa durch eine Erhöhung der Prämienätze um 20 % bis 25 %. Gefördert werden soll demnach auch die regionale Vermarktung von Qualitätsprodukten. Die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sei eine große Chance für die Landwirtschaft, ihre gesellschaftliche Akzeptanz zu stärken und die Perspektiven für bäuerliche Betriebe und die ländlichen Räume zu verbessern,

unterstrich die Ministerin. Dabei biete insbesondere die Zweite Säule der GAP den Rahmen für gezielte Förderprogramme, die den spezifischen Erfordernissen der Regionen Rechnung trügen. Die Zweite Säule sei auch in Anbetracht des demographischen Wandels ein wichtiger Gestaltungsraum der Regionen. „Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, die Ausstattung der Zweiten Säule bei der Reform der GAP aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls auszudehnen“, kündigte die Grünen-Politikerin an. Dabei gehe es nicht nur um Finanzmittel, sondern mit Blick auf Maßnahmenpalette und regionale Perspektive auch um die inhaltliche Weiterentwicklung. „Wir müssen die neuen Herausforderungen Klimawandel, Energiewende, Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, Verlust der Artenvielfalt, Wassermanagement und die Sicherung einer hochwertigen Ernährung in die GAP nach 2014 einbringen“, so die Ministerin. AgE

SPANIEN/EU

BIOENERGIE

Bioenergiebranche Spaniens gegen Streichung staatlicher Hilfen

Zuständige Organisationen und Umweltverbände beklagen Fehlentscheidung der Regierung - Abhängigkeit Spaniens von hohen Erdöl- und Gaspreisen wird damit zusätzlich verstärkt - Moratorium verstößt gegen maßgebliche EU-Richtlinie

MADRID. In Spanien ist im Rahmen der Haushaltskonsolidierung die „vorläufige Streichung“ staatlicher Hilfen für erneuerbare Energien beschlossen worden. Die Ende Januar in Kraft getretene Maßnahme wurde von Industrieminister José Manuel S o r í a mit dem Hinweis begründet, dass sich alle Ressorts an den notwendigen Sparmaßnahmen der Regierung von Mariano R a j o y beteiligen müssten. Spanischen Angaben zufolge gilt der „vorübergehende“ Förderungsstopp ausschließlich für neue Anlagen der Solar- und Winderzeugung sowie für Biogas, Geothermie und Wasserkraft. Die angeschlagene wirtschaftliche und finanzielle Situation Spaniens erfordere eine Aussetzung der Subventionen für neue Projekte, hieß es in Madrid. Nach Angaben des Wirtschaftsressorts werden erneuerbare Energien indirekt über die Stromrechnungen der privaten Haushalte finanziert. Minister Soría zufolge ist Ökostrom 2011 mit rund 6,4 Mrd Euro subventioniert worden. Regierungschef Rajoy hat zugesichert, seinen Haushalt für 2012 bis Ende März vorzulegen. Im Übrigen hält die neue spanische Regierung nach eigenen Angaben unverändert an den Zielen der Europäischen Union im Bereich erneuerbarer Energien und Umweltschutz fest.

Branchenvertreter verärgert

Bei den Befürwortern der Bioenergie sowie Vertretern der Umweltverbände ist das Moratorium der Regierung bei der Förderung erneuerbarer Energien erwartungsgemäß auf Kritik gestoßen. Sie ließen ihrem Ärger in einer Grundsatzerklärung an die Adresse der Öffentlichkeit Luft. Darin wird darauf verwiesen, dass erneuerbare Energien in beachtlichem Umfang zur Wirtschaftskraft Spaniens beitragen. Die Branche sichere Arbeitsplätze, leiste einen wichtigen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt und stehe zugleich für Investitionen, Entwicklung und Internationalisierung. Des Weiteren ermöglichen nachwachsende Energieträger Einsparungen beim Import und Verbrauch fossiler Energie. Mit Blick auf niedrigere Energiepreise und eine Reduzierung der CO₂-Emissionen sei in Spanien eine weltweit beachtete Industrie und Technologie entstanden. Das jetzige Moratorium bei der Förderung von Bioenergie sei kontraproduktiv angesichts steigender Erdöl- und Gaspreise und vergrößere die Importabhängigkeit des Landes. Zugleich sei es ein „historischer Irrtum“, die Förderung erneuerbarer Energien zu einem Zeitpunkt auszusetzen, in dem Spaniens Industrie gerade in diesem Bereich eine führende Position erobert habe und ihr Modell vielfach kopiert worden sei. Darüber hinaus gefährde die Regierung zahllose Arbeitsplätze, die im Bereich erneuerbare Energien entstanden seien. AgE

DEUTSCHLAND

GENTECHNIK

Transgener Mais schadet Bienenlarven nicht

WÜRZBURG. Erhalten Bienenlarven mit ihrer Nahrung Pollen von gentechnisch veränderten Maissorten verabreicht, hat das keine Konsequenzen für sie. Der Vergleich mit Larven, die mit konventionellen Maispollen aufgezogen wurden, zeigt keine Unterschiede: Weder steigt die Sterblichkeitsrate an, noch weisen die Larven Entwicklungsstörungen auf. Auch die Gewichtszunahme verläuft absolut identisch. Das ist das Ergebnis einer Studie des Biozentrums der Universität Würzburg, bei der nach Angaben der Forscher zum ersten Mal unter kontrollierten Bedingungen im Feld und im Labor untersucht worden ist, wie gut Bienen die Pollen von gentechnisch verändertem Mais in ihrer Nahrung vertragen. Fünf Tage lang ernährten die Wissenschaftler Bienenlarven mit einer speziellen Diät. Dem verabreichten Futtersaft gaben sie dabei exakt die Menge an Pollen mit, die auch in der Natur in dem speziellen Futtersaft der Ammenbienen zu finden ist. Drei Larven-

gruppen erhielten die Pollen konventioneller Maissorten. Eine Gruppe bekam als Nahrungszusatz Pollen der gentechnisch veränderten Bt-Maissorte MON810. Eine weitere Gruppe von Bienenlarven erhielt die Pollen einer Maissorte, die gleich drei Gene zur Bekämpfung von Maisschädlingen enthält, unter anderem gegen den Maiszünsler und den Maiswurzelbohrer. Würden sich die toxischen Eigenschaften der Gen-Pflanzen auch auf die Bienenlarven auswirken, müssten diese den Wissenschaftlern zufolge „zumindest eine geringere Gewichtszunahme“ verzeichnen. Dafür seien allerdings keinerlei Hinweise gefunden worden, so die Forscher unter Leitung von Prof. Ingolff S t e f f a n - D e w e n t e r . Die Bienenlarven hätten sich völlig normal entwickelt. Dies sei ein starker Hinweis darauf, dass das Protein aus dem gentechnisch veränderten Mais ohne Probleme im Darm von Bienenlarven verdaut werde. AgE

RUSSLAND/UKRAINE/EU

VIEH/FLEISCH

Schmallenberg-Virus: Moskau und Kiew untersagen Viehimporte aus EU-Ländern

MOSKAU/KIEW/BRÜSSEL. Russland hat den Import von lebenden Wiederkäuern und entsprechendem Zuchtmaterial aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Belgien und den Niederlanden vorläufig verboten. Eine entsprechende Entscheidung war am Dienstag voriger Woche von der russischen Behörde für Tier- und Pflanzengesundheit bekanntgegeben worden, die seit Mittwoch gilt. Begründet werden die Beschränkungen mit dem Auftreten des Schmallenberg-Virus in der EU. Aus demselben Grund setzte am Mittwoch auch die Ukraine ein vorläufiges Einfuhrverbot für Rinder und Kleinvieh aus denselben fünf EU-Mitgliedstaaten in Kraft. Ein Sprecher des Moskauer Tier- und Pflanzengesundheitsdienstes betonte, dass der Import von Rindfleisch nicht beschränkt worden sei. Die Entwicklung der Tierseuche in der Gemeinschaft werde jedoch sehr genau verfolgt. Verschärfe sich die Gefahr, seien weitere Handelsbeschränkungen möglich, so der Sprecher. Am Donnerstag teilte die Behörde zudem mit, dass in der sibirischen Region Krasnojarsk drei aus Deutschland eingeführte Rinder während der Quarantänezeit zwei Mal positiv

auf die Blauzungenkrankheit getestet worden seien. Laut Eurostat exportierte Deutschland im Zeitraum Januar bis Oktober 2011 Rinder im Wert von 15 Mio Euro nach Russland. Die Niederlande lieferten sogar Tiere für 26 Mio Euro, Frankreich im Wert von 3 Mio Euro. Die Rindfleischlieferungen nach Russland wiegen allerdings deutlich schwerer. So exportierte die EU-27 im vergangenen Jahr bis November bezogen auf das Schlachtgewicht 128 500 t an Rindfleisch einschließlich Lebendrindern im Gesamtwert von 331 Mio Euro nach Russland. Unterdessen gab die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) bekannt, dass sie von der EU-Kommission formell beauftragt worden sei, die Gefahren des Erregers zu beleuchten und Szenarien für die kommenden Monate aufzustellen. Das Schmallenberg-Virus ist in Europa erst seit kurzem bekannt, stammt aus tropischen Regionen und wird durch Gnuzen übertragen. Infektionen können vor allem zu Missbildungen und Frühgeburten von Kälbern und Lämmern führen. Für den Menschen stellt der Erreger nach derzeitigem Stand keine Gefahr dar. AgE

DEUTSCHLAND/EU

MILCHWIRTSCHAFT

Rumpf sieht Milchwirtschaft auf der Erfolgsspur

Auszahlungspreise erfreulich - Norddeutschland holt im bundesweiten Vergleich auf - Risiken liegen in der Entwicklung der Weltwirtschaft, Wechselkursschwankungen und der EU-Schuldenkrise - Kiel zum Milchforschungsstandort Nummer eins ausgebaut - Markttransparenz wichtig - Milchviehbetriebe in Schleswig-Holstein besucht

ELLERHOOP. Ein positives Fazit mit Blick auf die Milchwirtschaft in ihrem Bundesland hat Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsministerin Dr. Juliane Rumpf für das zweite Jahr in Folge gezogen. Die Milchauszahlungspreise seien im Jahr 2011 nochmals gestiegen, das mit einem durchschnittlichen Auszahlungspreis von mehr als 35 Cent je kg Standardmilch ohne Mehrwertsteuer abgeschlossen worden sei. Dabei habe Norddeutschland im Bundesschnitt erheblich aufgeholt, resümierte die CDU-Politikerin am vergangenen Freitag im Rahmen einer Milchviehbereitung in den Landkreisen Pinneberg und Steinburg, die vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) organisiert worden war. Jedoch sieht die Ministerin für das Jahr 2012 Unsicherheiten durch die ungewisse Entwicklung der Weltwirtschaft, Wechselkursschwankungen und die EU-Schuldenkrise. Es gebe Anzeichen dafür, die auf eine deutliche Abschwächung der guten Marktlage hinwiesen. „So erfreulich die guten Milchauszahlungspreise jedoch sind, es müssen auch die gestiegenen Kosten für Energie, Dünge- und Futtermittel bedacht werden, denn diese schmälern die Marge“, gab Rumpf zu bedenken. Sie zeigte sich erfreut über die Dynamik bei der Entwicklung der Molkereibranche sowie den Investitionen in die Verarbeitung und hob die Unterstützungsbereitschaft der Landesregierung von „sinnvollen Vorhaben“, hervor, die den Standort Schleswig-Holstein voran-

brächten. Dazu zählten auch die Forschungsvorhaben rund um die Milch wie die im vergangenen Jahr besetzte Stiftungsprofessur für Milch- und Ernährungsökonomie, die „Kiel zum deutschen Milchforschungsstandort Nummer eins“ machten. Die Milchviehhaltung nehme eine wichtige Rolle für lebendige und starke ländliche Räume ein, stellte die Ministerin klar.

Sicherheitsnetz in EU-Agrarreform erhalten

Mit Blick auf die EU-Agrarpolitik sieht Rumpf momentan die Diskussion um deren weitere Ausgestaltung nach 2013 im Mittelpunkt. Dabei sei für den Milchmarkt wichtig, dass ein Sicherheitsnetz aus Intervention und privater Lagerhaltung erhalten bleibe, so wie es im Entwurf der neuen Marktordnung vorgesehen sei. Ergänzt um Optionen und Finanzausstattung für den Krisenfall verspreche der Vorschlag auch für die Zukunft Stabilität, betonte die Ministerin. Sie wies beim Besuch der Milchviehbetriebe außerdem im Zusammenhang mit der Sektoruntersuchung Milch des Bundeskartellamtes darauf hin, dass die Markttransparenz ein hohes Gut sei, und stellte klar, dass sie deshalb der Kritik an Milchauszahlungspreisvergleichen nicht uneingeschränkt folgen könne. Insgesamt sei es aber gut, den Wettbewerb auf dem Milchmarkt in den Fokus zu nehmen und auf Probleme hinzuweisen. AgE

ÖSTERREICH

LANDJUGEND

Jugendstudie verdeutlicht Interesse für Politik und Zukunftsthemen

WIEN. Junge Menschen, die in Österreich in ländlichen Räumen leben, interessieren sich für Politik und wollen ihre Zukunft aktiv mitgestalten. Das ist nach Angaben von Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich das zentrale Ergebnis einer neuen Studie, die unter knapp 700 Landjugendlichen durchgeführt wurde. Zu den Topthemen unter den Be-

fragten im Umweltbereich zählten insbesondere erneuerbare Energien, Abfallmanagement und Wasser, erklärte Berlakovich vergangene Woche bei der Vorstellung der Studie. Vor allem zu Umwelt- und Landwirtschaftsthemen hätten die Jugendlichen ein klares Signal abgegeben. Laut den Befragungsergebnissen seien 62 % der Befragten dafür, den Bereich der erneuerbaren

Energien auszubauen; 89 % befürworteten, dass Österreich als erstes Land energieautark und somit per saldo energieunabhängig werde. Das deckt sich nahezu exakt mit der Meinung der Gesamtbevölkerung, die sich bei einer Studie im Vorjahr zu 90 % hinter das darauf ausgerichtete Ziel von Berlakovich ge-

stellt hatte, das mittlerweile in das offizielle Regierungsprogramm aufgenommen worden ist. Zudem halten 71 % der Jugendlichen die Energieautarkie Österreichs bis 2050, die laut wissenschaftlicher Studie bis dahin möglich sein soll, ebenso für realistisch. AgE

DEUTSCHLAND/WELT

NATURSCHUTZ

Votum für starke Regelungen zum Klimaschutz

Die Bodensee-Stiftung befragt Experten aus Naturschutz und Landwirtschaft - Deren Auffassung zufolge sind zusätzliche Vorgaben zur Emissionsverringerung in die Erste Säule der GAP zu integrieren - Ein CO₂-Label oder Eigenverpflichtungen werden dagegen als weniger hilfreich eingestuft - Emissionsquellen sind nach Einschätzung der Studienteilnehmer in erster Linie direkte und indirekte Energieverbräuche - Deren Verringerung wird als wichtigste Maßnahme zur Emissionsminderung gesehen - Kein Zurückschrecken vor direktiven Instrumenten

RADOLFZELL. Um die Landwirtschaft zu einer Verringerung ihrer Treibhausgasemissionen zu motivieren, sind laut einer Befragung der Naturschutzorganisation Bodensee-Stiftung zusätzliche Vorgaben in der Ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der beste Weg. Schwächere Maßnahmen wie zum Beispiel die Einführung eines CO₂-Labels für Lebensmittel oder Eigenverpflichtungen seien dagegen als weniger hilfreich eingestuft worden, berichtete die Stiftung vergangene Woche unter Verweis auf die Untersuchung. In deren Rahmen waren im vorigen Januar in Baden-Württemberg insgesamt 140 Experten aus den Bereichen Naturschutz, Landwirtschaft, Verbände, Vereine und Forschung befragt worden. Die Rücklaufquote lag bei 37 %. Größte Emittenten von Treibhausgasen seien laut Einschätzung von jeweils 90 % der Studienteilnehmer die direkte Nutzung von Energie sowie indirekte Energieverbräuche zum Beispiel für die Herstellung von Düngemittel und Kraftfutter. Etwa 86 % der Befragten hätten außerdem die Umwandlung von Moorböden in Ackerland als besonders klimaschädlich beurteilt, berichtete die Stiftung. Geeignete Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen sehe die überwiegende Zahl der Studienteilnehmer vor allem in der Reduktion der direkten Verbräuche von Kraftstoff und Strom sowie in der Verringerung von indirekten Energieverbräuchen und in Veränderungen der Landnutzung. Dass die Effizienzsteigerung in der Produktion als ein Mittel zur Reduzierung

von Treibhausgasen nur eine Zustimmung von 58 % erhalten habe, verdeutliche, dass hier Zweifel über den Sinn dieser Maßnahme bestünden.

Prinzip der Freiwilligkeit

Darüber hinaus konnten nach Mitteilung der Bodensee-Stiftung auch Vorschläge gemacht werden, wie klimapositives Verhalten in der Landwirtschaft unterstützt werden kann. Grundgedanke bei vielen Vorschlägen sei gewesen, dass der einzelne Landwirt nach dem Prinzip der Freiwilligkeit die Maßnahmen auswählen könne, die zu seinem Betrieb passten. Finanzielle Anreizprogramme zur Förderung einer emissionsreduzierten Landwirtschaft sollten laut Überzeugung der Befragten im Bereich Ökolandbau, flächengebundene Tierhaltung, Grünlandschutz oder Beratung liegen, erläuterte die Stiftung. Aber auch direktivere Maßnahmen wie eine Besteuerung mineralischen Düngers, die Besteuerung des Transportes von Lebensmitteln und landwirtschaftlicher Rohstoffe oder eine zwingend vorgeschriebene Verbindung von Biogasanlagen mit Wärmenutzung seien als Vorschläge aufgeführt worden. Die Studie wurde im Rahmen des EU-LIFE+-Projektes „AgriClimateChange - mehr Klimaschutz in der Landwirtschaft“ durchgeführt. In diesem internationalen Projekt ist die Bodensee-Stiftung als deutscher Partner verantwortlich für die Umsetzung in Baden-Württemberg. (www.bodensee-stiftung.org) AgE

RUSSLAND/WELT

AGRARPOLITIK

Putin: WTO-Mitgliedschaft hat viele Vorteile für den russischen Agrarsektor

Deutliche Aufstockung der Fördermittel für die Landwirtschaft ist erlaubt - Fleischimportkontingente auch nach dem Beitritt möglich - Fortsetzung laufender Förderprogramme für die ländliche Entwicklung nicht gefährdet - Günstige Preise für Kraft- und Schmierstoffe

TAMBOW. Die russische Landwirtschaft soll auch nach dem für Mitte dieses Jahres geplanten Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation (WTO) vom Staat ausreichend unterstützt werden. Das hat der russische Ministerpräsident und Präsidentschaftskandidat Wladimir P u t i n am Dienstag vergangener Woche bei einer agrarpolitischen Regierungskonferenz in der Provinzhauptstadt Tambow betont. Die für den russischen Agrarsektor ausgehandelten Aufnahmebedingungen gehörten zu den besten, die jemals von WTO-Beitrittsländern erreicht worden seien, so Putin. Neben den zu erwartenden Vorteilen für die heimische Volkswirtschaft habe der russische Staat sogar die Möglichkeit, die Agrarwirtschaft noch stärker als bislang zu unterstützen. Die Beitrittsbedingungen erlaubten die Vergabe von Fördermitteln in Höhe von jährlich bis zu 9 Mrd \$ (6,9 Mrd Euro). Im diesjährigen Staatshaushalt seien dagegen lediglich Ausgaben in Höhe von umgerechnet rund 5,6 Mrd \$

(4,3 Mrd Euro) eingeplant. Nach einer Analyse der Situation in einzelnen Bereichen könnte also deren Förderung aufgestockt werden. Ferner hob Putin hervor, dass Russland auch nach dem WTO-Beitritt Fleischimporte kontingentieren könne. Außerdem dürften Programme zum Ausbau der Transport- und sozialen Infrastruktur, zur Unterstützung neuer Unternehmen sowie zur Förderung des Schul- und Ausbildungswesens im ländlichen Raum uneingeschränkt fortgesetzt werden. Ein Teil der direkten Subventionen könne beispielsweise auf die von der Branche benötigte Entwicklung logistischer Systeme umgeschichtet werden. Darüber hinaus schaffe die WTO-Mitgliedschaft bessere Voraussetzungen für die Mobilisierung von Investitionen in die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und in die Nahrungsmittelindustrie. Auf diese Weise könne die Wettbewerbsfähigkeit russischer Produzenten auf den heimischen und internationalen Märkten gesteigert werden.

Milchproduktion ankurbeln

Wie Putin ferner deutlich machte, will der russische Staat nun auch positive Veränderungen in der Milcherzeugung anregen, nachdem in der Geflügel- und Schweinefleischproduktion bereits ein Aufschwung erzielt worden sei. Seit 1990 habe sich die von russischen Kühen erzeugte Milchmenge um 24 Mio t auf nur noch 31,7 Mio t verringert. Als eine der wichtigen Ursachen für diese Entwicklung nannte der Ministerpräsident die umfangreichen Billigimporte von Trockenmilch. Als weiteren Grund führte er die Futterknappheit als Folge dürrebedingter Missernten in den Jahren 2009 und 2010 an. Die für das vergangene Jahr beschlossene zusätzliche Unterstützung für Landwirtschaftsbetriebe, die unter schwierigen Umständen ihre Rinderbestände nicht reduziert hätten, habe für eine generelle Neuorientierung nicht ausgereicht, räumte Putin ein. Für

diesen Zweck seien Sonderzahlungen in Höhe von insgesamt 5 Mrd Rbl (125,4 Mio Euro) aus dem Föderationshaushalt eingeplant gewesen. Allerdings sei es seiner Regierung gelungen, auch für das laufende Jahr Sonderpreise für die Belieferung der Agrarproduzenten mit Kraft- und Schmierstoffen auszuhandeln. Das Ergebnis sei die Halbierung der Preise für Kraft- und Schmierstoffe gegenüber den normalen Marktpreisen. Die zu diesen Konditionen bereitgestellte Menge liege um ein Zehntel über dem Vorjahreswert. Allein im ersten Halbjahr 2012 würde die heimische Landwirtschaft damit 12,2 Mrd Rbl (306,0 Mio Euro) sparen, während sich die entsprechenden Minderausgaben der Branche im gesamten vergangenen Jahr auf 18,5 Mrd Rbl (464,0 Mio Euro) belaufen hätten. AgE
Umrechnungskurse: 1 \$ = 0,7632 Euro;
100 Rbl = 2,5079 Euro

SCHWEIZ

AGRARPOLITIK

SBV fordert weitere Korrekturen bei der „Agrarpolitik 2014 bis 2017“

Der landwirtschaftliche Berufsstand hält die vom Bundesrat vorgenommenen Anpassungen für ungenügend - Tendenz der Agrarpolitik in Richtung mehr ökologischer, ethologischer und landschaftlicher Maßnahmen geht weiter - Forderung nach Beibehaltung des Zahlungsrahmens zur Unterstützung der Bauern

BERN. Nur wenige Korrekturen zur ursprünglichen Vorlage hat der Schweizer Bundesrat beim Reformpaket „Agrarpolitik 2014 bis 2017“ vorgenommen. Nachdem im Frühsommer 2011 die Vernehmlassung - das in der Schweiz übliche Verfahren der Anhörung betroffener Wirtschaftskreise - durchgeführt worden war, hat die Berner Regierung am vergangenen Mittwoch einen Bericht mit Erläuterungen zu dem Reformvorschlag - die sogenannte „Botschaft“ - vorgelegt, bei dem auch einige Forderungen des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV) berücksichtigt wurden. Der SBV begrüßte die Anpassungen, erachtet sie aber als ungenügend. Die Tendenz der Agrarpolitik in Richtung mehr ökologischer, ethologischer und landschaftlicher Maßnahmen gehe weiter, erklärte der SBV in einer Pressemitteilung. Die Bauern wehrten sich nicht gegen mehr Natur, solange die Lebensmittelproduktion und ihr Einkommen nicht zurückgingen. Nach Ansicht des SBV sichert das Reformpaket aber keine vielfältige und qualitativ hochwertige landwirtschaftliche Produktion in der Schweiz; es bringe den Bauernfamilien auch keine Aussichten auf eine Verbesserung ihres Einkommens, das rund 40 % unter dem Niveau in anderen Sektoren liege. Daher sei es nun die Aufgabe der eidgenössischen Räte, die nötigen Korrekturen für geeignete Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft vorzunehmen. Korrekturbedarf besteht laut SBV insbesondere in drei Bereichen: So müssten die Grünlandbeiträge zwingend den effektiven Tierbesatz berücksichtigen. Zudem sollten Ackerkulturen gefördert werden, insbesondere die Inlandproduktion von Futtergetreide. Und schließlich sei es erforderlich, Übergangsbeiträge zugunsten der Versorgungssicherheitsbeiträge zu reduzieren.

Finanzrahmen nicht an Teuerung angepasst

Wichtig ist für den Bauernverband vor allem, dass der Zahlungsrahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft beibehalten wird. Zudem steht der landwirtschaftliche Berufsstand hinter der im Reformpaket vorgesehenen Stärkung der Qualitätsstrategie, der Einführung des Ernährungssouveränitätsprinzips und der Umsetzung von Regeln beim Vertragsabschluss in der Milchbranche. Für die angeschlagenen Milchproduzenten erfreulich sei der Entscheid, die Finanzierung der Verkäsungszulage auf der gesamten Menge sicherzustellen. Bedauerlich sei jedoch, dass der Finanzrahmen nicht an die Teuerung angepasst werde, obwohl die Bauern infolge neuer Programme in den Bereichen Ökologie und Landschaftsschutz einen deutlichen Mehraufwand und unvermeidliche Ertragseinbußen in Kauf nehmen müssten, kritisierte der SBV. Somit müsse die Landwirtschaft für die gleiche Entschädigung mehr Leistungen erbringen. „Ein falsches Zeichen“ ist es nach Ansicht des SBV, dass der Bund nicht stärker auf marktwirtschaftliche Instrumente setzt. Mit Ausnahme der Streichung sämtlicher Beitragsarten für die Flächen in Bauzonen entsprächen die Eintretens- und Begrenzungskriterien der Direktzahlungen den Erwartungen. Dieser Systemwechsel erlaube eine bessere Ausrichtung der Direktzahlungen auf die Verfassungsziele, bringe aber auch eine große Unsicherheit mit sich und schwäche die Nahrungsmittelproduktion. AgE

DEUTSCHLAND

VETERINÄRFRAGEN

Geringerer Antibiotikaeinsatz durch bessere Haltungsbedingungen

Wichtig sind nach Ansicht von Tierärzten eine gute Impfprophylaxe, verbesserte Hygiene, ein professionelles Betriebsmanagement und ein günstiges Stallklima - Blaha: Tierwohl und die Tiergesundheit sind die Lösung, nicht das Beharren auf Grenzwerten - TiHo-Präsident Greif: Betriebsgröße für die Anwendung von Antibiotika nicht ausschlaggebend - Niedersachsen fördert künftig Beratung zur Minimierung des betreffenden Medikamentenverbrauchs

HANNOVER. Bei der angestrebten Reduzierung des Antibiotikaverbrauchs in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung können nur Konzepte erfolversprechend sein, die verbesserte Hal-

tungsbedingungen zum Ziel haben, wozu unter anderem eine gute Impfprophylaxe, eine verbesserte Hygiene, ein gutes Betriebsmanagement oder die Anpassung der klimatischen Verhält-

nisse im Stall gehören. Darin waren sich Tierärzte und Wissenschaftler auf dem Kongress „Hohe Tiergesundheit bei minimalem Antibiotikaeinsatz“ am vergangenen Freitag an der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover (TiHo) einig. Prof. Thomas Blaha von der TiHo-Außenstelle für Epidemiologie betonte, in erster Linie müsse die Tiergesundheit verbessert werden. Seien die Tiere gesund, seien auch weniger Medikamente erforderlich. Gute Konzepte für die Tierhaltung, in denen das Tierwohl und die Tiergesundheit an erster Stelle stünden, seien die Lösung, nicht das Beharren auf Grenzwerten. Tierarzt Stefan Wesselmann aus Wallhausen berichtete aus der Praxis, dass Tiere sowohl in der konventionellen als auch in der alternativen Haltung erkrankten und antibiotische Behandlungen erforderten. Allerdings gebe es hinsichtlich der Kompetenz der Betriebsführung und des Impfstoffeinsatzes große Unterschiede zwischen allen untersuchten Beständen. TiHo-Präsident Dr. Gerhard Greif zog das Schlussresümee, dass die Betriebsgröße für den Einsatz von Antibiotika nicht ausschlaggebend sei. Die Professionalität der Betriebsführung und der tierärztlichen Betreuung seien entscheidend, unterstrich Greif. Maßnahmen seien unter anderem die Verbesserung der Tierhaltung, die Hygiene und die Impfprophylaxe. Für alle gelte dasselbe Ziel, nämlich eine verbesserte Tiergesundheit, die in der Folge dazu führe, dass der Antibiotikaverbrauch gesenkt werde.

Resistenzen seit langem bekannt

Wie Blaha zu der Problematik weiter ausführte, sind Antibiotikaresistenzen seit langem bekannt und treten weltweit auf. Jede Antibiotikaaanwendung führe zu einem Selektionsdruck, und das nicht nur beim Zielbakterium. So hätten viele Bakterien neben natürlichen Resistenzen auch Resistenzen gegen Antibiotika entwickelt, ohne dass es bemerkt worden sei. Auch viele nicht-pathogene Erreger, die zur natürlichen Bakterienflora der Tiere gehörten, seien resistent gegen Antibiotika geworden, stellte der Veterinärexperte fest. In den Niederlanden und Dänemark sei die Situation ähnlich wie in Deutschland; dort seien ebenfalls zunehmend resistente Erreger bei lebensmittelliefernden Tieren

festzustellen. Gemeinsam mit dem Tierarzt Dr. Peter Veltmann aus Vechta stellte Blaha eine Studie vor, im Rahmen derer bei sieben Schweinehaltungen untersucht wurde, wie sich der Antibiotikaverbrauch nach einer Impfung der Tiere gegen das PCV2-Virus entwickelt. In fünf der Betriebe habe die Einsatzmenge um 50 % bis 80 % gesenkt werden können. Die beiden Betriebe ohne Antibiotikareduzierung hätten ihre Tiere jeweils von wechselnden Anbietern bezogen. „Die Untersuchungen zeigen, dass viele Parameter einbezogen werden müssen, und dass in diesem Fall eine Impfung allein nicht ausreicht, sondern zusätzlich ein gutes Management erforderlich ist“, resümierte Blaha.

Neue Ausrichtung der Beratungsförderung

Unterdessen teilte das niedersächsische Landwirtschaftsministerium mit, dass Landwirte ab sofort für eine qualifizierte Beratung zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes einen Förderzuschuss beantragen könnten. Dieser Punkt ist dem Agrarressort zufolge Teil einer neu ausgerichteten Beratungsförderung zu ausgewählten Themen des Tier-, Natur- und Klimaschutzes. Es werde ein erhebliches öffentliches Interesse darin gesehen, dass die Landwirtschaft innovative Praktiken zur Verbesserung des Tier- und Umweltschutzes verstärkt umsetze, erklärte Landwirtschaftsminister Gert Lindemann in Hannover. Daher fördere das Land jetzt Betriebe, die eine spezielle Beratung zur Anpassung an den Klimawandel und zur Abschwächung seiner Folgen, zu umwelt- und tiergerechten Verfahren in der Nutztierhaltung einschließlich eines verminderten Antibiotikaeinsatzes oder zum Erhalt der biologischen Vielfalt in der Kulturlandschaft in Anspruch nehmen würden. Dabei sei Spezialwissen gefragt, und dies solle mit Hilfe der gezielten Förderung schneller von der angewandten Forschung auf die Betriebe gebracht werden. „Die gut ausgebildeten niedersächsischen Landwirte sind prädestiniert dafür, auf dem Weg der ‘Wissensumsetzung’ eine Vorreiterrolle in Deutschland zu übernehmen und so den Ansprüchen an eine effiziente, nachhaltige Landwirtschaft in besonderer Weise gerecht zu werden“, so Lindemann. AgE

DEUTSCHLAND/EU

SITUATIONSBERICHTE

Schmallenberg-Virus breitet sich immer weiter aus

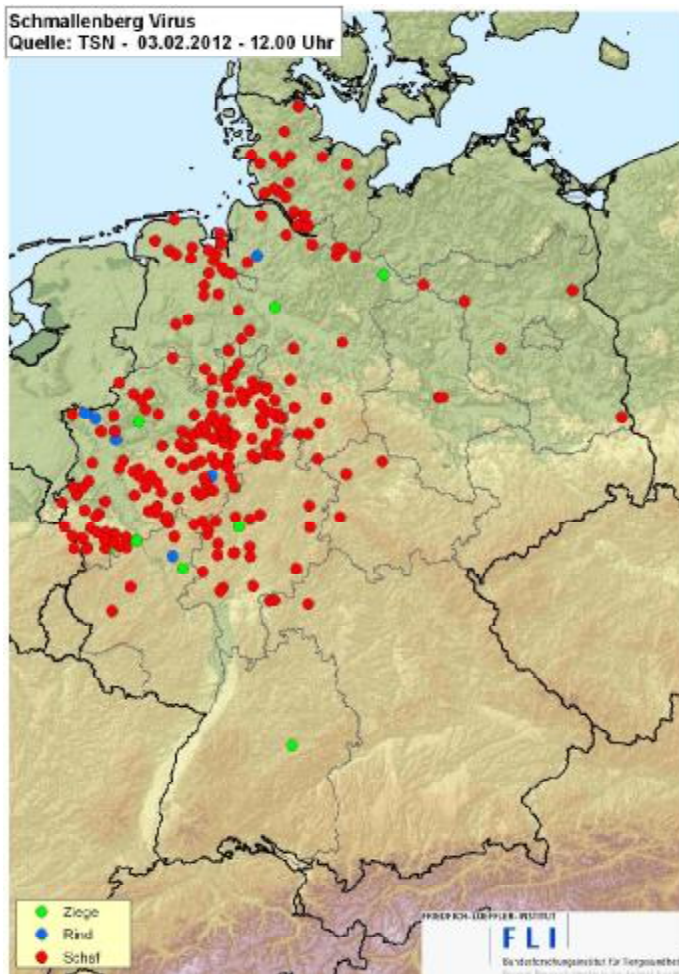
Nach Angaben des FLI wurde der Erreger bis zum vergangenen Freitagmittag schon bei insgesamt 280 Betrieben festgestellt - Mehrheit der Fälle betrifft Nordrhein-Westfalen - FDP-Politikerin Happach-Kasan fordert Möglichkeit der Einführung einer Anzeigepflicht für neue Tierseuchen im Eilverfahren - Tackmann warnt vor hoher Dunkelziffer

POTSDAM. Das sogenannte Schmallenberg-Virus befindet sich in Deutschland weiter auf dem Vormarsch. Laut Angaben des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) wurde der neue Erreger bundesweit bis zum vergangenen Freitagmittag bei Tieren aus insgesamt 280 Betrieben festgestellt. Betroffen waren 263 Schaf- und zehn Ziegen- sowie sieben Rinderhaltungen. Die Mehrheit der Fälle trat laut FLI in Nordrhein-Westfalen auf, wo das Virus bis dahin bei 161 Nutztierhaltungen nachgewiesen wurde. Es folgten zu diesem Zeitpunkt Niedersachsen mit 43 betroffenen Betrieben vor Hessen mit 24 und Schleswig-Holstein mit 23 Haltungen. Darüber hinaus wurde das Schmallenberg-Virus auch bereits bei Schafen oder Ziegen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Hamburg und Bayern diagnostiziert. Das Kieler Landwirtschaftsministerium meldete am Freitagnachmittag die landesweit erste Infektion mit dem Erreger bei einem rinderhaltenden Betrieb. Betroffen von der neuen Tierseuche sind neben Deutschland auch die Niederlande, Belgien, Großbritannien und Frankreich. Auch dort trat diese Erkrankung bislang hauptsächlich bei Schafen auf. Erstmals ent-

deckt wurde sie im vorigen Sommer in den Niederlanden, identifiziert dann vom FLI im November. Das Virus gehört den Experten zufolge zur Simbu-Serogruppe der Orthobunyaviren, die in Australien, Asien und Afrika bei Rindern verbreitet sind und durch Gnitzen übertragen werden. Der Erreger wird als Schmallenberg-Virus bezeichnet, weil der erste Virusnachweis bei Proben von Tieren aus Schmallenberg in Nordrhein-Westfalen gelang (AGRA-EUROPE 5/12, LÄNDERBERICHTE 52).

Institut für Epidemiologie nicht verlagern

Die Agrarsprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke, Dr. Kirsten Tackmann, warnte vor einer hohen Dunkelziffer, denn die Erkrankung könne zurzeit nur in Betrieben erkannt werden, bei denen die Ablamm- und Abkalbesaison bereits begonnen habe. Das Virus bewirke vor allem tote oder missgebildete Nachkommen. Das Tierseuchenbekämpfungszentrum müsse die Grundlagenforschung zu Infektionserregern und ihre Interaktionen mit dem infizierten Tier dringend ergänzen, verlangte Tackmann. Der Grundstein für eine sol-



che Einrichtung sei im Institut für Epidemiologie des FLI im brandenburgischen Wusterhausen gelegt, müsse aber ausgebaut und gestärkt werden. Die Linken-Politikerin sprach sich in dem Zusammenhang gegen die geplante Verlagerung des Instituts auf die Insel Riems aus. Dieser Umzug berge das hohe Risiko von Kompetenzverlusten in der wissenschaftlichen Stammebelegschaft, zumal dieser abgelegene Standort ungeeignet sei für diese angewandte Forschungsdisziplin. Angesichts des zunehmenden wirtschaftlichen Risikos durch Tiererkrankungen sei das Festhalten an diesen Plänen kontraproduktiv.

Derzeitiges Verfahren zu schwerfällig

Angesichts der raschen Ausbreitung des neuen Erregers plädierte die agrarpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Christel H a p p a c h - K a s a n , dafür, es dem Bund zu ermöglichen, in einem Eilverfahren zunächst ohne Zustimmung des Bundesrates eine Anzeigepflicht für neue Tierseuchen wie das Schmallenberg-Virus einzuführen. Heute könnten Anzeigepflichten nur gemeinsam mit der Länderkammer eingeführt werden. Das sei ein viel zu schwerfälliges Verfahren, kritisierte H a p p a c h - K a s a n am Montag vergangener Woche in Berlin. Immer häufiger erkrankten Tiere in Deutschland an neuen Erregern. Das Schmallenberg-Virus und die Blauzungenerkrankung seien nur zwei Beispiele dafür. Künftig würden hierzulande häufiger nie beobachtete Tierkrankheiten auftreten, prognostizierte die Liberale. Grund dafür seien unter anderem ein weltweit vernetzter Handel, die Zunahme der Reisetätigkeit und der Klimawandel. Auf diese Entwicklung müssten die zuständigen Stellen in Deutschland schnell reagieren können.

Videopodcast zum Virus

Derzeit befindet sich die vom Bundeslandwirtschaftsministerium zur Einführung einer Meldepflicht für den Schmallenberg-Virus vorgelegte Verordnungsnovelle in der Anhörung. Die Bundestierärztekammer begrüßte vergangene Woche die geplante Meldepflicht, meldete jedoch Änderungswünsche im Detail an. Es sollte überlegt werden, ob vorsorglich auch Infektionen bei Wildwiederkäuern aufgenommen werden könnten, so die Kammer, die gut 37 000 Veterinäre vertritt, in ihrer Stellungnahme zu dem Verordnungsentwurf. Den Wechsel vom Betrieb zur Gemeinde als Bezugseinheit für Meldungen hält sie für sehr problematisch. Die Tierärztervertretung gab zu bedenken, dass sich dann mehrere Ausbrüche einer Krankheit in einer Gemeinde nicht mehr unterscheiden ließen. Der Wechsel würde auch eine grundlegende Änderung der bisher genutzten Melde- und Datenbank-Software TSN erforderlich machen. Die Begründung - das Sanierungsprogramm für die Caprine Arthritis-Encephalitis (CAE) bei Ziegen - erscheine angesichts der geringen wirtschaftlichen Bedeutung von Ziegen generell, insbesondere aber für den Export und das Verbringen in andere EU-Mitgliedstaaten schwer nachvollziehbar, erklärte die Bundestierärztekammer. Unterdessen machte die Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover auf ein Videopodcast aufmerksam, in dem die bisher vorhandenen Informationen zum Schmallenberg-Virus und dem von ihm verursachten Krankheitsbild zusammengefasst sind. (www.youtube.com/user/TiHoeLearning, www.tiho-hannover.de/studium-lehre/el/lernmedien/podcasts) AgE

Inhalt EU-Nachrichten

53. JAHRGANG

6. FEBRUAR 2012 - NR. 6

» Europäische Union: Geplante Angaben zu reduzierten Nährwertgehalten irreführend	1
EU/USA/Welt: Börsenfusion scheitert am Veto der Brüsseler Wettbewerbshüter	2
EU/Deutschland: LBV Sachsen-Anhalt gegen EU-Pläne zur Kappung und zum Greening	2
EU/Deutschland/Welt: DeB und Kastler loben Berliner Erklärung zur Entwicklungspolitik	3
» EU/Deutschland: Auch Rammel für Verlängerung der EU-Zuckermarktordnung	3
EU/Deutschland: Holsteiner Katenschinken geschützt	4
EU/Deutschland: Deutsche Eierwirtschaft sucht Lösungen gegen illegale Importware	4
» EU/Deutschland: Europäische Landtechnikindustrie erwartet weiteres Marktwachstum	5
EU/Spanien: Rückforderungen wegen illegaler spanischer Rebanpflanzungen sind rechters	5
EU/Deutschland: BÖLW fordert grünere Ausrichtung der GAP-Reform.	6
» EU/Deutschland/Dänemark: Kopenhagen bringt Bewegung in Gentechnikdebatte	6
Europäische Union: EU-Kommission sammelt Meinungen über Nachhaltigkeit	7
EU/Welt: EU steuert auf neue Handelspolitik mit Entwicklungsländern zu	7
» EU/Deutschland: EU-Länder setzen Gruppenhaltung von Sauen nur schleppend um	8
EU/USA: Erhöhung des US-Rindfleischkontingents auf Kurs	8
EU/Welt: FAO erklärt Hungersnot in Somalia für beendet	8
Europäische Union: Mittel für Bedürftigenhilfe werden angepasst	9
» EU/Welt: EU-Absatzförderung auch für private Marken	9

LÄNDERBERICHTE

EU-NACHRICHTEN

MARKT+MEINUNG

KURZMELDUNGEN

Geplante Angaben zu reduzierten Nährwertgehalten irreführend

EU-Parlament übt sein Vetorecht gegen Kommissionsvorschlag aus - Hersteller sollen mit Verringerung von Salz, Zucker oder Fett nicht bereits ab 15 Prozent werben können - Derzeit müssen höhere Absenkungen vorliegen - Fraktionsübergreifende Unterstützung - Sommer: Gegenteil von Gesundheitsnutzen und Verbraucherinformation - Lob der Zuckerwirtschaft - Brüsseler Kommission bedauert Entscheidung

BRÜSSEL. Das Europaparlament hat von seinem Vetorecht Gebrauch gemacht und am vergangenen Donnerstag gegen einen Vorschlag der Europäischen Kommission für die Zulassung bestimmter gesundheitsbezogener Angaben auf Lebensmitteln gestimmt. Die Brüsseler Behörde will Nahrungsmittelherstellern gestatten, mit der Verringerung von Inhaltsstoffen wie Zucker oder Fett in der Rezeptur eines Produkts bereits ab einem Wert von 15 % gegenüber der Vorgängerversion zu werben, und zwar längstens für ein Jahr. Derzeit gilt die Regelung, dass ein Erzeugnis nur dann mit einem Schlagwort wie „energiereduziert“ belegt werden darf, wenn der Brennwert um mindestens 30 % gesenkt wurde; bei der Verringerung des Natriumgehalts gilt der Wert 25 %. Die Europaabgeordneten befürchten durch die neue Regelung Verbraucherverwirrung. Ferner warnen sie davor, dass Unternehmen dann einen geringeren Anreiz hätten, den Gehalt einzelner Nährstoffe um mehr als 15 % zu senken. Die Regelung war von den Mitgliedstaaten im Ausschussverfahren bereits durchgewunken worden. Durch das Veto des Parlaments ist der Entwurf jetzt jedoch erst einmal blockiert. Die Kommission muss entscheiden, ob sie den Vorschlag in veränderter Form noch einmal einbringt oder komplett verwirft.

Ziel verfehlt

Der Kommissionsplan wurde von einer fraktionsübergreifenden Gruppe von Abgeordneten torpediert, darunter die CDU-Parlamentarierin Dr. Renate Sommer, die britische Labour-Politikerin Glenys Williams, die irische Agrarexpertin Mairead McGuinness, die französische Liberale Corinne Lepage, der schwedische Grüne Carl Schlyter und die niederländische Linke Kartika Liotard. Sommer warf der Kommission im Anschluss an die Abstimmung vor, das eigentliche Ziel der Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben aus den Augen verloren zu haben. Die geplante Regelung hätte das genaue Gegenteil von Gesundheitsnutzen und Verbraucherinformation bedeutet. Die meisten Verbraucher seien sich der bestehenden 30 %-Vorschrift nicht bewusst. Sommer befürchtet ferner, dass bei der Angabe „zuckerreduziert“ keine Verringerung des gesamten Kaloriengehaltes mehr erreicht werde, sondern lediglich ein Ersatz durch andere Kohlenhydrate stattfinde. Darüber hinaus verstoße die geplante Aussage gegen das Prinzip der vergleichenden Werbung. Im Gegensatz zur existierenden Angabe „zucker-/fettreduziert“, müsse die geplante Werbeaussage nämlich nicht im Vergleich zu Produkten derselben Lebensmittelkategorie gemacht werden. Stattdessen dürfe ein Hersteller die Reduktion im Vergleich zum eigenen Vorgängerprodukt machen. Das könne dazu führen, dass selbst ein Schokoriegel, der unter allen Schokoriegeln im Supermarkt den höchsten Zuckergehalt aufweise, die Werbeaussage „Enthält jetzt 15% weniger Zucker“ tragen dürfe. „Wo liegt da der Nutzen für Verbraucher?“ kritisierte Sommer. Auch ihre Parteikollegin Christa Kläb begrüßte das Ergebnis.

Ad absurdum

Die Vorsitzende der Grünen im Hohen Haus, Rebecca Harms, schloss sich der Meinung an, die Kommission trage zur Verunsicherung bei. Die Verbraucher könnten denken, dass ein Produkt

durch die Absenkung gesünder geworden sei, obwohl es möglicherweise noch immer beträchtliche Mengen ungesunder Komponenten wie Salz, Zucker oder Fette enthalte. Der Sinn gesundheitsbezogener Angaben würde damit ad absurdum geführt. Auf diese Weise argumentierte auch Liotard. „Solche Angaben sind nützliche Werbeinstrumente, aber eine Tüte Chips mit 15 % weniger Fett könnte noch immer eine Menge Fett enthalten“, so die Linkspolitikerin. Darüber hinaus sei es viel einfacher, den Fett- und Zuckergehalt in Produkten, die ohnehin kalorienreich seien, ein wenig zu verringern. Damit werde gerade die Herstellung besonders ungesunder Produkte belohnt.

Deutliches Signal

Lob kam aus der deutschen Zuckerwirtschaft. „Es handelt sich um eine sachgerechte Entscheidung“, wertete Marcus Otto von der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker (WVZ) das Votum. Bei den geplanten Angaben hätten nicht Lebensmittel derselben Kategorie den Vergleichsmaßstab gebildet, sondern allein das entsprechende Produkt desselben Herstellers nach „alter“ Rezeptur. Zudem könne nicht vorausgesetzt werden, dass der Verbraucher die exakte Bedeutung der einzelnen nährwertbezogenen Angaben kenne. Beispielsweise erwarte der Konsument bei einem zuckerreduzierten Produkt in der Regel auch ein Lebensmittel mit weniger Kalorien. Bei festen Lebensmitteln sei dies aber selten der Fall, weil der Zucker durch andere energieliefernde Zutaten ersetzt werde. Otto sieht einen „Dschungel der Werbeaussagen“ abgewendet.

Verwirrung ausgeschlossen

Der Sprecher von EU-Gesundheitskommissar John Dalli brachte in Reaktion auf die Abstimmung das „starke Bedauern“ der Kommission zum Ausdruck. Die Regelung hätte dazu beigetragen, der Ernährungswirtschaft Rezepturänderungen zu erleichtern, erklärte der Sprecher auf Anfrage. Eine Verbraucherverwirrung schloss er aus. Die Anforderungen an die Formulierung der nährwertbezogenen Angabe hätten Konsumenten alle notwendigen Informationen an die Hand gegeben. Über die Angabe der Verringerung hinaus sollten Hersteller die Höhe des Nährstoffs vor der Umstellung angeben. Er nannte als Beispiel: „Enthält jetzt 15 % weniger Zucker - enthielt zuvor 30 g Zucker je 100 g nach alter Rezeptur“.

Bessere Ergebnisse

Der Schwellenwert von 15 % sei mit Blick auf die Verbrauchererwartungen festgelegt worden, so der Sprecher. Drastische Verringerungen führten zu deutlichen Veränderungen des Geschmacks und anderer sensorischer Eigenschaften und würden von Verbrauchern nicht akzeptiert. Mit einem schrittweisen Vorgehen, durch einer Reihe moderater Verbesserungen in Folge könne man bessere Ergebnisse erzielen. Manche Verbraucher verzehrten „Light“-Produkte nur widerwillig. Nach Ansicht der Kommission sollte alles ermutigt werden, was Verbrauchern die Annahme erleichtert. Die nährwertbezogene Angabe über geringe Absenkungen des Salz-, Zucker- und Salzgehalts hätte die Hersteller in größerem Maße als die bestehende Regelung darin bestärkt, neue Rezepturen auszuprobieren, hieß es. Das hätte die Produktpalette erweitert und den Verbrauchern geholfen, gesündere Entscheidungen zu treffen.

Eher die Ausnahme

Verwaltungstechnisch handelt es sich bei dem Kommissionsentwurf um einen Vorschlag für einen Durchführungsrechtsakt, der die Rahmenregelung zu Nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben ergänzt. Darüber wird nicht im Mitentscheidungsverfahren von Rat und Europaparlament entschieden, sondern von der Kommission selbst - solange Mitgliedstaaten oder Parlament keinen Einspruch erheben. In der Praxis werden in der Flut von Verwaltungsakten nur sehr wenige Vorlagen vom Parlament angefochten - üblicherweise sind es solche, die vermeintlich negative Auswirkungen auf die Verbraucher haben und sich der Öffentlichkeit leicht vermitteln lassen. Ein prominenter Fall war 2010 die Verhinderung der Zulassung des Enzyms Thrombin als „Fleischkleber“ (AGRA-EUROPE 21/10, EU-NACHRICHTEN 9). AgE

EU/USA/WELT

WETTBEWERB

Börsenfusion scheitert am Veto der Brüsseler Wettbewerbschüter

BRÜSSEL. Die Europäische Kommission hat den geplanten Zusammenschluss von Deutscher Börse und NYSE Euronext nach der EU-Fusionskontrollverordnung untersagt. Nach Ansicht der Behörde hätte der Schritt im Bereich des weltweiten Börsenhandels mit europäischen Finanzderivaten zu einer monopolartigen Stellung geführt. Zusammen kontrollierten die beiden Unternehmen mehr als 90 % des weltweiten Handels mit den genannten Derivaten, erklärte die Kommission am vergangenen Mittwoch in Brüssel. Neue Wettbewerber hätten kaum Chancen, einen ernsthaften Wettbewerbsdruck auf das aus dem Zusammenschluss hervorgehende Unternehmen auszuüben. Das Angebot der beiden Unternehmen, Vermögenswerte zu veräußern und für bestimmte Kategorien neuer Kontrakte Zugang zu ihrem Clearinghaus zu gewähren, konnte die Bedenken der Kommission nicht ausräumen. Wäre die Fusion zustande gekommen, hätte der neue Börsengigant mit einer gemeinsamen Marktkapitalisierung von umgerechnet mehr als 15 Mrd Euro die Chicago Mercantile Exchange (CME) als Nummer Eins im weltweiten Handel mit

Rohstoffderivaten abgelöst. Die Umsätze mit Futures und Optionen auf Agrarrohstoffe sind an der NYSE Euronext in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Zur NYSE Euronext gehören so bekannte Handelsplätze wie die Pariser Matif mit Weizen, Rapsaaten und Körnermais sowie die Londoner Liffe mit Weißzucker, Kakao und Kaffee. Im Jahr 2010 wurden an einem durchschnittlichen Handelstag allein knapp 17 000 Weizenkontrakte gehandelt. Das entspricht bei einer Kontraktgröße von 50 t einer physischen Menge von 850 000 t. Unklar ist nach dem Veto der Kommission das Schicksal der in Frankfurt ansässigen Terminbörse Eurex, die im Segment Agrar derivative Futures für Schlachtschweine, Ferkel, Kartoffeln, Butter und Magermilchpulver anbietet. Die Deutsche Börse AG wollte das Unternehmen parallel zum Zusammenschluss mit NYSE Euronext komplett übernehmen. Bislang ist Eurex ein Gemeinschaftsprojekt mit der SIX Group AG und SIX Swiss Exchange AG, die wie die Deutsche Börse zusammen 50 % der Anteile halten (AGRA-EUROPE 24/11, KURZMELDUNGEN 6). AgE

EU/DEUTSCHLAND

AGRARPOLITIK

LBV Sachsen-Anhalt gegen EU-Pläne zur Kappung und zum Greening

Zedler: EU-Agrarreform grundsätzlich richtig, Details aber noch diskussionswürdig - Greening als „Kernelement“ der neuen GAP muss flexibler werden - Keine Wiederbelebung der Zwangsstilllegung - Produktionsgebundene Direktzahlungen in anderen EU-Staaten schnell auslaufen lassen - Flächenbeihilfe honoriert gesellschaftliche Leistungen der Betriebe

MAGDEBURG. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) muss praktikabel bleiben und gleiche Wettbewerbschancen für alle Landwirte beinhalten. Das hat der Landesbauernverband (LBV) Sachsen-Anhalt mit Blick auf den für Anfang dieser Woche angekündigten Besuch von EU-Agrarkommissar Dr. Dacian Cioloş in der Region gefordert. Wie LBV-Präsident Frank Zedler erklärte, stimmt bei der Reform zwar grundsätzlich „die prinzipielle Richtung“, im Detail gebe es jedoch Dissens. Beim geplanten Gespräch mit dem EU-Kommissar in Schkeuditz werde er daher den Standpunkt des Verbandes mit der einstimmig verabschiedeten „Halberstädter Erklärung“ des LBV-Präsidiums zur Bewertung der Legislativvorschläge zur GAP 2014 bis 2020 vertreten. Ein besonderer Schwerpunkt liege dabei unter anderem auf der notwendigen Vereinfachung des sogenannten Greening. Dieses Kernelement der zukünftigen Agrarpolitik müsse wesentlich flexibler ausgestaltet werden. Die drei Vorgaben ohne Wahlmöglichkeit entsprächen nicht der regionalen und ökonomischen Vielfalt in der EU. Abgelehnt werde auch der Vorschlag zur Ausweisung von 7 % ökologischer Vorrangfläche, die einer neuen Zwangsstilllegung gleichkomme. „Die von Landwirten gestaltete und zu erhaltende Kulturlandschaft braucht keine Wiederbelebung der Zwangsstilllegung, sondern nutzungsintegrierte und bürokratiearme Lösungen für einen wirklichen Beitrag zu noch mehr Natur- und Umweltschutz“, betonte Zedler.

Ungleichbehandlung nicht akzeptabel

Konsequent lehnte der Präsident die vom Kommissar vorgeschlagene Begrenzung der Direktzahlungen ab: „Jede Art von Ungleichbehandlung und Diskriminierung ist nicht zu tolerieren und wird vom Bauernverband in Gänze abgelehnt.“ Angesichts der existenziellen Wichtigkeit der heimischen Nahrungsmittelproduktion dürfe sich Europa keine Experimente leisten. Kappung und Degression der Direktzahlungen auch unter Gegenrechnung von Lohnkosten dürfe es aus systematischen Gründen nicht geben, heißt es in der „Halberstädter Erklärung“. Die flächenbezogene Direktzahlung honoriere Leistungen für höchste Standards im Verbraucher-, Umwelt-, Klima- und Tierschutz. Diese Leistungen würden auf jedem Hektar erbracht, eine Diskriminierung größerer Betriebe werde daher nicht akzeptiert. Die Gegenrechnung von Lohnkosten sei in diesem Zusammenhang ein Schritt weg von der Agrarpolitik in die Sozialpolitik und erhöhe den Verwaltungsaufwand und die Bürokratiekosten. Auch müsse die Bindung der Zahlungen an die Produktion in allen EU-Mitgliedstaaten schnell auslaufen; sonst seien Marktverwerfungen nicht auszuschließen. „Nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern vor allem in unserem Engagement für einen attraktiven und zukunftsfähigen ländlichen Raum werden wir mit aller Deutlichkeit auf die EU-Kommission einwirken und uns selbst mit realistischen Vorschlägen und Forderungen in die Diskussion der Verordnungstexte einbringen“, kündigte Zedler an. AgE

EU/DEUTSCHLAND/WELT

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Deß und Kastler loben Berliner Erklärung zur Entwicklungspolitik

BRÜSSEL. Als Vorbild für ganz Europa werten die CSU-Europapolitiker Albert Deß und Martin Kastler die gemeinsame Erklärung von Bundesregierung und Berufsstand zur Entwicklungspolitik. „Wer die Wirtschaft in den Entwicklungsländern ankurbeln will, muss dort ansetzen, wo die Kompetenzen liegen: Die Landwirtschaft hat dabei eine Schlüsselposition“, erklärten Deß und Kastler vergangene Woche in einer Pressemitteilung. Landwirtschaftliche Produktion könne vielen Familien in den ärmsten Regionen der Welt neue Perspektiven geben. Dafür brauche es echte Partnerschaften, intensiven Know-how-Transfer und faire Spielregeln auf dem globalen Markt. Die Förderung der Landwirtschaft müsse noch stärker integraler Ansatz der EU-Entwicklungspolitik werden. Eine große Chance sehen der Agrarpolitiker Deß und der Entwicklungsexperte Kastler in Projektarbeit, Mikrokrediten und der Förderung lokaler Genossenschaften. Institutionen wie die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung

erzielten mit solchen Projekten bereits große Erfolge in Entwicklungsländern, beispielsweise in der Demokratischen Republik Kongo. Die EU könne dazu im Internationalen Jahr der Genossenschaften durch ein Projekt „Bauern für Bauern“ wichtige Impulse geben. Mit tiefgreifenden Reformen in der Agrarpolitik habe die EU schon jetzt wichtige Weichen gestellt. Die beiden Politiker erinnerten an die annähernd vollständige Marköffnung der EU für viele Entwicklungsländer und den Abbau der Exporterstattungen. Die Erklärung, in der die Bedeutung der Eigeninitiative unterstrichen wird, war Ende Januar anlässlich der Internationalen Grünen Woche in Berlin vom Bundeslandwirtschaftsministerium, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Deutschen Bauernverband (DBV) sowie dem Deutschen Raiffeisenverband (DRV) vorgestellt worden (AGRA-EUROPE 05/12, LÄNDERBERICHTE 57). AgE

EU/DEUTSCHLAND

ZUCKERMARKTORDNUNG

Auch Rimmel für Verlängerung der EU-Zuckermarktordnung

Der Grünen-Politiker unterstützt den Berufsstand in der Forderung nach einer Fortschreibung der bestehenden Regelung bis 2020 - Rübenanbauer brauchen Zeit zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit - Conzen: Rübenanbau in zahlreichen Regionen Europas nicht ohne Not in Frage stellen - DBV-Präsident verlangt ein „grünes Wachstum“ auch für die Zuckerrübe

BERGHEIM. Der Widerstand gegen ein Auslaufen der europäischen Zuckermarktordnung schon 2015 gewinnt an Stärke. Auch Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsminister Johannes Rimmel hält die von der EU-Kommission vorgeschlagene Übergangsfrist für „definitiv zu kurz“. Der Grünen-Politiker bezeichnete es bei der Mitgliederversammlung des Rheinischen Rübenbauer-Verbandes (RRV) am vergangenen Mittwoch vor rund 500 Landwirten in Bergheim als „fach- und sachgerecht“, die EU-Zuckermarktordnung noch bis 2020 laufen zu lassen. Der Minister, der die Zuckermarktreform 2006 begrüßt hatte, wies darauf hin, dass es heute keine subventionierten Zuckerexporte aus der EU mehr gebe. Die damalige Reform habe ihre Ziele erfüllt. Jetzt müsse den Rübenanbauern die Zeit gegeben werden, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, um dann nach 2020 in einen liberalisierten Markt gehen zu können, forderte Rimmel. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Gerd Sonnleitner, und der RRV-Vorsitzende Bernhard Conzen unterstrichen in Bergheim ebenfalls erneut die Notwendigkeit, die EU-Zuckermarktordnung zu verlängern. Sonnleitner pochte dabei in Anlehnung an das Motto der Internationalen Grünen Woche auf ein „grünes Wachstum“ auch für die Zuckerrübe. Conzen warnte, ein Ende der jetzigen Mengensteuerung über Quoten würde den Rübenanbau in zahlreichen Regionen Europas ohne Not in Frage stellen. Ein klares Votum für die Zuckermarktordnung gab auch der Geschäftsführer der Pfeifer & Langen KG, Dr. Botho von Schwanerz kopf ab. Er wies darauf hin, dass die Zuckernachfrager, die jetzt über hohe Preise klagten, die Reform von 2006 unterstützt hätten. Auch Handelskaufmann Henning Koch von der August Töpfer & Co GmbH & Co KG warnte indirekt vor einer Liberalisierung des EU-Zuckermarktes. Koch gab zu bedenken, dass es sich beim „freien internationalen Zuckermarkt um einen Restmarkt“ handle. Der Weltmarkt für Zucker sei nicht der reale Markt. Das zu glauben, wäre ein Irrtum, so Koch.

Entwicklungsländer ebenfalls für Erhalt

Sonnleitner betonte, dass die Zuckerrübe auch zur wirtschaftlichen Stabilität des ländlichen Raumes beitrage, weil sie die Wertschöpfung in den ländlichen Regionen erhöhe. Mit der letzten Reform der EU-Zuckermarktordnung seien die Weißzuckerpreise und die Quoten deutlich gesenkt worden. Die Zuckerquoten seien auf die effizientesten Standorte in der Europäischen Union konzentriert worden, stellte der DBV-Präsident fest. Insgesamt habe die Reform von 2006 enorm viele Belastungen gebracht. Nach den „harten“ Reformschritten brauche es jetzt vernünftige Übergangsfristen. Gleichzeitig ließ Sonnleitner, der auch Präsident des EU-Ausschusses der Bauernverbände (COPA) ist, durchblicken, dass es nicht einfach sein werde, diese Forderung in Brüssel durchzusetzen. Die EU-Mitgliedstaaten, wo noch Rübenzucker erzeugt werde, seien in der Minderheit, gab der DBV-Präsident zu bedenken. An die Zuckerverarbeiter appellierte er, sie sollten dankbar dafür sein, dass es die EU-Zuckermarktordnung gebe. Selbst die Entwicklungsländer forderten die Gemeinschaft zum Erhalt dieser Regelung auf, da die europäische Zuckerproduktion den Weltmarkt stabilisiere.

Wetter richtete sich nach der Rübe

Conzen stellte fest, dass der Zuckerrübenanbau im Rheinland weiter von großer Bedeutung sei, auch wenn er etwas gelitten habe. Die Rekorderte von 77,4 t Rüben pro Hektar bei 17,7 % Zuckergehalt und die gestiegenen Zuckerpreise, die sich auch in höheren Rübenpreisen widerspiegeln müssten, hätten ihr Übriges getan. Mit durchschnittlich 13,8 t gewachsenem Zucker pro Hektar sei 2011/12 ein Höchstertag erzielt worden. Dies belege, dass die Landwirte, die heute noch Rüben anbauen, ihr Handwerk verstünden, sagte der RRV-Vorsitzende. Von Schwarzkopf wies darauf hin, dass die Kampagne 141 Tage gedauert habe, was ein „besonderer Rekord“ sei. Die Situation sei ganz anders als 2010/11 gewesen, als Rübenlader wie Schneepflüge über die Felder gefahren seien. In der Saison 2011/12 habe sich dagegen das Wetter nach der Rübe gerichtet. Es seien Zuckererträge von fast 15 t/ha verzeichnet worden

- ein Ziel, das man sich für 2015 gesetzt habe. Die Rübenanbauer hätten aus der Vorlage des guten Wetters etwas gemacht, stellte von Schwarzkopf anerkennend fest.

Brauchen ein „zweites Brasilien“

Laut Koch kann die europäische Zuckerindustrie der Zukunft recht zuversichtlich entgegensehen. Der Hamburger Handelskaufmann zeigte sich überzeugt, dass sich die Zuckerpreise trotz eines voraussichtlichen Überschusses in der Weltversorgungsbilanz 2011/12 auf einem stabilen Niveau bewegen werden. Koch wies darauf hin, dass von dem auf gut 8 Mio t veranschlagten globalen Produktionsüberschuss mehr als 6 Mio t allein auf die EU und Russland entfielen. Russland sei aber ein traditionelles Importland, und die EU könne auf dem Weltmarkt nicht agieren. Höhere Zucker-

mengen gebe es außerdem in China und Indien; aber auch diese beiden Länder seien keine klassischen Verkäufer. Auch langfristig sieht Koch den Zuckermarkt eher von der Nachfrage bestimmt. Er geht von einem Anstieg des weltweiten Zuckerkonsums um 25 Mio t in den nächsten zehn Jahren aus, was der Exportmenge Brasiliens entspreche. „Wir brauchen also ein zweites Brasilien“, stellte Koch fest und brachte damit die Herausforderung, die sich durch die steigende internationale Nachfrage ergeben dürfte, auf den Punkt. Eine Lanze brach der Hamburger Handelskaufmann für die Spekulation, von der man sich nicht verrückt machen lassen solle. Die Spekulanten würden zur Preisabsicherung an den Terminmärkten gebraucht. „Wir brauchen Leute, die anderer Meinung hinsichtlich des weiteren Marktverlaufs sind als wir“, stellte Koch klar. AgE

EU/DEUTSCHLAND

MARKETING

Holsteiner Katenschinken geschützt

BRÜSSEL. Die Liste geschützter regionaler Spezialitäten aus Deutschland ist um einen Eintrag reicher: Im Laufe des Februars tritt der EU-Schutz für „Holsteiner Katenschinken“ und die verwandten Bezeichnungen „Holsteiner Schinken“, „Holsteiner Katenrauschschinken“ und „Holsteiner Knochenschinken“ in Kraft. Künftig werden diese Produkte als geschützte geographische Angabe (g.g.A.) geführt. Die entsprechende Verordnung wurde am Montag vergangener Woche im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Nach Angaben der Schutzgemeinschaft Schleswig-Holsteinischer Schinkenhersteller werden für Holsteiner Katenschinken Schweinehinterkeulen beliebiger Herkunft verwendet, bei dem der Schlossknochen und der Röhrknochen nicht ausgelöst werden. Der Schinken wird rund geschnitten, von Hand gesalzen und im langsamen Kalträucherverfahren über Buchenholz geräuchert. Der gesamte Herstellungsprozess von der Warenannahme bis zur Reifung des ganzen Schinkens findet in Schleswig-Holstein statt und

dauert mindestens vier Monate. Je nach verwendeter Schweinerasse wiegen die fertigen Katenschinken zwischen 7,5 kg und 19 kg. Die Tradition der Katenschinkenherstellung hängt laut Schutzgemeinschaft eng mit den typisch holsteinischen Hallenhäusern ohne Schornstein zusammen. Im Rauch der offenen Feuerstelle wurden Schinken und andere Fleischwaren geräuchert und damit konserviert. Dieser Haustyp blieb seit der frühesten Besiedlung der Region über das Mittelalter bis in das Zeitalter der Industrialisierung die Hausform mit der größten Verbreitung in Schleswig-Holstein. Nach deren Muster wurden auch die „Räucherkatzen“ gebaut. Als entscheidend für den typischen Geschmack des Holsteiner Katenschinkens gilt die traditionelle Verwendung von Buchenholz als Brennmaterial. Der älteste schriftliche Quellenbeleg datiert aus dem Jahr 1608 über die Versendung von Schinken aus der Region an den dänischen König Christian IV., den damaligen Landesherrn. AgE

EU/DEUTSCHLAND

EIER

Deutsche Eierwirtschaft sucht Lösungen gegen illegale Importware

Brüssel hat zu wenig Druck im Vorfeld ausgeübt - Probleme nicht bei Schaleneiern, wohl aber bei Verarbeitungsware
 - Zahl der Batteriehenen auf mehr als 100 Millionen geschätzt - KAT bietet freiwillige Kennzeichnung von Eiprodukten an
 - Gütesiegel existiert bereits - Einfluss des Handels bei Markenware beschränkt - Treffen mit Kommissions- und Parlamentsvertretern in Brüssel

BRÜSSEL. Die deutsche Eierwirtschaft hat ihre Unzufriedenheit mit der mangelnden Umsetzung des Verbots von Legebatterien in mehr als einem Dutzend anderer EU-Mitgliedstaaten bekräftigt. Anlässlich eines Treffens mit Vertretern der Europäischen Kommission und Europaabgeordneten, das Ende Januar in Brüssel auf Initiative des Dachverbands der Europäischen Eier-, Wild- und Geflügelwirtschaft (EPEGA) unter Schirmherrschaft der FDP-Agrarexpertin Britta Reimers stattfand, wurde der EU-Behörde erneut vorgeworfen, im Vorfeld zu wenig Druck auf diejenigen Länder ausgeübt zu haben, „die den Tiererschutz nicht ernst nehmen“. Die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren wurde zwar begrüßt. Dieser formale rechtliche Weg sei jedoch langwierig und werde keine abschreckende Wirkung haben. Wie der Verein für kontrollierte alternative Tierhaltungsformen (KAT) in einer Pressemitteilung klarstellte, dürfte es aufgrund klarer und strikter Kennzeichnungsvorgaben keine Probleme beim Handel mit

Schaleneiern bestehen. Hingegen würden Eier aus Käfighaltung vermehrt in Eiprodukten auftauchen. Dieser Bereich mache fast die Hälfte des gesamten Eiermarktes aus. Während die Kommission selbst zuletzt von rund 47 Millionen Legehennen sprach, die sich zum Jahreswechsel noch in Batterien befanden, veranschlagt der KAT diese Zahl auf mehr als 100 Millionen. Das wäre fast ein Drittel aller in der EU gehaltenen Legehennen.

Rückverfolgbarkeit gewährleisten

KAT-Geschäftsführer Caspar von der Crone fordert eine freiwillige Herkunftskennzeichnung von Produkten, die Eier enthalten. „Nur so hat der Verbraucher die Möglichkeit zu erkennen, woher die Eier aus den Nahrungsmitteln stammen“, betonte von der Crone. Eine garantierte Rückverfolgbarkeit müsse auch für verarbeitete Eier gewährleistet sein. Der Lebensmittelhandel in Deutschland verlange von seinen Lieferanten auf dem Verarbeitungssektor bereits

den Verzicht auf Eier aus konventioneller Käfighaltung. Während dies bei Eigenmarken umgesetzt werden könne, sei der Einfluss des Handels bei Markenware begrenzt. Von der Crone verwies auf das vor einem Jahr eingeführte Siegel für Eiprodukte „Herkunft der Eier - kontrolliert durch KAT“. Der Nachweis, dass die Eier aus alternativer Haltung stammten, erfolge ähnlich wie bei lose verkauften Eiern:

Ein datenbankgestütztes, chargenbasiertes Kontrollsystem mit Absicherung der Warenbewegungen Sorge dafür, dass sich die Eier in einem geschlossenen System befänden. Das garantiere eine durchgehende Rückverfolgbarkeit für verarbeitete Eier. Die Auslobung erfolge nur, wenn die gesamte Prozesskette vom Legebetrieb bis zum Keks- oder Nudelfabrikanten in das System einbezogen sei. AgE

EU/DEUTSCHLAND

LANDTECHNIK

Europäische Landtechnikindustrie erwartet weiteres Marktwachstum

Für 2012 wird mit einem Umsatzplus von 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gerechnet - Topmanager sehen ihre Branche in einer nachhaltigen Boomphase - Viele Hersteller investieren derzeit in ihre Produktionsanlagen - Die Erholung der osteuropäischen Märkte dürfte sich fortsetzen

FRANKFURT. Während sich die Aussichten für die Weltwirtschaft momentan etwas verhaltener zeigen, ist die europäische Landtechnikindustrie optimistisch, dass ihre Verkaufszahlen 2012 sogar über das hohe Niveau des Vorjahres hinaus ansteigen werden. Der europäische Dachverband der Landtechnikindustrie (CEMA) rechnet für die Branche im Gesamtjahr 2012 mit einem Umsatzwachstum in Höhe von etwa 5 % gegenüber dem Vorjahr. Grundlage dieser Prognose sind die jüngsten Ergebnisse einer repräsentativen Befragung, die monatlich unter den Topmanager des Wirtschaftszweiges durchgeführt wird. Wie die CEMA vergangene Woche in einer Presseinformation mitteilte, hat sich das Geschäftsklima im Landtechniksektor in den vergangenen zwei Monaten weiter verbessert; der Bereich Agrartechnik profitiere dabei von einer nachhaltigen Boomphase. Aus diesem Grund habe fast jeder zweite Topmanager ein anhaltendes Umsatzwachstum in den kommenden sechs Monaten vorausgesagt; lediglich 13 % der Befragten seien mit der gegenwärtigen Geschäftssituation unzufrieden. Aufgrund des hohen Auslastungsgrades der Fabriken investierten derzeit viele Hersteller in ihre Produktionsanlagen, so die CEMA. Zudem beabsichtigten sie den Aufbau von Beschäftigung, allerdings unter der Voraussetzung, dass entsprechend qualifizierte Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt verfügbar seien.

Auftragseingänge kontinuierlich angewachsen

Die jüngsten Ergebnisse der Befragung zeigten auch, dass sich 2012 die Erholung der osteuropäischen Märkte fortsetzen dürfte, erklärte die CEMA. Vor allem die ehemaligen Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) befänden sich seit Monaten auf den vorderen Plätzen im Ranking der Wachstumsmärkte. Andererseits fungierten Traditionsmärkte wie Frankreich und Deutschland nach wie vor als erfolgreiche Stützpfeiler der europäischen Landtechnikindustrie. Ausgehend von einem sehr starken Marktwachstum im vergangenen Jahr befänden sich die Auftrags-eingänge der französischen und deutschen Vertriebspartner immer noch auf äußerst hohem Niveau. Für die zweite Jahreshälfte 2012 sei jedoch von einer etwas geringeren Nachfrage auszugehen. Nach Angaben der CEMA hätten die Auftragseingänge ihrer Mitgliedsunternehmen bis Ende 2011 kontinuierlich zugenommen. Laut vorläufigen Schätzungen könne man für 2011 von einer Erhöhung des Umsatzvolumens der europäischen Landtechnikindustrie um 20 % auf 26 Mrd Euro ausgehen. So habe der heimische Markt um 15 % bis 20 % zugelegt. Noch weitaus höhere Wachstumsraten seien allerdings auf den osteuropäischen Märkten verzeichnet worden, so etwa in Russland und der Ukraine, beides Staaten mit großer Bedeutung für europäische Hersteller. Bezogen auf den deutlichen Rückgang der Investitionen in den Jahren 2009 und 2010 sei diese Entwicklung besonders erfreulich, betonte die CEMA. Deshalb könne man durchaus davon ausgehen, dass die Verkaufszahlen in der ersten Hälfte 2012 nochmals höher ausfallen könnten als im Vorjahreszeitraum. AgE

EU/SPANIEN

WEIN

Rückforderungen wegen illegaler spanischer Rebanpflanzungen sind rechtens

BRÜSSEL. Spanien muss wegen der illegalen Neuanpflanzung von Weinreben 55 Mio Euro in den EU-Haushalt zurückzahlen. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am Dienstag vergangener Woche entschieden. Der Antrag Madrids auf Annullierung einer entsprechenden Entscheidung der Europäischen Kommission wurde in Bausch und Bogen zurückgewiesen. Die Brüsseler Behörde hatte 2008 im Rahmen des Rechnungsabschlussverfahrens pauschal 10 % der Mittel zurückgefordert, die in den Haushaltsjahren 2003 und 2004 für Interventionsmittel wie private Lagerhaltung, Destillations- oder Traubenmostbeihilfe nach Spanien geflossen waren. Die Kommission sieht es nach Vor-Ort-Kontrollen als erwiesen an, dass in Spanien nach 1998 im großen Stil Weinreben außerhalb der zulässigen Gebiete neu gepflanzt wurden. Diese Anpflanzungen wurden zwar nicht notwendigerweise mit EU-Geldern gefördert, trugen nach Ansicht der Kommission aber zur Überschussproduktion bei, deren negative Folgen mit teuren Interventionsmaßnahmen begrenzt werden

musste. Madrid wurde vorgeworfen, keine ausreichenden eigenen Kontrollen durchgeführt zu haben. Theoretisch müssen alle illegalen Anpflanzungen gerodet werden. In der Praxis zieht sich dieser Prozess jedoch hin, weil zahlreiche betroffenen Winzer vor nationalen Gerichten dagegen geklagt haben. Der Sprecher von EU-Agrarkommissar Dr. Dacian Cioloș begrüßte das EuGH-Urteil als Bestätigung des Rechnungsabschlusses. Gleichzeitig erinnerte er daran, dass in der Weinmarktreform von 2007/08 das Auslaufen des Pflanzrechtessystems beschlossen worden sei - also eben jener Regelung, die von spanischen Winzern missachtet werde. Bekanntlich spricht sich die Mehrzahl der weinbauenden Mitgliedstaaten einschließlich Spaniens jedoch für die Beibehaltung des Neuanpflanzverbots aus. Zuletzt wurde auf Cioloș deswegen soviel Druck ausgeübt, dass er sich bereiterklärte, die Zukunft der Pflanzrechtregelung in einer hochrangigen Gruppe zu diskutieren. Bis Ende 2012 muss die Kommission mitteilen, ob sie am Ausstieg festhält oder nicht. AgE

EU/DEUTSCHLAND

AGRARPOLITIK

BÖLW fordert grünere Ausrichtung der GAP-Reform

Jessel: Biologische Vielfalt nimmt wegen intensiver Landwirtschaft und Monokulturen ab - Greeneing-Maßnahmen richtiger Ansatz bei neuer GAP - Kloos: Bürokratische Umsetzbarkeit im Auge behalten - Gerber: Zweite Säule besser ausstatten - Ökologische Mindestanforderungen für Erste Säule definieren - Tag des Ökologischen Landbaus

BERLIN. Eine stärkere ökologische Ausrichtung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) hat die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz (BfN), Beate Jessel, gefordert. „Der anhaltende Verlust an biologischer Vielfalt in Agrarlandschaften ist besorgniserregend“ erklärte Jessel beim „Tag des Ökologischen Landbaus“ vom Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) im Rahmen der Internationalen Grünen Woche (IGW) in Berlin. Erhebliche Verluste artenreichen Grünlands und die intensive Ackernutzung mit massiv gestiegenem Maisanbau seien dafür wesentliche Ursachen. Die geplanten „Greening-Maßnahmen“ bei der Reform der GAP seien daher erste folgerichtige Ansätze, hinter die die Politik auf keinen Fall zurückfallen dürfe. Es müsse insbesondere an der Ausweisung von 7 % der landwirtschaftlichen Fläche als „Ökologische Vorrangflächen“ festgehalten werden, forderte die BfN-Präsidentin. Staatssekretär Dr. Robert Kloos vom Bundeslandwirtschaftsministerium unterstrich, auch der Bundesregierung gehe es darum, die Landwirtschaft nachhaltiger zu gestalten. Zudem sei Deutschland bei der Umsetzung der Agrarreform Vorreiter. So habe man in der Bundesrepublik die Entkoppelung der Prämien hin zu einer einheitlichen Flächenprämie für Acker und Grünland im Gegensatz zu vielen anderen EU-Mitgliedstaaten bereits vollzogen. Kloos plädierte dafür, bei Forderungen an die Agrarpolitik stets die bürokratische Umsetzbarkeit im Auge zu behalten.

Geringere Folgekosten im Ökolandbau

Der agrarpolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament, Martin Häusling, machte in seinem Beitrag auf die hohen Folgekosten der intensiven Landwirtschaft aufmerksam. Er for-

derte, den ökologischen Landbau zum Leitbild der europäischen Politik zu machen, da dieser Antworten auf die heutigen Fragen gebe. Den etwa 20 % geringeren Erträgen des Ökolandbaus in der gemäßigten Zone stünden riesige Potentiale zur Einsparung hoher Nachsorgekosten bei der Tiergesundheit, beim Boden-, Trinkwasser- und Klimaschutz und die Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum gegenüber. In tropischen Gebieten sei der ökologische Landbau der konventionellen Landwirtschaft mit bis zu 120 % höheren Erträgen sogar überlegen, so Häusling.

Nachhaltigkeit definieren

Der BÖLW-Vorsitzende Dr. Felix Prinz zu Löwenstein mahnte an, konkret zu sagen, „was unter dem Begriff ‚Nachhaltige Landwirtschaft‘ verstanden wird“ und damit der Öffentlichkeit zu erklären, welche Form von Landwirtschaft angestrebt werde. Das sei eine Voraussetzung, um die Agrarpolitik zielgerichtet ausgestalten zu können und die Akzeptanz des Steuerzahlers zu gewinnen. BÖLW-Geschäftsführer Dr. Alexander Gerber machte deutlich, dass eine zielgerichtete Politik für den Ökolandbau deshalb so wichtig sei, weil er das Leitbild für den ökologischen Umbau der Landwirtschaft darstelle. In einer Reform der GAP müsse daher die Zweite Säule finanziell besser ausgestattet werden; es sei ein Mindestanteil von 50 % in der Zweiten Säule für Agrarumweltmaßnahmen vorzusehen und der ökologische Landbau müsse verpflichtender Bestandteil der Maßnahmen in diesem Bereich werden. Bei der Kopplung der Ersten Säule an ökologische Mindestanforderungen müsse eine dreigliedrige Fruchtfolge mit einem maximalen Anteil einer Frucht von 50 % und 10 % ökologischen Vorrangflächen umgesetzt werden, so Gerber. AgE

EU/DEUTSCHLAND/DÄNEMARK

GENTECHNIK

Kopenhagen bringt Bewegung in Gentechnikdebatte

Dänische Ratspräsidentschaft will Sperrminorität für politische Anbauverbote knacken - Mitgliedstaaten sollen mit Herstellern regionale Ausnahmen von der GVO-Zulassung vereinbaren können - Ohne gütliche Einigung Abstimmung im Ausschussverfahren - Begründung mit sozioökonomischen und ergänzenden umweltpolitischen Faktoren möglich - EU-weit festgestellte Unbedenklichkeit muss aber gewahrt bleiben - Happach-Kasan sieht keinen Fortschritt

BRÜSSEL. Die dänische EU-Ratspräsidentschaft will der geplanten Möglichkeit, den Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) aus politischen Gründen auf nationaler Ebene zu verbieten, neuen Schwung geben. Während die Verhandlungen unter dem polnischen Vorsitz nicht voran kamen, setzt Kopenhagen alles daran, die bestehende Sperrminorität gegen den Vorschlag innerhalb eines Monats zu durchbrechen. Anfang März soll die politische Einigung erreicht sein. Dazu müssten von den fünf Neinsagern Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien allerdings mindestens zwei umgestimmt werden. Dänemark will den Mitgliedstaaten gestatten, im Laufe des EU-weiten Zulassungsverfahrens für ein bestimmtes Produkt mit dem Hersteller zu vereinbaren, dass das nationale Territorium ganz oder teilweise von der Anbauzulassung ausgenommen wird. Kommt eine Einigung zustande, würde die Europäische Kommission lediglich informiert. Weigert sich das Unternehmen, würde über die Ausnahme im Komitologieverfahren entschieden.

Annäherung ans Parlament

Als Gründe für eine Beschränkung könnte der Mitgliedstaat nach Vorstellungen der Ratspräsidentschaft entweder sozioökonomische Gründe angeben, darunter die Undurchführbarkeit von Koexistenzmaßnahmen, oder bestimmte umweltpolitische Bedenken. Letztere müssen allerdings ausdrücklich von den im Rahmen der EU-Zulassung überprüften Faktoren verschieden sein - um die Konsistenz zu gewährleisten. Beispielsweise dürfte befürchteten negativen Effekten auf die Umwelt vor Ort vorgebeugt werden, die durch eine Änderung der landwirtschaftlichen Praktiken, der Biodiversität oder des Landschaftsbildes entstehen könnten. Die Ratspräsidentschaft nähert sich damit an die Position des Europaparlaments an, das sich ebenfalls für die Anerkennung zusätzlicher Umweltkriterien als Ausschlussgründe für den GVO-Anbau ausspricht (AGRA-EUROPE 28/11, EU-NACHRICHTEN 1). Im Gegenzug wird der ursprüngliche Vorschlag von EU-Gesundheitskommissar John Dalli, der äußerst vage unter anderem auf die Wahrung der „öffentlichen

Ordnung“ abzielte, deutlich umgestaltet. Die Mitgliedstaaten reagierten bei der Vorstellung dieser Pläne im Rahmen einer Ratsarbeitsgruppensitzung am Montag vergangener Woche abwartend. Die Sperrminorität der Fünf bestand zuletzt fort, auch wenn mittlerweile 22 Mitgliedstaaten eine politische Einigung anstreben.

Mehr Gelassenheit

Die agrarpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Christel Happach-Kasan erklärte, der Vorschlag der dänischen Ratspräsidentschaft helfe nicht weiter. Sie forderte einen gelasseneren Umgang mit der Grünen Gentechnik. „Die ideologisch begründete Verbannung der weltweit anerkannten und erfolgreichen Züchtungsmethode bringt Europa nur Nach-

teile“, so Happach-Kasan. Die Entscheidung für oder gegen gentechnisch verändertes Saatgut dürfe keine Bauchentscheidung sein, sondern sollte sich nach wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kriterien richten. Die Entscheidung über den Anbau zugelassener Sorten wiederum gehöre in die Hand der Landwirte. „Wir brauchen weder nationale Anbau- noch Importverbote“, betonte die Liberale. Staaten sollten sich auf ihre Kernaufgaben beschränken, statt Produktionsentscheidungen für einzelne Betriebe zu treffen. Wenn wichtige Unternehmen ihre biotechnologische Forschung aus Europa abzögen, dann nehme der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Europa Schaden. Das sei direkt gegen die Interessen gut ausgebildeter junger Menschen gerichtet. Die Biotechnologie ermöglicht eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion. AgE

EUROPÄISCHE UNION

UMWELTSCHUTZ

EU-Kommission sammelt Meinungen über Nachhaltigkeit

BRÜSSEL. Die Europäische Kommission will die EU-Politiken darauf trimmen, zu mehr Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch beizutragen. Um sich Anregungen zu holen, hat die Behörde zu diesem Thema eine öffentliche Befragung eingeleitet. Das globale Wirtschaftswachstum und die Zunahme der Weltbevölkerung führten zu einem immer schnelleren Ressourcenverbrauch, erklärte die Kommission am vergangenen Mittwoch in einer Pressemitteilung. Angebotsverknappungen und Preissteigerungen wirkten sich auch auf die europäische Wirtschaft aus. Man wolle daher die Ressourcennutzung von der Rohstoffgewin-

nung über Transport, Umwandlung und Verbrauch bis zur Abfallentsorgung effizienter gestalten. Alle interessierten Kreise sind aufgerufen, bis zum 3. April Stellung dazu zu nehmen, wie die EU-Politiken verbessert werden können. Laut Kommission enthält der Konsultationskatalog rund 50 Fragen. Etwa die Hälfte davon ist für die Allgemeinheit gedacht, während der Rest vor allem auf spezialisierte Interessengruppen wie Regierungen, Industrieverbände und private Unternehmen abzielt. Der Zugang war Mitte vergangener Woche nur auf englisch verfügbar. (<http://ec.europa.eu/environment/consultations/sustainable.htm>) AgE

EU/WELT

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

EU steuert auf neue Handelspolitik mit Entwicklungsländern zu

Ärmste Länder rücken in den Blickpunkt - Schwellenländer ernten Früchte offener Weltmärkte - „Die Entwicklungsländer“ gibt es nicht mehr - Gefüge hat sich verschoben - Staaten sollen mehr Verantwortung übernehmen und auf gute Regierungsführung achten - Auch Brasilien, China und Indien sollen ihre Märkte gegenüber den Ärmsten öffnen - Krisen abfedern

BRÜSSEL. Die Europäische Kommission will ihre Handels- und Entwicklungspolitik stärker auf die ärmsten Länder der Welt fokussieren und wirtschaftlich erfolgreiche Schwellenländer mehr als „normale“ Handelspartner sehen. Das geht aus der aktuellen EU-Strategie für Handel, Wachstum und Entwicklung hervor, die von der Brüsseler Behörde Ende Januar veröffentlicht wurde. Staaten wie China, Indien und Brasilien hätten es geschafft, die Früchte offener Weltmärkte zu ernten und gehörten mittlerweile global zu den größten und wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften, heißt es darin. Andere Länder hingegen sähen sich nach wie vor vielen Schwierigkeiten gegenüber, insbesondere in Afrika. Die Vorstellung von „Entwicklungsländern“ als Gruppe verliere an Bedeutung. Die Handels-, Investitions- und Entwicklungspolitik müsse dieser Situation Rechnung tragen. Die Kommission will den ärmsten Ländern die Hand zur Partnerschaft reichen. Sie stellt jedoch klar, dass die Regierungen dabei auch eigene Verantwortung übernehmen und Reformen durchführen müssen - einerseits um von künftiger Unterstützung zu profitieren, aber auch um den langfristigen Nutzen aus Handel und Investitionen zu genießen.

Mehr Verantwortung

Die Kommission stellt eine Verschiebung des „wirtschaftlichen Machtgefüges“ fest. Erstmals übertreffe das Handelsvolumen zwischen Schwellen- und Entwicklungsländern selbst den Warenaustausch mit den etablierten Industrieländern. Zahlreiche Staaten des Südens hinkten jedoch in puncto Offen-

heit gegenüber den ärmsten Nationen der EU hinterher. Die großen Schwellenländer müssten zum Nutzen aller mehr Führung und Verantwortung an den Tag legen. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf das Ziel der Vierten UN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder, die im Mai 2011 in Istanbul stattfand. Dort wurde als Ziel ausgewiesen, den Anteil der ärmsten Staaten an den weltweiten Exporten bis 2020 zu verdoppeln. Aus Sicht der EU sind dabei der Abschluss bilateraler Handels- und Investitionsverträge, sogenannter Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA), nach wie vor ein entscheidendes Instrument. Diese Form von Abkommen steht in der Kritik von Nichtregierungsorganisationen, die eine Übervorteilung von Entwicklungsländern seitens der EU befürchten. Die Kommission selbst unterstreicht dagegen, dass den Regierungen breite Möglichkeiten zum Schutz ihrer Wirtschaft eingeräumt würden. Gleichzeitig bekennt sich die Behörde erneut zu den multilateralen Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO), auch wenn die Doha-Runde derzeit in einer Sackgasse gesehen wird.

Folgen Rechnung tragen

Die Kommission will sicherstellen, „dass Wirtschaftswachstum und Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit einschließlich grundlegenden Arbeitsstandards sowie mit Umweltschutz einhergehen - auch durch Politiken von außen“. Unternehmen sollen größeren Wert auf die Wahrung der Menschenrechte legen und die sozialen und umweltrelevanten Folgen ihres Tuns

beachten. Die Kommission will arme Länder darüber hinaus widerstandsfähiger gegen Krisen machen - sowohl im Umgang mit Naturkatastrophen und bewaffneten Konflikten als auch mit Liquiditätssengpässen, die durch Rohstoffpreisschwankun-

gen ausgelöst werden. Trotzdem wird betont, dass Lösungen nicht von außen aufgedrängt werden könnten, sondern aus den Staaten selbst kommen müssten. Dazu mahnt die EU Reformen und eine gute Regierungsführung an. AgE

EU/DEUTSCHLAND

TIERSCHUTZ

EU-Länder setzen Gruppenhaltung von Sauen nur schleppend um

BRÜSSEL. Ende 2011 waren 20 EU-Mitgliedstaaten noch nicht sicher, ob sie die geforderte Pflichteinführung der Gruppenhaltung von Sauen fristgerecht zum Jahreswechsel 2012/13 umsetzen können. Das ergibt sich aus der Antwort von EU-Gesundheitskommissar John Dalli auf eine Anfrage von George Lyon, dem agrarpolitischen Sprecher der Liberalen im Europaparlament. Danach teilten bislang lediglich Großbritannien, Schweden und Luxemburg der Kommission mit, dass sie bereits komplett umgestellt hätten. Deutschland, Dänemark, Irland und Litauen gaben an, sie würden die Auflagen fristgerecht vollständig erfüllen. 16 andere Mitgliedstaaten hingegen konnten diese Frage noch nicht klar bejahen. Frankreich, Finnland, Malta und Portugal wiederum hatten zum 31. Dezember 2011 noch keine Daten geliefert. Lyon geißelte diesen Zustand. „Derzeit scheint es, als ob Mitgliedstaaten in der gesamten

Gemeinschaft ihre Köpfe in den Sand steckten“, so Lyon. Sie legten die gleiche Selbstgefälligkeit an den Tag wie bei der Umsetzung der Legehennenrichtlinie. Dalli unterstrich, dass man die Durchsetzung der Vorschriften als eine Priorität betrachte. Die Kommission werde die Situation über das gesamte verbleibende Jahr hinweg genau beobachten und mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um eine fristgerechte Umsetzung zu erreichen. Indirekt bestätigte Dalli jedoch das gleiche Dilemma wie mit dem Batterieverbot für Legehennen: Vor dem formellen Inkrafttreten der Gruppenhaltungspflicht für Sauen zum 1. Januar 2013 hat die Kommission keine rechtliche Handhabe, selbst wenn bereits im Vorfeld klar ist, dass bestimmte Länder hinterherhinken. Inspektionsbesuche und Vertragsverletzungsverfahren können erst nach diesem Datum eingeleitet werden. AgE

EU/USA

RINDFLEISCH

Erhöhung des US-Rindfleischkontingents auf Kurs

BRÜSSEL. Der Handelsausschuss des Europäischen Parlaments hat grünes Licht für die Erhöhung des EU-Importkontingents für hochwertiges Rindfleisch hauptsächlich aus den USA und Kanada gegeben. Nach dem abschließend Votum des Plenums, das Mitte März erfolgen dürfte, wäre damit der Weg frei, um die Quote rechtzeitig zum 1. August auf 48 200 t zu erhöhen. Der Schritt steht im Zusammenhang mit der Beilegung des jahrzehntelangen transatlantischen „Hormonstreits“: Die EU erklärte sich bekanntlich im Mai 2009 bereit, nordamerikanischen Rindfleischherzeugern für hochwertige, ohne Masthormone erzeugte Ware einen größeren Marktzugang zu gewähren, wenn Washington im Gegenzug Strafzölle auf EU-Produkte wie Roquefort, Schokolade oder Konserven abbaut. Im Sommer wird die zweite Stufe dieser Vereinbarung gezündet. Die deutsche Berichterstatterin Godelieve

Quisthoudt-Rowohl von der CDU bezeichnete die Übereinkunft als „Win-win-Situation“ für beide Seiten des Atlantiks. Unterdessen wurde bekannt, dass die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten die Zulassung von Milchsäure zur antimikrobiellen Behandlung von Rindfleisch vorgeschlagen hat. Dieses Verfahren ist in den USA zur Verringerung der Keimzahl auf Schlachtkörpern üblich. Offenbar würde es den US-Erzeugern wesentlich leichter fallen, das EU-Kontingent zu füllen, wenn sie auch milchsäurebehandeltes Fleisch schicken dürften. Im Gegenzug drängt die Brüssel weiter darauf, dass Washington endlich die EU-Maßnahmen gegen die Bovine Spongiforme Enzephalopathie (BSE) als ausreichend anerkennt und damit den US-Markt wieder für europäisches Rind- und Kalbfleisch öffnet. In den USA dürften entsprechende Gesetzänderungen im Laufe des Jahres in Kraft treten. AgE

EU/WELT

ERNÄHRUNGSFRAGEN

FAO erklärt Hungersnot in Somalia für beendet

NAIROBI. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sieht für die krisengebeutelte Region am Horn von Afrika einen Silberstreif am Horizont. Am vergangenen Freitag wurde nach rund sechs Monaten der akute Hungernotstand für Somalia wieder aufgehoben. FAO-Generalsekretär José Graziano da Silva warnte jedoch anlässlich eines Besuchs in Ostafrika davor, sich zurückzulehnen: Die Krise sei noch nicht vorbei. Ohne langfristige Maßnahmen zur Ernährungssicherung werde der Hunger zurückkehren. Für die jüngsten Verbesserungen machte der Brasilianer lang erwartete Regenfälle von Oktober bis Dezember verantwortlich, verbunden mit einem hohen Einsatz landwirtschaftlicher Betriebsmittel und humanitärer Hilfsgüter. Aber das jüngste Aufkommen

stamme aus einer zweiten Ernte, die nur 10 % des jährlichen Getreidebedarfs decke. Die Bestände reichten nicht länger als bis zur nächsten Aussaat zwischen April und Juni. Graziano da Silva rief Geberstaaten, die Afrikanische Union, Hilfsorganisationen, Unternehmen und alle anderen Beteiligten auf, in ihren Bemühungen um eine Entspannung der Lage nicht nachzulassen. Laut FAO waren zuletzt noch immer 2,3 Millionen Somalis oder 31 % der Landesbevölkerung von Notfallmaßnahmen abhängig. Immerhin sind die Getreidepreise in den meisten Gebieten deutlich gefallen. Laut FAO konnte beispielsweise die Bevölkerung in Hirseanbaugebieten im Dezember mit dem Arbeiterlöh eines Tages 14 kg Getreide kaufen; im Juli waren es nur 4 kg gewesen. AgE

Mittel für Bedürftigenhilfe werden angepasst

BRÜSSEL. Die Europäische Kommission hat die Neuverteilung der Mittel für die EU-Bedürftigenhilfe auf den Weg gebracht. Die Brüsseler Behörde informierte die Delegationen der Mitgliedstaaten am vergangenen Donnerstag im zuständigen Verwaltungsausschuss über ihre Ideen. Nachdem der Rat für die Durchführung der Maßnahme in der ursprünglichen Größenordnung grünes Licht gegeben hat und das Europaparlament Mitte Februar ebenfalls zustimmen dürfte, sind auf einmal wieder 500 Mio Euro zu verteilen. Bislang waren für 2012 lediglich 114 Mio Euro vorgesehen, weil die Kommission aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) nur mit dem

Gegenwert der verbleibenden Interventionsbestände kalkulieren durfte. Der Einsatz zusätzlicher Haushaltsmittel war ohne das ausdrückliche Plazet der EU-Gesetzgeber ausgeschlossen. Eine detaillierte Aufstellung per Mitgliedstaat drang nicht nach außen, da die Kommission darauf Wert legte, dass sich die Zahlen noch ändern werden. Relativ sicher ist jedoch, dass Italien und Polen wieder besonders große Stücke vom Kuchen bekommen werden, während sich Deutschland an der Maßnahme nicht beteiligt. Eine ausführliche Diskussion mit den Delegationen soll Mitte Februar erfolgen, während die Ausschussabstimmung frühestens am 28. Februar stattfinden könnte. AgE

EU-Absatzförderung auch für private Marken

Europäische Kommission will Einbezug von Unternehmen nicht ausschließen - Charakter der Aktionen soll aber generisch bleiben - Starke Marken als Türöffner - Einheitliche Liste für EU- und Drittländer - Dachlogo erwogen - Marktstudien und andere technische Hilfe - Bedeutung von Mehrländerprogrammen unterstrichen - Keine genauen Angaben zur Finanzierung - Entwurf der Mitteilung über die Reform der EU-Absatzförderung

BRÜSSEL. Die Europäische Kommission will nicht länger ausschließen, dass unter der EU-Absatzförderung künftig auch private Marken beworben werden könnten. Das geht aus einem Entwurf der Mitteilung zur Reform der EU-Absatzförderung hervor, der aktuell unter den Abteilungen der Kommission besprochen wird. Darin werten Experten der Generaldirektion Landwirtschaft die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation vom Sommer 2011 aus und geben Hinweise auf mögliche Entwicklungen. Hinsichtlich der Einbindung von Marken wird unterstrichen, dass die EU-Absatzförderung den Charakter einer generischen Werbung für europäische Lebensmittel insgesamt beibehalten sollte. Auf Drittlandsmärkten können sich die Beamten jedoch die Einführung gemischter Programme unter Anwesenheit von Unternehmensmarken vorstellen. Sie versprechen sich davon eine Hebelwirkung. Allerdings müsse die Einhaltung der Wettbewerbsregeln gewährleistet bleiben. Nicht ausschließen will die Kommission ferner die Unterstützung von Privatunternehmen mit EU-Mitteln, falls sie „Programme mit hohem Mehrwert für die Europäische Union“ vorschlagen. EU-Agrarkommissar Dr. Dacian Cioloș hatte am Rande des jüngsten Agrarrats bekräftigt, noch vor Jahresende Rechtsvorschläge für eine neue Absatzförderung vorlegen zu wollen.

Einheitliche Liste

Ferner will die Kommission der unterschiedlichen Produktauswahl für Werbeaktionen auf den Binnenmarkt und Drittländern ein Ende bereiten: Künftig soll es eine einheitliche Liste förderfähiger Erzeugnisse geben. Geschützte Herkunftsbezeichnungen sollen eine besonders starke Unterstützung erhalten. Hinsichtlich der Nennung des Herkunftslandes soll ein zweigleisiger Ansatz gefahren werden: Am Binnenmarkt soll dies nach dem Willen der Kommission nur im Kleingedruckten möglich sein, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden; bei Werbeveranstaltungen in Drittländern hingegen „könnte die zusätzliche Nennung der nationalen Herkunft auf gewissen Märkten einen Vorteil bringen“, nämlich dort, wo „die nationale Identität bestimmter Mitgliedstaaten mehr Gewicht hat als die europäische Identität“.

Der Geschmack Europas

Insgesamt will die Kommission die Absatzförderung stärker vereinheitlichen und Wildwuchs eindämmen. Für alle Programme wird die Verwendung eines gemeinsamen Dachlogos oder -slogans erwogen, beispielsweise „Der Geschmack Europas: garantierte Qualität“. Die bisherige Durchführung erscheint der Behörde „zu schüchtern“. Notwendig seien eine bessere Begleitung und Erfolgsmessung sowie ein günstigeres Kosten-Nutzen-Verhältnis. Dabei soll ein größeres Augenmerk auf technische Unterstützung gelegt werden, beispielsweise durch Anfertigung von Marktstudien, Händlerverzeichnissen oder Informationen über Importnormen. Damit will man den Antragstellern helfen, effizientere Kampagnen durchzuführen.

Keine Renationalisierung

Die Kommission unterstreicht die in ihren Augen hohe Bedeutung länderübergreifender Aktionen und bedauert in diesem Zusammenhang, dass im Zeitraum 2006 bis 2010 lediglich 8 % der Programme von Organisationen aus mehreren Mitgliedstaaten gemeinsam durchgeführt wurden. Die Behörde spricht von einer „kontraproduktiven Renationalisierung“. Sie will Wege finden, die Antragstellung zu erleichtern. Auch im Allgemeinen verpflichtet sich die Kommission zur Berücksichtigung des Bürokratieabbaus. Ins Spiel gebracht werden dabei sowohl die Abgabe von Kompetenzen an eine externe Agentur oder die Möglichkeit, auf die Notwendigkeit eines detaillierten Ablaufplans der Programme über das erste Jahr hinaus zu verzichten. Hinsichtlich der Finanzausstattung der künftigen Absatzförderung hält sich die Kommission bedeckt. Angesichts unterschiedlicher Fördertöpfe insbesondere für Wein sowie Obst und Gemüse wird jedoch angeregt, die verschiedenen Bereiche aneinander anzunähern und „einen eventuellen zusätzlichen Finanzbedarf“ zu prüfen. Auch ob spezielle Krisenmittel in diesen Töpfen verortet werden sollten, lässt die Kommission offen. Bekanntlich werden von vielen Seiten zusätzliche Absatzfördermaßnahmen im Falle von akuten Marktkrisen verlangt. AgE

Inhalt Markt + Meinung

53. JAHRGANG

6. FEBRUAR 2012 - NR. 6

» Welt: Am Weltgetreidemarkt wird es voraussichtlich enger.	1
Deutschland: Stabiler Bierverkauf im Jahr 2011	2
Russland: Statistiker bestätigen kräftigen Anstieg der russischen Agrarproduktion	3
» Deutschland/Welt: Rapspreise tendieren fester.	4
Neuseeland/Welt: Neuseeländische Kernobstexporte auf Vorjahresniveau erwartet	5
Deutschland/Europa: Holzpelletproduktion erreicht 2011 Rekordniveau	5
» Europäische Union: Schlachtrinderpreise mit unterschiedlicher Richtung	6
Deutschland: Rund 72 000 Holsteinrinder in mehr als 30 Länder exportiert	7
Tschechien/Welt: Immer weniger Fleisch in Tschechien	8
Österreich: Österreichs Zuchtviehexport boomt.	8
» Europäische Union: Abwärtsbewegung am EU-Schlachtschweinemarkt gebrochen	9
Russland/Ukraine/Welt: Keine übermäßigen Auswinterungsschäden in Russland erwartet	9
Deutschland: Weniger Menge in der rheinland-pfälzischen Qualitätsweinprüfung	9
Japan/Welt: Japan kauft mehr Schweinefleisch im Ausland	10
Deutschland: Milchmarkt in Stichworten.	10
» Deutschland: Frankreich/Welt: EU-Weizen teurer wegen Kälteeinbruch.	12

LÄNDERBERICHTE

EU-NACHRICHTEN

MARKT+MEINUNG

KURZMELDUNGEN

WELT

GETREIDEMARKT

Am Weltgetreidemarkt wird es voraussichtlich enger

IGC veröffentlicht Marktprognose für fünf Jahre - Produktionsanstieg für alle Getreidearten prognostiziert - Höhere Erzeugung wird vollständig für steigenden Bedarf benötigt - Nachfrage für die Verfütterung und die industrielle Verwendung dürfte überdurchschnittlich wachsen - Ende 2016/17 voraussichtlich weniger Getreide auf Lager als zum Abschluss 2011/12

LONDON. Der internationale Getreiderat (IGC) rechnet in den kommenden fünf Jahren mit einem eher knapp versorgten Weltmarkt. Laut einer zu Jahresbeginn publizierten Projektion erwarten die Londoner Marktexperten im Zeitraum von 2011/12 bis 2016/17 einen Anstieg der globalen Getreideerzeugung um 158 Mio t oder 8,7 % auf insgesamt 1,98 Mrd t. In der gleichen Periode soll der Verbrauch um 151 Mio t wachsen und ebenfalls einen Umfang von 1,98 Mrd t erreichen. Unterstellt wird in der Analyse, dass sich die weltwirtschaftliche Lage nicht weiter eintrübt und die Nachfrage allenfalls kurzfristig gedämpft wird. In diesem Fall sei vor allem mit einem überdurchschnittlichen Anstieg der Verwendung von Getreide zu Futterzwecken zu rechnen, so der IGC. Er geht für 2016/17 von einer Verfütterung von 846 Mio t Getreide aus, womit diese um 77 Mio t oder 10 % im Vergleich zu 2011/12 zulegen würde. Der Bedarf für industrielle Zwecke soll mit einem Zuwachs von 41 Mio t oder 13,6 % auf 343 Mio t, wovon 180 Mio t auf die Ethanolherstellung entfallen soll, ebenfalls spürbar zunehmen, doch nicht mehr ganz die hohen Wachstumsraten der vergangenen Dekade erreichen. Die direkte Nutzung von Getreide als Nahrungsmittel sehen die Fachleute des IGC dagegen weniger stark wachsen, weil die Veränderung der Ernährungsgewohnheiten zu einem stärkeren Konsum von tierischen Veredlungserzeugnissen zu Lasten der Cerealien führen dürfte. Die insgesamt stetig wachsende Nachfrage wird nach Einschätzung der Experten eine Entspannung des Getreidemarktes in Form höherer Lagervorräte nicht zulassen. Im Gegenteil: In der Prognose werden die Bestände zum Ende des Wirtschaftsjahres 2016/17 auf 354 Mio t beziffert; das wären sogar 6 Mio t weniger als die für Ende 2011/12 erwartete Menge. Träfe diese Voraussage zu, würden in fünf Jahren die Lagervorräte von Getreide bezogen auf den Verbrauch auf einen Anteil von knapp 18 % sinken, nachdem es zuletzt noch gut 20 % waren.

Mehr Weizen in den Futtertrog

Für den Weltweizenmarkt erwartet der Getreiderat in den nächsten fünf Jahren einen Produktionsanstieg um insgesamt 4,4 % auf 714 Mio t. Im Vergleich zur angenommenen Entwicklung bei anderen Getreidearten ist dieser Zuwachs unterdurchschnittlich. Als Gründe werden die Flächenkonkurrenz zu den preislich attraktiven Früchten Mais und Ölsaaten genannt. Für 2012/13 erwarten die Experten eine Ausweitung des Weizenanbaus um 1,6 %, die sich in den Folgejahren aber auf jährlich 0,4 % begrenzen soll. Regional wird besonders in den ehemaligen Sowjetstaaten mit einem Flächenzuwachs gerechnet. Auf der Nachfrageseite können die Marktbeteiligten laut der IGC-Projektion von einer jährlichen Zuwachsrate von 1,1 % ausgehen. Der weltweite Verbrauch würde sich demnach 2016/17 auf 716 Mio t belaufen; das wären 39 Mio t oder 5,8 % mehr als für das laufende Wirtschaftsjahr veranschlagt wird. Die Hälfte des Verbrauchsanstiegs wird nach Einschätzung der Londoner Marktexperten auf den steigenden Nahrungsbedarf zurückzuführen sein, vor allem in Entwicklungsländern. Der Einsatz von Weizen im Futtertrog könnte durch die günstigere Preisrelation zum Mais kräftige Impulse erhalten. Hier wird von einem Nachfrageanstieg um fast 10 % auf 136 Mio t in der Saison 2016/17 ausgegangen. Die Höhe der in den nächsten Jahren erwarteten

Weizenbestände wird von den Verfassern der Prognose als ausreichend bezeichnet. Mit voraussichtlich 196 Mio t soll der Endbestand im Wirtschaftsjahr 2016/17 allerdings um 6 Mio t kleiner als in dieser Kampagne ausfallen. Gemessen an der Verbrauchsmenge beliefen sich die Weizenvorräte danach auf gut 27 %, womit sie auf einem deutlich höheren Niveau als bei anderen Getreidearten lägen. Für den Weizenhandel wird erwartet, dass sich der internationale Warenstrom jährlich um 2 % vergrößert und bis zum Berichtszieljahr auf ein neues Rekordniveau von 138 t anwachsen wird.

Mais bleibt vermutlich teuer

Die Versorgungslage am Maismarkt beurteilen die Experten vom Getreiderat für die nähere Zukunft als relativ eng. Die Lagerbestände könnten nach ihren Erwartungen auf historische Tiefstwerte sinken, weshalb sich die Weltmarktpreise für Mais auch weiterhin auf einem relativ hohen Niveau bewegen dürften. Dabei wird für den Zeitraum von 2011/12 bis 2016/17 mit einem Anstieg der Maisproduktion um 98 Mio t oder 11 % auf 949 Mio t gerechnet. Während die globale Anbaufläche gegenüber heute nur um 1,8 % zulegen soll, rechnet der IGC mit deutlich steigenden Flächenerträgen insbesondere in den USA, Lateinamerika und China. Allerdings muss in den nächsten Jahren auch ein höherer Bedarf an Mais befriedigt werden. Der Getreiderat veranschlagt den Verbrauchsanstieg bis 2016/17 auf 86 Mio t oder 10 %, was entsprechend der Produktionsprognose einem Bedarf von 949 Mio t entsprechen würde. Während die industrielle Maisverwendung weniger zunehmen soll als in der Vergangenheit, weil der Bedarf für die Ethanolherstellung insbesondere in den USA nicht mehr so rasant wachsen dürfte, wird eine deutlich höhere Verfütterungsmenge für wahrscheinlich gehalten. So soll im Zieljahr 51 Mio t oder 10,5 % mehr Mais in die Futtertröge fließen als 2011/12. Als Grund wird der steigende Fleischverbrauch in Asien, Lateinamerika und Teilen von Afrika genannt. Die Bestände dürften sich gegenüber dem heutigen Niveau verringern: Die Marktspezialisten veranschlagen die Maisvorräte 2016/17 auf 118 Mio t; das wären 5 Mio t oder 4,1 % weniger als es voraussichtlich zum Ende dieses Wirtschaftsjahres der Fall sein wird. Angetrieben vom größeren Maisbedarf der Futtermittelhersteller wird sich laut IGC auch der weltweite Handel beleben. Angenommen wird, dass der internationale Maishandel in fünf Jahren ein Volumen von 107 Mio t erreichen wird; im Vergleich zur heute gehandelten Menge entspräche das einem Zuwachs von 15 %.

Nur noch relativ geringer Anstieg der Reisproduktion erwartet

Bei der Gerste erwartet der IGC in den nächsten fünf Jahren einen Anstieg der Weltproduktion um 13,5 % auf 151 Mio t. Die höhere Erzeugung sollte problemlos am Markt abzusetzen sein, denn der Verbrauchsanstieg bis 2016/17 wird auf 15,1 % geschätzt, was einer Menge von 150 Mio t entsprechen würde. Eine stärkere Nachfrage nach Gerste wird besonders aus dem Futtermittelsektor erwartet, denn das Angebot an Mais soll im Prognosezeitraum eher begrenzt und teuer ausfallen. Der Absatz von Braugerste wird voraussichtlich ebenfalls zunehmen; allerdings erwarten die Experten des Getreiderates hier nur ein geringes Wachstum, was sie mit dem abflauenden Wirtschaftswachstum, einer gesünderen Ernährung und höheren Steuern auf Alkohol in einigen Ländern begründen. Die Bestände an

Langzeitprognose zur Welt-Versorgungsbilanz mit Getreide
(Ø 2004/05 bis 2008/09 sowie 2009/10 bis 2011/12 und 2016/17; in Mio t)

	Ø 2004/05 bis 2008/09	2009/10	2010/11 ¹⁾	2011/12 ²⁾	2016/17 ³⁾	2016/17:11/12	
						in Mio t	in v.H.
Getreide							
Anbaufläche, in Mio ha	522	533	524	533	552	+ 19	+ 3,6
Produktion	1 668	1 799	1 750	1 819	1 977	+ 158	+ 8,7
Handel ⁴⁾	228	240	243	250	273	+ 23	+ 9,2
Verbrauch insgesamt	1 650	1 769	1 785	1 828	1 979	+ 151	+ 8,3
davon als Nahrungsmittel	590	613	623	630	659	+ 29	+ 4,6
zur Verfütterung	745	754	744	769	846	+ 77	+ 10,0
für industriellem Zwecke	197	280	297	302	343	+ 41	+ 13,6
darunter für Ethanol	83	149	162	162	180	+ 18	+ 11,1
Endbestand	324	403	368	360	354	- 6	- 1,7
Weizen							
Anbaufläche, in Mio ha	217	222	218	221	228	+ 7	+ 3,2
Produktion	628	678	651	684	714	+ 30	+ 4,4
Handel ⁴⁾	116	128	126	132	138	+ 6	+ 4,5
Verbrauch insgesamt	619	652	655	677	716	+ 39	+ 5,8
davon als Nahrungsmittel	439	452	456	463	482	+ 19	+ 4,1
zur Verfütterung	102	114	113	124	136	+ 12	+ 9,7
Endbestand	142	199	195	202	196	- 6	- 3,0
davon die führenden Exporteure ⁵⁾	59	77	71	74	73	- 1	- 1,4
Mais							
Anbaufläche, in Mio ha	150	157	162	165	168	+ 3	+ 1,8
Produktion	743	820	826	855	949	+ 94	+ 11,0
Handel ⁴⁾	85	86	93	93	107	+ 14	+ 15,1
Verbrauch insgesamt	735	821	843	863	949	+ 86	+ 10,0
davon als Nahrungsmittel	84	93	96	97	101	+ 4	+ 4,1
zur Verfütterung	476	472	474	488	539	+ 51	+ 10,5
für industriellem Zwecke	148	225	241	244	273	+ 29	+ 11,9
darunter für Ethanol	61	114	138	150	158	+ 8	+ 5,3
Endbestand	133	148	131	123	118	- 5	- 4,1
davon die führenden Exporteure ⁶⁾	54	56	43	35	54	+ 19	+ 54,3

1) Schätzungen; 2) Prognosen; 3) Projektionen; 4) bezogen auf den Zeitraum Juli bis Juni; 5) Argentinien, Australien, Kanada, EU-27, Kasachstan, Russland, die Ukraine und die USA; 6) Argentinien, Brasilien, Indien, die Ukraine und die USA

Gerste sollen von 23 Mio t Ende 2011/12 auf 26 Mio t zum Abschluss des Wirtschaftsjahres 2016/17 steigen. Höhere Endbestände könnten in fünf Jahren auch beim Reis Realität werden. Das IGC erwartet für das Ende des Betrachtungszeitraums eine Reismenge von 103 Mio t auf Lager; das wären 4 Mio t

mehr als für die laufende Saison angenommen wird. Für die globale Reisproduktion wird bis 2016/17 nur noch ein relativ schwacher Anstieg von 5 % auf 482 Mio t prognostiziert. Die Nachfrage soll bis dahin um 5,5 % zunehmen und ebenfalls 482 Mio t erreichen. AgE

DEUTSCHLAND

GETRÄNKE

Stabiler Bierverkauf im Jahr 2011

WIESBADEN. Der Bierabsatz in Deutschland ist im vergangenen Jahr nahezu unverändert geblieben. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, verkauften die hiesigen Brauereien und Bierlager im Jahr 2011 insgesamt 98,2 Mio hl Bier; das waren 0,1 Mio hl oder 0,1 % weniger als im Vorjahr. In den Zahlen sind alkoholfreie Biere und Malztrunk sowie das aus Drittländern eingeführte Bier nicht enthalten. Der langjährige Trend rückläufiger Absatzzahlen setzte sich 2011 nicht fort, weil die erneut schwächere Inlandsnachfrage durch höheren Auslandsabsatz fast vollständig kompensiert wurde. Laut Angaben der Wiesbadener Statistiker waren 84,2 % des gesamten Bierabsatzes für den Inlandsmarkt bestimmt und wurden versteuert; diese Menge nahm gegenüber 2010 um 0,7 Mio hl oder 0,8 % ab. Steuerfrei wurden im Rahmen der Exporte und des sogenannten Hastrunks insgesamt 15,5 Mio hl vermarktet, was gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs von 0,6 Mio hl oder 4,0 % ent-

sprach. Besonders deutlich konnten die Bierausfuhren in Drittländer gesteigert werden, nämlich um 10,5 % auf 4,1 Mio hl; die Bierlieferungen in andere EU-Länder erhöhten sich dabei um 2,0 % auf 11,2 Mio hl. Die unentgeltlich als Hastrunk an die Brauereibeschäftigten abgegebene Biermenge verringerte sich um 4,8 % auf 0,2 Mio hl. Die führenden Bundesländer beim Bierverbrauch waren laut Angaben der Wiesbadener Statistiker Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 24,4 % und Bayern mit 22,5 % des Gesamtmarktes. Niedersachsen konnte für sich in Anspruch nehmen, das Bundesland mit dem höchsten Exportanteil in Höhe von 28,1 % gewesen zu sein. Das Segment der Biermischungen, also Bier gemischt mit Limonade, Cola, Fruchtsäften und anderen alkoholfreien Zusätzen, wurde laut Bundesamt weniger stark nachgefragt, so dass sich die Absatzmenge hier um 3,4 % verringerte; ihr Anteil am gesamten Bierabsatz sank vergangenes Jahr auf 3,9 %. AgE

RUSSLAND

AGRARPRODUKTION

Statistiker bestätigen kräftigen Anstieg der russischen Agrarproduktion

Bei Getreide wurde mit 93,9 Millionen Tonnen das drittbeste Ergebnis erzielt - Plus von gut einem Fünftel im Vergleich zum Dürrejahr 2010 - Rekordmengen an Sonnenblumen und Hackfrüchten sowie Gemüse geerntet - Fleischerzeugung im Jahresvergleich um etwa 4 Prozent gestiegen

MOSKAU. Bezogen auf die Produktionsmengen ist 2011 aus Sicht der russischen Landwirtschaft ein ausgesprochen erfolgreiches Jahr gewesen. Das wurde jetzt auch durch die amtliche Statistik bestätigt. Nach vorläufigen Angaben des Föderalen Statistischen Dienstes in Moskau, die Anfang vergangene Woche veröffentlicht wurden, konnte die nationale Bruttoagrarerzeugung verglichen mit dem Dürrejahr 2010 um 22,1 % auf rund 3 451 Mrd Rbl (86,6 Mrd Euro) gesteigert werden. Maßgeblich dafür war vor allem die gute Getreideernte, die mit 93,9 Mio t um 54 % höher als im Vorjahr und um gut 10 % besser als im mehrjährigen Durchschnitt ausfiel. Nur 2008 und 2009 war mit 108,2 Mio t sowie 96,0 Mio t noch mehr Getreide gedroschen worden. Die mit Abstand wichtigste Getreideart ist der Weizen, auf den mit 56,2 Mio t im vorigen Jahr 60 % der gesamten Getreideerzeugung entfiel. Über Rekordernten konnten sich die russischen Landwirte 2011 bei Sonnenblumen, Zuckerrüben, Kartoffeln und Gemüse freuen: Die Erzeugung von Sonnenblumensaat erreichte 9,6 Mio t, die Kartoffelernte 32,6 Mio t und das Gemüseaufkommen 14,7 Mio t. Besonders kräftig nahm die Produktion von Zuckerrüben zu, und zwar auf 46,3 Mio t, womit das Ernteergebnis von 2010 um fast 108 % und das mehrjährige Mittel um 70 % übertroffen wurden. Den Moskauer Statistiker zufolge gingen die Anteile der gemeinschaftlich geführten Agrarunternehmen an der Erzeugung von Getreide, Sonnenblumen und Zuckerrüben etwas zurück. Gewachsen ist dagegen ihre Bedeutung als Produzenten von Kartoffeln und Gemüse, ohne jedoch die nach wie vor bestehende Dominanz der privaten Hofwirtschaften bei diesen Produkten in Frage zu stellen.

Rinderbestand erstmals seit Jahren aufgestockt

Ein eher durchwachsendes Bild zeichnet der Föderale Statistikdienst für den tierischen Sektor. Die Fleischproduktion einschließlich Geflügel wurde 2011 um 3,7 % auf rund 10,9 Mio t Lebendgewicht (LG) erhöht. Auch die Erzeugung von Eiern nahm zu, jedoch nur um 1,1 % auf 41,0 Milliarden Stück. Leicht rückläufig entwickelte sich 2011 dagegen die Rohmilchproduktion; sie wurde um 0,3 % auf 31,7 Mio t eingeschränkt. Durch-

weg aufwärts ging es aber mit den Viehbeständen. So weisen die Statistiker für 2011 eine Aufstockung der Rinderherden um 0,5 % auf 20,1 Millionen Tiere aus. Dabei erhöhte sich die Zahl der Kühe gegenüber Ende Dezember 2010 um 1,2 % auf 8,9 Millionen Stück. Damit wurde der langjährige Negativtrend in der Rinderhaltung gebrochen. Darüber hinaus setzte sich der seit 2005 beobachtete, im Dürrejahr 2010 aber unterbrochene Wiederaufbau der Schweinehaltung zuletzt wieder fort; der Bestand nahm hier um 0,7 % auf 17,3 Millionen Tiere zu. Die Zahl der Schafe und Ziegen erhöhte sich um 2,7 % auf zusammen 22,4 Millionen Stück. Besonders dynamisch agierten erneut die Geflügelhalter, die ihre Tierbestände um 4,8 % auf insgesamt 471,0 Millionen Stück aufstockten. Der Anteil der privaten Hofwirtschaften an der Nutztierhaltung ging indes leicht zurück, und zwar bei Rindern auf 46 %, bei Schweinen auf gut 30 % und bei Kleinvieh auf noch etwas mehr als Hälfte. Die ausschließlich in den Landwirtschaftsunternehmen erfassten Vorräte an Futtermitteln beliefen sich Anfang 2012 der amtlichen Statistik zufolge auf rund 16,9 Mio t Einheiten gegenüber dürrebedingt nur 12,3 Mio t vor Jahresfrist. Dabei erhöhte sich der Kraftfutterbestand um gut ein Viertel auf 5,9 Mio t.

Ausbau der Agrarexporte das Ziel

Wie Russlands Landwirtschaftsministerin Jelena Skrynnik vor Abgeordneten der ersten Parlamentskammer, des Föderationsrats, bei der Vorstellung der Zahlen erläuterte, ermöglicht die gute Ernte 2011 wieder die Deckung des Inlandsbedarfs an Gerste und Buchweizen. Hier sei es 2010 zu Defiziten bei der Versorgung gekommen. Darüber hinaus könne wieder das Getreideexportpotential von rund 25 Mio t ausgeschöpft werden, erklärte die Ministerin. Sie hob hervor, dass auch bei Soja und Ölraps Rekordernten verzeichnet worden seien, und verwies auf die staatlichen Sonderbeihilfen, die zur Überwindung der Dürrefolgen gezahlt worden seien. Skrynnik bezifferte den Gesamtumfang der direkten Unterstützung sowie von Kredithilfen auf 46 Mrd Rbl (1,2 Mrd Euro). Die Umsetzung regionaler Programme zur Entwicklung der Veredlungswirtschaft sei 2011 mit fast 11 Mrd Rbl (276 Mio Euro) unterstützt worden, wovon gut 4 Mrd Rbl (100 Mio Euro) aus dem Föderationshaushalt gekom-

Getreideproduktion in Russland im Einzelnen¹⁾
(2011; in Mio t)

	2011	Änderung in v.H.	
		2011:10	2011:Ø 06/10
Weizen	56,2	+ 35,5	+ 7,6
Roggen	3,0	+ 81,5	- 14,4
Triticale	0,5	+ 109,6	+ 37,8
Gerste	16,9	+ 102,8	+ 2,0
Hafer	5,3	+ 65,7	+ 8,0
Körnermais	6,7	+ 116,6	+ 48,8
Hirse ²⁾³⁾	878	+ 5 600	+ 106,6
Buchweizen ²⁾	800	+ 135,9	+ 8,2
Reis ²⁾	1 049	- 1,1	+ 28,0
Körnerleguminosen	2,5	+ 78,8	+ 58,4
Getreide insgesamt	93,9	+ 54,1	+ 10,2

1) vorläufige Zahlen des Föderalen Statistischen Dienstes; 2) Produktion in 1 000 t; 3) Änderungsrate gegenüber 2010 gerundet

Produktion wichtiger Kulturpflanzen in Russland¹⁾
(2011; in dt/ha bzw. Mio t)

	Hektarertrag in dt			Produktion in Mio t		
	2011	Änderung in v.H.		2011	Änderung in v.H.	
		2011:10	2011:Ø 06/10		2011:10	2011:Ø 06/10
Getreide	22,4	+ 22,4	+ 8,2	93,9	+ 54,1	+ 10,2
Zuckerrüben	385,0	+ 59,9	+ 24,7	46,3	+ 107,9	+ 70,6
Sonnenblumen	13,4	+ 39,6	+ 19,6	9,6	+ 80,1	+ 52,5
Faserlein ²⁾	9,0	+ 9,8	+ 20,0	43,0	+ 22,7	+ 96,7
Kartoffeln	148,0	+ 48,0	+ 14,9	32,6	+ 54,4	+ 19,5
Gemüse	208,0	+ 15,5	+ 12,3	14,7	+ 21,1	+ 19,7

1) vorläufige Zahlen des Föderalen Statistischen Dienstes; 2) Produktion in 1 000 t

men seien, berichtete die Ministerin. Das laufende und das künftige Landentwicklungsprogramm 2013 bis 2020 soll es Russland laut Skrynnik ermöglichen, eine stärkere Rolle bei der Sicherung der globalen Nahrungsmittelversorgung zu spielen. Die Ressort-

chefin geht davon aus, dass Ende des Jahrzehnts jährlich bis zu 40 Mio t Getreide von Russland exportiert werden können, aber auch 200 000 t Schweine- und 170 000 t Geflügelfleisch. AgE Umrechnungskurs: 100 Rbl = 2,5079 Euro

DEUTSCHLAND/WELT

ÖLSAATEN-/FETTMARKT

Rapspreise tendieren fester

BONN. Die Rapspreise im deutschen Großhandel haben sich zum Monatswechsel deutlich gefestigt. An der Bayerischen Warenbörse in München wurde das Preisband für die schwarze Ölfrucht am vergangenen Mittwoch von 455 Euro/t bis 457 Euro/t auf 464 Euro/t bis 466 Euro/t heraufgesetzt. Einen Tag zuvor hatte die Hamburger Getreidebörse sogar eine Notierung von 467 Euro/t ausgewiesen. Die Mannheimer Produktenbörse meldete zu Wochenbeginn einen Preis von 454 Euro/t bis 456 Euro/t, gegenüber 450 Euro/t bis 452 Euro/t in der Woche davor. Rapssaat unterlag nach Angaben der Mannheimer Börse dem Einfluss zurückgenommener Ernteschätzungen für Soja in Südamerika. Das physische Geschäft der Ernte 2011 sei nahezu beendet, neuerntig komme es immer wieder zu kleineren Neugeschäften. An der Matif in Paris verabschiedete sich der Februar-Kontrakt am Dienstag mit 466,50 Euro/t aus dem Markt.

August-Ware wurde am Donnerstag für 428,75 Euro/t abgerechnet; das waren 1,7 % mehr als in der Woche davor. Der Mai-Kontrakt stieg um 0,7 % auf 447,75 Euro/t. Freitagmittag waren für denselben Future 449,00 Euro/t anzulegen. Händler erklärten die Aufschläge mit Sorgen über Auswinterungsschäden in Osteuropa, die durch den aktuellen Kälteeinbruch noch verstärkt werden dürften. Ferner seien für die vorderen Termine technische Geschäfte hinzugekommen, so dass man bei ordentlichen Geschäften die altertümlichen Terminmarktnotierungen deutlich angehoben habe. Der in Winnipeg gehandelte Canola-Raps mit Fälligkeit im März verlor dagegen in der Berichtswoche an Wert: Für ihn waren am vorigen Donnerstag 522,70 Can\$/t (397 Euro/t) zu zahlen, was gegenüber der Vorwoche einem Abschlag von 0,9 % entsprach. Der Sojakomplex an der Börse in Chicago bewegte sich zuletzt seitwärts. März-Bohnen gingen binnen fünf

Großhandelspreise¹⁾ und Terminnotierungen²⁾ für Ölsaaten und -nachprodukte
(in Euro/t)

	Hamburg		BS-H-MD		Mannheim		München	
	Vorwoche	Marktpreis	Vorwoche	Marktpreis	Vorwoche	Marktpreis	Vorwoche	Marktpreis
Großhandel								
Raps	-	467	-	460 ⁶⁾	450-452	454-456	455-457	464-466
Rapsschrot	-	184	-	184 ⁷⁾	190-192	198-200	197	196-198
Sojaschrot	-	287	-	-	305-307	302-300	307-315	300-315
	März 2012		Mai 2012		Juli 2012		August 2012	
Terminhandel								
Raps, Matif ³⁾	465,00	-	444,75	447,75	-	-	421,75	428,75
Raps, WCE ⁴⁾	527,30	522,70	533,70	527,40	535,70	531,20	-	-
Sojabohnen, CBoT ⁵⁾	1 222,60	1 217,00	1 232,00	1 225,40	1 241,60	1 235,00	1 239,40	1 232,60
Sojaschrot, CBoT ⁵⁾	323,60	323,40	325,40	325,30	327,80	327,80	327,20	327,20
Sojaöl, CBoT ⁵⁾	51,94	51,19	52,37	51,62	52,78	52,04	52,88	52,17

1) Großhandelspreise der Südwestdeutschen Warenbörsen vom 30. Januar, der Hamburger Getreidebörse sowie der Vereinigten Getreide- und Produktenbörse Braunschweig-Hannover-Magdeburg vom 31. Januar und der Bayerischen Warenbörse München-Landshut vom 1. Februar; 2) Tagesabrechnungskurse der Matif, Paris, WCE, Winnipeg und CBoT, Chicago vom 2. Februar; 3) Februar statt März; 4) in Can\$/t; 5) in US-Cent/bu für Bohnen, US-\$/sht für Schrot und US-Cent/lb für Öl; 6) Kaufgebot; 7) Verkaufsgebot

Börsentagen um 0,2 % nach unten und kosteten am frühen Freitagmorgen 12,16 \$/bu (341 Euro/t), während Sojaschrot derselben Fälligkeit um 0,2 % auf 322,8 \$/sht (272 Euro/t) zulegte. Sojaöl zum März-Termin fiel um 1,0 % auf 51,16 (cts/lb) (861 Euro/t). Der deutsche Biodieselmärkte tendierte vor dem Hintergrund gesunkener Rohölpreise schwächer: Im Großhandel verbilligten sich 100 l des Biokraftstoffs in der Woche

zum 4. Februar laut Angaben der Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP) im Norden des Bundesgebietes um durchschnittlich 0,41 Euro auf 115,92 Euro, im Osten um 0,29 Euro auf 116,49 Euro, im Westen um 0,26 Euro auf 116,03 Euro und im Süden um 0,24 Euro auf 116,69 Euro. AgE Umrechnungskurs: 1 \$ = 0,7632 Euro; 1 Can\$ = 0,7592 Euro

NEUSEELAND/WELT

OBST/GEMÜSE

Neuseeländische Kernobstexporte auf Vorjahresniveau erwartet

Gute Wachstumsbedingungen lassen stabile Exporte von 300 000 Tonnen Äpfeln und Birnen erwarten - Ernte um zwei Wochen verzögert - Sorte Braeburn verliert Marktanteile - Jazz gewinnt hinzu - Australien aufgrund einer WTO-Entscheidung nach 90 Jahren erstmals wieder Kunde

HASTINGS. Die neuseeländische Kernobstbranche rechnet für das laufende Jahr mit einem gegenüber 2011 stabilen Exportvolumen. Der Branchenverband Pipfruit bezifferte die für die Ausfuhr bestimmte Pflückmenge an Äpfeln und Birnen auf 300 000 t; das wären nur 2 000 t weniger als im Vorjahr. Pipfruit-Geschäftsführer Peter Beaven stellte fest, dass in dieser Vegetationsperiode die Wachstumsbedingungen ausgewogen gewesen seien. Seit Jahresbeginn hätten niedrige Morgen- und warme Tagestemperaturen eine gute Farbausprägung der Äpfel bewirkt, während die ausreichende Bodenfeuchtigkeit optimale Fruchtgrößen hervorgebracht habe. Allerdings werde die diesjährige Ernte etwas später als normal beginnen können, da verzögerte Winterfröste die Blüte um zwei Wochen nach hinten verschoben hätten. Mit dem Pflückstart der wichtigsten Apfelsorte Royal Gala sei kaum vor Ende Februar zu rechnen, so Beaven. Für diese Frucht erwartet der Verband ein Exportvolumen von 5,7 Millionen Kartons á 18 kg. Ein Viertel kleiner als im Vorjahr soll dagegen mit 3,3 Millionen Kartons die Ausfuhrmenge der Sorte Braeburn ausfallen; das wäre das niedrigste Niveau seit 20 Jahren. Dieser Rückgang sei die Antwort der Erzeuger auf unzureichende Erlöse im Europageschäft. Es seien Produktionsflächen stillgelegt worden, und ein höherer Anteil dieser Apfelsorte gehe auf Kosten des Exports in die Verarbeitung, erläuterte der Geschäftsführer von Pipfruit. Ganz anders gestalte sich dagegen die Entwicklung bei der Sorte Jazz, die im Export voraussichtlich erstmals das Niveau von 2 Millionen

Kartons überschreiten und einen Anteil von 12 % an den Gesamtausfuhren erreichen werde, so Beaven. Für die Apfelsorte Fuji, mit der der asiatische Markt bedient wird, erwartet Pipfruit ein Exportvolumen von 1,1 Millionen Kartons, für die Sorte Pink Lady 830 000 Kartons.

Nachfrage in Asien wächst

Nach Angaben von Pipfruit verkauft Neuseeland Äpfel und Birnen in mehr als 60 Länder. Für die neue Erntesaison lägen schon Bestellungen vor, besonders aus Asien, wo die Nachfrage wachse. Aber auch die klassischen Märkte Europa und Nordamerika hätten bereits Kaufinteresse signalisiert. „Neuseelands Ruf als zuverlässiger Anbieter qualitativ hochwertiger Äpfel und Birnen ermöglicht es uns, auf allen Märkten Premiumpreise zu erzielen“, erläuterte Beaven. Nach mehr als 90 Jahren zählt seit Ende des vergangenen Jahres auch Australien wieder zu den Zielmärkten, nachdem die Welthandelsorganisation (WTO) eine Lockerung der wegen des Feuerbrandes verhängten Importrestriktionen erzwungen hatte. Für das Australiengeschäft werden in diesem Jahr Pipfruit zufolge voraussichtlich zehn Packstationen bereitstehen, welche die strengen Auditaufgaben erfüllen. Die größte Menge für den Export soll in diesem Jahr mit voraussichtlich 10,1 Millionen Kartons in der Region Hawkes Bay produziert werden, was einem Anteil von 61 % an den Gesamtausfuhren entsprechen würde. Zweitwichtigstes Anbaugbiet ist Nelson mit erwarteten 5,3 Millionen Kartons und einem Anteil von 32 %. AgE

DEUTSCHLAND/EUROPA

BIOENERGIE

Holzpelletproduktion erreicht 2011 Rekordniveau

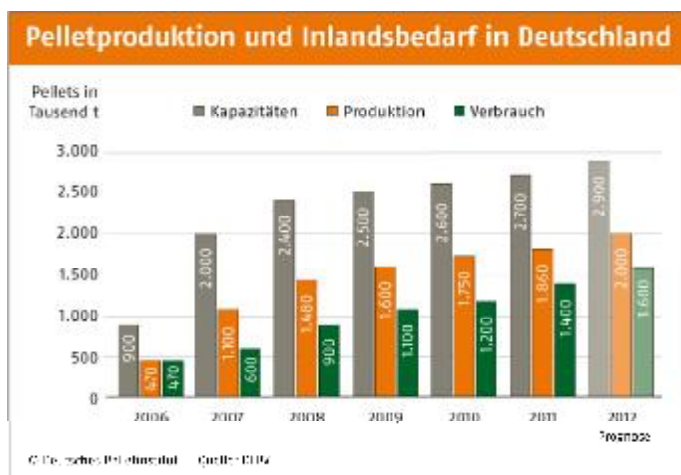
Volumen auf 1,9 Millionen Tonnen gestiegen - Position als führender Hersteller in Europa ausgebaut - Holzpresslinge 40 Prozent preiswerter als Heizöl - Angebot fast vollständig zertifiziert - Zu geringe Anzahl an Heizungen verhindert besseren Klimaschutz

BERLIN. Deutschland hat seine Holzpelletterzeugung im vergangenen Jahr um 110 000 t auf 1,86 Mio t gesteigert und mit diesem neuen Produktionsrekord seine führende Position unter den europäischen Herstellern ausgebaut. Wie der Deutsche Energieholz- und Pellet-Verband (DEPV) in der zurückliegenden Woche mitteilte, werden weltweit nur in den USA und Kanada mehr Holzpresslinge hergestellt. Die globale Produktion wird 2011 auf über 15 Mio t geschätzt, wovon mehr als die Hälfte aus Europa stammt. Der Inlandsverbrauch erhöhte sich laut DEPV im vergangenen Jahr zwar um weitere rund 200 000 t, wobei am stockenden deutschen Heizungsmarkt die Installation zu weniger neuer Pelletanlagen einen noch höheren Absatz verhinderte; bei einer Gesamtmenge von 1,4 Mio t mussten aber erneut

knapp ein Drittel der heimischen Produktion exportiert werden. Das große Pelletangebot sorgte Verbandsangaben zufolge auch im kalten Winter für eine ausreichende Versorgung zu moderaten Preisen. Im Durchschnitt kostete eine Tonne des alternativen Energieträgers im vergangenen Jahr 233 Euro und war damit fast durchgängig 40 % preiswerter als Heizöl. Nach Berechnungen des DEPV konnte eine vierköpfige Familie damit ihr Einfamilienhaus 1 200 Euro günstiger als mit einer Ölheizung wärmen und dabei noch knapp 10 t CO₂ einsparen. Für das laufende Jahr 2012 erwartet der Branchenverband einen Anstieg der bundesweiten Pelletproduktion um 140 000 t auf 2 Mio t. Die Produktionskapazität soll sich von 2,7 Mio t auf 2,9 Mio t erhöhen.

Potential für Klimaschutz nicht ausgenutzt

Nach Angaben des Pallet-Verbandes werden die Holzpresslinge in Deutschland von 60 Betrieben an 70 Standorten produziert. Über 90 % der Inlandsware wird als zertifizierte Ware vertrieben, drei Viertel des Angebots erfüllt die strengeren ENplus-Anforderungen. Der Produktionsschwerpunkt liegt in den waldreichen Mittelgebirgen Bayerns und Baden-Württembergs. Bundesweit gibt es ein dichtes Händlernetz mit 600 Anbietern, so dass eine flächendeckende Versorgung mit Pellets sichergestellt ist. Die hohe Produktion und ein funktionierendes Vertriebsnetz sind aus Sicht des DEPV eine gute Grundlage für den Ausbau von Pelletheizungen. „Mit einem Bestand von 155 000 Pelletheizungen im Jahr 2011 wird am Wärmemarkt das Potential des erneuerbaren Energieträgers Holz nicht ausreichend genutzt“, bemängelte Verbands geschäftsführer Martin Bentele n. Der Wärmesektor könne so sein Potential beim Erreichen von Klimaschutzzielen nicht voll ausschöpfen; daran habe sich leider auch 2011 wenig geändert. AgE



EUROPÄISCHE UNION

RINDFLEISCHMARKTORDNUNG

Schlachtrinderpreise mit unterschiedlicher Richtung

BRÜSSEL. Die Schlachtrinderpreise an den repräsentativen Märkten der Europäischen Union haben zuletzt einen unterschiedlichen Verlauf genommen: Männliche Schlachttiere verzeichneten meist Notierungsabschläge; weibliche Tiere erlösten in der Regel mehr Geld. Laut

EU-Kommission verringerte sich der Durchschnittspreis für Jungbullen der Handelsklasse R3 in der Woche bis zum 29. Januar um 1,70 Euro oder 0,4 % auf 380,99 Euro/100 kg Schlachtgewicht (SG). Überdurchschnittlich stark sanken die Preise in Lettland mit einem

EU-Marktpreise für Rinder (Woche vom 23. bis 29. Januar 2012; in Euro/100 kg SG)

	Jungbullen R3			Kühe O3			Färsen R3		
	Vorjahres-woche	Vorwoche	Markt-Preis	Vorjahres-woche	Vorwoche	Markt-Preis	Vorjahres-woche	Vorwoche	Markt-Preis
Belgien	265,89	305,60	305,99	226,13	271,98	274,38	270,00	297,00	298,00
Bulgarien	285,28	-	-	196,43	200,66	208,54	-	-	-
Tschechien	335,19	331,47	330,41	220,21	237,26	240,38	254,08	265,89	268,52
Dänemark	351,11	397,67	400,55	261,76	327,20	332,23	333,67	376,56	389,12
Deutschland	360,06	382,50	388,62	247,86	301,92	307,02	308,04	344,76	344,76
Estland	234,60	-	-	159,95	216,96	223,19	227,46	244,80	-
Griechenland	414,78	437,63	425,77	201,33	198,05	195,57	-	-	-
Spanien	344,70	391,22	383,66	181,44	233,80	235,89	355,12	393,10	400,21
Frankreich	339,00	379,00	379,00	266,00	302,00	304,00	330,00	365,00	365,00
Irland	324,53	396,59	393,72	272,59	334,28	334,24	332,61	405,90	402,56
Italien	353,79	394,99	385,89	227,78	273,41	281,08	402,00	398,57	405,92
Zypern	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lettland	-	229,27	212,47	179,71	226,04	229,04	202,90	227,81	221,70
Litauen	304,10	310,55	309,32	212,48	247,68	243,90	229,74	232,70	234,52
Luxemburg	333,10	351,04	353,78	273,81	301,64	307,13	333,20	352,21	357,70
Ungarn	-	-	-	211,90	233,30	236,58	219,28	253,47	256,25
Malta	252,07	350,61	354,18	-	-	-	-	-	-
Niederlande	305,91	332,40	315,82	219,56	280,01	282,93	292,86	308,89	309,64
Österreich	358,24	382,47	383,55	231,25	269,17	272,83	307,02	327,09	333,44
Polen	306,83	339,25	345,64	214,29	271,57	277,78	247,17	288,63	296,64
Portugal	356,30	357,80	366,50	170,60	209,30	217,10	359,50	355,90	354,60
Rumänien	331,92	232,59	-	185,40	216,14	227,86	-	270,38	-
Slowenien	351,74	363,17	360,79	178,08	226,55	228,33	303,84	322,14	316,86
Slowakei	320,07	-	287,31	186,75	187,40	204,62	211,67	294,73	232,49
Finnland	344,03	370,48	371,50	212,00	219,91	225,61	-	303,34	323,19
Schweden	341,40	370,71	386,80	288,31	321,96	323,44	347,59	381,59	385,78
Großbritannien	312,43	380,81	377,37	236,74	308,18	308,03	328,02	396,31	394,68
EU	346,08	382,69	380,99	239,32	286,94	290,52	340,21	377,15	380,06

Minus von 7,3 % und in den Niederlanden mit 5,0 %. Die Erzeuger in Spanien und Italien erhielten im Vergleich zur Vorwoche rund 2 % weniger. Leicht schwächer tendierten die Notierungen in Irland und Großbritannien. Entgegen dem EU-Trend stiegen die Preise in Deutschland um 1,6 % und in Polen um 1,9 % an; in Schweden fiel der Zuwachs mit 4,3 % am stärksten aus. Am europäischen Schlachtkuhmarkt setzte sich in der letzten vollen Januarwoche die freundliche Stimmung fort: Der repräsentative Durchschnittspreis für Tiere der Handelsklasse O3 stieg nach Kommissionsangaben saisonal um 3,58 Euro oder 1,2 % auf 290,52 Euro/100 kg SG. Praktisch alle EU-Staaten verzeichneten höhere Notierungen, wobei die stärksten Preiszuwächse für die Slowakei mit 9,2 % und Rumänien mit 5,4 % ausgewiesen wurden. Weniger stark fiel der Anstieg in Italien mit

2,8 %, in Deutschland mit 1,7 % und in Dänemark mit 1,5 % aus. In Frankreich, Spanien und den Niederlanden erlösten Schlachtkühe knapp 1 % mehr Geld. Unverändert zur Vorwoche blieben die Preise in Großbritannien und Irland. Überwiegend fester tendierten zuletzt auch die Notierungen für Schlachtfärsen in der EU. Im Durchschnitt aller meldenden Länder lag das Preisniveau für Tiere der Handelsklasse R3 bei 380,06 Euro/100 kg SG; das waren 2,91 Euro oder 0,8 % mehr als in der Vorwoche. Die Erzeuger in Spanien, Italien und Österreich erlösten jeweils knapp 2 % mehr für ihre Tiere; in Polen stieg der Preis mit 2,8 % noch etwas stärker. In Deutschland, den Niederlanden und Frankreich blieben die Notierungen dagegen weitgehend stabil. Nur knapp behauptete Preise für R3-Färsen wurden aus Irland, Großbritannien und Portugal gemeldet. AgE

DEUTSCHLAND

VIEH/FLEISCH

Rund 72 000 Holsteinrinder in mehr als 30 Länder exportiert

Wegen knappen Angebots und guter Inlandsnachfrage 2011 etwas weniger Tiere dieser Rasse ins Ausland verkauft - Hohes Preisniveau beschert dennoch Umsatzrekord - Wachsender Milchbedarf lässt Kaufinteresse steigen - Nordafrika und Arabien bleiben trotz politischer Unsicherheiten wichtige Kunden - Ausblick auf 2012 zuversichtlich

BONN. Holsteinrinder aus Deutschland bleiben im Ausland gefragt. Nach Angaben des Deutschen Holstein-Verbandes (DHV) wurden im vergangenen Jahr insgesamt 71 846 Tiere dieser Rasse exportiert und damit zum dritten Mal in Folge die Marke von 70 000 Stück überschritten. Spürbar verfehlt wurde jedoch das Rekordniveau des Vorjahres von 79 230 Zuchtrindern, weil dem DHV zufolge das Angebot am heimischen Markt knapper ausfiel und aufstockungswillige Betriebe die Inlandsnachfrage ankurbelten. Gleichwohl könne von einem erfolgreichen Exportjahr gesprochen werden, denn dem geringen Rückgang der Stückzahlen habe ein deutlicher Anstieg der Preise gegenübergestanden, so dass 2011 ein Rekordumsatz erwirtschaftet worden sei, teilte der Verband mit. Nachfragestark präsentierte sich 2011 wieder der italienische Markt; rund 13 000 Zuchtrinder wurden vor allem in die dortigen Milchproduktionsregionen verkauft. Italien, Griechenland, Portugal und Spanien zusammen nahmen gut ein Fünftel aller aus Deutschland ausgeführten Holsteinrinder ab. Wachsendes Kaufinteresse bestand in Osteuropa, dessen Exportanteil vor allem aufgrund vermehrter Lieferungen nach Polen auf 11 % stieg. Laut DHV nutzten viele traditionelle Käuferländer im innergemeinschaftlichen Handel neben der Ab-Hof-Vermarktung auch das bewährte Auktionssystem.

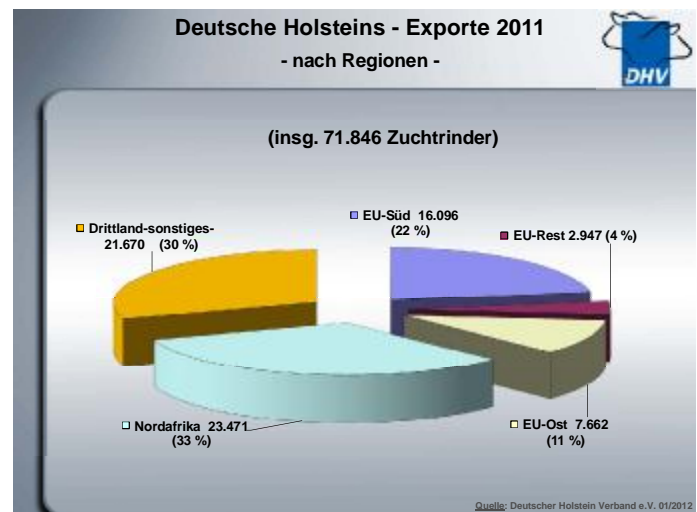
Unsicherheiten hätten die Geschäftsbeziehungen zu wichtigen Kunden wie Marokko, Algerien, Ägypten, Kuwait und Libanon nicht getrübt. Geöffnet hat sich laut DHV nach über einjährigen Verhandlungen im November 2011 der türkische Markt. Dorthin seien erste Verkäufe bereits getätigt worden.

Neue Impulse durch Türkeigeschäft erwartet

Grundsätzlich positiv beurteilt der DHV die Aussichten für das laufende Jahr. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, das es seit mehr als zwei Jahren in Deutschland keinen Fall von Blauzungenkrankheit mehr gegeben habe. Im ersten Quartal 2012 sei mit der offiziellen Anerkennung Deutschlands als „Blauzungenfreie-Zone“ zu rechnen, wodurch sich mittelfristig der veterinärhygienische Aufwand für den Export reduzieren lasse. Der internationale Bedarf an Zuchtrindern wird nach Einschätzung des Verbandes hoch bleiben. Insbesondere vom Türkeigeschäft seien starke Nachfrageimpulse zu erwarten. Kostendeckende Zuchtviehpreise sowie die partnerschaftliche Kundenbetreuung dürften eine solide Basis für weiter florierende Exporte sein, sofern keine Verschlechterung der Tierseuchenlage eintrete. AgE

Politischer Wandel in Nordafrika stört Exporte nicht

Von noch größerer Bedeutung als der EU-Markt ist für die Holsteinexporteure traditionell das Drittlandsgeschäft. Nach Verbandsangaben wurden 2011 etwas mehr als 45 000 Zuchttiere oder 63 % außerhalb der EU-Grenzen vermarktet. Vor allem im nordafrikanischen und arabischen Raum sowie in östlich gelegenen Staaten wie Russland und Kasachstan fanden sich Käufer. Der Bedarf an importierten Tieren sei dort sehr hoch, weil die heimische Nachfrage nach Milcherzeugnissen in diesen Ländern stärker wachse als die Produktion. Es würden landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte forciert, bei denen der Kauf von Zuchttieren durch Molkereien oder Genossenschaften vorgesehen sei, erläuterte der DHV die Gründe für die gute Absatzlage. Auch die politischen Umwälzungen in einigen nordafrikanischen und arabischen Ländern mit den einhergehenden



TSCHECHIEN/WELT

VIEH/FLEISCH

Immer weniger Fleisch in Tschechien

PRAG. In Tschechien hat die Schlachtindustrie im vergangenen Jahr deutlich an Geschäftsvolumen verloren. Laut Angaben des nationalen Statistischen Amtes verringerte sich die Fleischerzeugung bezogen auf das Schlachtgewicht (SG) 2011 gegenüber dem Vorjahr um 6,2 % auf 505 400 t. Damit beschleunigte sich der Rückgang, der sich 2010 auf 3,1 % belaufen hatte. Im Einzelnen ging 2011 die Erzeugung von Schweinefleisch um 4,7 % auf 262 900 t SG, die von Geflügelfleisch um 9,6 % auf knapp 170 100 t SG sowie die von Rind- und Kalbfleisch um 2,9 % auf 72 100 t SG zurück. Im Gegensatz zur Fleischproduktion erhöhten sich der Behörde zufolge die Milchlieferungen erstmals seit 2008 wieder, und zwar um 2,3 % auf mehr als 2,3 Mrd l. Wie die Prager Statistiker zum Außenhandel außerdem mitteilten, wurden von Januar bis November 2011 nach vorläufigen Zahlen

622 t an Lebendrindern importiert und rund 50 700 t davon exportiert. Beim Rindfleisch stand der Einfuhr von knapp 21 900 t die Ausfuhr von gut 8 200 t gegenüber. Die Einfuhren lebender Schweine beliefen sich in der gleichen Zeit auf etwa 21 100 t und die betreffenden Ausfuhren auf 18 600 t. Darüber hinaus wurden fast 209 900 t Schweinefleisch aus dem Ausland bezogen, aber lediglich 38 700 t davon exportiert. Die tschechischen Lebendgeflügelimporte erreichten gut 5 300 t, die entsprechenden Exporte annähernd 41 200 t. Beim Geflügelfleisch übertrafen die Einfuhren mit gut 90 800 t die Ausfuhren von 25 500 t aber deutlich. Deutschland war in der Berichtsperiode wichtigstes Bezugsland für Lebendgeflügel aus Tschechien, gleichzeitig aber auch bedeutendster Lieferant von Schweinefleisch, und zwar mit Anteilen von 42 % sowie 48 %.

AgE

ÖSTERREICH

AGRARHANDEL

Österreichs Zuchtviehexport boomt

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 34 700 Zuchtrinder ins Ausland geliefert - Das waren 56 Prozent mehr als 2010 - Die Türkei als Hauptabnehmer prägte Menge und Preis - Österreich profitiert vom hohen Veterinärstatus seiner Rinder - Hinzu kommen die verlässlichen und international anerkannten Abstammungs- und Leistungsdaten

WIEN. Nach einem guten Exportjahr 2010 konnten die Rinderzüchter Österreichs 2011 nochmals kräftig zulegen. Sie lieferten insgesamt 34 700 Zuchtrinder ins Ausland und steigerten damit das Vorjahresergebnis um weitere 56 %. Diese Entwicklung hat laut Darstellung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft österreichischer Rinderzüchter (ZAR) selbst die kühnsten Erwartungen von Brancheninsidern übertroffen. In den letzten zehn Jahren wurden knapp 200 000 Zuchtrinder in beinahe 50 Staaten der Welt exportiert. Laut ZAR haben in den letzten Jahren vor allem der hohe Veterinärstatus der österreichischen Rinder und die verlässlichen und international anerkannten Abstammungs- und Leistungsdaten zu einem sehr positiven Nachfrageverlauf geführt. Die Statistik des Jahres 2011 zeige ferner, dass die Alpenrepublik beim Zuchtvieh mittlerweile „Export-Europameister“ sei. Im Berichtsjahr hätten die heimischen Züchter eine Exportquote von 9 % verzeichnet, womit sie „im Europäischen Konzert“ die klare Nummer eins seien. Hochgerechnet habe so ein Umsatz von rund 62 Mio Euro erzielt werden können.

Nach jahrelangen Bemühungen

Mit insgesamt 17 650 Stück ging rund die Hälfte der österreichischen Zuchtrinderexporte in die Türkei, die sich zum derzeit mit Abstand wichtigsten Exportmarkt entwickelt hat. Für ZAR-Geschäftsführer Franz Sturmlechner kommt dies nicht von ungefähr: „Der Marktöffnung in die Türkei im Herbst 2010 gingen jahrelange, intensive Bemühungen der Zuchtverbände und vor allem der ZAR voraus“, erklärte er in einer Pressemitteilung. Letztlich sei es aber auch ein Glücksfall gewesen, dass bis Oktober 2011 Österreich das einzige für die Türkei geöffnete Land der EU gewesen sei, das ein entsprechendes Exportpotential aufgewiesen habe. Nachdem seit Herbst die Türkei wieder für weitere EU-Länder offen sei, habe sich der Zuchtviehmarkt etwas beruhigt, so Sturmlechner. Außerdem seien für 2012 vorgesehene Verkäufe vorgezogen worden. Nun seien die Rinderzüchter vor allem bestrebt, den eigenen Bestand wieder zu ergänzen.

Italien, Algerien und Russland folgen auf den Plätzen

Nach Angaben des ZAR hat Italien 2011 mit gut 7 000 Exporttieren seine Stellung als langfristig stabiler Absatzmarkt gehalten; insgesamt 20 % aller Zuchtrinder wurden in das südliche

Nachbarland geliefert. Allein in den letzten zehn Jahren hat Italien 67 000 österreichische Zuchttiere angekauft. Hoch war auch die Nachfrage aus Algerien; diese konnte jedoch mit 3 100 Tieren nur zum Teil erfüllt werden. Auch das Absatzpotential in Russland war noch deutlich größer als die Zahl der zur Verfügung stehenden Tiere. Mit rund 2 500 Exporttieren, die vornehmlich in die Region Krasnodar gingen, gelang es den österreichischen Lieferanten jedoch, eine längerfristige Kooperation aufzubauen. Weitere wichtige Absatzmärkte waren Kroatien, Serbien und die Schweiz. Die Eidgenossen waren allerdings fast ausschließlich an österreichischem Grauvieh und der Rasse Pinzgauer interessiert. ZAR-Obmann Anton Wagner lobt das Marktverhalten der Züchter. Die heimischen Bauern hätten besonders auf die gute Marktsituation reagiert. Während man von Verbandsseite immer davon ausgegangen sei, dass bei rund 25 000 Exporttieren das Maximum erreicht sei, habe man 2011 noch rund 10 000 Stück mehr zu guten Preisen exportiert. Die deutliche Preisanhebung sei dringend notwendig gewesen, betonte Wagner. Züchten sei mit Arbeit und Kosten verbunden, die letztlich nur über den Markt abgegolten werden könnten. Deshalb müsse Zuchtvieh einen deutlichen Mehrwert gegenüber Nutztürmern aufweisen.

AgE



EUROPÄISCHE UNION

SCHWEINEFLEISCHMARKTORDNUNG

Abwärtsbewegung am EU-Schlachtschweinemarkt gebrochen

BRÜSSEL. Am Schlachtschweinemarkt der Europäischen Union hat sich die Abwärtsbewegung der Notierungen zum Monatsende hin nicht weiter fortgesetzt. Vielmehr konnten an den repräsentativen Märkten zuletzt feste Tendenzen verzeichnet werden. Laut Angaben der EU-Kommission lag der durchschnittliche Preis für Schweine der Handelsklasse E in der Woche bis zum 29. Januar 2012 bei 151,41 Euro/100 kg Schlachtgewicht (SG); das waren 2,47 Euro oder 1,7 % mehr als in der Vorwoche. Das Vorjahresniveau wurde weiterhin deutlich übertroffen, und zwar um 12,9 %. In der Berichtswoche stiegen die Notierungen in Belgien und Polen mit annähernd 5 % europaweit am stärksten, übertroffen nur vom

Preisplus in Österreich mit 5,8 %. In Deutschland erhöhte sich der Schweinepreis ebenfalls deutlich, nämlich um 6,12 Euro oder 4,0 % auf 159,12 Euro/100 kg SG. Im Nachbarland Dänemark und in Spanien blieben die Notierungen dagegen im saisonalen Vergleich mehr oder weniger unverändert. Für die Niederlande und Frankreich fehlten die Meldungen. Leicht schwächere Schweinepreise wurden aus Portugal und Großbritannien gemeldet, wobei sich die Abschläge mit 0,7 % beziehungsweise 0,5 % aber in Grenzen hielten. Den deutlichsten Erlösrückgang mussten die Erzeuger in Italien verkraften; das Preisniveau sank dort gegenüber der Vorwoche um 2,0 %. AgE

EU-Preise für geschlachtete Schweine
(Woche vom 23. bis 29. Januar 2012; in Euro/100 kg SG)

	Vorjahres- woche	Vorwoche	Berichts- woche		Vorjahres- woche	Vorwoche	Berichts- woche
Belgien	118,60	138,90	145,70	Luxemburg	135,30	165,00	165,00 ¹⁾
Bulgarien	167,14	176,52	176,52 ¹⁾	Ungarn	137,20	155,85	160,58
Tschechien	140,88	161,87	161,77	Malta	182,00	189,00	189,00
Dänemark	121,82	137,44	137,46	Niederlande	115,58	134,82	134,82 ¹⁾
Deutschland	129,54	153,00	159,12	Österreich	124,48	146,02	154,43 ¹⁾
Estland	145,90	163,95	164,37	Polen	125,01	151,12	158,38
Griechenland	172,34	189,06	189,06 ¹⁾	Portugal	150,00	147,00	146,00
Spanien	144,57	144,08	144,33	Rumänien	147,00	161,96	160,15
Frankreich	132,00	139,00 ²⁾	139,00 ¹⁾	Slowenien	125,25	149,38	153,10
Irland	129,99	145,70 ²⁾	145,70 ¹⁾	Slowakei	132,81	165,24	165,03
Italien	153,88	171,68	168,19	Finnland	148,04	152,66	152,35
Zypern	173,00	169,00	165,00	Schweden	140,61	152,59	152,84
Lettland	138,11	167,34	166,77	Großbritannien	153,26	167,03 ²⁾	166,13
Litauen	148,75	154,94	157,63	Europäische Union	134,09	148,94 ²⁾	151,41

1) Keine Preismeldung in der Berichtswoche; 2) Vorwochenpreis revidiert

RUSSLAND/UKRAINE/WELT

GETREIDEMARKT

Keine übermäßigen Auswinterungsschäden in Russland erwartet

MOSKAU. In Russland geht die Getreideunion nach derzeitigem Stand von einer sehr guten Ernte in diesem Jahr aus. Dank einer ausreichenden Schneedecke sollten die aktuellen Fröste im europäischen Landesteil keine übermäßigen Auswinterungsverluste zur Folge haben, erklärte der Präsident der russischen Getreideunion, Arkadij S l o t s c h e w s k i j , am Dienstag vergangener Woche am Rande einer Fachkonferenz vor Journalisten in Moskau. Der Verbandschef hält dieses Jahr bei normalem Witterungsverlauf eine Produktion von bis zu 100 Mio t Getreide für möglich, gegenüber 93,9 Mio t im Vorjahr. Mit Blick auf den Export stellte Slotschewskij fest, dass das von der Regierung für 2011/12 auf 25 Mio t bezifferte Ausfuhrlimit voraussichtlich schon Anfang April erreicht sein dürfte. Das Moskauer Kabinett habe für diesen Fall die Einführung flexibler Exportzölle erwogen, deren Höhe von den Getreidepreisen am Binnenmarkt abhängen solle. In der laufenden Kampagne

sind nach Angaben des Verbandspräsidenten bereits mehr als 20 Mio t Getreide exportiert worden. Ein Vertreter des Moskauer Landwirtschaftsministeriums äußerte dagegen die Auffassung, dass die Getreideausfuhren bis April nicht mehr als 23 Mio t bis 24 Mio t erreichen dürften. Er versicherte außerdem, dass eine eventuelle Beschränkung der Exporte den Marktteilnehmern rechtzeitig angekündigt würde. Der Generaldirektor der Ukrainischen Agrar-Konföderation, Sergej S t o j a n o w , beklagte derweil, dass die Getreideexporte aus seinem Land im Zeitraum Juli 2011 bis Januar 2012 mit gut 11,6 Mio t ein nur bescheidenes Niveau erreicht hätten. Bislang wurden laut Stojanow rund 3,3 Mio t Weizen, 6,2 Mio t Körnermais und etwa 2,0 Mio t Gerste an den internationalen Märkten abgesetzt. Im Januar habe sich der ukrainische Getreideexport noch verlangsamt, die Ausfuhrmenge sei mit etwas mehr als 1,9 Mio t um 27 % niedriger als im Dezember ausgefallen. AgE

DEUTSCHLAND

WEIN

Weniger Menge in der rheinland-pfälzischen Qualitätsweinprüfung

2011 fiel das Aufkommen rund 6 Prozent geringer aus als ein Jahr zuvor - Allerdings lag die qualitätsgeprüfte Weinmenge erstmals über der Erntemenge des Vorjahres - Rheinhessen legte zu, die Pfalz verlor kräftig - Der Weißweinanteil an der Qualitätsweinmenge stieg auf 65 Prozent

BAD KREUZNACH. Im vergangenen Jahr haben in Rheinland-Pfalz insgesamt 4,9 Mio hl Wein die amtliche Qualitätsweinprüfung durchlaufen; das waren 6,1 % weniger als ein Jahr zuvor. Das hat eine

erste Auswertung der zuständigen Landwirtschaftskammer ergeben. Laut Darstellung der Kammer war die Qualitätsweinmenge in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren trotz schwankender

Erntemengen relativ konstant bei rund 5,3 Mio hl geblieben. Zwar fiel sie 2011 geringer aus, bewegte sich aber dennoch um mehr als 300 000 hl über der extrem niedrigen Erntemenge des Jahres 2010 mit insgesamt 4,6 Mio hl. Damit lag 2011 die qualitätsgeprüfte Weinmenge erstmals über der Erntemenge des Vorjahres. Zur Deckung des Qualitätsweinbedarfs flossen Lagerbestände aus den Vorjahreseernten ein, aber vor allem bereits eine außerordentlich hohe Menge an 2011er Qualitätswein, nämlich rund 440 000 hl. Der Landwirtschaftskammer zufolge ist mit Blick auf die großen Anbaugebiete auffällig, dass bei der Qualitätsweinprüfung im Vergleich zu 2010 allein Rheinhessen mengenmäßig zulegen konnte, und zwar um 4,9 %; die Pfalz verlor mit einem Minus von 17,8 % hingegen erheblich, und die Mosel büßte 9,2 % ein. Auch die Menge an Qualitätsweinen von der Nahe stieg an, wobei es sich nach Angaben der Kammer um ein Phänomen handelt, das in Weinmangelsituationen regelmäßig beobachtet wird. Offenbar hängen die Mengenschwankungen in den kleinen Anbaugebieten Ahr und Mittelrhein in der Regel unmittelbar mit der Verfügbarkeit von Wein aus der Vorjahreseernte zusammen.

Auf und Ab an der Nahe

Wie die Landwirtschaftskammer weiter mitteilte, zeigte die Pfalz bei der Qualitätsweinprüfung bis 2010 insgesamt eine relativ stabile Situation mit einem Mengenvolumen von

knapp 2 Mio hl. Hier verursachte die extrem niedrige Erntemenge im Jahr 2010 den deutlichsten Rückgang von 17,8 %. Rheinhessen konnte nach zwei Jahren leichter Abschlüge in der Menge 2011 wieder einen Zuwachs von 4,9 % verzeichnen und kam auf 2,09 Mio hl. Die Mengenentwicklungen der Qualitätsweine aus Rheinhessen und von der Mosel haben sich in dem betrachteten Zeitraum offensichtlich fast gegenläufig verhalten, was auf einen teilweisen Austausch am Markt hinweist. Das Auf und Ab der Qualitätsweinmenge von der Nahe ist laut Kammer regelmäßig an die Erntemenge beziehungsweise die Verfügbarkeit und den Erzeugerpreis für Fassweine gekoppelt und äußert sich in der mehr oder weniger starken Präsenz von Handelsweinen aus diesem Anbaugebiet. Der Weißweinanteil an der Qualitätsweinmenge stieg 2011 in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Vorjahr um drei Prozentpunkte auf 65 % an. Diese Verschiebung der Weinartenanteile dürfte nach Einschätzung der Kammer mit der grundsätzlichen Knappheit an Wein aus der Ernte 2010 und Weißwein-Restbeständen aus Vorjahren zu begründen sein. Rieslingweine nahmen im Vergleich zu 2010 leicht ab, lagen aber mit rund 1,1 Mio hl noch an der Spitze, gefolgt von Dornfelder, der allerdings rund 200 000 hl verlor. AgE

JAPAN/WELT

VIEH/FLEISCH

Japan kauft mehr Schweinefleisch im Ausland

TOKYO. Japan hat im vergangenen Jahr rund 793 000 t frisches und gefrorenes Schweinefleisch importiert; das waren 40 000 t oder 5,3 % mehr als 2010. Wie aus einer Statistik des dänischen Dachverbandes für Landwirtschaft und Ernährung (L&F) hervorgeht, bezogen die Japaner insbesondere mehr Schweinefleisch aus den USA; die diesbezügliche Menge stieg im Vorjahresvergleich um 8,5 % auf insgesamt 323 750 t an. Im Gegensatz zu anderen Exporteuren liefern die US-Amerikaner traditionell mehr als die Hälfte ihres Fleisches als Frischware, und diese war 2011 besonders gefragt. Deutlich zugelegt haben auch die Schweinefleischkäufe Japans in Spanien; die Menge erhöhte sich hier um zwei Drittel auf insgesamt 24 200 t. Mexikanische Anbieter konnten mit 41 300 t ähnlich viel Schweinefleisch nach Japan verkaufen wie im Vorjahr. Kanada als Nummer zwei der wichtigsten Lieferanten des japanischen Marktes verlor dagegen im vergangenen Jahr Marktanteile; Exporte von dort gingen um 2,6 % auf 174 000 t zurück. Ein ähnliches Bild zeigte sich für dänische Exporteure, die fast ausschließlich gefrorene Ware nach Japan verschifften und im Vergleich zum Vorjahr ein um 2,1 % verringertes Ausfuhrvolumen von 130 700 t erzielten. Noch weniger Ware wurde in Ungarn geordert, die Importe sanken um fast 30 % auf knapp

Schweinefleischimporte¹⁾ Japans (2010 bis 2011; in t Schlachtgewicht)

Importe insgesamt	753 017	793 108	+ 5,3
davon aus USA	298 347	323 749	+ 8,5
Kanada	178 648	174 004	- 2,6
Dänemark	133 586	130 723	- 2,1
Mexiko	40 789	41 277	+ 1,2
Chile	24 497	28 956	+ 18,2
Ungarn	21 003	14 827	- 29,4
Spanien	14 556	24 186	+ 66,2
1) frische und gefrorene Ware			

15 000 t. Der durchschnittliche Einfuhrpreis belief sich laut Angaben des japanischen landwirtschaftlichen Industrieverbandes (alic) wie im Vorjahr auf 525 Yen/kg (5,25 Euro/kg); gesetzliche Regelungen zum Importpreis verhindern, das Schwankungen des Weltmarktes auf den heimischen Markt übergreifen. AgE
Umrechnungskurs: 100 Yen = 0,999 Euro

DEUTSCHLAND

MILCHMARKT

Deutscher Milchmarkt in Stichworten

Milchanlieferung weiterhin deutlich über Vorjahresniveau - Überlieferung der Milchquote und Strafzahlungen drohen - Butter zuletzt meist gut nachgefragt - Reges Kaufinteresse an Emmentaler und Weichkäse - Ruhige Nachfrage am Pulvermarkt lässt Preise schwächeln

BONN. Der saisonale Anstieg der Milchanlieferungen in Deutschland könnte sich in der letzten vollen Januarwoche abgeschwächt haben. Die Molkereibetriebe in Nordrhein-Westfalen erfassten nach Angaben der dort ansässigen Landesvereinigung in der Woche bis zum 29. Januar 3,1 % weniger Milch als in der Vorwoche; das Rohstoffaufkommen des Vor-

jahres wurde aber um 1,5 % übertroffen. Für Niedersachsen meldete die dortige Landesvereinigung einen Rückgang des Milcheingangs um 0,2 %; die vergleichbare Vorjahresmenge wurde um 0,8 % überliefert. Bundesweit gesehen ist die Milchanlieferung jedoch auf einem hohen Niveau geblieben: Die meldepflichtigen Unternehmen verzeichneten in der Woche bis

zum 22. Januar einen saisonalen Anstieg des Milchaufkommens um 0,8 %, wobei Molkereien im Westen 0,8 % und solche im Osten 0,7 % mehr Rohstoff erhielten. Klar übertroffen wurde die Vorjahreslinie, im alten Bundesgebiet um 3,4 % und im neuen um 4,5 %; insgesamt resultierte daraus eine Steigerung um 3,6%. Der Anstieg der Milcherzeugung spiegelt sich auch in den jüngsten Daten zur Quotenausnutzung wider. Laut Agrarmarkt-Informations-GmbH (AMI) und der Zentralen-Milchmarkt-Berichterstattung (ZMB) wurde die anteilige Milchquote im Zeitraum April bis Dezember 2011 um 0,7 % überliefert. Es sei inzwischen nahezu ausgeschlossen, dass die Quote in diesem Milchwirtschaftsjahr noch einzuhalten sei, wodurch erstmals seit 2007/08 wieder Strafzahlungen fällig würden, erläuterten die Marktexperten. Der vom Kieler Informations- und Forschungszentrum für Ernährungswirtschaft (ife) berechnete Rohstoffwert Milch betrug nach Angaben der Landesvereinigung Niedersachsen im Januar 31,9 Cent/kg Standardmilch; das waren 0,1 Cent/kg weniger als im Dezember 2011.

Butter findet Absatzmarkt

Die Butterproduktion wurde von den meldepflichtigen deutschen Betrieben in der Woche bis zum 22. Januar saisonal um 0,4 % ausgedehnt; die Erzeugung der Vorjahreswoche wurde jedoch um 37 % verfehlt. In der vierten Januarwoche entwickelte sich die Butterherstellung nach bisher vorliegenden Zahlen uneinheitlich. In Niedersachsen wurde sie saisonal um 5,9 % eingeschränkt, während sie in Nordrhein-Westfalen um 10,9 % zunahm. Die Nachfrage am Buttermarkt wird allgemein als gut beschrieben; die Süddeutsche Butter- und Käsebörse in Kempten berichtete von guten Absatzmöglichkeiten am Markt. Die stetige bis etwas regere Nachfrage der privaten Haushalte drückte sich am vergangenen Mittwoch in einer stabilen Butternotierung von 3,58 Euro/kg bis 3,68 Euro/kg für geformte Markenware im 250-g-Päckchen aus. Das gestiegene Milchfettangebot sorgte allerdings erneut für leicht nachgebende

Preise für lose Ware. In Kempten wurde 25-kg-Blockbutter zwischen 3,30 Euro/kg und 3,44 Euro/kg notiert; im Vergleich zur Vorwoche waren das 5 Cent weniger an der unteren Spannungsgrenze und 4 Cent weniger an der oberen. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) teilte mit, dass sich in Deutschland zum Stichtag 29. Januar 948 t Butter in der privaten Lagerhaltung befanden; das waren 316 t weniger als eine Woche zuvor, aber 250 t mehr als zum vergleichbaren Vorjahreszeitpunkt.

Emmentaler gut gefragt

Die meldepflichtigen Milchverarbeiter im Bundesgebiet schränkten ihre Käseherstellung in der Woche bis zum 22. Januar saisonal um 0,5 % ein; die Produktionsmenge der Vorjahreswoche wurde dagegen um 4,1 % übertroffen. Nach aktuelleren Zahlen der Landesvereinigung in Niedersachsen stieg in der vierten Januarwoche die Käseerzeugung in diesem Bundesland saisonal um 2,4 % und im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 %. Der Süddeutschen Butter- und Käsebörse zufolge verbesserte sich die Nachfrage bei Emmentaler und Viereckhartkäse im In- und Ausland und war insgesamt als gut zu bezeichnen. Bei der Notierung in Kempten am vergangenen Mittwoch zeigten sich deshalb keine Preisschwächen. Der Emmentaler Rundlaib wurde mit einer Spanne von 4,55 Euro/kg bis 5,45 Euro/kg ebenso unverändert notiert wie Stangenware mit 4,80 Euro/kg bis 5,35 Euro/kg. Die Preise für Weichkäsesorten wie Limburger oder Camembert blieben bei guter Nachfrage ebenfalls konstant. Gewisse Preisschwächen für Schnittkäse offenbarten sich dagegen am Marktort Hannover. Die dort ansässige amtliche Notierungskommission senkte die untere Grenze der Preisspanne für Edamer beziehungsweise Gouda im Block um 5 Cent/kg; die neue Preisfestsetzung erfolgte hier bei 3,10 Euro/kg bis 3,25 Euro/kg. In einem als ausgeglichen bezeichnetem Markt blieben die Preise für Brotware mit 3,10 Euro/kg und 3,25 Euro/kg stabil.

Großhandelspreise für Milchprodukte in Deutschland¹⁾
(in Euro je kg)

	Vorjahreswoche	Vorwoche	Berichtswoche ²⁾
Kempten ³⁾			
Deutsche Markenbutter, lose	3,77-3,88	3,35-3,50	3,30-3,44
Deutsche Markenbutter, geformt	3,63-3,75	3,58-3,68	3,58-3,68
Allgäuer Emmentaler, Markenware	4,50-5,50	4,55-5,45	4,55-5,45
Stangenware, 40 % Fett	-	4,80-5,35	4,80-5,35
Hannover ⁴⁾			
Gouda, 48% / Edamer 40%, Block	3,10-3,20	3,15-3,25	3,10-3,25
Gouda, 48% / Edamer 40%, Brot	3,10-3,20	3,10-3,25	3,10-3,25
ab Werk			
Magermilchpulver ⁵⁾	2,36-2,40	2,07-2,10	2,05-2,08
Magermilchpulver ⁶⁾	2,47-2,58	2,28-2,40	2,28-2,40
Vollmilchpulver, Sprühware 26 %	3,16-3,22	2,85-2,90	2,80-2,90
Süßmolkenpulver ⁵⁾	0,90-0,94	0,93-0,97	0,92-0,96

1) ohne Mehrwertsteuer, Magermilch-, Vollmilch- und Süßmolkenpulver-Notierung mittels Konferenzschaltung ermittelt, ansonsten amtliche Notierungen; 2) sämtliche Notierungen vom 1. Februar 2012; 3) zum 5. Oktober 2011 wurden die Butternotierungen von Hannover und Kempten zur nationalen Notierung in Kempten zusammengeführt; 4) zum 2. November 2011 wurden die Schnittkäsenotierungen von Hannover und Kempten zur nationalen Notierung in Hannover zusammengeführt; 5) lose Sprühware in Futtermittelqualität; 6) Sprühware in Lebensmittelqualität (25-kg-Säcke)

Preisschwächen am Pulvermarkt

Die deutschen Molkereiunternehmen verringerten die Produktion von Magermilchpulver in der Woche bis zum 22. Januar saisonal um 3,2 %, übertrafen aber die Vorjahresmenge um 7,5 %. Am Markt für Magermilchpulver hat sich die Nachfrage zuletzt beruhigt. Aus Händlerkreisen wurde berichtet, dass sich die Käufer abwartend verhielten. Auch die anderen Pulverarten stießen auf ein eher ruhiges Kaufinteresse. Die Preise tendierten deshalb teilweise schwächer. Magermilchpulver in Futtermittelqualität verbilligte sich um 2 Cent/kg und erlöste in der Berichtswoche zwischen 2,05 Euro/kg und 2,08 Euro/kg. Le-

bensmittelware wurde dagegen zu unveränderten Kursen gehandelt. Schwächer bewertet wurde Süßmolkenpulver; die Preise gaben hier zwischen 1 Cent und 2 Cent nach und lagen bei der losen Sprühdware in Futtermittelqualität zwischen 0,92 Euro/kg und 0,96 Euro/kg. Leicht schwächer tendierte auch Vollmilchpulver, für das die untere Preisgrenze um 5 Cent/kg gegenüber Vorwoche nachgab. Die öffentlichen Marktordnungsbestände von Magermilchpulver blieben laut Mitteilung der BLE zur Vorwoche unverändert und beliefen sich am 29. Januar auf 2 683 t; das waren 60 780 t weniger als genau ein Jahr zuvor. AgE

DEUTSCHLAND/FRANKREICH/WELT

PREISE

EU-Weizen teurer wegen Kälteeinbruch

Entscheidung der russischen Regierung über Getreideexportzölle zur Monatsmitte erwartet - Veredlungskartoffeln am Frankfurter Terminmarkt auf niedrigem Niveau behauptet - Überwiegend ausgeglichene Versorgung mit Schlachtschweinen - Eurex-Ferkel etwas fester - Butterfutures tendieren uneinheitlich

FRANKFURT/PARIS. Am europäischen Weizenterminmarkt hat sich die in der zweiten Januarhälfte begonnene Kursrallye fortgesetzt. An der Matif in Paris wurde März-Weizen am vergangenen Freitagnachmittag für bis zu 218 Euro/t gehandelt, was verglichen mit dem Abrechnungskurs vom vorletzten Donnerstag einem Plus von fast 9 Euro/t entsprach. Am Mittwoch hatte der Future sogar ein Zwischenhoch von 221,50 Euro/t erreicht, das jedoch nicht gehalten werden konnte. Wie die vordere Ware verteuerte sich auch der Mai-Kontrakt, der zum Wochenausklang für 209 Euro/t bis 211 Euro/t gehandelt wurde. Ebenfalls fester notierte Weizen aus der kommenden Ernte zur Lieferung im November 2012; er wechselte am Freitagnachmittag für 199,50 Euro/t den Besitzer. Ursache für die weiterhin sehr

feste Preistendenz war zum einen der Kälteeinbruch in Teilen der Europäischen Union sowie in Russland und der Ukraine. Auch die Ankündigung Russlands, möglicherweise Exportzölle auf Getreide zu erheben, stützte weiterhin die Kurse. Bis Mitte Februar will die russische Regierung über die Ausfuhrabgaben entscheiden.

Kartoffel-Kassahandel ruhig

Die Terminkurse für Veredlungskartoffeln konnten sich zum Monatsanfang auf niedrigem Niveau behaupten. Ware zur Lieferung im April 2012 wurde am vergangenen Donnerstag für 7,40 Euro/dt und damit um 0,20 Euro/dt höher abgerechnet als in der Vorwoche. Am Freitagnachmittag wurde dieser Kontrakt auf demselben Kursniveau gehandelt. Juni-Futures wechselten

Terminkurse für Agrarprodukte an der Eurex in Frankfurt
(Notierungen vom 2. Februar 2012)

	Einheit	Kontrakt- umfang	Abrech- nungskurs	Vor- woche	Hoch	Tief	Umsatz ¹⁾	Offene Positionen
Schlachtschweine Februar 2012	Euro/kg	8 000 kg SG	1,620	1,614	1,620	1,620	32	86
März 2012			1,639	1,644	-	-	10	39
April 2012			1,660	1,645	1,660	1,660	10	32
Ferkel Februar 2012	Euro je 25-kg-Ferkel	100 Ferkel	56,00	55,50	-	-	0	1
März 2012			58,00	57,90	58,00	58,00	1	6
April 2012			55,50	55,30	-	-	0	3
Butter April 2012	Euro/t	5 t	3 395,00	3 413,00	3 405,00	3 405,00	9	77
Juli 2012			3 400,00	3 403,00	3 400,00	3 400,00	7	2
Oktober 2012			3 450,00	3 403,00	-	-	0	0
Magermilchpulver April 2012	Euro/t	5 t	2 278,00	2 270,00	-	-	0	10
Juli 2012			2 325,00	2 338,00	-	-	0	0
Oktober 2012			2 325,00	2 338,00	-	-	0	0
Verarbeitungskartoffeln April 2012	Euro/dt	250 dt	7,40	7,20	-	-	159	5702
Juni 2012			8,60	8,50	8,60	8,60	14	694
November 2012			9,00	9,00	-	-	0	0
Weizen ²⁾ März 2012	Euro/t	50 t	215,75	209,25	216,50	212,75	56 297	61 808
Mai 2012			209,50	204,25	210,25	171,50	52 693	62 753
November 2012			197,25	192,75	198,00	193,00	24 950	76 214

1) Die Angabe bezieht sich auf die in den letzten fünf Börsentagen einschließlich des oben genannten Termins gehandelte Anzahl an Kontrakten; 2) Notierungen der Matif in Paris für Mahlweizen

zur selben Zeit für 8,60 Euro/dt den Besitzer und legten damit bezogen auf den Donnerstag der Vorwoche um 0,10 Euro/dt zu. Auch ein Future auf Ware zur Lieferung im April 2013 wurde gehandelt: Am Donnerstag wurde für den betreffenden Kontakt 13,70 Euro/dt gezahlt; das entsprach im Vorwochenvergleich einem Plus von 0,10 Euro/dt. Der Kassahandel gestaltet sich nach Darstellung der Kaack Terminhandel GmbH im Binnenmarkt wie im Exportgeschäft ruhig. Auch in den Benelux-Ländern verlief der Handel bei geringen Umsätzen eher zäh.

Seitwärtsbewegung am Schlachtschweinemarkt

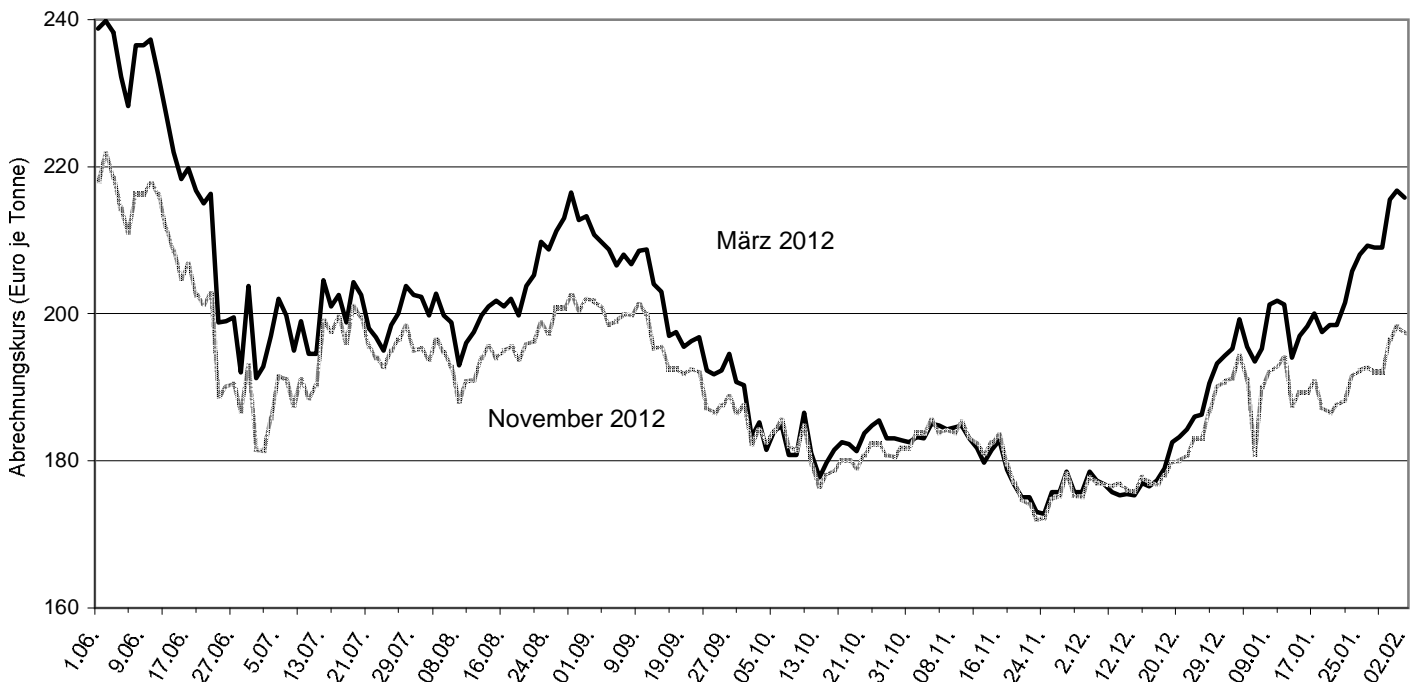
Die Kurse am Markt für Schlachtschweine befanden in der vergangenen Woche in einer Seitwärtsbewegung. Damit wurde die bis dahin währende Preisrallye beendet. Der für den deutschen Kassamarkt relevante Vereinigungspreis für Schweinefleisch wurde am vergangenen Freitag unverändert zur Vorwoche auf 1,60 Euro/kg Schlachtgewicht (SG) gehalten. Diese Entwicklung spiegelte sich auch an der Frankfurter Eurex wider, wo sich die Schweine-Futures stabil präsentierten. Der Kontrakt auf Masttiere zur Lieferung im Februar 2012 wurde am Freitagnachmittag für bis zu 1,620 Euro/kg SG gehandelt; das waren 0,6 Cent mehr als in der Vorwoche. Der März-Future gab in der Berichtsperiode einen 0,5 Cent ab und wurde am Donnerstag für 1,639 Euro/kg SG abgerechnet. Die späteren Termine notierten geringfügig fester. Broker berichteten von einem ausgeglichenen Markt. Nach Angaben der Landwirtschaftskammer Niedersachsen vom Freitag war das Angebot allerdings „nicht zu umfangreich“ und regional knapp. Die Ferkelkontrakte an der Eurex notierten etwas fester: Der Future auf das 25-kg-Ferkel zur Einstellung im Februar wurde am vergangenen Donnerstag

für 56 Euro abgerechnet, war ein Plus von 0,50 Euro gegenüber dem Vorwochenkurs bedeutete. Am selben Tag wurde der März-Kontrakt für 58 Euro gehandelt. April-Tiere wurden mit 55,50 Euro bewertet.

80 Tonnen Butter gehandelt

Uneinheitlich entwickelten sich die Kurse am Frankfurter Buttermarkt. Am vergangenen Donnerstag wurde April-Ware für 3 395 Euro/t gehandelt, was einem Abschlag von 18 Euro/t gegenüber der Vorwoche entsprach. Zu diesem Termin standen am Freitagnachmittag, bezogen auf eine Tonne Butter, Geboten von 3 350 Euro, Forderungen von 3 395 Euro gegenüber. Auch für Ware zur Lieferung im Juli wurde ein leichtes Minus von 3 Euro/t registriert. Am Donnerstag wechselten fünf dieser Kontrakte für 3 400 EUR/t den Besitzer. Im Gegensatz zu den beiden vorderen Futures notierten die Folgetermine bis in den Juli 2013 hinein durchgehend um 47 Euro/t fester und wurden zuletzt einheitlich für 3 450 Euro/t abgerechnet. In der Berichtsperiode wurden ausschließlich der April- und der Juli-Future gehandelt; die entsprechende Buttermenge belief sich auf insgesamt 80 t. Nur wenig Bewegung zeigten die Terminpreise für Magermilchpulver. Bezogen auf den Donnerstag gewann der April-Kontrakt im Wochenvergleich 8 Euro/t und wurde für 2 278 Euro/t abgerechnet. Hier lag am Freitagmittag in Frankfurt ein Kaufgebot in Höhe von 2 225 Euro/t vor, das die Forderung um 105 Euro/t unterschritt. Im Gegensatz zur April-Ware gaben alle Folgekontrakte bezogen auf den Abrechnungskurs im Berichtszeitraum um 13 Euro/t auf 2 325 Euro/t nach. Für Magermilchpulver zum Juli-Termin wurde am Freitag ein Geldkurs von 2 250 Euro eingestellt, der um 150 Euro unter dem Briefkurs lag. AgE

Preisentwicklung ausgewählter Matif-Kontrakte für Weizen
(1. Juni 2011 bis 2. Februar 2012)



Deutschland: Südzucker bestellt CropEnergies-Chef als neues Vorstandsmitglied	1
Deutschland: „Land-Checker“ will Medienkompetenz vermitteln	1
Finnland: Metso baut finnisches Reserveheizkraftwerk auf Pellet-Basis	1
Deutschland/Welt: Landwirtschaft stark auf der Didacta vertreten.	1
Deutschland/Welt: Gewinner des Wettbewerbs „Mundus Vini BioFach“ stehen fest	2
Deutschland: Biogas-Informationstag bei Weltec Biopower	2
Deutschland: 40 Weingüter an Mosel-Gemeinschaftsstand auf der ProWein	2
Frankreich: Garnier ist neuer Präsident der Pflanzenschutzindustrie.	2
Deutschland: Die Energiewende verwirklichen.	2
Deutschland: CEE plant Milliardeninvestitionen in erneuerbare Energien	3
Deutschland: CARMEN-Praxistour startet	3
Frankreich/Deutschland: „Le Crunch“ unterstützt erneut die SOS-Kinderdörfer	3
Deutschland: AMI präsentiert Marktkennzahlen auf der Fruit Logistica	3
Deutschland: Brunner: IGW war für Bayern ein „voller Erfolg“	4
Deutschland/EU: Nordzucker eröffnet Büro in Brüssel	4
Deutschland: Anuga FoodTec mit attraktivem Fachprogramm	4
USA/Kanada: Zusammenarbeit von John Deere und MacDon bei Schwadmähern	4
Deutschland: Zwei neue DLG-Seminare für Direktvermarkter	5
Deutschland/Welt: BASF sieht Wert seiner Pflanzenschutz-Pipeline kräftig gestiegen	5
Russland/Deutschland: AgroFarm 2012 mit 270 Ausstellern aus 23 Ländern	5
Frankreich: Beim Milcherzeugerverband steht ein Wachwechsel bevor	5
Deutschland: Genossenschaften leisten Beitrag zur Lösung weltweiter Probleme	6
Deutschland: Auto-FOM-Anlage der Westfleisch in Coesfeld wieder in Betrieb	6
Deutschland: nature.tec mit „großartigem Ergebnis“	6
Deutschland: Fix Food: Ratgeber der Verbraucherzentralen zu gesunder Ernährung	6
Deutschland: Noch Plätze in der Seminarreihe „ABC des Food-Exports“ frei	7
Deutschland: Kunst im Stall begeistert Besucher des ErlebnisBauernhofes.	7
Deutschland: Biogasanlagen bilden virtuellen Kraftwerkeverbund.	7
Deutschland: DLG International lädt zum Workshop „Nordamerika“ ein	7
Deutschland: Hermann Pfanger mit der DBV-Ehrenplakette ausgezeichnet	7
Deutschland: DFWR-Messeauftritt auf der IGW „erfolgreich“	8
Deutschland: Verbiogas erhält Innovationspreis.	8
Deutschland/Niederlande: BDG mit „GartenLounge“ auf der Floriade 2012 in Venlo	8
Deutschland/Welt: Dank an langjährige Vorstandsmitglieder von German Sweets	8
Deutschland/Rumänien: Auch Rumänien auf der BioFach 2012 vertreten	9
Deutschland: BMR: Neuer Leiter des Bereiches Kommunikation und Medien.	9
Deutschland: Jaeger wirbt für neue IGW-Partner	9
Finnland: Neste Oil trotz Gewinneinbruchs im vierten Quartal 2011 optimistisch	9
Deutschland/Welt: Hohe Ausstellernachfrage für die EuroTier 2012.	10
Deutschland: Broschüre zur Thüringer Biodiversitätsstrategie	10
Deutschland: Demeter-Marktplatz auf der BioFach 2012 in Nürnberg	10
Deutschland: Weihenstephaner Max-Schönleutner-Medaille für BayWa-Chef Lutz	10
Deutschland: TiHo-Symposium zu „Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch“	10
Deutschland/EU: Nordzucker beendet Rübenkampagne 2011/12.	11
Deutschland: Wanderausstellung „LandschaftRessourcen“ im Deutschen Museum	11
Deutschland: Die DSV vertreibt die Biogassonnenblume PANDRA*	11
Deutschland: Clemens Große Macke neuer Agrarsprecher der CDU-Landtagsfraktionen.	11

DEUTSCHLAND

PERSONALIEN

Südzucker bestellt CropEnergies-Chef Guderjahn als neues Vorstandsmitglied

MANNHEIM. Der Aufsichtsrat der Südzucker AG Mannheim/Ochsenfurt, Mannheim, hat in seiner Sitzung am vergangenen Mittwoch beschlossen, Dr. Lutz G u d e r j a h n (46) am 17. Juli 2012 nach Ablauf der Hauptversammlung der CropEnergies AG, Mannheim, zum Vorstandsmitglied der Südzucker AG zu bestellen. Guderjahn soll Prof. Markwart K u n z (63) nachfolgen, welcher für den Bereich Technik sowie Forschung und Entwicklung verantwortlich zeichnet. Kunz wird mit Ablauf der Hauptversammlung der Südzucker am 1. August 2013 in den Ruhestand wechseln. Wie der Zuckerkonzern weiter mitteilte, wurde Guderjahn mit dem Börsengang der CropEnergies AG im Jahre 2006 Mitglied des Vorstands dieser Südzucker-Tochter, nachdem er die Sparte Bioethanol im Konzern aufgebaut hatte. Der in Braunschweig promovierte Chemiker war 1995 in die Südzucker eingetreten und hatte zunächst unterschiedliche Funktionen in der Produktion, der zentralen Forschungs- und Entwicklungsabteilung sowie im Functional-Food-Bereich wahrgenommen. Der Aufsichtsrat der CropEnergies AG wird nach Angaben des Bioethanolherstellers rechtzeitig vor Ablauf der Amtszeit Guderjahns die Entscheidung über seine Nachfolge im Vorstand von CropEnergies treffen. AgE

FINNLAND

FIRMENNACHRICHTEN

Metso baut finnisches Reserveheizkraftwerk auf Pellet-Basis

TAMPERE. Der finnische Technologiekonzern Metso hat den Bau eines ausschließlich mit Holzpellets betriebenen Heizkraftwerks angekündigt. Das Reservekraftwerk mit einer Leistung von 33 MW werde bei Tampere im Süden des Landes eingesetzt, um Bedarfsspitzen und Ausfälle anderer Werke auszugleichen, erklärte der Entwicklungschef der Tampere-Energieagentur, Timo H e i n o n e n . Zudem werde man mit der neuen Anlage bisherige „Backup-Werke“, die mit Öl oder Gas betrieben werden, ersetzen und so in erheblichem Maße zur Reduktion der finnischen CO₂-Emissionen beitragen. „Das Projekt wird eine neue technologische Expertise nach Finnland bringen und zudem den Beginn einer neuen nachhaltigen Energiegewinnung im Land markieren“, so Heinonen. Geplant sei der Betriebsbeginn ab Ende 2012. „Reservekraftwerke wurden in der Vergangenheit ausschließlich mit fossilen Brennstoffen betrieben; mit dem neuen Verfahren werden neue Möglichkeiten für eine umweltfreundliche Energiegewinnung entwickelt, die zukünftig breite Anwendung finden dürften“, ergänzte Verkaufsmanager Teemu K o s k e l a von dem mit dem Bau beauftragten Metso-Joint-Venture MW Power. Trotz der neuen Technologie, die beim Pellet-Kraftwerk eingeführt werde, seien die wirtschaftliche Anwendbarkeit und der ökonomische Nutzen von Anfang an wichtige Ziele des Projekts gewesen. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

„Land-Checker“ will Medienkompetenz vermitteln

HANNOVER. Identitätsstiftung und die Vermittlung von Medienkompetenz sind die Ziele des jetzt in der Pilotphase angelaufenen Projektes „Land-Checker“, das sich speziell an Jugendliche auf dem Land wendet und von der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung in Niedersachsen getragen wird. Wie das Landvolk Niedersachsen vergangene Woche unter Verweis auf die freiberufliche Projektkoordinatorin Irene S k r o b a n e k weiter mitteilte, sollen Mädchen und Jungen aus den Landkreisen Cuxhaven, Gifhorn und Lüchow-Dannenberg sowie Peine und Wolfenbüttel einen Audio-Guide über Orte aus der Region erstellen, zum Beispiel über ein Jugendzentrum oder Sehenswürdigkeiten. In die Arbeit fließen neben dem Faktenwissen vor allem auch die Empfindungen der jungen Medienmacher ein. Durch die intensive Beschäftigung mit einem Ort werde die lokale Identität gestärkt, betonte der Landesbauernverband. Zudem befassten sich die Projektteilnehmer mit der technischen Erstellung eines Audio-Guides, also mit der Strukturierung, der Aufnahme, dem Tonschnitt und der Tonbearbeitung. Unterstützt würden sie dabei von speziell ausgebildeten Pädagogen. Die technische Ausrüstung werde durch die Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM) bereitgestellt. Deren Angaben zufolge wird das Projekt zu gleichen Teilen vom Niedersächsischen Sozialministerium und von der NLM finanziert. Jeder der lokalen Projektpartner könne beim Land Niedersachsen eine Förderung von bis zu 4 000 Euro beantragen. Der Erfolg des Vorhabens sei am Ende der wissenschaftlich begleiteten Pilotphase anhand der erstellten Audio-Guides leicht zu überprüfen. Diese würden in einer öffentlichen Abschlussveranstaltung präsentiert und auf der Plattform audiyou.de bereitgestellt. AgE

DEUTSCHLAND/WELT

VERANSTALTUNGEN

Landwirtschaft stark auf der Didacta vertreten

HANNOVER. Die Landwirtschaft ist kommende Woche stark auf der Bildungsmesse Didacta in Hannover vertreten, erstmals auch mit einem Stand des Landvolkes Niedersachsen. Dieses will gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen unter dem Motto „Talente gesucht“ Schüler, Lehrer und Erzieher sowie andere Multiplikatoren für die Landwirtschaft und die zahlreichen Ausbildungsberufe im Agrarbereich begeistern. Wie der Bildungsbeauftragte beim Landesbauernverband, Thorsten R i g g e r t , vergangene Woche in einem Hinweis auf die Veranstaltung weiter erklärte, liegen im Umgang mit moderner Technik und Tieren sowie in der Nähe zur Natur „die unschlagbaren Vorteile der insgesamt 14 sogenannten grünen Berufe. Davon wolle man die Besucher der Didacta überzeugen. Darüber hinaus planen laut Angaben des Landvolkverbandes unter anderem der Verein Information-Medien-Agrar (IMA), der Infodienst Verbraucherschutz, Ernährung, Landwirtschaft (aid) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof (BAGLoB) Messeauftritte auf der Didacta. Der IMA werde am Gemeinschaftsstand der deutschen Landwirtschaft „sein großes Angebot kostenloser Medien für Lehrer“ anbieten, etwa Tüten mit Getreideproben und anderes Anschauungs- und Experimentiermaterial für den Unterricht. Am aid-Stand dürften sich die Besucher auf einen Messerabbatt in Höhe von 50 % auf alle Materialien freuen. Auf der Sonderschau der BAGLoB lernten die Messegäste den Bauernhof als außerschulischen Lernort kennen. Die Didacta informiert vom 14. bis 18. Februar über Neuigkeiten in den Bildungsbereichen Kindertagesstätte, Schule/Hochschule, Ausbildung/Qualifikation und Weiterbildung/Beratung. (www.didacta-hannover.de) AgE

DEUTSCHLAND/WELT

VERANSTALTUNGEN

Gewinner des Wettbewerbs „Mundus Vini BioFach“ stehen fest

MAINZ. Die Siegerweine des 3. Internationalen Bioweinpreises „Mundus Vini BioFach“, dem größten deutschen Wettbewerb für Weine aus ökologischem Anbau, stehen fest. Die Auszeichnungen werden am 15. Februar 2012 auf der BioFach in Nürnberg im Beisein der rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken vergeben. „Heutzutage nimmt das Bewusstsein für ökologisch erzeugte Produkte einen immer höheren Stellenwert ein. Das gilt auch im Bereich Wein. Daher gewinnt das unabhängige Qualitätsurteil von Fachleuten immer größere Bedeutung, sowohl für die Erzeuger als auch für die Konsumenten“, betonte der Geschäftsführer der Mundus Vini GmbH, Christoph Meiningert. Nach seinen Worten ist der Bioweinpreis Mundus Vini BioFach ein „Seismograph für das Qualitätsniveau ökologisch erzeugter Weine. Aus Sicht von Höfken dokumentiert der internationale Weinpreis Mundus Vini BioFach eindrucksvoll das hohe Qualitätsniveau in diesem Markensegment. „Dieser renommierte Wettbewerb wird dazu beitragen, dass noch mehr Betriebe die Marktchancen mit ökologisch und regional erzeugten Qualitätsprodukten erkennen und nutzen“, betonte die Grünen-Politikerin. Sie freute sich über das gute Abschneiden der Betriebe aus Rheinland-Pfalz. Angaben des Mainzer Agrarressorts zufolge gingen an die deutschen Bioweinerzeuger 26 Gold- und 21 Silbermedaillen. Im internationalen Vergleich schaffte es Spanien gemessen an der Zahl der Medaillen auf Platz eins, gefolgt von Frankreich. Ferner wurden zwei Bioweine aus Australien und einer aus Chile mit der Auszeichnung Großes Gold prämiert. AgE

det. Nach Angaben der Gebietsweinwerbung Moselwein wird der Steillagen-Riesling des vielversprechenden Jahrgangs 2011 im Mittelpunkt des Angebots der gut 40 Weingüter stehen, die sich am Gemeinschaftsauftritt des Anbaugebiets beteiligen. Darüber hinaus sind Weine aus Burgundersorten, Elbling und Rivaner vertreten. Einige Weingüter präsentieren zudem „Exoten“ wie Sauvignon blanc, Auxerrois und Frühburgunder. Den Fachbesuchern aus Handel und Gastronomie bietet der Mosel-Stand damit eine große Auswahl an Produkten renommierter Weingüter und von Nachwuchstalente, darunter einige Betriebe der Jungwinzer-Vereinigung MoselJünger. Besucher des Gemeinschaftsstandes werden laut Moselland neben vielen bekannten Betrieben auch elf neue Aussteller antreffen. Zudem stellen mehrere Betriebe anlässlich der Messe Neuerungen vor. Die Bischöflichen Weingüter Trier haben beispielsweise das Design ihrer Etiketten überarbeitet und präsentieren das umfangreiche Sortiment aus ihren Toplagen in einem komplett neuen Auftritt. Dazu gehört auch eine neue vierstufige Qualitätspyramide mit Rebsorten-, Fluss-, Orts- und Lagenweinen. An der Verkostungstheke des Mosel-Standes werden an allen Messtagen freie, also nicht kommentierte Themenverkostungen angeboten, die den Fachbesuchern Einblick in Qualitäten und wichtige Weinstile des Gebietes ermöglichen. Neben Weinen der Standteilnehmer sind dort auch Produkte weiterer Erzeuger der Region zu finden. AgE

DEUTSCHLAND

FIRMENNACHRICHTEN

Biogas-Informationen-Tag bei Weltec Biopower

VECHTA. Der Biogasanlagenbauer Weltec Biopower wird einen sogenannten Biogas-Tag veranstalten. Mit dem Angebot sollen Chancen und Möglichkeiten des neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aufgezeigt und die damit verbundenen Anforderungen an Technik, Betriebsführung, Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit der Anlagenkonzepte erläutert werden, teilte das Unternehmen in der vergangenen Woche mit. Neben einigen Vorträgen zum neuen EEG werde dabei auch ein Blick hinter den Kulissen eines Biomethanparks angeboten. Der Biogas-Tag findet am 6. März im sächsisch-anhaltinischen Könnern sowie am 7. März im Brandenburger Barsikow statt. Die Informations-Veranstaltung richtet sich laut Unternehmensinformation an alle, die planen, in die Biogasproduktion einzusteigen oder schon eine Biogasanlage betreiben und zusätzlich noch Biomethan erzeugen möchten. Die Teilnahme ist kostenlos. Um Anmeldung wird gebeten. (www.weltec-biopower.de) AgE

FRANKREICH

PERSONALIEN

Garnier ist neuer Präsident der Pflanzenschutzindustrie

PARIS. Beim Dachverband der französischen Pflanzenschutzindustrie (UIPP) hat ein Wachwechsel stattgefunden: Franck Garnier ist auf der jüngsten Hauptversammlung zum Nachfolger des bisherigen UIPP-Vorsitzenden Jean-Pierre Princen gewählt worden. Der 55-jährige Garnier ist Präsident von Bayer France und Vorstandsvorsitzender von Bayer SAS. Außerdem arbeitet Garnier seit vielen Jahren für den UIPP, wo er zuletzt als Vizepräsident für Zulassungsfragen zuständig war. Sein Amtsvorgänger Princen scheidet auf eigenen Wunsch aus und wechselt an die Spitze der Gruppe Goëmar, die mit Sitz im bretonischen Saint-Malo auf nachhaltige Agrar- und Meerestechnologien spezialisiert ist. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Die Energiewende verwirklichen

STRAUBING. Die Umsetzung der Energiewende wird Thema des 19. Forum des Centralen Agrar-Rohstoff-Marketing- und Entwicklungs-Netzwerkes (CARMEN) am 26. März in Straubing sein. Neben der Potentialermittlung werden laut einem Veranstaltungshinweis konkrete Schritte zum weiteren Vorgehen besprochen. Der bayerische Landwirtschaftsminister Helmut Brunner will die Vorgehensweise der Staatsregierung bei der Energiewende erläutern. Prof. Markus Brautsch von der Fachhochschule Amberg-Weiden erklärt, wie mögliche Reserven bestimmt werden. Robert Wagner von CARMEN beschreibt wichtige Faktoren bei der Entscheidungsfindung und Birgit Fischer vom Landratsamt Straubing-Bogen referiert zur Bauleitplanung. Zum Komplex „Aufklärung, Akzeptanz und Beteiligung“ spricht Willie Stiehlert vom Wissenschaftszentrum Straubing, der seine empirischen Untersuchungen zur Akzeptanz von Biomasseprojekten vorstellt. Weitere Themen sind

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

40 Weingüter am Mosel-Gemeinschaftsstand auf der ProWein

DÜSSELDORF. Mehr als 500 Weine und Winzersekte von Mosel, Saar und Ruwer werden am Mosel-Gemeinschaftsstand auf der ProWein präsentiert, die vom 4. bis 6. in Düsseldorf stattfin-

Konfliktmanagement und Öffentlichkeitsarbeit, die Thomas Turk vom Planungs- und Beratungsbüro IGLux aus Witzenhäusern erörtert. Zudem wird Max Riedl vom Genossenschaftsverband Bayern über Bürgerbeteiligungsmodelle berichten. Außerdem werden Praxisbeispiele vorgestellt. AgE

DEUTSCHLAND

FIRMENNACHRICHTEN

CEE plant Milliardeninvestitionen in erneuerbare Energien

HAMBURG. Die in Hamburg ansässige Beteiligungsgesellschaft Conetwork Erneuerbare Energien Holding GmbH & Co KGaA (CEE) hat im vergangenen Jahr ihr Investment in alternative Energiegewinnung intensiviert und plant mit aufgestocktem Eigenkapital den weiteren Ausbau ihres Portfolios. Wie die zum Bankhaus Lampe gehörende Gesellschaft vergangene Woche mitteilte, belief sich das Gesamtinvestment zum Stichtag 31. Dezember 2011 auf 425 Mio Euro, womit man zu den größten unabhängigen Investoren des erneuerbare Energiesektors in Europa gehörte. Finanziert wurden Unternehmungen in den Bereichen Windenergie, Photovoltaik, Biogas, Biomasse und Geothermie. Durch die Übernahme von sieben neuen Photovoltaik-Freiflächenparks stieg 2011 nach Unternehmensangaben die nun zur Verfügung stehende Leistung um 35 MW auf 65 MW. Der Erwerb von fünf Windparks brachte einen zusätzlichen Leistungsgewinn von 51 MW, der sich nun in dieser Sparte auf insgesamt 77 MW beläuft. Ferner wurde durch den Bau eines Biomasseheizkraftwerkes in Zwickau das Portfolio um ein weiteres Standbein erweitert. Um künftig kapitalintensive Großprojekte realisieren zu können, hat die Beteiligungsgesellschaft 2011 ihr Eigenkapital um 75 Mio Euro auf 175 Mio Euro erhöht. Hinzu kam die Auflage eines Luxemburger Spezialfonds für Solar- und Windgroßprojekte, der mit 80 Mio Euro Eigenkapital ausgestattet wurde. „Mit dem Eigenkapital von insgesamt über 250 Mio Euro zuzüglich Bankfinanzierung sind wir in der Lage, Investitionen von bis zu 1 Mrd Euro umzusetzen“, erläuterte CEE-Geschäftsführer Detlef Schreiber. Strategisch wolle CEE zukünftig die Internationalisierung vorantreiben und verstärkt im Ausland investieren, womit durch den Kauf eines Solarparks in Bulgarien und eines Windparks in Frankreich bereits Ende 2011 begonnen worden sei. Zudem solle mittelfristig die Beteiligung an innovativen Technologieunternehmen ausgebaut werden, da die Renditen im Entwicklungsbereich tendenziell höher seien als im reinen Betrieb von Energieanlagen. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

CARMEN-Praxistour startet

STRAUBING. Das Centrale Agrar-Rohstoff-Marketing- und Entwicklungs-Netzwerk (CARMEN) wird am 1. März im oberfränkischen Hollfeld seine diesjährige Praxistour starten. Wie das Straubinger Netzwerk in der vergangenen Woche mitteilte, wird das erste Fachgespräch zum Thema „Bioenergie-Partnerschaften“ (AGRA-EUROPE 03/12, KURZMELDUNGEN 2) der Beginn einer Veranstaltungsreihe sein, bei der Beispiele für die Bioenergienutzung und den Energiepflanzenanbau in Bayern vorgestellt werden. Dabei stehen unterschiedlichste Bereiche, von der optimierten Wärmeversorgung über die Nutzung von Reststoffen bis hin zur klimafreundlichen Mobilität, auf dem Jahresprogramm. Technisch besonders gut konzipierte und innovative Projekte können im Betrieb oder an der Versuchsanlage besichtigt werden. Die Projekte, ihre Wirtschaftlichkeit oder

rechtliche Rahmenbedingungen werden in Vorträgen erläutert. In Hollfeld wird laut CARMEN seit 2004 auf Bioenergie gesetzt. Hier wird die Heizwärme für die Staatliche Gesamtschule, die Grundschule, zwei Kindergärten, die Stadthalle, das Seniorenheim, das Rathaus, die Kirche und weitere private Abnehmer über eine Hackschnitzelheizung und seit Ende 2011 zusätzlich über die Abwärme einer Biogasanlage bereitgestellt. Die nächste Veranstaltung im Rahmen der CARMEN-Praxistour findet am 24. April 2012 zum Thema "Schnellwachsende Baumarten - richtig anbauen", im Braustüberl in Schönram bei Teisendorf statt. AgE

FRANKREICH/DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

„Le Crunch“ unterstützt erneut die SOS-Kinderdörfer

PARIS/DÜSSELDORF. Die Dachkampagne der französischen Äpfel „Le Crunch“ unterstützt in der aktuellen Apfelsaison im vierten Jahr in Folge die SOS-Kinderdörfer in Deutschland und engagiert sich damit bewusst für hilfsbedürftige Kinder. Nach Angaben des Deutschlandbüros der Absatzförderungsgesellschaft für französische Nahrungs- und Genussmittel (Sopexa), die mit der Durchführung der Kampagne betraut ist, erhält der Verein SOS-Kinderdorf eine finanzielle Spende in Höhe von 5 000 Euro. Der Spendenscheck wird am 8. Februar im Rahmen der Fachmesse Fruit Logistica in Berlin überreicht. Ergänzt wird die Geldspende durch die Pflanzung von Apfelbäumen in fünf SOS-Kinderdörfern. Partner aus dem Handel werden laut Sopexa als „Apfelbaumpaten“ direkt in die Aktion mit einbezogen. Den Fachbesuchern der Fruit Logistica bieten die französischen Apfelproduzenten auf der Messe zudem ein Gewinnspiel mit hochwertigen Preisen. AgE

DEUTSCHLAND

PUBLIKATIONEN

AMI präsentiert Marktkennzahlen auf der Fruit Logistica

BONN. Die Agrarmarkt-Informations-Gesellschaft (AMI) wird auf der Fruit Logistica vom 8. bis 10. Februar in Berlin mit einem Messestand vertreten sein und dort ihr gesamtes Informationsprogramm präsentieren. Wie das Unternehmen in der vergangenen Woche mitteilte, werden pünktlich zum Start des Branchentreffens die Marktbilanzen Obst und Gemüse neu aufgelegt. Darin seien umfassende Informationen zu den langfristigen Produktions-, Absatz und Preisentwicklungen an den nationalen und internationalen Obst- und Gemüsemärkten enthalten, die es in dieser Form sonst nicht gebe. Erstmals werden in den AMI-Publikationen auch Tabellen mit Zahlen über Obst und Gemüse in der Werbung des Lebensmitteleinzelhandels veröffentlicht. Messebesucher können sich von den Inhalten der Jahrbücher am Messestand C-11 in Halle 20 überzeugen lassen. Dort besteht nach Mitteilung der Bonner Marktforscher auch die Möglichkeit, AMI-Marktextperten persönlich anzutreffen und ihnen Fragen zu stellen. Interessierte haben zudem Gelegenheit, die beiden Onlinedienste Markt aktuell Obst und Gemüse kennenzulernen, die kurzfristig und tagesaktuell über Preistendenzen und Marktveränderungen informieren. Die ebenfalls verfügbare Marktwoche Obst & Gemüse ist nach AMI-Angaben dagegen auf die langfristigen Entwicklungen am Markt fokussiert. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Brunner: IGW war für Bayern ein „voller Erfolg“

MÜNCHEN. Nach dem Ausklang der Internationalen Grünen Woche (IGW) hat Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner in der Kabinettsitzung der Staatsregierung ein durchweg positives Fazit gezogen und den Auftritt als „vollen Erfolg“ bezeichnet. Der Freistaat habe sich den 420 000 in- und ausländischen Gästen als Urlaubs- und Spezialitätenland Nummer eins und als Premiummarke präsentiert, erklärte der CSU-Politiker am Dienstag vergangener Woche. Die neue, 2 350 qm umfassende Bayernhalle, die erstmals den Auftritt gebündelt habe, sei vom ersten Tag an ein Besuchermagnet und absolutes Muss eines jeden Messerundgangs gewesen, was auch eine Besucherbefragung während der letzten Messetage bestätigt habe. „Wir haben den Berlinern so richtig Appetit auf Bayern und seine regionalen Spezialitäten gemacht“, erklärte Brunner. Nach seinen Worten wurden an den zehn Messetagen in der Bayernhalle 7 500 kg Käse, 12 500 Weißwürste und 620 kg Leberkäse verzehrt. Darüber hinaus seien von den Besuchern 17 100 l Bier, 785 l Frankenwein und 240 l Hochprozentiges konsumiert worden. Die bayerischen Schmankerl seien in diesem Jahr so begehrt wie nie zuvor gewesen, betonte der Minister. Mit dem neuen Auftritt sei es gelungen, den Gästen die kulinarische und kulturelle Vielfalt Bayerns vor Augen zu führen sowie den ausgezeichneten Ruf landestypischer Spezialitäten weiter zu festigen. Außerdem sei in der Bundeshauptstadt das umfassende Urlaubsangebot, das von Tourismusregionen des Freistaates unter dem Motto „Auf nach Bayern!“ präsentiert worden sei. Dabei habe der „Urlaub auf dem Bauernhof“ mit seiner regionalen Vielfalt im Mittelpunkt gestanden. Von den Musik-, Trachten- und Brauchtumsgruppen sei mit mehr als 1 000 Mitwirkenden sowie traditionellen Handwerkern den Messebesuchern ein Bild bayerischer Kultur vermittelt worden. Schließlich habe sich der erstmals am Eröffnungstag ausgerichtete Bayernempfang als „eine ausgezeichnete Plattform für agrarpolitische Gespräche auf nationaler und internationaler Ebene“ herausgestellt, berichtete Brunner. Er wies abschließend darauf hin, dass dieser Großauftritt der erste gewesen sei, den die von ihm ins Leben gerufene Marketingagentur organisiert habe; diese soll den Absatz bayerischer Produkte im In- und Ausland voranbringen. AgE

DEUTSCHLAND/EU

PERSONALIEN

Nordzucker eröffnet Büro in Brüssel

BRAUNSCHWEIG/BRÜSSEL. Die Nordzucker AG ist seit vergangener Mittwoch mit einem Büro in Brüssel präsent: Christian Kionka wird Europas zweitgrößten Zuckerhersteller als „Director European Affairs“ in der „EU-Hauptstadt“ vertreten und den Aufbau und die Leitung des Brüsseler Büros übernehmen. „Wir wollen uns damit unmittelbar in die Meinungsbildungsprozesse auf europäischer Ebene einbringen. Über die Vernetzung mit Verbänden, Organisationen und anderen Unternehmen schärfen wir gleichzeitig unser Profil als europäisches Unternehmen“, so der Vorstandsvorsitzende Hartwig Fuchs. Bereits heute würden die politischen Rahmenbedingungen für Nordzucker zu einem großen Teil in Brüssel gestaltet. In den kommenden Jahren werde die Bedeutung der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments für die Zuckerwirtschaft weiter zunehmen. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Anuga FoodTec mit attraktivem Fachprogramm

FRANKFURT. Mit ihrem prozessorientierten und branchenübergreifenden Ansatz bietet die diesjährige Anuga FoodTec, die vom 27. bis 30. März in Köln stattfindet, eine einzigartige Plattform für die internationale Lebensmitteltechnologie. Veranstaltet wird die Ausstellung gemeinsam von der Kölnmesse und der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) in einem dreijährigen Turnus, wobei die DLG für das fachliche Rahmenprogramm verantwortlich zeichnet. In diesem Jahr informiert die Anuga FoodTec in insgesamt 27 Foren über aktuelle Entwicklungen in den verschiedenen Bereichen der Lebensmittel- und Getränketechnologie. Zur Mitgestaltung des fachlichen Rahmenprogramms konnte die DLG namhafte Fachorganisationen gewinnen. Dazu zählen die Gesellschaft Deutscher Lebensmitteltechnologien (GDL), das Deutsche Institut für Lebensmitteltechnik (DIL), das Lebensmittelinstitut KIN, der Verband Deutscher Großbäcker, die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, das Europäische Exzellenz-Netzwerk High Tech Europe (HTE) und das Europäische Forschungskonsortium Inside Food. Mit dem Fachprogramm wird laut DLG ein breites Spektrum von Themen aus dem Gesamtbereich der Lebensmittel- und Getränketechnologie abgedeckt. Neben aktuellen Aspekten aus eher traditionellen Techniken wie Emulsionstechnologie, Kühlen und Gefrieren sowie Extrudertechnik werden auch Bereiche präsentiert, die derzeit „hoch im Kurs“ stehen. Dazu zählen beispielsweise die Nanotechnologie, der Einsatz von Ultraschall in der Lebensmitteltechnologie oder die Halal-Produktion von Lebensmitteln. Erstmals wird im Fachprogramm der Anuga FoodTec auch direkt aus Europäischen Forschungsverbänden berichtet. Darüber hinaus werden verschiedene Symposien und Kongresse angeboten. (www.anugafoodtec.de) AgE

USA/KANADA

FIRMENNACHRICHTEN

Zusammenarbeit von John Deere und MacDon bei Schwadmähern

MANNHEIM. Die Landmaschinenhersteller John Deere und MacDon Industries Ltd. wollen zukünftig auf dem Sektor der selbstfahrenden Schwadmäher zusammenarbeiten. Wie die Europa-Sektion des US-Konzerns Deere & Company vergangene Woche mitteilte, wurde eine entsprechende Vereinbarung zwischen beiden Unternehmen getroffen. Diese ermögliche es John Deere, das Angebot an Maschinen und Dienstleistungen für die Heu- und Futterernte auszuweiten, vor allem mit Blick auf die Bereiche Milchproduktion, Viehzucht, Heuhandel und Ganzpflanzensilage, erklärte William F. Norton, Vice President mit Zuständigkeit für das weltweite John-Deere-Geschäft mit Maschinen für die Heu- und Futterernte. Im Rahmen des Abkommens werde MacDon selbstfahrende Schwadmäher einschließlich der dazu gehörigen Vorsätze und Schwadversetzer für ausgewählte Märkte fertigen. „Die zwischen den Unternehmen getroffene Vereinbarung basiert auf einer bereits 30 Jahre bestehenden Geschäftsbeziehung“, stellte Allan MacDonald, Präsident und Geschäftsführer von MacDon ergänzend fest. Die Verfügbarkeit von Produkten, die aus diesem Abkommen hervorgehen, soll im Sommer bekanntgegeben werden. MacDon Industries Ltd. ist auf die Produktion gezogener und selbstfahrender Schwadmäher sowie auf bestimmte Ernte- und Einzugs-

vorsätze für Mährescher spezialisiert. Mit Hauptsitz in Winnipeg und Niederlassungen in den USA, Australien und Russland beschäftigt das mehr als 60 Jahre alte kanadische Unternehmen weltweit insgesamt gut 1 400 Mitarbeiter. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Zwei neue DLG-Seminare für Direktvermarkter

FRANKFURT. Im Rahmen von zwei neuen Seminaren, die von der Akademie der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) angeboten werden, erhalten bäuerliche Direktvermarkter Tipps zur kontinuierlichen Weiterentwicklung ihrer Betriebe; gleichzeitig erfahren sie, wie sie Zukunftschancen rechtzeitig erkennen können, um diese in Konzepten und Maßnahmen umzusetzen. Der Kurs „Fisch im Hofladen - aus dem Teich in den Tresen“ soll laut DLG Fischzüchter, Teichwirtschaften und landwirtschaftliche Direktvermarkter in einer Mischung aus Theorie und Praxis dabei unterstützen, das Produkt „Fisch“ - ob frisch, geräuchert oder als Feinkost - fachkundig, hygienisch und professionell direkt beim Kunden zu platzieren. Nach erfolgreicher theoretischer Einführung können die Teilnehmer in einer fische-reilichen Direktvermarktung eine Produkt- und Thekenschulung wahrnehmen, die 2011 vom renommierten Fischmagazin den Seafood Star 2011 für die beste Direktvermarktung erhalten hat. Das Seminar findet am 8. März 2012 in Neuenbürg-Eyachtal bei Pforzheim statt. Unter dem Motto „Mein Online-Shop - Tipps und Perspektiven“ steht das zweite Kursangebot, bei dem die Teilnehmer verschiedene Konzepte der Direktvermarktung von Lebensmitteln im Internet kennenlernen. Dazu werden deren Stärken und Schwächen analysiert und diskutiert. Zudem wird vermittelt, wie ein Online-Shop aufzubauen ist und wie eigene E-Business-Strategien entwickelt werden können. Zudem wird aufgezeigt, inwieweit Google, Ebay, Social Networks und andere Internet-Angebote effizient und kostengünstig genutzt werden können, um die eigene Internetpräsenz zu unterstützen. Das Seminar findet ebenfalls am 8. März statt, und zwar in Frankfurt am Main. (www.dlg-akademie.de) AgE

DEUTSCHLAND/WELT

FIRMENACHRICHTEN

BASF sieht Wert seiner Pflanzenschutz-Pipeline kräftig gestiegen

LUDWIGSHAFEN. Die BASF sieht durch Fortschritte bei der Entwicklung und Zulassung von Wirkstoffen den Wert der Produkt-Pipeline in seinem Unternehmensbereich Crop Protection um 400 Mio Euro auf insgesamt 2,8 Mrd Euro gestiegen. Wachstumstreiber sei vor allem das Fungizid F 500, dessen Spitzenumsatzpotential über 1,0 Mrd Euro liegen werde, erklärte der Konzern am Montag vergangener Woche in Ludwigshafen. Mit Xemium, dem neuen Blockbuster-Fungizid, das in Rekordzeit in den wichtigsten europäischen Getreidemärkten zugelassen worden sei, hätten Ende 2011 erste Umsätze verzeichnet werden können. Damit sei Xemium auf dem besten Weg, das geschätzte Spitzenumsatzpotential von mehr als 200 Mio Euro zu erreichen. Darüber hinaus seien mehrere Projekte vom frühen Forschungs- ins Entwicklungsstadium überführt worden, darunter auch erste Lösungen von der neu aufgebauten Einheit für Pflanzenressourcen- und Pflanzenstressmanagement namens „Functional Crop Care“, erläuterte die BASF. All diese Innovationen sollen nach Angaben des Konzerns bis zum Jahr 2020 in den

Markt eingeführt werden. Die BASF-Crop-Protection-Pipeline werde kontinuierlich mit starken Innovationen gefüllt, so Unternehmensbereichsleiter Markus H e l d t . Innerhalb von vier Jahren sei der Wert von 1,8 Mrd Euro auf 2,8 Mrd Euro gesteigert worden. Außerdem habe BASF 2011 einen großen Teil des Spitzenumsatzpotentials von 1,6 Mrd Euro der seit 2002 eingeführten Wirkstoffe realisiert. „Das zeigt unsere große Stärke, Produkte erfolgreich zu vermarkten“, betonte Heldt. Im selben Jahr habe das Unternehmen 9 % bis 10 % seines Pflanzenschutzumsatzes in Forschung und Entwicklung investiert. Innovationen, die in der laufenden Dekade auf den Markt kommen würden, hätten ein Spitzenumsatzpotential von 1,2 Mrd Euro. AgE

RUSSLAND/DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

AgroFarm 2012 mit 270 Ausstellern aus 23 Ländern

FRANKFURT. Die AgroFarm, Russlands bedeutendste Fachausstellung für moderne Tierhaltung und Tierzucht, kann auch in diesem Jahr wieder ein hervorragendes Anmeldeergebnis vorweisen. Auf dem Gelände des Allrussischen Ausstellungszentrums in Moskau werden von Dienstag bis Donnerstag dieser Woche rund 270 Aussteller aus 23 Ländern - darunter zahlreiche international führende Unternehmen - neueste Technologien und Verfahren sowie moderne Genetik für die Rinder-, Schweine-, Geflügel-, Ziegen- und Schafhaltung präsentieren. Damit setzt die Ausstellung nach Angaben der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) ihren Wachstumsprozess weiter fort: Die Zahl der Aussteller hat gegenüber der letzten Veranstaltung in 2011 um etwa 20 % zugenommen. Die stärksten Länderbeteiligungen kommen aus Deutschland, Dänemark, den USA, Frankreich und den Niederlanden. Veranstalter der AgroFarm sind die ZAO „MVK VVC“ und die DLG International GmbH, offiziell unterstützt vom Moskauer Landwirtschaftsministerium. Laut DLG gibt es neben dem Angebot der Aussteller auf der AgroFarm auch ein Informationszentrum sowie Specials zu wichtigen Themen. Im Rahmen des Specials „Integriertes Farm-Management“ stehen beispielsweise moderne Managementkonzepte für die Rinderhaltung im Fokus. Die Palette reicht von der reinen Melkarbeit bis hin zu Rentabilitätsfragen; die gesamte Produktionskette wird abgebildet, ergänzt durch integrierte Entscheidungsinstrumente und automatisierte Systeme. Auch das Special „Die russische Wissenschaft für die Tierproduktion“ wird wieder angeboten. Hier informieren führende Institute über ihre neuesten Forschungsergebnisse. Das Fachprogramm der AgroFarm besteht in diesem Jahr aus über 40 Konferenzen, Seminaren und Diskussionsrunden zu den wichtigsten Fragen der russischen Tierhaltung. AgE

FRANKREICH

PERSONALIEN

Beim Milcherzeugerverband steht ein Wachwechsel bevor

PARIS. Für den Vorsitz des französischen Milcherzeugerverbandes (FNPL) haben sich bereits zwei Bewerber als Nachfolger von Henri B r i c h a r t , der auf eigenen Wunsch nicht mehr kandidieren will. Auf dem FNPL-Jahreskongress am 5. April stellen sich Generalsekretär, Thierry R o q u e v e u i l und der amtierende Schatzmeister Patrick R a m e t zur Wahl. Im Vorfeld seines Ausscheidens drängte Präsident Brichart nachdrücklich darauf, bei der anstehenden Verordnung über

die Erzeugerorganisationen mit Blick auf die Vertragspolitik im Milchsektor unbedingt eine Schwelle, entweder in Form der anzuliefernden Milchmenge oder hinsichtlich der Zahl der angeschlossenen Produzenten, festzulegen, um diesen ein entsprechendes Gewicht bei den Preisverhandlungen mit ihren Abnehmern einzuräumen. Andernfalls drohe eine Bevormundung der Erzeuger, wie sie bedauerlicherweise die französische Privatmolkerei Lactalis praktiziere, warnte Brichart. Dem Unternehmen gehe es offensichtlich nur darum, seine Lieferanten einzuschüchtern. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Genossenschaften leisten Beitrag zur Lösung weltweiter Probleme

BERLIN. Ein positives Resümee haben der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV) sowie der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) nach Abschluss der Internationalen Grünen Woche (IGW) gezogen, auf der sie sich unter dem Motto „Aufbruch zum Grünen Wachstum“ erstmals gemeinsam präsentiert hatten. Wie die Verbände in einer gemeinsamen Pressemitteilung berichteten, wurde im Dialog mit Politikern, Fachbesuchern, Verbrauchern und Journalisten die Vielfalt der genossenschaftlichen Gruppe und ihre Bedeutung für das Wirtschaftsleben herausgestellt. Dabei sei deutlich geworden, dass die Genossenschaften in Deutschland, Europa und weltweit zur Lösung drängender Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft beitragen. Von vielen Besuchern seien Stimmen über ihre positiven Erfahrungen als Mitglieder oder Kunden genossenschaftlicher Unternehmen von den Wohnungsbaugenossenschaften bis zu den Agrargenossenschaften gekommen. Mit Politikern seien unter anderem die Themen Ausbau erneuerbarer Energien, Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und Sicherung des Veredelungsstandortes Deutschland erörtert worden. Thematisiert worden seien in diesem Zuge neben dem nationalen Leistungsspektrum auch der Beitrag der Genossenschaften zur nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit. „Diese positiven Erfahrungen bestärken uns, auf der Internationalen Grünen Woche 2013 erneut den Dialog mit den Messebesuchern zu führen“, kündigte DRV-Präsident Manfred Nüssel in seinem Fazit an. AgE

DEUTSCHLAND

FIRMENNACHRICHTEN

Auto-FOM-Anlage der Westfleisch in Coesfeld wieder in Betrieb

MÜNSTER. Der Schlachtkonzern Westfleisch darf am Standort Coesfeld wieder mit der Auto-FOM-1-Anlage Schlachtschweine klassifizieren. Wie das westfälische Unternehmen am Donnerstag vergangener Woche mitteilte, wird das Gerät bereits seit dem 24. Januar wieder für die Abrechnung von Schweinen eingesetzt, nachdem die Obereichsdirektion in Köln im Auftrag der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) dafür die Wiederzulassung erteilt hatte. Die Betriebserlaubnis der Anlage wurde am 9. Dezember entzogen, nachdem ein negativer Einfluss auf das Klassifizierungsergebnis für die Landwirte durch Reinigungswasser nicht ausgeschlossen werden konnte. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) schaltete daraufhin die Staatsanwaltschaft in Münster ein, Ermittlungen wegen eines Manipulationsverdachts wurden aufgenommen (AGRA-EUROPE, 52/11, LÄNDERBERICHTE 34). Laut Westfleisch liegen mittlerweile entlastende Gutachten

vor, deren Inhalte den Kooperationspartnern des Unternehmens im Rahmen der Westfleischtag 2012 vom 6. bis 9. Februar an den vier Betriebsstandorten Paderborn, Lübbecke, Hamm und Coesfeld erläutert werden sollen. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

nature.tec mit „großartigem Ergebnis“

BERLIN. Die Fachschau für Bioenergie und Nachwachsende Rohstoffe nature.tec ist am 29. Januar mit einem „großartigen Ergebnis“ zu Ende gegangen. Dieses Fazit hat das Service- und Organisationsbüro nature.tec gezogen. Nach dessen Angaben ließen sich von der Fachschau in diesem Jahr noch mehr Menschen begeistern als in den Vorjahren. So sei nicht nur ein großer Teil der mehr als 420 000 Besucher der Grünen Woche durch die Halle der nature.tec geströmt; auch eine beachtliche Anzahl Politiker habe sich dem diesjährigen Motto „Die Energiewende braucht uns“ angeschlossen. Damit sei es der bereits im fünften Jahr stattfindenden Fachschau gelungen, die wachsende Bedeutung des Themas Bioenergie und nachwachsende Rohstoffe im Zusammenhang mit der von der Regierung eingeläuteten Energiewende eindrucksvoll zu demonstrieren, betonte das Service- und Organisationsbüro. Die Neugier der Besucher galt nach Angaben des Veranstalters vor allem dem mit Biokraftstoffen fahrenden Rennwagen, den interaktiven Modellen von Bioenergieanlagen sowie den zahlreichen Quiz- und Mitmachaktionen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Neben den Fachbesuchern und Endverbrauchern, Schülergruppen und Familien hätten sich auch hochrangige Politiker unterschiedlicher Parteien den Besuch der nature.tec nicht nehmen lassen. Sie hätten der Fachschau noch mehr Aufmerksamkeit als in vergangenen Jahren gewidmet. Zu ihnen zählten dem Service- und Organisationsbüro nature.tec zufolge unter anderem der Regierende Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit, Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner und Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer. Der in diesem Jahr besonders große Andrang politischer Prominenz spiegle die rasante aktuelle Entwicklung im Energiesektor wider und verdeutliche die Rolle von Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen als unerlässlicher Beitrag zur Energiewende. AgE

DEUTSCHLAND

PUBLIKATIONEN

Fix Food: Ratgeber der Verbraucherzentralen zu gesunder Ernährung

FRANKFURT. Unter dem Titel „Fix Food- Preiswerte und schnelle Küche“ haben die Verbraucherzentralen einen neuen Ratgeber für eine schnelle, aber bekömmliche Küche herausgegeben. „Auch bei knappem Zeitbudget lässt es sich fantasievoll, gesund und lecker mit vielen frischen Zutaten kochen“, erklärte Andrea Schauf von der Verbraucherzentrale Hessen anlässlich der Veröffentlichung. Selbstgemachtes sei zudem deutlich preiswerter als viele Fertigprodukte. Im hektischen Alltag werde die Zeit zum Kochen aber oftmals knapp. Hier schaffe der „Fix Food“-Ratgeber Abhilfe. Er zeige, dass schnelle Küche ohne fette, süße oder salzreiche Fertigkost auskomme und dabei abwechslungsreich und preiswert sein könne. Die Broschüre enthält nach Angaben der Autoren rund 250 Rezeptideen, die „auch Kochmuffel unter Zeitdruck ausgewogen zubereiten können“ sowie praktische Tipps von der Essensplanung bis zur Lebensmittelauswahl im Supermarkt. Alle Rezepte benötigen höchstens 30 Minuten Vorbereitungszeit. Für Berufstätige, die mittags auswärts essen, gibt es Anregungen für Mahlzeiten zum

Mitnehmen, die kalt verspeist werden können. Neben den Rezepten bietet das Heft einen Infoteil mit Tipps zur zeitsparenden Essens- und Einkaufsplanung, zur Vorratshaltung und zur zweckmäßigen Küchenausstattung, die „fixes Kochen“ im Alltag ermöglicht. Zusätzlich werden die Palette an „Fix Food“-Produkten aus dem Supermarkt vorgestellt und Convenience-Produkte unter die Lupe genommen. Den Ratgeber gibt es zum Abholpreis von 9,90 Euro in allen Beratungsstellen der Verbraucherzentrale Hessen. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Noch Plätze in der Seminarreihe „ABC des Food-Exports“ frei

HANNOVER. In der Reihe „ABC des Food-Exports“, die die deutsche Exportförderorganisation „Food - Made in Germany“ im Frühjahr und Herbst dieses Jahres organisiert, sind in beiden Seminarblöcken noch Plätze frei. Wie die Organisation in einem Hinweis weiter mitteilte, dauert jedes Einzelseminar eineinhalb Tage, jeweils von Donnerstag bis Freitag Nachmittag, das auch separat gebucht werden kann; Auftakt ist der 1. März. Die Themen sind dem Veranstalter zufolge speziell auf Unternehmen der Lebensmittelwirtschaft abgestimmt. Seminarleiter und Hauptreferent ist Hatto B r e n n e r, der seit mehr als 25 Jahren in der Außenwirtschaft tätig ist. Als selbständiger Berater mittelständischer Unternehmen verfügt der Diplom-Wirtschaftsingenieur über Erfahrungen bei der Erschließung neuer Märkte. Darüber hinaus halten Exportmitarbeiter deutscher Unternehmen der Lebensmittelbranche Best-Practice-Vorträge. Die Seminare richten sich an Mitarbeiter von Unternehmen der deutschen Ernährungswirtschaft, die sich für Exporttätigkeiten qualifizieren wollen oder die Abläufe im Tagesgeschäft systematisch auffrischen und vertiefen wollen. (www.fmig-online.de) AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Kunst im Stall begeistert Besucher des ErlebnisBauernhofes

BERLIN. Mit annähernd 50 von ihm gestalteten Kühen und Schweinen hat der Designer Lutz M a d e r auf dem ErlebnisBauernhof der Internationalen Grünen Woche (IGW) 2012 die Besucher begeistert. Wie der Deutsche Bauernverband (DBV) dazu vergangene Woche berichtete, wollte der Künstler mit seinem Kunstwerk namens „Welt der Hoffnung“ auf die Sicherung der Welternährung aufmerksam machen. Mit Investitionen in die Landwirtschaft und die ländlichen Räume, auch in Entwicklungsländern, werde Wachstum und Wohlstand für die Bauernfamilien, Dörfer und Gemeinden erreicht, zitiert der DBV Mader. In diesem Jahr habe das Motto des ErlebnisBauernhofes „Aufbruch zu grünem Wachstum“ die Zukunft der Landwirtschaft in Europa und weltweit unterstrichen. Mader begleitete mit seiner Aktion den ErlebnisBauernhof zum vierten Mal. AgE

DEUTSCHLAND

FIRMENNACHRICHTEN

Biogasanlagen bilden virtuellen Kraftwerkeverbund

VECHTA. Der Biogasanlagenhersteller Weltec Biopower hat einen Kooperationsvertrag mit dem Direktvermarkter von Grünstrom Next Kraftwerke aus Köln geschlossen. Wie der An-

lagenbauer am vergangenen Freitag mitteilte, können damit viele Biogasanlagen zu einem sogenannten virtuellen Kraftwerkeverbund vernetzt werden. Die Vernetzung der Anlagen ermögliche dann, den produzierten oder zurückgehaltenen Strom als Flexibilitätsreserve auf dem Regelenergiemarkt zu attraktiven Preisen anzubieten. Bei gleichbleibendem Substrate-Einsatz erzielten die Landwirte somit höhere Erlöse. Mit der Integration in den „Next Pool“ erhalten die Betreiber laut Weltec Biopower ein jährliches Bereitstellungsentgelt. Auch bei vorübergehender Abschaltung der Anlage sei somit eine vollständige Kompensation der entgangenen Einspeisevergütung fällig, so dass keine finanziellen Einbußen entstünden. Im Gegensatz zu anderen erneuerbaren Quellen wie Sonne, Wind oder Wasser sei der in Biogasanlagen erzeugte Strom unabhängig von den äußeren Bedingungen verfügbar und könne zudem die erzeugte Energie speichern, betonte Weltec Biopower. Damit eigneten sich Biogasanlagen besonders gut für den virtuellen Kraftwerkeverbund. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

DLG International lädt zum Workshop „Nordamerika“ ein

FRANKFURT. Um den nordamerikanischen Agrarmarkt und seine Besonderheiten dreht sich ein Workshop, den die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) über ihre Tochter DLG International am 13. März in Frankfurt anbietet. Nach Begrüßung durch den Geschäftsführer der DLG International, Bernd K o c h, wird der Sprecher der AGCO/Fendt-Geschäftsführung, Peter-Josef P a f f e n, über die Herausforderungen und Chancen des nordamerikanischen Landtechnikmarktes informieren. Wie der Auf- und Ausbau von Marktbeziehungen gelingen kann, erläutern der Geschäftsführer des Unternehmens Cleanfix Nordamerika, Benjamin H ä g e l e, und der Vertriebsleiter der Brielmeier Motormäher, Roland P r i e b e. In einem weiteren Vortrag stellt der Regionaldirektor Nordamerika der KWS Saat AG, Dr. Rüdiger S t r o h m, den „US-Farmer“ als Kunden vor und beschreibt dessen Merkmale. Rechtsanwalt Carsten A l t i n g von der Hall Booth Smith & Slover Kanzlei aus den USA wird auf Fragen der Produkthaftung in den Vereinigten Staaten eingehen. Abgerundet wird das Workshopprogramm mit Informationen über die im Januar 2013 in Kansas City stattfindende Landwirtschaftsausstellung AG CONNECT Expo. Die Vorträge und die Diskussionen werden simultan in Deutsch und Englisch übersetzt. (www.agconnect.com/dlg) AgE

DEUTSCHLAND

PERSONALIEN

Hermann Pfanger mit der DBV-Ehren- plakette ausgezeichnet

BERLIN. Der Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Tabakpflanzler, Hermann P f a n g e r, ist für seine großen Verdienste um den Tabakanbau mit der Ehrenplakette des Deutschen Bauernverbandes (DBV) geehrt worden. Als kämpferischer Tabakvertreter sei er in die Geschichte des Tabakanbaus eingegangen und mit seiner Verabschiedung aus dem Ehrenamt gehe eine Ära zu Ende, hob DBV-Vizepräsident Norbert S c h i n d l e r hervor. Pfanger sei es gelungen, die deutschen Tabakpflanzler durch großes Engagement und politisches Geschick mit den witterungsmäßig bevorzugten Tabakpflanzern Südeuropas gleichzustellen, wie der DBV vergangene Woche weiter mitteilte. Auch bei seinen früheren ehrenamtlichen Stati-

onen bei der Landjugend, beim Pferdesport und in der Kommunalpolitik habe er tiefe Spuren hinterlassen. „Das Traditionsgut und Genussmittel Tabak passt aber offenbar nicht mehr in die heutige Welt, was an Werbe- und Rauchverbote sowie steigenden Tabaksteuern deutlich wird“, analysierte Schindler. Umso wichtiger sei die weiterhin gute und starke Begleitung, um den Betrieben eine wirtschaftliche Perspektive zu erhalten. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

DFWR-Messeauftritt auf der IGW „erfolgreich“

BERLIN. Nach dem Ende des Messeauftrittes des Deutschen Forstwirtschaftsrates (DFWR) bei der diesjährigen Internationalen Grünen Woche (IGW) in Berlin hat DFWR-Präsident Georg Schirmbeck eine positive Bilanz gezogen. „Wir konnten überzeugend vermitteln, dass die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Wälder eine Vielfalt an gesellschaftlichen Leistungen hervorbringt“, stellte Schirmbeck fest. Nach seinen Worten wäre ohne die Forstwirtschaft der ländliche Raum in mehrfacher Hinsicht ärmer. Der DFWR-Auftritt unter dem Motto „Nachhaltige Forstwirtschaft in Deutschland - eine starke Leistung!“ habe eine Vielzahl an Besuchern angelockt. Am Stand habe jeder Gast selbst einen Beitrag zur Stärkung der nachhaltigen Forstwirtschaft leisten können. Die an einem Holzrudergerät zu erbringende Leistung sei in eine entsprechende Anzahl an zunächst virtuellen Bäumen umgerechnet worden. Ziel sei es dabei gewesen, möglichst viele Bäume zu „errudern“. „Mit der Leistung, die unsere Besucher hier erbracht haben, knüpfen wir gedanklich an die Pionierleistung unserer forstlichen Vorfahren an, die unsere heutigen Wälder erst aufbauen mussten, um sie anschließend nachhaltig zu bewirtschaften“, erläuterte der DFWR-Präsident. An den zehn Messetagen seien auf diese Weise 7 621 Bäume errudert worden; der Rekord sei bei der Aktion von Oberfeldwebel Mathias Niedzieski mit 160 Bäumen in 60 Minuten Ruderzeit aufgestellt worden. Die entsprechende Anzahl der insgesamt zusammengekommenen Bäume werde der DFWR im Frühjahr zusammen mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg auf einer bislang waldfreien Fläche in der Niederlausitz anpflanzen. Hierbei solle besonders der Baum des Jahres 2012, die Europäische Lärche, verwendet werden. Schirmbeck wies darauf hin, dass mit der neuen Waldfläche ein Beitrag zur Stärkung der nachhaltigen Forstwirtschaft in Deutschland geleistet werde. AgE

DEUTSCHLAND

FIRMENNACHRICHTEN

Verbiogas erhält Innovationspreis

LEIPZIG. Die vor allem in Ostdeutschland gelesenen Zeitschriften Guter Rat und SUPERillu haben das reststoffbasierte Biogas der Firma Verbio zur „Innovation der Vernunft 2012“ gewählt. In einer Erklärung vom vergangenen Freitag wertet das Unternehmen die Auszeichnung als „klaren Beleg für das große Potential von Biogas als Kraftstoff der Zukunft“. „Mit unserem Biogas schonen Autofahrer nicht nur ihren Geldbeutel, sondern auch die Umwelt“, betont Verbio-Vorstandsvorsitzender Claus Sauter. Verbiogas werde ganz ohne die Verwendung von Nahrungsmittelrohstoffen hergestellt und verringere die CO₂-Emissionen um bis zu 90 % gegenüber fossilen Kraftstoffen. Guter-Rat-Chefredakteur Werner Zedler bekräftigte, ein Biokraftstoff, der aus agrarischen Reststoffen und damit definitiv nicht aus Nahrungsmitteln hergestellt werde, könne eine

wichtige Rolle dabei spielen, die Abhängigkeit von Erdöl zu reduzieren und die Ökobilanz der individuellen Mobilität zu verbessern. Die Auszeichnung ist ein Sonderpreis für innovative Konzepte und Produkte im Bereich der Mobilität, die im Rahmen der Preisverleihung für die „Autos der Vernunft“ seit 2007 von einer Jury vergeben wird. AgE

DEUTSCHLAND/NIEDERLANDE

VERANSTALTUNGEN

BDG mit „GartenLounge“ auf der Floriade 2012 in Venlo

BERLIN. Einen spannenden Einblick in die vielfältige und innovative Welt des Gartenbaus können Besucher von April bis Oktober 2012 auf der 6. Floriade im niederländischen Venlo gewinnen, wenn die Welt-Garten-Expo ihre Tore zum 60 ha großen Gelände öffnet. Wie der Zentralverband Gartenbau (ZVG) in einem Hinweis auf die alle zehn Jahre stattfindende Ausstellung weiter mitteilte, zeichnet die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft (DBG) für den deutschen Beitrag verantwortlich; insgesamt sind 40 Nationen vor Ort. Die „GartenLounge“ solle das Pendant zur heutigen Arbeits- und Geschäftswelt darstellen. In ihr kämen die Besucher über den Alltag hinaus an einen Platz, der zur Gelassenheit einlade; Entspannung, Relaxen und Ruhe stünden im Mittelpunkt, mit Einkehr und Muße sollten Bezüge zur Natur entdeckt werden können und so die Hektik aus Terminen und Veranstaltungen entrücken. Insgesamt besteht die Floriade, die erstmals im deutsch-niederländischen Grenzgebiet stattfindet, laut ZVG-Angaben aus fünf Themenbereichen, die durch Waldgebiete voneinander getrennt sind: diese lauten „Erkennen und Heilen“, „Erfahren und Entdecken“, „Natur und Industrie“, „Grüne Lebensqualität“ sowie „Kulturen der Welt“. Zentral inmitten der Themenfelder liege die „Allee der Gartenkulturen“, entlang der der „Bürogarten 2012“ von 15 Gartenarchitekten aus dem In- und Ausland auf jeweils ganz eigene Art und Weise interpretiert werde. Jeder dieser Gärten fungiere als Verlängerung und Relaxzone des im Anschluss an die Floriade 2012 auf dem Gelände entstehenden „Venlo GreenPark“, einer hochwertigen Gewerbefläche. Zur „Welt-Garten-Expo“ werden dem ZVG zufolge rund 2 Millionen Besucher erwartet. (www.floriade.de) AgE

DEUTSCHLAND/WELT

FIRMENNACHRICHTEN

Dank für langjährige Vorstandsmitglieder von German Sweets

KÖLN. Der Exportverband German Sweets hat die Internationale Süßwarenmesse (ISM) dazu genutzt, seinen langjährigen Vorstandsmitgliedern Helwig Gruyters und Uwe Vielstich für die große Unterstützung der Verbandsarbeit und ihr ehrenamtliches Engagement offiziell zu danken. „Die Expertise im Vorstand und in der Mitgliedschaft von German Sweets, wie sie die beiden Jubilare verkörpern, ist Garant dafür, dass insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen im Netzwerk an den Exporterfolgen der Branche teilhaben können“, betonte der Vorsitzende von German Sweets und Exportleiter des Unternehmens Niederegger, Willi Meier. Gruyters ist Inhaber der Firma Gruyters und feierte 2011 sein 25-jähriges Jubiläum im Vorstand von German Sweets. Vielstich, langjähriger Exportleiter des Schokoladenherstellers Feodora und nun Inhaber des Asienspezialisten Premium Confectionery, vollendete sein zehnjähriges Vorstandsjubiläum. Zum Auftakt der ISM veranstaltete

German Sweets mit Unterstützung des Bundeslandwirtschaftsministeriums am vorvergangenen Samstag die Sweets Night im Schokoladenmuseum in Köln. Dr. Hermann Josef Schlöder, Leiter des Referates Absatzförderung im Agrarressort, wies in seiner Begrüßungsrede auf die sich stetig wandelnden Rahmenbedingungen der deutschen Süßwarenindustrie hin. Das betreffe insbesondere die Rohstoffmärkte, vor allem den Zuckermarkt. Meier dankte den anwesenden Importeuren für ihre Treue zu den deutschen Herstellern. Dauerhaftes Wachstum in Exportmärkten sei vor allem durch gemeinsame Anstrengungen zu erreichen. Die deutsche Süßwarenindustrie verteidige seit mehreren Jahren erfolgreich den Titel des Exportweltmeisters. Der Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie (BDSI) hatte Ende Januar von einem geschätzten Exportumsatz von 5,67 Mrd Euro im Jahr 2011 berichtet; das wären 5,4 % mehr als 2010 (AGRA-EUROPE 05/12, MARKT+MEINUNG 7). AgE

DEUTSCHLAND/RUMÄNIEN VERANSTALTUNGEN

Auch Rumänien auf der BioFach 2012 vertreten

NÜRNBERG. Rumänien wird auf der „BioFach 2012“, die vom 15. bis 18. Februar in Nürnberg stattfindet, mit insgesamt 20 Unternehmen vertreten sein. Wenn auch die Gesamtzahl der Aussteller bescheiden sei, wolle Rumänien mit seiner Teilnahme aber zeigen, dass die rumänische Landwirtschaft über ein starkes Potential auf dem Gebiet der Bioproduktion verfüge, betonte der Präsident der Vereinigung für Ökolandwirtschaft in Rumänien „Bio Romania“, Marian Cioceanu, am Montag vergangener Woche in Bukarest. Die mittel- und langfristige Entwicklung einer ökologisch basierten Agrarwirtschaft sei für das Balkanland eine Strategie, um die Wirtschaftskrise erfolgreich zu bewältigen, so Cioceanu. Die Umstellung eines Teils der landwirtschaftlichen „Subsistenzbetriebe auf Mikro-Biobetriebe“ könnte außerdem einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der rumänischen Dörfer leisten. Neben der Förderung durch den Fachverband wird die Teilnahme der rumänischen Firmen, die überwiegend EU-zertifizierte Biolebensmittel präsentieren werden, auch vom Bukarester Wirtschaftsministerium unterstützt. AgE

DEUTSCHLAND PERSONALIEN

BMR: Neuer Leiter des Bereiches Kommunikation und Medien

NEUBURG. Beim Bundesverband der Maschinenringe (BMR) hat Christian Haschka zu Jahresbeginn die Leitung des Bereiches Kommunikation und Medien übernommen. Wie der BMR vergangene Woche weiter mitteilte, ist der 33-Jährige in dieser Position für die interne und externe Kommunikation des Verbandes verantwortlich und fungiert als Pressesprecher. Er berichte an BMR-Geschäftsführer Gerhard Röhr. Haschka hat Verbandsangaben zufolge Landwirtschaft studiert und war zuletzt mehrere Jahre als Berater in den Bereichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Unternehmen und Verbände der Agrarbranche tätig. Darüber hinaus habe er mehr als 13 Jahre als Redakteur und Moderator bei verschiedenen Radiosendern in Bayern und Baden-Württemberg gearbeitet. „Wir freuen uns, dass wir mit Herrn Haschka einen Kommunikationsprofi für diese Position gewinnen konnten, der die interne und externe Verbandskommunikation der Maschinenringe weiter ausbauen wird“, betonte Röhr. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Jaeger wirbt für neue IGW-Partner

BERLIN. Nach einem erfolgreichen Abschluss der Internationalen Grünen Woche (IGW) 2012 in Berlin geht der Blick bereits nach vorne auf die Vorbereitung für 2013. Wie IGW-Projektleiter Lars Jaeger auf einer Veranstaltung des Berufsverbandes Agrar, Ernährung, Umwelt (VDL) zum Ausstellungsende in Berlin erläuterte, soll nach Agrar-, Umwelt- und Forschungsressort zusätzlich das Bundesverkehrs- und -bauministerium für eine Teilnahme gewonnen werden. Mit ihm wolle die Messe das Thema Lebensraum Dorf in der Halle 4.2 ergänzen. Außerdem plant die Schau für 2013 eine stärkere Aquis im Ausland. Jaeger ist sicher, dass sich der inzwischen viel beachtete Agrarministertag auch auf das Engagement innerhalb der Grünen Woche auswirken wird. Die Ressortleiter wollten nicht nur am Treffen teilnehmen, sondern auch ihre Länderpräsenzen besuchen, betonte Jaeger. Nicht zuletzt weil Afrika im Fokus des Globalen Lebensmittel- und Agrarforums (GFFA) stehe, sei geplant, in den dortigen Ländern intensiver für eine Teilnahme an der IGW zu werben. Zufrieden zeigte sich der Projektleiter mit der neu gebildeten „Straße der Bundesländer“ auf dem Messegelände, bei der sich 14 Bundesländer in sieben aufeinander folgende Hallen darbten. Damit sei eine erfolgreiche Präsentation der einzelnen Region mit ihren Spezialitäten und Vorzügen möglich geworden. Als besonders gelungenes Beispiel bezeichnete dabei der Projektleiter die Vorstellung von Bayern, bei der Tradition und Moderne gelungen kombiniert worden seien. Andere Regionen müssten dagegen aufpassen, dass ihnen „ihre Felle nicht davonschwimmen“ und für das nächste Jahr „aufrüsten“. AgE

FINNLAND

FIRMENNACHRICHTEN

Neste Oil trotz Gewinneinbruchs im vierten Quartal 2011 optimistisch

ESPOO. Der finnische Mineralölkonzern Neste Oil hat im vierten Quartal 2011 einen deutlich kleineren Gewinn eingefahren. Nach 90 Mio Euro im Vorjahr habe das vergleichbare operative Ergebnis im vierten Quartal 2011 noch 14 Mio Euro erreicht, teilte das Unternehmen vergangene Woche in Espoo mit. Die schwächeren Zahlen seien unter anderem durch die umfangreichen Investitionen in erneuerbare Energien im Jahr 2011 zustande gekommen, hieß es bei der Bekanntgabe des Quartalsberichts. So habe man mit dem Aufbau einer ausschließlich auf pflanzliches Öl ausgerichteten Raffinerie in Rotterdam auf den anhaltenden Boom bei erneuerbaren Energien gesetzt. Trotz reger Nachfrage sei man aber in diesem Segment bis Jahresende noch in der „Verlustzone“ geblieben. Gleichzeitig habe der milde Winter im vierten Quartal 2011 einen deutlichen Dämpfer bei der Nachfrage für Heizöl verursacht. Das Unternehmen räumte außerdem Probleme mit den zunehmenden Überkapazitäten bei den weltweiten Raffineriekapazitäten für Mineralöl ein. Ungeachtet der Unsicherheiten in der europäischen Schuldenkrise geht der Konzern aber für 2012 von einem deutlich besseren Unternehmensergebnis als im Vorjahr aus. Insbesondere der Markt für Diesel aus erneuerbaren Quellen werde in den kommenden Quartalen deutlich wachsen und in Kürze auch profitabel sein, erklärten Unternehmensvertreter. AgE

DEUTSCHLAND/WELT

VERANSTALTUNGEN

Hohe Ausstellernachfrage für die EuroTier 2012

FRANKFURT. Für die diesjährige EuroTier zeichnet sich eine außerordentlich hohe Ausstellerteilnahme aus dem In- und Ausland ab. Das hat die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) als Veranstalter der Messe, die vom 13. bis 16. November in Hannover stattfindet, in der vergangenen Woche mitgeteilt. Bislang hätten sich mehr als 1 400 Unternehmen für die EuroTier angemeldet, davon insgesamt 200 Neuaussteller. Bereits das bisherige Anmeldeergebnis sei ein deutliches Zeichen für die herausragende Stellung der Veranstaltung als internationale Leitmesse für die moderne Tierhaltung. Es deute darauf hin, dass zur EuroTier mit weit mehr als 2 000 Ausstellern gerechnet werden könne. Eine Steigerung der Anmeldezahlen könne für alle Messebereiche verzeichnet werden, was sich in einem vollständigen Angebot sowohl im Schweine- und Rinderbereich als auch im Geflügelbereich niederschläge, erklärte die DLG. So werde die „World Poultry Show“ alle Marktführer aus Zucht, Haltung und Verarbeitung umfassen. Auf großes Ausstellerinteresse stoße auch die „BioEnergy Decentral“, die ein umfangreiches Angebot über die gesamte Breite der technologischen Entwicklungen auf dem Feld der Bioenergie sowie der regenerativen Energie präsentiere. Schließlich will der Bundesverband Praktizierender Tierärzte (bpt) laut DLG-Angaben auch in diesem Jahr wieder seinen Jahreskongress sowie die dazu gehörende Fachmesse „Veterinärmedizin“ zeitlich überlappend mit der EuroTier auf dem Messegelände in Hannover organisieren. AgE

DEUTSCHLAND

PUBLIKATIONEN

Broschüre zur Thüringer Biodiversitätsstrategie

ERFURT. Zur Frage, wie der Rückgang der biologischen Artenvielfalt gestoppt werden kann, hat das Landwirtschaftsministerium in Thüringen eine 102-Seiten starke Broschüre veröffentlicht, in welcher Lösungsansätze zum Erhalt der Biodiversität aufgezeigt werden. Mit der im Oktober 2011 von der Landesregierung beschlossenen Strategie will der Freistaat dem anhaltenden Schwund von Tier- und Pflanzenarten, Rassen und Sorten sowie ganzen Lebensräumen entgegenwirken. Die Publikation beschreibt die gegenwärtige Situation in Thüringen, formuliert Ziele und zeigt die Handlungsfelder, die sich die Landesregierung für die UN-Dekade der Biodiversität bis 2020 vorgenommen hat. Gleichzeitig wird dargestellt, wie sich jeder Bürger - beruflich, privat oder ehrenamtlich - für die Erhaltung der biologischen Vielfalt einsetzen kann. Die Strategie-Broschüre mit zahlreichen Fotos und Illustrationen kann in gedruckter Form beim Landwirtschaftsministerium in Thüringen bestellt werden. (<http://www.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload1281.pdf>) AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Demeter-Marktplatz auf der BioFach 2012 in Nürnberg

DARMSTADT. Der Anbauverband Demeter ist mit einem Marktplatz auf der BioFach 2012 vertreten, die vom 15. bis zum 18. Februar in Nürnberg stattfindet. Zu den Marktteilnehmern

gehören Winzer des Verbandes aus Deutschland, Österreich, Spanien und Frankreich. Ferner präsentieren Manufakturen ihr weltweites Sortiment. Darüber hinaus stellen Demeter-Partner ihre Neuheiten und „Klassiker“ vor. Erstmals tritt Demeter International mit einem eigenständigen Messeauftritt in der mittelfränkischen Metropole auf. Außerdem werden im Rahmen der BioFach die „Demeter-Produkte des Jahres 2012“ gekürt. Schließlich soll im Rahmen eines Fachkongresses darüber diskutiert werden, was die Biobranche tun kann, um Warenvernichtung zu vermeiden; zu den Diskutanten gehört unter anderem Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsminister Johannes R e m m e l. Auf einem anderen Kongress geht es um biodynamische Rebkulturen. AgE

DEUTSCHLAND

PERSONALIEN

Weihenstephaner Max-Schönleutner-Medaille für BayWa-Chef Lutz

MÜNCHEN. Klaus Josef L u t z, Vorstandsvorsitzender der BayWa AG, erhält für seine Verdienste um die Agrar- und Gartenbauwissenschaften an der Technischen Universität (TU) München kommende Woche die Max-Schönleutner-Medaille als höchste Auszeichnung des Campus am Wissenschaftszentrum Weihenstephan (WZW). „Die Verleihung der Medaille erfolgt auch stellvertretend für die gesamte Wirtschaft, die sich für Weihenstephan engagiert“, betonte Dr. Josef B o s c h vergangenen Mittwoch als Vorsitzender der Max-Schönleutner-Gesellschaft Weihenstephan, die die Medaille seit 2008 vergibt. Die BayWa AG stelle sich mit der Förderung von Forschung und Ausbildung in den Agrar- und Gartenbauwissenschaften dabei an die Spitze. Lutz habe wissenschaftliche Wegmarken gesetzt, die vorbildlich seien. Wie die BayWa AG mitteilte, hat Lutz seit 2010 einen Lehrauftrag für die Betriebswirtschaftslehre des Genossenschaftswesens inne. Daneben unterstütze das Unternehmen unter Leitung von Lutz viele Aktivitäten des WZW beziehungsweise des neuen agrarwissenschaftlichen Zentralinstituts, des „Hans-Eisenmann-Zentrums“. Schließlich habe die BayWa AG erst kürzlich eine Stiftungsprofessur für „Governance im internationalen Agribusiness“ an der TU München eingerichtet. Die Medaille wird Lutz anlässlich des bayerischen Agrartages 2012 an diesem Mittwoch in Straubing übergeben. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

TiHo-Symposium zu „Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch“

HANNOVER. Das 2. Symposium zum Thema „Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch“ der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover (TiHo) findet am 19. und 20. März 2012 im Bayer-Hörsaal des TiHo-Klinikums am Bünteweg statt. Wie die Hochschule in einem Veranstaltungshinweis mitteilte, beschäftigen sich die Referenten in ihren Übersichtsvorträgen mit der In-vitro-Prüfung des reproduktionstoxischen und krebserregenden Potentials von Chemikalien, Fragen der Qualität von Zelllinien, neuen Anwendungsgebieten für Lungenpräzisions-schnitte, der Optimierung der Planung und Auswertung von Tierversuchen sowie der Verbesserung von Narkose- und Analgesiemethoden bei Versuchstieren. Darüber hinaus werden elf TiHo-Arbeitsgruppen laufende Forschungsvorhaben vorstellen, in denen sie Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch entwickeln oder anwenden. (Dr. Pablo Steinberg, Telefon 0511/856-7545, pablo.steinberg@tiho-hannover.de) AgE

DEUTSCHLAND/EU

FIRMENNACHRICHTEN

Nordzucker beendet Rübenkampagne 2011/12

BRAUNSCHWEIG. Der Nordzucker Konzern hat die Rübenkampagne 2011/12 in allen drei Konzernregionen erfolgreich abgeschlossen. Wie Europas zweitgrößter Zuckerhersteller vergangene Woche weiter mitteilte, endete am vorigen Mittwoch nach 147 Tagen die bislang längste Kampagne des Konzerns. Bis dahin seien in den zusammen 13 Nordzucker-Werken insgesamt rund 18 Mio t Rüben verarbeitet worden. Produktionsvorstand Axel A u m ü l l e r unterstrich: „Eine gute Kampagnevorbereitung, ein höheres Instandhaltungsbudget und optimale Witterungsbedingungen haben dafür gesorgt, dass die Werke deutlich gleichmäßiger und auf einem optimierten Niveau laufen konnten.“ Warmes Wetter während der Wachstumsphase der Rüben und der Einlagerung des Zuckers, trockene Perioden bei der Ernte bis hin zu den guten Witterungsverhältnissen bei der Verladung hätten am Ende einer Bilderbuchkampagne geführt. Agrarvorstand Dr. Niels P ö r k s e n betonte: „Günstige Bedingungen wollen auch genutzt sein.“ Genau das sei den Landwirten und dem kompletten Konzernteam 2011 perfekt gelungen. Im Hinblick auf die Kampagnenergebnisse in den drei Konzernregionen erläuterte Nordzucker, im Gebiet Zentraleuropa hätten die Werke Uelzen und Clauen am 17. Januar nach 130 Tagen als letzte Standorte in Norddeutschland die Zuckerrübenkampagne beendet. Insgesamt seien in der Region Zentraleuropa bei Hektarerträgen von durchschnittlich 13 t Zucker 9,4 Mio t Rüben verarbeitet worden. Im Gebiet Nordeuropa rollte im dänischen Werk Nakskov Konzernangaben zufolge am vergangenen Mittwoch die letzte Rübe der Kampagne über die Förderbänder. Insgesamt wurden 2011/12 in Dänemark ungefähr 2,9 Mio t Rüben verarbeitet, in Litauen knapp 650 000 t, in Finnland rund 680 000 t und in Schweden etwas mehr als 2,4 Mio t. Die Kampagne in Osteuropa endete nach Mitteilung von Nordzucker bereits am 5. Januar in Opalenica. In der Slowakei wurden bis dahin zusammen 590 000 t Rüben und in Polen rund 1,3 Mio t Rüben verarbeitet. AgE

DEUTSCHLAND

VERANSTALTUNGEN

Wanderausstellung „Landschaftt Ressourcen“ im Deutschen Museum

MÜNCHEN. Die Wanderausstellung „Landschaftt Ressourcen“, die von der Senatskommission „Stoffe und Ressourcen in der Landwirtschaft“ der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) und vom Institut für Landschaftsökologie und Ressourcenmanagement der Justus-Liebig-Universität Gießen konzipiert wurde, ist noch bis zum 1. April 2012 zu Gast im Deutschen Museum in München. Wie die Technische Universität (TU) München in ihrer Funktion als Kooperationspartner der Ausstellung weiter mitteilte, sollen dort die Fragen beantwortet werden, wie sich Landschaftseingriffe auswirken und wo Konfliktpotentiale stecken. Darüber hinaus soll geklärt wer-

den, welche Ressourcen knapp sind und wie Landnutzung dazu beitragen kann, Ressourcen nachhaltig zu bewirtschaften. Außerdem erfahren die Besucher, welche Funktionen Landschaften haben - etwa das Klima zu regulieren, Grundwasser zu bilden, zur Lebensmittelproduktion, als Erholungsraum oder als Rohstofflieferant. (www.landschafttressourcen.de) AgE

DEUTSCHLAND

FIRMENNACHRICHTEN

Die DSV vertreibt die Biogassonnenblume PANDRA*

LIPPSTADT. Die Deutsche Saatveredelung AG (DSV) hat den Vertrieb der Biogassonnenblume PANDRA* übernommen und damit ihr Energiepflanzenportfolio erweitert. Wie das Zuchtunternehmen aus Lippstadt vergangene Woche weiter mitteilte, sind Sonnenblumen eine sinnvolle Ergänzung der Biogasfruchtfolgen, insbesondere angesichts der Forderung nach mehr Vielfalt im Energiepflanzenbau. Sonnenblumen eignen sich als Haupt- oder Zwischenfrucht. PANDRA* sei eine späte Biogassonnenblume mit sehr hohen Masseerträgen. Sie sei standfest, sehr groß und zudem gesund. Nähere Angaben und Anbauhinweise liefern Unternehmensangaben zufolge die neu erschienene DSV-Energiepflanzenbroschüre, die regionalen DSV-Vertriebsberater und das Internet. (www.dsv-saaten.de) AgE

DEUTSCHLAND

PERSONALIEN

Clemens Große Macke neuer Agrarsprecher der CDU-Landtagsfraktionen

HANNOVER. Clemens G r o ß e M a c k e ist der neue agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen. Die CDU-Agrarsprecher aus den Bundesländern wählten den Landwirtschaftsmeister und Unternehmensberater einstimmig am Rande der Internationalen Grünen Woche (IGW) in Berlin damit zum Nachfolger des sachsen-anhaltinischen CDU-Abgeordneten Bernhard D a l d r u p , der nicht mehr kandidiert hatte. Daldrup hatte das Amt in den vergangenen acht Jahren inne. Er wies am Montag vergangener Woche darauf hin, dass im Wahlkreis von Große Macke mehr als 6 % der Bevölkerung ihr Einkommen direkt aus der Landwirtschaft erwirtschaftete, verglichen mit nur noch 1 % im Bundesdurchschnitt. Zusätzlich befänden sich in der Region um Oldenburg große Betriebe der Lebensmittel-, Kunststoff- und Verpackungsindustrie sowie viele Marktführer für landwirtschaftliche Maschinen und Einrichtungen. „Mit Clemens Große Macke werden die Interessen des ländlichen Raums auch weiter mit Nachdruck in Berlin vertreten sein“, so Daldrup zu seinem Nachfolger. Niedersachsens CDU-Fraktionschef Björn T h ü m l e r erklärte, die Wahl von Große Macke zum agrarpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen spreche für dessen hohen landwirtschaftlichen Sachverstand und politischen Fähigkeiten. Mit Große Macke erhalte Niedersachsen einen weiteren Fürsprecher, der die Interessen des „Agrarlandes Nummer eins“ und seines ländlichen Raums engagiert auf der bundespolitischen Ebene vertreten werde. AgE

Stellungnahme des Beirates für Agrarpolitik zur Ernährungssicherung

Die Agrarwissenschaftler plädieren in ihrem Gutachten für eine nachhaltige Produktivitätssteigerung - Hunger ist nicht nur ein Verteilungsproblem - Standortangepasste Produktionssysteme und Wertschöpfungsketten statt global gültiger Patentrezepte - Keine Technologie von vornherein ausschließen

Nachfolgend veröffentlichen wir die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik beim Bundeslandwirtschaftsministerium zum Thema Ernährungssicherung, die dieser im Rahmen der Internationalen Grünen Woche (IGW) vorgestellt hat. In seinem Gutachten „Ernährungssicherung und nachhaltige Produktivitätssteigerung“ unterstreicht der Beirat die Notwendigkeit einer Steigerung der weltweiten Agrarproduktion. „Die verbreitete Sichtweise, der Hunger sei allein ein Verteilungsproblem, greift zu kurz“, heißt es darin. Nach Ansicht der Agrarwissenschaftler wird die weltweite Ernährungssicherung aufgrund knapper Ressourcen künftig auch zu einem „ernsten Mengenproblem“, weshalb eine „nachhaltige Produktivitätssteigerung“ in der Nahrungsmittelerzeugung gebraucht werde. Dabei gebe es keine global gültigen Patentrezepte. Vielmehr seien standortangepasste Produktionssysteme und Wertschöpfungsketten zu entwickeln, die auf eine effiziente Ressourcennutzung abzielen, so das Expertengremium. Es wendet sich dage-

gen, von vornherein bestimmte Technologien zu propagieren oder andere auszuschließen. Ebenso wenig sinnvoll ist aus Sicht des Beirates eine undifferenzierte Befürwortung von Strategien mit höheren oder niedrigeren Intensitäten für zugekaufte Inputs. Je nach Standort und Ausgangssituation seien unterschiedliche Lösungen sinnvoll. Polarisierende Kontroversen um verschiedene Technologien und landwirtschaftliche Produktionsformen seien hingegen kontraproduktiv. Eine wichtige Rolle messen die Wissenschaftler der Agrarforschung bei. Grundsätzlich positiv bewerten sie den internationalen Agrarhandel, wenn er nach fairen internationalen Regeln ablaufe. Entwicklungsländer und speziell Kleinbauern müssten aber in die Lage versetzt werden, stärker vom Handel zu profitieren. Ausdrücklich unterstrichen wird in dem Gutachten die wichtige Rolle der europäischen Landwirtschaft für die Sicherung der Welternährung. Der Beirat schlägt vor, das Ziel der Welternährung deutlicher in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu verankern. AgE

Inhalt	Seite
1. Einleitung.....	1
2. Bedeutung von Agrarpreisen für die Ernährungssicherung.....	1
3. Prognostizierte Entwicklungen der Nachfrage und des Angebots.....	2
3.1. Nachfragetrends.....	2
3.2. Angebotstrends.....	2
4. Kann der Nachfragetrend gebremst werden?.....	3
4.1 Bevölkerungswachstum.....	3
4.2 Konsum von Fleisch und anderen tierischen Produkten... 3	
4.3 Wegwerfproblematik.....	4
4.4 Bioenergie und andere nachwachsende Rohstoffe.....	5
4.5 Fazit zur Nachfrageseite.....	5
5. Ansatzpunkte zur Steigerung des Angebots.....	6
5.1 Bedeutung des technischen Fortschritts.....	6
5.2 Nachhaltige Produktivitätssteigerung.....	6
5.3 Was sind die richtigen Ansätze?.....	7
5.4 Spezielle Rolle des Kleinbauernsektors.....	8
5.5 Neue oder vorhandene Technologien?.....	9
5.6 Rolle des privaten Sektors.....	9
5.7 Implikationen für die Forschungsförderung.....	10
5.8 Rolle des Agrarhandels.....	10
6. Zusammenfassung und Empfehlungen an die Politik ...	11
Literatur.....	13

1. Einleitung

Ernährungssicherheit bedeutet, dass Menschen zu jeder Zeit ausreichend mit Lebensmitteln versorgt sind, um ein aktives und gesundes Leben zu führen. Nach wie vor ist dieses Ziel für einen erheblichen Teil der Weltbevölkerung nicht erreicht. Nach Zahlen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hungern derzeit fast 1 Milliarde Menschen, das heißt sie sind nicht ausreichend mit Nahrungsenergie versorgt (FAO 2010/11). Mehr als 2 Milliarden Menschen leiden an einer Unterversorgung mit Mikronährstoffen. Damit ist das Recht auf Nahrung global eines der am meisten verletzten Menschenrechte. Der größte Teil der hungernden und unterernährten Menschen lebt in den Entwicklungsländern, vor allem in Asien und Afrika, südlich der Sahara.

2. Gegenwärtig werden weltweit ausreichend Nahrungsmittel produziert, sodass bei einer ausgeglichenen Verteilung niemand Hunger leiden müsste. Auch das heutige Niveau der Bioenergienutzung führt noch nicht zu einer akuten Knappheitssituation. Es gibt also ein gravierendes Verteilungsproblem; selbst bei global ausreichender Verfügbarkeit haben viele Menschen keinen ausreichenden Zugang zu Lebensmitteln, weil sie zu arm sind. Armutsbekämpfung muss deshalb ein zentraler Ansatzpunkt für die Ernährungssicherung sein. Neben der Stärkung von Ausbildung, Gesundheit und sozialen Sicherungssystemen sind Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern von besonderer Bedeutung. Wachstum hat vor allem dann armutsmindernde Effekte, wenn es in denjenigen Sektoren stattfindet, die für arme Bevölkerungsgruppen besonders wichtig sind. Hierzu zählt insbesondere auch der Kleinbauernsektor.

3. Trotz der großen Bedeutung von Armutsbekämpfung steht diese nicht im Vordergrund der vorliegenden Stellungnahme. Vielmehr liegt der Fokus hier auf längerfristigen Nachfrage- und Angebotstrends, denn aus dynamischer Sicht lässt sich der Hunger nicht allein auf das Verteilungsproblem beschränken. Vor dem Hintergrund einer stark steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen droht künftig auch ein zunehmendes Mengenproblem. Ein global ausreichendes Nahrungsangebot ist keine hinreichende, aber dennoch eine notwendige Bedingung für Ernährungssicherheit. Die Erfüllung dieser notwendigen Bedingung stellt eine wachsende Herausforderung dar.

4. Während im Laufe des 20. Jahrhunderts die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel deutlich gesunken sind, hat sich der Trend in den letzten zehn Jahren umgekehrt. Derzeit kann der globale Angebotszuwachs kaum mit der Nachfrageentwicklung Schritt halten. Als Folge steigen die Preise, was zu einer Verschlechterung der Ernährungssituation mit beiträgt. Um den Hunger erfolgreich bekämpfen zu können, müssen drastische Preisanstiege verhindert werden. Die Agrarproduktion ist stark abhängig von natürlichen Ressourcen, die weltweit zunehmend knapp werden. Deswegen müssen innovative Ansätze für eine ressourcenschonende Angebotssteigerung entwickelt und umgesetzt werden. Gleichzeitig sind aber auch Maßnahmen zu ergreifen, die helfen können, den raschen Nachfrageanstieg zu bremsen, zumindest dort wo dies mit dem Ziel der Ernährungssicherung vereinbar ist.

5. Eine wichtige Frage mit Blick auf Politikempfehlungen ist, ob für die Ernährungssicherung staatliches Handeln überhaupt gerechtfertigt und erforderlich ist. Die Antwort ist ein klares „Ja“, weil verschiedene Formen von Marktversagen vorliegen. Die Nutzung natürlicher Ressourcen durch die Landwirtschaft erzeugt externe Effekte und betrifft globale öffentliche Güter. Zudem sprechen humanitäre Gründe dafür, der Ernährungssiche-

rung hohe politische Priorität einzuräumen. Der Zeitpunkt dieser Stellungnahme leitet sich aus der Dringlichkeit der Problematik ab, und daraus, dass viele nationale und internationale Organisationen die Relevanz des Themas neu erkennen und dabei sind, entsprechende Strategien und Programme zu erarbeiten. Beispielsweise seien hier die Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030 im nationalen und die „Rio+20“ Konferenz im internationalen Kontext genannt. Zur Notwendigkeit einer zusätzlichen Publikation sei erwähnt, dass viele der existierenden Studien widersprüchliche Sichtweisen und Argumentationslinien aufzeigen. Kontroverse Fragen, die die Thematik unweigerlich mit sich bringt, werden oft auf Basis sehr unterschiedlicher Grundpositionen diskutiert. Aus jeder Perspektive ergibt sich dann ein scheinbares Patentrezept, was aber der Komplexität der Zusammenhänge und der Heterogenität der Bedingungen an unterschiedlichen Standorten nicht gerecht wird.

6. Die vorliegende Stellungnahme will Argumentationsstränge zusammenführen und damit zu einer Überwindung weltanschaulicher Gegensätze beitragen. Die Thematik umfasst zahlreiche Aspekte, die hier zum Teil nur angerissen werden können. Ziel dieser Abhandlung ist es, eine breite Gesamtübersicht zu geben. Mit einigen, hier relevanten Themen hat sich der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik in jüngeren Gutachten und Stellungnahmen detaillierter auseinandergesetzt (zum Beispiel Bioenergie, Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, Risikomanagement). Für andere speziellere Fragen sind zukünftige Beiträge beabsichtigt.

2. Bedeutung von Agrarpreisen für die Ernährungssicherung

7. Die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und andere Agrarprodukte ergeben sich aus den Nachfrage- und Angebotstrends. Die Determinanten der Nachfrage und des Angebots werden im nächsten Kapitel analysiert. Zunächst erscheint es aber wichtig, den komplexen Zusammenhang zwischen Preisentwicklungen und Ernährungssituation zu klären (SWINNEN et al., 2011).

8. Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte profitieren von hohen Preisen, während Verbraucher belastet werden. Viele Entwicklungsländer haben komparative Vorteile im landwirtschaftlichen Bereich, sodass sie Exporteure landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind. Nettoexporteure profitieren grundsätzlich von hohen und steigenden Weltmarktpreisen. Vor diesem Hintergrund wurde die landwirtschaftliche Protektionspolitik der reichen Länder, mit ihrem senkenden Effekt auf die Weltmarktpreise, als überwiegend schädlich für die Entwicklungsländer eingestuft. Die Protektionspolitik hat ohne Zweifel das landwirtschaftliche Wachstum in vielen Entwicklungsländern gehemmt. Inzwischen sind die Entwicklungsländer als Gruppe allerdings Nettoimporteure von Getreide, wozu die Protektionspolitik der reichen Länder mit beigetragen hat. Vor allem die am wenigsten entwickelten Länder sind stark auf Getreideimporte angewiesen, sodass hohe Weltmarktpreise diesen Ländern nun tendenziell schaden. Für andere Agrargüter - wie Zucker, Baumwolle und typische tropische Produkte - sieht die Nettohandelsbilanz natürlich anders aus.

9. Eine Handelsbilanzperspektive für Länder und Regionen reicht allerdings nicht aus, um abzuschätzen, welche Rolle Preisentwicklungen für die Ernährungssituation in den Entwicklungsländern spielen. Hierfür ist es wichtig zu wissen, wer innerhalb dieser Länder Nettoverkäufer und Nettozukauf von Nahrungsmitteln ist. Für städtische Haushalte, die kaum eigene landwirtschaftliche Produktion betreiben, ist die Situation eindeutig: diese Haushalte leiden unter steigenden Preisen. 80 % aller hungernden Menschen in den Entwicklungsländern leben jedoch im ländlichen Raum; 50 % aller Hungernden sind

Kleinbauern (Weltbank, 2008). Dennoch: die Mehrheit dieser hungernden Menschen ist trotz der eigenen landwirtschaftlichen Produktion Nettozukauf von Grundnahrungsmitteln, sodass sich auch für sie steigende Preise nachteilig auswirken (IVANIC und MARTIN, 2008). Dies erklärt, warum die weltweiten Hungerzahlen in der Preiskrise 2007/08 deutlich angestiegen sind (FAO, 2009a).

10. Dass auch landwirtschaftliche Haushalte in den Entwicklungsländern Nettozukauf von Grundnahrungsmitteln sind, mag überraschend klingen. Es muss allerdings betont werden, dass sich diese Aussage nicht auf alle, sondern nur auf die Mehrheit derjenigen landwirtschaftlichen Haushalte bezieht, die unter Hunger und Armut leiden. Grundsätzlich gilt natürlich, dass steigende Agrarpreise landwirtschaftliches Wachstum und ländliche Entwicklung fördern, nur werden in vielen Fällen die Ärmsten der Armen kurzfristig kaum davon profitieren (FAO, 2011). Mittel- und längerfristig kann es indirekte Effekte geben, deren Analyse nur situationsspezifisch erfolgen kann.

11. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass die Preise innerhalb der Entwicklungsländer nicht unbedingt immer den Weltmarktpreisen entsprechen, weil auch nationale Preis- und Handelspolitiken eine wichtige Rolle für die einheimische Preisbildung spielen. Hinzu kommen schlechte Infrastruktur und andere Faktoren, die zu Marktineffizienzen und unvollständiger Preistransmission vor allem im ländlichen Raum beitragen.

12. Festzuhalten bleibt, dass die meisten hungernden Menschen von steigenden Weltmarktpreisen für Grundnahrungsmittel nicht profitieren oder sogar darunter leiden. Dieser Sachverhalt wird sich zukünftig eher verstärken, weil die Verstädterung in den Entwicklungsländern zunimmt. Viele arme Menschen geben 70 - 80 % ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus, sodass steigende Preise die Gefahr der Unterversorgung mit Kalorien und essenziellen Nährstoffen vergrößern (ECKER und QAIM, 2011; FAN et al., 2011). Manche Beobachter argumentieren deshalb, dass eine Aufrechterhaltung oder Wiedereinführung der Agrarprotektion in den reichen Ländern sinnvoll sein könnte, weil dies die Weltmarktpreise tendenziell senkt. Diese Argumentation übersieht allerdings die hohen volkswirtschaftlichen Kosten und Ineffizienzen einer solchen Politik. Insofern muss ein drastischer Preisanstieg auf dem Weltmarkt langfristig durch eine verantwortungsvolle Einflussnahme auf Nachfrage- und Angebotsentwicklungen verhindert werden. Fragen kurzfristiger Preisschwankungen (Preisvolatilität) hat der Wissenschaftliche Beirat jüngst diskutiert (ISERMEYER et al., 2011a). Auch kurzfristige Schwankungen können sich negativ auf die Ernährungssituation armer Bevölkerungsgruppen auswirken. Diese Effekte sollten vor allem durch bessere soziale Sicherungssysteme in den Entwicklungsländern abgefedert werden.

3. Prognostizierte Entwicklungen der Nachfrage und des Angebots

3.1. Nachfragetrends

13. Die Weltbevölkerung wird voraussichtlich bis 2050 auf über 9 Milliarden und bis 2100 auf rund 10 Milliarden Menschen anwachsen (UN, 2011). Darüber hinaus steigen durch wirtschaftliches Wachstum die Einkommen, insbesondere in den Entwicklungsländern, also dort wo derzeit eine Unterversorgung mit Lebensmitteln zu beobachten ist. Insofern müssen nicht nur die zusätzlichen Menschen ernährt werden, sondern auch die Nachfrage pro Kopf der Bevölkerung wird steigen. Und schließlich verändern sich durch wirtschaftliche Entwicklung, Globalisierung und Urbanisierung die Präferenzen und das Konsumverhalten. In fast allen Entwicklungsländern steigt vor allem die Nachfrage nach Fleisch und tierisch veredelten Produkten. So

hat sich in China in den vergangenen 15 Jahren der Konsum pro Kopf von Fleisch mehr als verdoppelt, während sich der Konsum von Milchprodukten verdreifacht hat. Ein Großteil der tierischen Veredelung findet heutzutage auf Basis hochkonzentrierter Futtermittel (Getreide, Leguminosen) statt, mit großen Energie- und Nährstoffverlusten. Dieser Trend wird sich in Zukunft weiter fortsetzen. Bis 2050 wird vermutlich die Hälfte der weltweiten Getreideproduktion als Tierfutter verbraucht werden. Die FAO schätzt, dass die globale Nachfrage nach Nahrungs- und Futtermitteln bis 2050 um 70 % steigen wird (FAO, 2009b).

14. Über den Trend bei Nahrungsmitteln hinaus wird die Nachfrage nach Agrarprodukten durch die steigende Nutzung von Bioenergie und anderen Stoffen aus Biomasse getrieben. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Produktion von Biokraftstoffen auf Basis landwirtschaftlicher Produkte weltweit mehr als verdreifacht. Vor allem in der EU und den USA ist die Nutzung von Bioenergie durch politisch festgesetzte Beimischungsquoten, Einspeisevergütungen und andere Formen der Subventionierung stark angestiegen. In Deutschland wurden 2011 rund 16 % der gesamten Ackerfläche mit Energiepflanzen angebaut, vor allem Raps für die Biodiesel- und Mais für die Biogasnutzung (FNR, 2011). In den USA werden derzeit rund 40 % der Maisproduktion zu Bioethanol verarbeitet. Aber auch in anderen Ländern zeichnen sich ähnliche Trends ab. In ihrem neuesten Agricultural Outlook Report prognostizieren OECD und FAO, dass bis 2020 rund 15 % der globalen Grobgetreide- und Pflanzenölproduktion und 30 % der Zuckerrohrproduktion zu Biokraftstoffen verarbeitet werden (OECD-FAO, 2011).

15. Obwohl genaue Prognosen schwierig sind, ist klar, dass diese Entwicklungen eine zusätzliche Herausforderung für die Agrarproduktion darstellen. Zusammengerechnet könnten die Entwicklungen in den Bereichen Nahrungsmittel und energetisch und stoffliche Biomasse bis 2050 ohne weiteres zu einer Verdopplung der Nachfrage nach Agrarprodukten führen (Weltbank, 2008; Royal Society, 2009; GODFRAY et al., 2010; OXFAM, 2011); dies würde einen Nachfrageanstieg von jährlich rund 1,8 % bedeuten.

3.2. Angebotstrends

16. In den letzten 50 Jahren hat sich die globale Nahrungsproduktion etwa verdreifacht. Dieser Anstieg ist vor allem auf züchterischen Fortschritt und einem Mehreinsatz von Agrartechnik, Wasser, Dünger, chemischen Pflanzenschutz und anderen Betriebsmitteln zurückzuführen. Insgesamt konnte in diesem Zeitraum das Angebot an Nahrungsmitteln zu relativ niedrigen Kosten gesteigert werden, sodass die realen Preise auf dem Weltmarkt im Zeitablauf gesunken sind. Diese Situation hat mit dazu beigetragen, dass globale Produktionssteigerungen in der Öffentlichkeit heute nicht mehr als prioritär zur Hungerbekämpfung angesehen werden. Eine zeitliche Aufspaltung der Entwicklungen zeigt jedoch, dass sich die Situation seit den neunziger Jahren verändert hat und das Wachstum der Produktion hinter dem weiterhin raschen Wachstum der Nachfrage zurückzubleiben droht. Während der Maisertrag im weltweiten Durchschnitt nach wie vor mit über 1,5 % pro Jahr wächst, sind die Weizen- und Reiserträge in den letzten zwei Jahrzehnten um jährlich weniger als 1 % gewachsen (FISCHER et al., 2009; VON BRAUN und QAIM, 2009).

17. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass dem prognostizierten Nachfragewachstum bis 2050 von jährlich ca. 1,8 % mit einer bloßen Fortschreibung des derzeitigen Angebotstrends nicht begegnet werden kann. Erschwerend hinzu kommt der Klimawandel. Während sich steigende Temperaturen in einigen Teilen

der Nordhalbkugel positiv auf die Landwirtschaft und pflanzliche Erträge auswirken könnten, werden vor allem die Entwicklungsländer stark negativ betroffen sein. Modellrechnungen zeigen, dass auf globaler Ebene die negativen Effekte die positiven wahrscheinlich überwiegen werden, sodass der Klimawandel die Weltnahrungsproduktion vermutlich senken wird (NELSON et al., 2010; FORESIGHT, 2011). Regional könnte es durch eine Erhöhung der Durchschnittstemperatur, veränderte Niederschlagsmuster und häufigeres Auftreten von Wetterextremen erhebliche negative Auswirkungen geben. In Südasiens werden für Weizen ohne geeignete Anpassungsstrategien Ertragseinbußen von über 25 % befürchtet; ähnlich hoch könnten die möglichen Einbußen für Mais in Afrika sein (FAO, 2009b; LOBELL et al., 2011).

18. Ein Mehreinsatz natürlicher Ressourcen wird nur begrenzt zur Produktionssteigerung beitragen können. Derzeit werden weltweit rund 1,4 Mrd ha als Ackerfläche genutzt. Zusätzliches Land in Ackerfläche umzuwandeln, ist in manchen Teilen der Welt grundsätzlich noch möglich, wird aber mit steigenden ökologischen Kosten verbunden sein. Selbst wenn keine Waldflächen betroffen sind, bedeutet der Umbruch von natürlich bewachsenen Flächen eine zusätzliche Freisetzung von Treibhausgasen (BERINGER et al., 2011; WBGU, 2011). Darüber hinaus kann es, je nach Standort, zu einer Beeinträchtigung der Biodiversität kommen. In den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und teilweise auch in Afrika gibt es brachliegendes Ackerland in beträchtlicher Größenordnung, welches relativ leicht wieder bewirtschaftet werden könnte. In Afrika und Lateinamerika gibt es darüber hinaus große Flächen an Gras- und Savannenland, welches unter Umständen für den Ackerbau genutzt werden könnte. Andererseits gehen der Pflanzenproduktion weltweit jährlich ca. 5 Mio ha durch Bodendegradation verloren (UNEP, 2007). Hinzu kommen Ackerlandverluste durch die Ausdehnung von Siedlungs- und Verkehrsflächen. Steigende Agrarpreise werden automatisch dazu führen, dass zusätzliches Land in Kultur genommen wird. Aber, vor dem Hintergrund der damit verbundenen Umwelt- und Klimakosten sollte dieser Effekt nicht als globaler Lösungsansatz betrachtet werden.

19. Die Steigerung der pflanzlichen Produktion wird - wie auch in den letzten Jahrzehnten - zukünftig in erster Linie durch höhere Erträge pro Hektar erfolgen müssen. Zusätzliche Bewässerung wird nur an wenigen Standorten möglich sein. Süßwasser ist vielerorts extrem knapp und stark übernutzt, was sinkende Grundwasserspiegel, versiegende Flüsse und menschliche Konflikte nach sich zieht. Ebenso kann der zusätzliche Einsatz chemischer Dünge- und Pflanzenschutzmittel nicht als globaler Lösungsansatz gelten. In den vergangenen Jahrzehnten hat der vermehrte Einsatz von Agrarchemikalien erheblich zur Ertragssteigerung beigetragen. vielerorts könnte eine verstärkte Nutzung auch weiterhin die Erträge erhöhen. Andererseits können durch intensive und unsachgemäße Anwendung auch negative Umwelteffekte entstehen, wie Nitratauswaschung, Gewässereutrophierung und Verlust an Biodiversität (IAASTD, 2009). Darüber hinaus werden wichtige Grundstoffe für die Herstellung von mineralischen Düngemitteln knapper und teurer. Die Produktion von Stickstoffdünger ist energieintensiv, so dass Preise für Düngemittel eng mit dem Rohölpreis korrelieren. Nach Einschätzung einiger Experten könnten auch die leichter erschließbaren Weltphosphorreserven in absehbarer Zeit aufgebraucht sein (CORDELL et al., 2009).

20. Künftige Entwicklungen der agrarischen Nachfrage und des Angebots lassen sich nur annähernd prognostizieren - schon allein deswegen, weil politische Eingriffe eine wichtige Rolle

spielen können. Die langfristigen Trends deuten aber darauf hin, dass auch zukünftig mit steigenden Agrarpreisen zu rechnen ist (OECD-FAO, 2011). Wie stark der Preisanstieg ausfallen wird, hängt davon ab, wie stark die Trends beeinflusst werden können; beispielsweise durch eine Eindämmung der Nachfrage oder Investitionen in die Agrarforschung und Technologie zur nachhaltigen Angebotssteigerung. Diese Aspekte werden im Folgenden diskutiert. Wie oben erläutert gilt es mit Blick auf die Ernährungssicherung, einen knappheitsbedingten Preisanstieg so gering wie möglich zu halten.

4. Kann der Nachfragetrend gebremst werden?

21. In der Diskussion um die Welternährung und das Gleichgewicht zwischen Nahrungsangebot und Nachfrage wird der Nachfragetrend häufig als gegeben angenommen, so dass Handlungsmöglichkeiten allein auf der Angebotsseite gesucht werden. In diesem Kapitel wird zunächst kritisch hinterfragt, ob es nicht auch auf der Nachfrageseite Potential zur Beeinflussung gibt.

4.1. Bevölkerungswachstum

22. Ein nach wie vor wesentlicher Bestimmungsfaktor für den Anstieg der globalen Nachfrage nach Nahrungsmitteln und anderen Agrarprodukten ist das Bevölkerungswachstum. Dies hat sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte weltweit deutlich abgeschwächt; beträgt aber derzeit jährlich immer noch etwa 1 %. Nach jüngsten Schätzungen der Vereinten Nationen wird die Weltbevölkerung noch bis 2100 auf dann ca. 10 Milliarden Menschen anwachsen und danach etwa konstant bleiben (UN, 2011). Das Wachstum in den kommenden Jahrzehnten wird fast ausschließlich in den Entwicklungsländern stattfinden. Mit steigendem Lebensstandard sinkt die durchschnittliche Geburtenrate. Bevölkerungspolitische Maßnahmen - wie bessere Ausbildung und verbesserter Zugang zu Verhütungsmitteln - können diesen demografischen Wandel beeinflussen, sind aber zum Teil in den Bevölkerungsprojektionen bereits berücksichtigt. Drastischere Maßnahmen, wie die Ein-Kind-Politik in China, können das Bevölkerungswachstum in stärkerem Maße bremsen, sind aber aus verschiedenen Gründen kritisch zu betrachten. Die beste Bevölkerungspolitik ist die Ausbildung und Emanzipation von Frauen in den Entwicklungsländern; die Stärkung der Rolle von Frauen kann auch in vielfältiger anderer Hinsicht zur Ernährungssicherung beitragen (QUISUMBING et al., 1995; IAASTD, 2009). Deutliche Veränderungen in den Geschlechterrollen sind aber ein langfristiger kultureller Prozess, der von der Politik angestoßen und begleitet, aber kaum kurzfristig verordnet werden kann.

4.2. Konsum von Fleisch und anderen tierischen Produkten

23. Ein weiterer wichtiger Bestimmungsfaktor für die Nachfrage ist das Einkommenswachstum in den Entwicklungsländern und der damit verbundenen Veränderung im Konsum. Dass in Armut lebende Menschen bei steigendem Einkommen mehr Nahrung nachfragen, ist aus Perspektive der Ernährungssicherung ein erwünschter Effekt. Eine wichtige Frage ist jedoch, ob der steigende Konsum von Fleisch und anderen tierischen Produkten beeinflusst werden kann und soll. Neben den erheblichen Veredelungsverlusten ist die tierische Produktion für einen signifikanten Teil der landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich, so dass eine starke Ausdehnung nicht nachhaltig erscheint (FAO, 2006). Bei reduziertem Fleischkonsum könnten mehr Menschen mit Kalorien versorgt werden, was das Mengenproblem erheblich relativieren würde. In der Energiebilanz schneidet Rindfleisch schlechter ab als Schweine- oder Geflügelfleisch. Aber auch Milchprodukte, insbesondere Hartkäse, sind mit beträchtlichen Veredelungsverlusten verbunden.

24. Ist eine Reduktion des Konsums tierischer Produkte möglich und realistisch? Eine regional differenzierte Betrachtung ist notwendig, wie am Beispiel des Fleischkonsums verdeutlicht werden soll. In Deutschland und den meisten anderen reichen Ländern wird Fleisch im Übermaß konsumiert, was das Risiko von Herzkreislaufproblemen und anderen chronischen Erkrankungen erhöht (FRIEL et al., 2009). Im Durchschnitt der Industrieländer liegt der jährliche Fleischverbrauch bei 88 kg pro Kopf. Hier wäre eine bedeutende Reduktion durchaus empfehlenswert - auch aus ernährungsphysiologischer Sicht. In vielen Entwicklungsländern sieht die Situation hingegen anders aus. In Südasiens und Afrika, südlich der Sahara, werden im Schnitt weniger als 10 kg Fleisch pro Kopf und Jahr verbraucht. Fleisch enthält essentielle Aminosäuren und Mikronährstoffe, wie Eisen und Zink, an deren Mangel weite Teile der Bevölkerung in den Entwicklungsländern leiden - mit oftmals schwerwiegenden Gesundheitsfolgen. Insofern ist dort eine Erhöhung des Fleischkonsums gesundheitsförderlich. Eine pauschale Forderung zur Reduktion des Fleischkonsums in den Entwicklungs- und Schwellenländern ist also nicht angebracht. Da die Zahl der Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern sehr viel größer ist als die Zahl der Menschen in den Industrieländern, wird eine Reduktion des Fleischkonsums hierzulande die Tatsache eines global steigenden Fleischkonsums nicht grundsätzlich ändern.

25. Trotzdem ist ein geringerer durchschnittlicher Fleischverzehr in den Industrieländern angezeigt. Die Industrieländer haben auch im Hinblick auf Lebensstile eine gewisse Beispielfunktion, so dass dies langfristig den Konsumtrend in den Entwicklungsländern ebenfalls beeinflussen könnte. Allerdings stellt sich die Frage geeigneter politischer Instrumente. Aufklärung über ausgewogene Ernährung und die negativen Gesundheitseffekte von zu viel Fleisch wird in Deutschland seit vielen Jahren betrieben, aber die Konsumgewohnheiten ändern sich nur sehr langsam. Hier sollten die Anstrengungen erhöht werden. Weil Konsumpräferenzen durch Habitualisierung bereits im Kindesalter geprägt werden, ist die schulische Ausbildung ein wichtiger Ansatzpunkt. Viele Kinder und Jugendliche nehmen inzwischen auch regelmäßig warme Mahlzeiten in Kindertagesstätten, Schulkantinen beziehungsweise Mensen ein, wo auch durch eine geeignete Zusammenstellung der Speisepläne Einfluss auf geschmackliche Gewohnheiten genommen werden kann.

26. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass diese wichtigen Ansätze allein kurz- und mittelfristig drastische Verhaltensänderungen bedingen werden. Als zusätzlicher Negativanreiz wird teilweise eine Fleischsteuer diskutiert, die der Beirat jedoch kritisch betrachtet. Aus theoretischer Perspektive spricht nichts dagegen, Konsumgüter auf Basis ihres tatsächlichen Ressourcenanspruchs zu besteuern, wenn dieser sich nicht in den Marktpreisen widerspiegelt. Allerdings wäre es unlogisch, dies nur für Fleisch zu tun und nicht ebenso auch für andere ressourcenintensive Güter wie Käse, Baumwollprodukte oder Haustierfutter. Zudem müssten die konkreten Produktionsbedingungen berücksichtigt werden, die den Ressourcenverbrauch beeinflussen können. Der Bewertungsaufwand für eine sachgerechte Besteuerung wäre demnach sehr groß, so dass die praktische Umsetzung zumindest kurzfristig unrealistisch erscheint. Der Beirat gibt allerdings zu bedenken, ob die allgemeine Umsatzsteuervergünstigung für Lebensmittel, die ja genau in die gegenteilige Richtung wirkt, in Deutschland noch zeitgemäß ist. Die Zeiten, in denen die Verbesserung der Ernährung über alle Bevölkerungsschichten hinweg durch die Verbilligung von Lebensmitteln ein wichtiges Ziel war, sind hierzulande glücklicherweise vorbei. Eine einheitliche Umsatzsteuer für alle Güter und Dienstleistungen würde zur Steu-

ervereinfachung und durch Minderung von Preisverzerrungen zumindest ein Stück weit zur effizienteren Ressourcennutzung beitragen.

4.3. Wegwerfproblematik

27. Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass nur ein Teil der weltweit produzierten Nahrungsmittel letztlich auch von den Konsumenten verzehrt wird. Der Rest verdirbt und wird weggeworfen. Weltweit werden die Verluste nach der Ernte auf 30 % und höher geschätzt (UNEP, 2011; DUSSELDORP und SAUTER, 2011). Hinsichtlich der Ursachen und Politikansätze zur Reduktion der Verluste muss allerdings deutlich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern differenziert werden. In den Entwicklungsländern treten hohe Verluste durch inadäquate Lagerbedingungen, fehlende Verarbeitungstechnologien, mangelnde Straßen und Transportmöglichkeiten und insgesamt schlecht funktionierende Märkte auf. Die auf dem Weg von der landwirtschaftlichen Produktion bis zum Einzelhandel verderbenden Lebensmittel erreichen nie den Verbraucher. Insofern handelt es sich um Nachernteverluste, die das potentielle Angebot an Lebensmitteln beeinträchtigen und deswegen auf der Angebotsseite in Kapitel 5 diskutiert werden. In den Industrieländern hingegen werden erhebliche Mengen an Lebensmitteln im Einzelhandel und in den Privathaushalten verschwendet und weggeworfen. Diese Wegwerfproblematik ist eng mit Konsumpräferenzen verknüpft, so dass hier auf der Nachfrageseite näher darauf eingegangen wird.

28. Die Wegwerfproblematik nimmt tendenziell mit steigendem Wohlstand zu, weil sich Präferenzen und Konsumgewohnheiten verändern. Konsumenten hierzulande sind es gewohnt, im Supermarkt oder im Fachgeschäft eine vielfältige Auswahl an Lebensmitteln vorzufinden, selbst dann wenn kurz vor Geschäftschluss eingekauft wird. Außerdem haben viele Verbraucher die Angewohnheit, im Supermarkt stets die Lebensmittel mit dem längsten Mindesthaltbarkeitsdatum zu wählen. So verderben viele Lebensmittel in den Regalen, vor allem in kleineren Geschäften mit niedrigem Warenumsatz. Auch im Privathaushalt wird häufig so eingekauft und gelagert, dass eine große Auswahl an leicht verderblichen Lebensmitteln ständig verfügbar ist. Gleichzeitig ist die Hemmschwelle, Lebensmittel wegzuerwerfen, heute deutlich geringer als früher, als noch mehr Menschen in den Industrieländern aus eigener Erfahrung wussten, was Hunger bedeutet. Insofern werden auch in vielen Privathaushalten größere Mengen an Lebensmitteln weggeworfen. Hinzu kommt der steigende Anteil des Außer-Haus-Verzehrs, bei dem aus verschiedenen Gründen Lebensmittel ebenfalls in nicht unerheblicher Menge weggeworfen werden (müssen).

29. Die Wegwerfproblematik wird sich durch verbesserte Logistik allein nur begrenzt reduzieren lassen. Vor- und Nachteile einer übervorsichtigen Festlegung und Interpretation des Mindesthaltbarkeitsdatums müssen überdacht werden. Einem erheblichen Teil der Verbraucher ist es nicht ausreichend bewusst, dass viele Lebensmittel auch nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums noch bedenkenlos verzehrt werden können. Insofern besteht Aufklärungsbedarf. Bei dauerhaft haltbaren Lebensmitteln (zum Beispiel Zucker, Mehl, Nudeln) sollte erwogen werden, ganz auf ein Mindesthaltbarkeitsdatum zu verzichten. Leicht verderbliche Lebensmittel (zum Beispiel Fleisch, Wurst, Fisch) tragen hingegen ein Verbrauchsdatum, das aus gesundheitlicher Sicht auch sinnvoll und wichtig ist.

30. Wichtige Ursache für die Wegwerfproblematik sind aber die veränderten Präferenzen und Konsumgewohnheiten als inhärentes Phänomen der Wohlstandsgesellschaft. Dass Lebensmittel möglichst nicht weggeworfen werden sollten, ist ein Bestandteil

der Kindererziehung, der im Zeitablauf leider an Bedeutung verloren hat. Öffentliche Bewusstseinsbildung muss dazu beitragen, die gesellschaftliche Wertschätzung von Lebensmitteln wieder zu vergrößern. Auch hierbei spielt Habitualisierung eine große Rolle, so dass die Bewusstseinsbildung vor allem im Kindesalter ansetzen muss. Bildungsangebote, insbesondere in Kindergärten und Schulen (Schulküchen sowie Ernährungs- und Kochunterricht), sind wichtige Ansatzpunkte. Darüber hinaus könnten Kinderbücher und kindgerechte Fernsehsendungen Aspekte des nachhaltigen Konsums stärker thematisieren. Entsprechende Programme sollten wissenschaftlich begleitet werden, um realitätsnah zu sein und Romantisierung zu vermeiden.

31. Auch die Steuerpolitik könnte grundsätzlich einen Beitrag dazu leisten, die gesellschaftliche Wertschätzung von Lebensmitteln wieder zu erhöhen. In Deutschland sind Lebensmittel so günstig, dass viele Haushalte beim Einkauf bewusst mit einplanen, einen gewissen Teil am Ende vielleicht nicht zu verzehren. Der Beirat plädiert nicht für eine grundsätzliche Lebensmittelsteuer, weil diese sich sozial nachteilig auswirken könnte. Allerdings ist der oben bereits angesprochene verringerte Umsatzsteuersatz für Lebensmittel kontraproduktiv für die nachhaltige Ressourcennutzung. Eine Umsatzsteuerangleichung für Lebensmittel aber auch für andere ermäßigte Güter und Dienstleistungen wäre also auch aus dieser Perspektive erwägenswert. Im Einzelfall, möglicherweise entstehender sozialer Härten, sollte der Staat durch gezielte Einkommenshilfen abfedern. Die beträchtlichen zusätzlichen Steuereinnahmen würden hierfür, und auch für andere Maßnahmen, neue finanzielle Spielräume eröffnen.

32. Die genannten politischen Ansätze können helfen, die Wegwerfproblematik zu reduzieren. Sie werden aber die sich mit steigendem Wohlstand verändernden Verhaltensmuster nicht umkehren. Insofern ist absehbar, dass die Wegwerfproblematik in den Entwicklungs- und Schwellenländern mittelfristig eher zunehmen wird, was wiederum eine Zahl von Menschen betrifft, die die Bevölkerung in den Industrieländern weit übersteigt. Im Hinblick auf nachhaltige Ressourcennutzung sollte deswegen auch über eine effiziente Verwertung von Abfällen nachgedacht werden, zum Beispiel in Biogasanlagen.

4.4. Bioenergie und andere nachwachsende Rohstoffe

33. Die Landwirtschaft produziert nicht nur Lebensmittel, sondern auch nachwachsende Rohstoffe für die industrielle Nutzung. Obwohl Bioenergie vom Acker derzeit nur weniger als 1 % des gesamten Weltenergieverbrauchs ausmacht, ist die Nutzung in den letzten Jahren stark angestiegen - ein Trend, der sich in Zukunft vermutlich fortsetzen wird. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass bei steigenden Rohölpreisen Biopolymere vom Acker an Bedeutung gewinnen.

34. Trotz der global noch begrenzten Rolle hat die expandierende Nutzung von Biokraftstoffen in den vergangenen fünf Jahren mit zu den Preisspitzen auf den Welt-Nahrungsmittelmärkten beigetragen (OECD-FAO, 2011; CIAIAN und KANCS, 2011). Dies ist nicht verwunderlich, weil Biokraftstoffe der ersten Generation (Bioethanol, Biodiesel) direkt aus Getreide, Ölsaaten und Zucker gewonnen werden. Viele Länder haben sich für die kommenden Jahre und Jahrzehnte mit Blick auf Bioenergie sehr ehrgeizige Ziele gesteckt. In der EU sollen bis 2020 10 % der Transportenergie durch erneuerbare Quellen generiert werden. Bezogen auf Biokraftstoffe würde dies nach jetzigem Stand der Technologie einen beträchtlichen Teil der EU-Ackerfläche beanspruchen - auch dann, wenn anderweitig verwertbare Kuppelprodukte mit berücksichtigt werden. Alternativ müssten Biokraftstoffe aus Drittländern importiert werden. Neben der EU

und den USA haben inzwischen auch Schwellenländer wie Brasilien, China, Indien und Indonesien ähnliche Ziele mit entsprechenden Beimischungsquoten festgelegt. Global würde man für eine 10-%-Beimischung von Bioethanol aus Getreidestärke in den kommenden Jahrzehnten rund 20 % der derzeitigen Weltackerfläche benötigen; für Biodiesel wäre der Flächenbedarf nach derzeitigem Technologiestand noch erheblich größer (QAIM, 2006; LABORDE, 2011). Hinzu kommt der Flächenbedarf für die Biogasproduktion. Projektionen zeigen, dass eine stark steigende Nutzung von Bioenergie vom Acker auf globaler Ebene über Preiseffekte den Nahrungszugang für arme Menschen in den Entwicklungsländern signifikant verschlechtern könnte (VON BRAUN, 2008).

35. Bioenergie kann auch aus schnell wachsenden Bäumen und Gräsern gewonnen werden. Solche Energiepflanzen könnten unter Umständen auf Flächen angebaut werden, die für die Nahrungsproduktion ungeeignet sind. Dennoch wird es eine indirekte Konkurrenz um andere knappe Ressourcen, insbesondere Wasser und Düngemittel, geben. Auch wird es eine Frage der Preisrelationen sein, ob tatsächlich kein Ackerland beansprucht wird. In jedem Fall würde die großflächige Nutzung von Energiepflanzen den Druck auf natürliche Ökosysteme erhöhen (BERINGER et al., 2011). Hier gibt es noch Forschungsbedarf, um ökonomische und ökologische Kosten-Nutzen-Relationen standortspezifisch besser gegeneinander abwägen zu können.

36. Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die deutsche und europäische Förderpolitik für Bioenergie zahlreiche und schwerwiegende negative Nebenwirkungen hat (Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik 2007, ISERMEYER et al., 2011b). Selbst die eigentlichen Ziele dieser Politik, nämlich höhere Energie-Versorgungssicherheit und verringerte Emission von Treibhausgasen, werden nicht oder nur in sehr ineffizienter Weise erreicht. Wenn man die Umwandlung von bisher nicht landwirtschaftlich genutzter Fläche in Ackerland als direkte oder indirekte Folge der Bioenergieförderung mit berücksichtigt, kann die Treibhausgasbilanz sogar negativ ausfallen. Bodeneigentümer profitieren von der derzeitigen Förderpolitik durch höhere Grundrenten. Aus volkswirtschaftlicher Sicht könnte eine radikale Kehrtwende der Bioenergiepolitik aber ökonomische, ökologische und soziale Vorteile mit sich bringen. International würde ein größerer Anteil der Agrarproduktion für Nahrungszwecke zur Verfügung stehen. Für eine solche Neuausrichtung sollte die Produktionsmengensteuerung abgeschafft und stattdessen ein stärkerer Fokus auf Forschung und Entwicklung zur Effizienzsteigerung in der Bioenergieproduktion gelegt werden.

37. Aber selbst bei einer Abschaffung der derzeitigen Subventionen, Einspeisevergütungen und Beimischungszwänge in der EU und den USA würde Bioenergie anderswo vermutlich weiter an Bedeutung gewinnen. Brasilien ist in der Lage, ohne Subventionen Bioethanol aus Zuckerrohr wettbewerbsfähig herzustellen. Bei hohen Rohölpreisen trifft dies auch für Biodiesel aus Palmöl zu, welches zunehmend in Indonesien und Malaysia produziert wird. Die Konkurrenz zwischen Tank und Teller wird also so oder so existieren und weiter an Bedeutung zunehmen. Aber gerade deswegen sollte diese Konkurrenz nicht durch politisch festgesetzte Quoten weiter verschärft werden.

4.5. Fazit zur Nachfrageseite

38. In diesem Kapitel wurden mögliche Ansatzpunkte zur Beeinflussung der Nachfrage nach Agrarprodukten aufgezeigt und diskutiert. In jedem einzelnen Bereich gibt es Reduktionspotential, dessen Nutzung durch geeignete Politiken angestrebt werden sollte. Vor allem im Hinblick auf den wachsenden Kon-

sum tierischer Produkte und die zunehmende Wegwerfproblematik sind die Trends jedoch politisch nur schwer steuerbar und werden sich auf globaler Ebene in den nächsten Jahrzehnten bestenfalls einbremsen, nicht aber umkehren lassen. Dennoch sollte gerade in den Industrieländern auf nachhaltigere Konsummuster hingearbeitet werden. Wichtig ist auch die Frage der Bioenergienutzung. Der Beirat plädiert für die Abschaffung der Subventionierung von Bioenergie über Beimischungsquoten, Einspeisevergütungen etc. Allerdings wurde in Kapitel 3 aufgezeigt, dass auch die Nachfrage nach Nahrungs- und Futtermitteln stark steigt. Insofern könnte eine veränderte Bioenergiepolitik die Situation zwar entschärfen, nicht aber den grundsätzlichen Trend einer deutlich steigenden Nachfrage verändern.

5. Ansatzpunkte zur Steigerung des Angebots

39. Die vorangegangenen Kapitel haben gezeigt, dass - zusätzlich zu den Ansätzen auf der Nachfrageseite - eine deutliche Steigerung des Nahrungsangebots wichtige Voraussetzung für die zukünftige Ernährungssicherung ist. Hierzu gehört zum einen die Steigerung der globalen Agrarproduktion. Zum anderen ist aber auch die Reduktion von Nachernteverlusten ein wichtiger Ansatzpunkt, der zur Erhöhung des verfügbaren Nahrungsangebots beitragen kann. Wie in Abschnitt 4.3 angedeutet, treten vor allem in den Entwicklungsländern erhebliche Nachernteverluste durch schlechte Infrastruktur und ineffiziente Wertschöpfungsketten auf. Verbesserte Infrastruktur und die Einführung und Verbreitung angepasster Lager- und Verarbeitungstechnologien sind wichtige Maßnahmen, um die Verluste zu reduzieren. Da Deutschland in den Bereichen Nacherntetechnologien und Logistik gutes Know-how zu bieten hat, könnte die deutsche Wissenschaft und Wirtschaft in entsprechenden internationalen Kooperationsprojekten eine wichtige Rolle spielen.

5.1. Bedeutung des technischen Fortschritts

40. Die Möglichkeit, zur Steigerung der globalen Agrarproduktion zusätzliches Land in Kultur zu nehmen, wird unterschiedlich bewertet. In einigen Regionen ist dies grundsätzlich möglich, könnte aber teilweise mit erheblichen ökologischen Kosten verbunden sein. Allerdings sollte die generelle Option nicht zu pauschal abgetan werden, weil es hier noch Wissenslücken gibt. Der Beirat plädiert für ergebnisoffene, internationale Forschung, um die ökonomischen, ökologischen und sozialen Kosten-Nutzen-Effekte einer zusätzlichen landwirtschaftlichen Flächennutzung standortspezifisch und für unterschiedliche Nutzungssysteme gegeneinander abzuwägen.

41. Falsch wäre es jedoch, für die global erforderliche Produktionssteigerung allein auf Flächenausdehnung zu setzen. Auch zukünftig werden Produktivitätssteigerungen benötigt, bei der für jede Outputeinheit eine geringere Menge an Inputs und natürlichen Ressourcen beansprucht wird. Dies ist die allgemeine Definition von technischem Fortschritt, der breit ausgelegt und nicht nur auf Technik im engeren Sinne reduziert werden sollte. Agrartechnik im engeren Sinne wird einen Beitrag zum technischen Fortschritt leisten können, aber auch alle anderen Formen von Innovationen in den Bereichen Agronomie, Pflanzenschutz, Züchtung, Tierhaltung, allgemeines Betriebsmanagement und Organisation der Wertschöpfungsketten müssen berücksichtigt werden (KIRSCHKE et al., 2011). Ebenso müssen Nacherntetechnologien eine wichtige Rolle spielen, wie oben bereits dargelegt wurde. Geeignete Technologien und Innovationen zu entwickeln ist Aufgabe von Forschung und Wissenschaft. Innovationen effektiv umzusetzen erfordert darüber hinaus gute Infrastruktur und effiziente Institutionen.

5.2. Nachhaltige Produktivitätssteigerung

42. Wichtiges Ziel muss es sein, mehr Nahrungsmittel von qualitativ hoher Wertigkeit bereitzustellen und dabei natürliche Ressourcen zu schonen und so effizient wie möglich zu nutzen - unter Berücksichtigung sozialer Belange und des Tierschutzes. Mit ähnlicher Definition wurde dieses Ziel von der britischen Royal Society (2009) als „nachhaltige Intensivierung“ bezeichnet. Der Beirat schlägt demgegenüber den Begriff der „nachhaltigen Produktivitätssteigerung“ vor, weil die Input-Output Relation im Zentrum steht und nicht die Relation zwischen unterschiedlichen Inputs, wie der Begriff der „Intensivierung“ implizieren würde.

43. Aber Begrifflichkeiten müssen weiter konkretisiert und operationalisiert werden, um nicht bloße Worthülsen zu bleiben und dem „Greenwashing“ Vorschub zu leisten. Konkret bedeutet das: Technologien und Innovationen müssen auf ihre Nachhaltigkeit - ökonomisch, ökologisch, sozial - im Sinne einer Folgenabschätzung geprüft werden, bevor sie großflächig zum Einsatz kommen. Bisherige Forschungsarbeiten zur Bewertung nachhaltiger Produktivitätssteigerung bleiben unzureichend, weil meist nur Teilaspekte untersucht wurden. Häufig bleiben die Nutzung von Ressourcen und damit einhergehende Umwelteffekte in vor- und nachgelagerten Bereichen unberücksichtigt. Dies ist insbesondere relevant für die Erzeugung von Produkten tierischer Herkunft im Zusammenhang mit den Aufwendungen für Anbau, Lagerung und Transport von Futtermitteln sowie hinsichtlich der Nährstoffverluste bei einer ineffizienten Nutzung der Wirtschaftsdünger. Bei Berechnungen zur Produktivitätssteigerung müssen die jeweiligen Systemgrenzen berücksichtigt und unzulässige Verallgemeinerungen, die auf der Extrapolation von Ergebnissen in untergeordneten Subsystemen (zum Beispiel Tierebene) basieren, vermieden werden. Auf der Betriebsebene bestehen in Abhängigkeit von Betriebsstrukturen und Standortfaktoren erhebliche Unterschiede im Hinblick auf die Effizienz bei der Nutzung begrenzt verfügbarer Ressourcen. Die bereits vorhandenen Instrumente der betrieblichen Nährstoffbilanzierung sollten genutzt werden, um Betriebe mit ungenutztem Potential hinsichtlich einer nachhaltigen Produktivitätssteigerung zu fördern und Betriebe mit einer unzureichenden Effizienz mit Auflagen zu belasten.

44. Zahlreiche Studien analysieren Einkommens- und Verteilungseffekte ertragssteigernder Innovationen, ohne dabei ökologische Komponenten explizit zu berücksichtigen. Umgekehrt gibt es auch ökologische Studien ohne Bezug zu ökonomischen und sozialen Aspekten. Hinzu kommt, dass ökologische Auswirkungen oft nur in Bezug auf einzelne Umweltdimensionen, wie zum Beispiel Klima, untersucht werden, ohne dabei andere wichtige Umweltaspekte wie Wasser- und Energieeffizienz oder Biodiversität mit zu erfassen. Dies betrifft auch die Erfassung indirekter Landnutzungseffekte. Ohne Zweifel liefern Partialstudien wichtige Erkenntnisse; für eine Nachhaltigkeitsbewertung greifen sie aber zu kurz und können sogar irreführend sein. Aktuelle Beispiele sind Analysen zur CO₂-Bilanz (carbon footprint) oder Wasserbilanz (water footprint) einzelner Produkte.

45. Technischer Fortschritt bedeutet eine Erhöhung der totalen Faktorproduktivität, wobei alle Produktionsfaktoren zu berücksichtigen sind. In klassischen agrarökonomischen Studien wurden hierbei nur die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden berücksichtigt. Neuere Studien differenzieren stärker und berücksichtigen zunehmend auch andere natürliche Ressourcen. Der Beirat plädiert dafür, dass für eine Nachhaltigkeitsbewertung alle in der Produktion beanspruchten Ressourcen und externen Effekte berücksichtigt und in die Kostenermittlung einbezogen werden müssen. Grundsätzlich ist eine Internalisierung

externer Kosten anzustreben, um die von Preisen ausgehenden wirtschaftlichen Anreize auf eine weniger wettbewerbsverzerrende Basis zu stellen. Nachhaltige Produktivitätssteigerung liegt demnach vor, wenn pro Outputseinheit - gemessen am Ende der jeweiligen Wertschöpfungskette - weniger des Gesamtbündels an Ressourcen wie Arbeitskraft, finanzielles Kapital, Boden, Wasser, Energie, Biodiversität und Klima (das heißt Treibhausgasemissionen) beansprucht wird. Im Bereich der tierischen Produktion ist zudem der Tierschutz mit einzubeziehen. Offensichtlich stellt die Bewertung und Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Dimensionen selbst schon eine wissenschaftliche Herausforderung dar, die als wichtige Forschungsaufgabe hervorgehoben wird. Ohne eine solch umfassende Bewertung wird das Ziel der nachhaltigen Produktivitätssteigerung kaum oder nur partiell erreichbar sein.

46. Bei der Entwicklung und Verwendung von Bewertungskriterien für nachhaltige Produktivitätssteigerung müssen unterschiedliche Ressourcen gewichtet werden, weil in den seltensten Fällen Innovation gleichzeitig die Beanspruchung aller Ressourcen in gleichem Maße reduziert. Eine solche Gewichtung kann nicht global, sondern nur standortspezifisch erfolgen, weil sie sich an den jeweils vorherrschenden Knappheitsrelationen orientieren muss. Beispielsweise wird in Australien, Israel oder Saudi-Arabien die Beanspruchung von Wasser stärker zu gewichten sein als in Deutschland oder England, wo Wasser in vielen Regionen reichlich vorhanden ist und vermehrt genutzt werden könnte. Letztlich wird man auch innerhalb einzelner Länder nach Standorten differenzieren müssen. Zur Vergleichbarkeit und Aggregation sind standortspezifische Bewertungen aller relevanten Ressourcen erforderlich (lokale Schattenpreise). Andererseits gibt es auch Ressourcen, die weltweit einheitlich zu bewerten sind, nämlich dann, wenn globale öffentliche Güter wie Klimaschutz betroffen sind.

47. Die zu entwickelnden Bewertungskriterien sollten nicht als Schritt hin zu einer neuen umweltpolitischen Planwirtschaft missverstanden werden, sondern als Instrument, um die wissenschaftlichen Grundlagen für nachhaltige Produktivitätssteigerung besser verstehen und vermitteln zu können. Dies ist maßgebliche Voraussetzung, regulierend eingreifen zu können. Eine solche Bewertung wird sich nicht für jede Einzelmaßnahme anbieten, aber eine umfassende und vergleichende Analyse wichtiger Produktionssysteme an unterschiedlichen Standorten der Welt (inklusive vor- und nachgelagerter Bereiche) könnte die Wissensbasis enorm verbessern. Hier könnte auch die deutsche Forschung und Forschungsförderung einen wichtigen Beitrag leisten (siehe hierzu auch Abschnitt 5.7).

5.3. Was sind die richtigen Ansätze?

48. Mit Blick auf geeignete Ansätze zur nachhaltigen Produktivitätssteigerung gibt es keine global gültigen Patentrezepte. Vielmehr müssen standörtlich angepasste landwirtschaftliche Produktionssysteme entwickelt und umgesetzt werden, die darauf ausgerichtet sind, pro Outputseinheit das kleinstmögliche Ressourcenbündel angepasst an die jeweilige Knappheitssituation zu beanspruchen, wobei auch die soziale Eignung berücksichtigt werden muss. Ebenso müssen vor- und nachgelagerte Bereiche einbezogen werden. Die folgenden Beispiele veranschaulichen diese Zusammenhänge und zeigen die Notwendigkeit, nicht in ideologischen Kontroversen um die „richtigen“ Technologien und Formen der Landwirtschaft zu verharren, sondern konstruktiv nach problem- und standortangepassten Lösungen zu suchen.

49. Im Kleinbauernsektor Afrikas werden derzeit mit geringem Inputeinsatz extrem niedrige Erträge erzielt. Studien zeigen, dass - ausgehend von dieser Situation - die Einführung der Öko-

logischen Landwirtschaft mit organischer Düngung, verbesserter Fruchtfolge und verbessertem Management die Erträge verdoppeln könnte (BADGLEY et al., 2007). Andere Studien zeigen aber auch, dass mit optimierten konventionellen Methoden und erhöhtem Inputeinsatz - aber ohne den Einsatz neuer Technologien - die momentan erreichten Erträge in Afrika teilweise verdreifacht werden könnten (Weltbank, 2008). Beide Ansätze haben mit Blick auf den mangelnden Zugang von Kleinbauern zu guten Beratungsdienstleistungen und Märkten für landwirtschaftliche Inputs und Outputs ihre Vor- und Nachteile. Was spräche also mit Blick auf nachhaltige Produktivitätssteigerung gegen eine standortangepasste Kombination von Komponenten aus beiden Ansätzen als dritter Weg? Bei einem durchschnittlichen mineralischen Düngemiteleininsatz im südlichen Afrika von derzeit weniger als 10 kg pro ha würden die Vorteile einer moderaten Mehrdüngung die Nachteile vermutlich überwiegen. Und was spräche zukünftig gegen den zusätzlichen Einsatz von dürreretoleranten und nährstoffeffizienteren Sorten, auch wenn diese gentechnisch verändert sind, solange die biologische Sicherheit und der Zugang für arme Bevölkerungsgruppen gewährleistet sind?

50. In Westeuropa werden in der konventionellen Landwirtschaft relativ hohe Mengen an zugekauften Inputs verwendet. In der tierischen Produktion ist für die effiziente Nutzung begrenzt verfügbarer Nährstoffe insbesondere der Umgang mit betriebseigenen und zugekauften Futter- und Düngemitteln maßgeblich. Um in der Schweine- und Geflügelhaltung die Produktionsleistung und Futtermittelverwertung je Tier auf hohem Niveau fahren zu können, werden hochwertige Eiweißkomponenten (vor allem Soja) zugekauft. Die Nutzungseffizienz der Nährstoffe, die in Wirtschaftsdüngern und mineralischen Düngemitteln enthalten sind, ist jedoch häufig gering. Dies gilt vor allem für flächenarme Betriebe. Studien zeigen, dass Ackerfrüchte und Grünland oftmals mineralisch gedüngt werden, ohne dass die Nährstoffzufuhr über Wirtschaftsdünger hinreichend berücksichtigt wird. Hier wäre mit Blick auf die gesamte Nährstoffeffizienz und auf Umweltprobleme durch Überdüngung eine reduzierte Intensität angezeigt. Um negative externe Effekte zu internalisieren, bedarf es politischer Maßnahmen. Nah am Umweltproblem ansetzend wäre die Sanktionierung von einzelbetrieblichen Nährstoffüberschüssen, die in Deutschland im Rahmen der Düngeverordnung von den landwirtschaftlichen Betrieben ohnehin ermittelt werden müssen. Einfacher umzusetzen, aber auch mit einer geringeren ökologischen Treffsicherheit, wäre die Besteuerung von Mineraldüngemitteln, die der Beirat gemeinsam mit anderen möglichen Maßnahmen bereits in früheren Gutachten diskutiert hat (Wissenschaftlicher Beirat 1993, 2005). Der Beirat mahnt an, durch geeignete Kontroll- und Sanktionsmechanismen für den Vollzug bestehenden Rechts zu sorgen.

51. Auch in der Milchviehhaltung werden zur Erreichung hoher Milchleistungen pro Kuh hochkonzentrierte Kraftfuttermittel eingesetzt. Entsprechend hat mit der in Europa zu beobachtenden Leistungssteigerung über die Zeit der Anteil zugekaufter Kraftfuttermittel in der Futterration deutlich zugenommen, während der Anteil betriebseigener Komponenten (vor allem Weidaufwuchs und Körnerleguminosen) abgenommen hat. Dies kann sich negativ auf die Grundfutterleistung und Flächenproduktivität des Grünlandes auswirken. Systembetrachtungen und gesamtbetriebliche Bilanzierungen sind daher zur umfassenden Bewertung unerlässlich.

52. Wenn das Ziel eine effiziente Ressourcennutzung ist, erscheint es wenig sinnvoll, von vornherein bestimmte Technologien zu propagieren und andere auszuschließen. Ebenso wenig sinnvoll ist eine undifferenzierte Befürwortung von Strategien

mit höheren oder niedrigeren Intensitäten für zugekaufte Inputs (high versus low external input strategies). Wie die Beispiele zeigen, kann nachhaltige Produktivitätssteigerung - je nach Standort und Ausgangssituation - sowohl mehr als auch weniger zugekaufte Inputs erfordern. Auch sollten inputsparende Technologien effizient ausgenutzt und miteinander kombiniert werden. Innovationen in den Bereichen Agronomie, Tierhaltung und Züchtung können in vielen Fällen die verwendeten Mengen an Agrarchemikalien und zugekauften Futtermitteln reduzieren. Welche Technologien und Ressourcensubstitutionen in einer konkreten Situation besonders sinnvoll sind, sollte anhand der in Abschnitt 5.2 aufgezeigten Kriterien bewertet werden.

53. Die Entwicklung geeigneter Produktionssysteme und Wertschöpfungsketten kann im Sinne eines Baukastenprinzips erfolgen - ergebnisoffen und primär am Ziel der nachhaltigen Produktivitätssteigerung orientiert. Dabei entwickeln spezialisierte Disziplinen zunächst potentiell geeignete Basiskomponenten, wie zum Beispiel neue Pflanzenmerkmale und Sorten, bodenverbessernde Maßnahmen, Pflanzenschutzstrategien, Instrumente des Precision Farming, Bewässerungstechnologien, Beratungssysteme, Nacherntetechnologien etc. Diese Basiskomponenten werden dann von angewandten Disziplinen zu standortangepassten Systemen kombiniert und weiterentwickelt. Die Gruppe der angewandten Disziplinen muss auch Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler umfassen, um sozioökonomische Aspekte berücksichtigen und lokales Wissen integrieren zu können. Für die Bewertung von „Technologiepaketen“ sollten die oben beschriebenen und noch zu entwickelnden Kriterien für nachhaltige Produktivitätssteigerung (ökonomisch, ökologisch, sozial) angelegt werden. Auch müssen Rückkopplungseffekte und partizipative Kommunikation sicherstellen, dass die Erfahrung an unterschiedlichen Standorten mit in die Entwicklung zukünftiger Basiskomponenten einfließen kann. Offensichtlich werden nicht alle Basiskomponenten an jedem Standort beliebig kombinierbar sein, weil es Synergien und Unverträglichkeiten gibt. Für bestimmte Systemansätze gibt es auch aufgrund definierter Richtlinien Grenzen der Kombinierbarkeit. Außerdem müssen im Hinblick auf neue Technologien gesellschaftliche Akzeptanzfragen berücksichtigt werden.

54. Konkret für den Systemansatz ‚Ökologische Landwirtschaft‘ ist das Baukastenprinzip nicht geeignet, da die einzelnen Systemkomponenten hohe Interdependenzen aufweisen, was eine solitäre Betrachtung und den Austausch einzelner Komponenten weitgehend ausschließt. Es gibt mehrere Gründe, die ‚Ökologische Landwirtschaft‘ in ihrer reinen Form zu erhalten und weiterzuentwickeln: Sie stellt einen Ansatz dar, der weitgehend auf den Zukauf von Betriebsmitteln verzichtet. Somit könnte sie sich gerade dort empfehlen, wo Arbeitskraft ausreichend aber Kapital nur begrenzt vorhanden ist. Außerdem ist es im Hinblick auf ein besseres Verständnis der ökologischen Wechselwirkungen in agrarisch genutzten Systemen von Interesse, ein Referenzsystem ohne den Einsatz von leichtlöslichen Mineraldüngern, chemisch-synthetischem Pflanzenschutz und Gentechnik zu haben. Nicht zuletzt haben sich in vielen Ländern bestimmte Marktsegmente für ökologische Lebensmittel herausgebildet, so dass eine Neukombination von Komponenten in diesem speziellen Fall zur Verunsicherung führen würde.

5.4. Spezielle Rolle des Kleinbauernsektors

55. Das Ziel der standörtlich angepassten nachhaltigen Produktivitätssteigerung muss grundsätzlich überall gelten; sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern. Dennoch gibt es wichtige Gründe dafür, dass der Kleinbauernsektor in den Entwicklungsländern bei der Förderung eine ganz spezielle Aufmerksamkeit erfahren muss. 80 % aller hungernden Menschen

leben im ländlichen Raum der Entwicklungsländer, wo sie in starkem Maße von der Landwirtschaft als Einkommens- und Beschäftigungsgrundlage abhängen. Produktivitätssteigernde Innovation kann erheblich mit zur Einkommenssteigerung für ländliche Haushalte beitragen und somit nicht nur die Verfügbarkeit, sondern auch den Zugang zu ausreichender und ausgewogener Nahrung verbessern. Zahlreiche Studien zeigen, dass an die speziellen Bedingungen angepasste Agrartechnologien Armut und Ungleichheit mindern helfen (DE JANVRY und SADOULET, 2002; THIRTLE et al., 2003; Weltbank, 2008). Gerade im Kleinbauernsektor Afrikas - zum Teil aber auch in Asien und Lateinamerika - sind die Produktivitäten besonders niedrig. Insofern gibt es erhebliches Steigerungspotential. Hinzu kommt, dass Süd-Asien und Afrika besonders stark vom Klimawandel betroffen sein werden, so dass die Entwicklung von Anpassungsstrategien dort besondere Priorität haben muss (NELSON et al., 2010; LOBELL et al., 2011).

56. Für Kleinbauern angepasste Technologien sind vor allem solche, die ertragssteigernd, risikosenkend und auch in kleinen Produktionseinheiten profitabel einsetzbar sind. Zudem spielen die Einfachheit der Handhabung und die Kosten eine wichtige Rolle. In Situationen, in denen Arbeitskraft billig und reichlich vorhanden ist, sind beschäftigungsfördernde Technologien besser geeignet. Allerdings gibt es auch Kleinbauernstandorte mit Arbeitsknappheit, wo arbeitssparende Technologien sinnvoll sein können. Die pauschale Ablehnung einzelner Technologiebereiche ist nicht zielführend; entsprechend vielgestaltig sollte die Förderung sein. So zeigen empirische Studien, dass sowohl Agroforstsysteme, als auch Ansätze der ‚Ökologischen Landwirtschaft‘ oder gentechnisch veränderte Sorten im Kleinbauernsektor einen einkommenssteigernden und armutsenkenden Beitrag leisten können (Weltbank, 2008; FiBL, 2011; QAIM, 2010), um nur einige Beispiele zu nennen.

57. Es reicht allerdings nicht aus, geeignete Technologien nur zu entwickeln. Wirkliche Innovation setzt voraus, dass Technologien von den Bauern akzeptiert und erfolgreich umgesetzt werden. Viele Technologien, die in der Vergangenheit entwickelt wurden, sind nicht oder nur begrenzt von Kleinbauern übernommen worden, weil effektive Mechanismen der Bereitstellung fehlten. Häufig mangelt es an objektiver Information und Training, weil landwirtschaftliche Beratungsdienste ineffektiv und unterfinanziert sind. Zudem haben viele Kleinbauern schlechten Zugang zu Märkten, wodurch Anreize für Innovation sinken und das Risiko steigt. Eine Verbesserung dieser Situation ist, unabhängig von der Art der Technologie, wichtig. Zentrale Maßnahmen sind vor allem bessere Ausbildungsprogramme im ländlichen Raum und verbesserte Straßeninfrastruktur. Auch müssen neue ‚Best-Practice-Modelle‘ der Technologiebereitstellung mit effizienten Beratungsdiensten entwickelt werden. In dieser Hinsicht verspricht die stärkere Ausnutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien ein großes Potential (AKER, 2011). Genossenschaftliche Ansätze können Transaktionskosten senken und den Marktzugang verbessern helfen. Besser definierte Eigentumsrechte (vor allem Landrechte) vergrößern Anreize für längerfristige Investitionen und erleichtern den Zugang zu Kredit. Da Frauen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft eine zentrale Rolle spielen, müssen geschlechtsspezifische Fragen besondere Berücksichtigung finden. Durch verbesserte Infrastruktur und geeignete institutionelle Unterstützung wird Kleinbauern auch die Anbindung an neue Märkte mit hohem Wertschöpfungspotential eröffnet, die zum Beispiel durch die zunehmende Expansion von Supermärkten und privatwirtschaftlichen Standards und Zertifizierungssystemen entstehen (MAERTENS und SWINNEN, 2009; RAO und QAIM, 2011). Auch diese neuen Wertschöpfungsketten können wiederum Anreize zur Innovation und zur nachhaltigen Produktivitätssteigerung bieten.

58. Der Fokus auf den Kleinbauernsektor sollte aber nicht zum Dogma werden. Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung wird ein Strukturwandel stattfinden, der durch eine Förderpolitik nicht behindert werden sollte und für den ein definierter Rechtsrahmen sichergestellt sein muss. Auch in dieser Hinsicht müssen standortspezifische Ansätze verfolgt werden. Während in weiten Teilen Afrikas und Asiens die kleinbäuerliche Landwirtschaft noch dominiert, ist die Landwirtschaft in vielen Ländern Südamerikas stärker durch größere Betriebsstrukturen geprägt.

5.5. Neue oder vorhandene Technologien?

59. Bei der Diskussion über geeignete Agrartechnologien wird häufig die Frage aufgeworfen, ob neue Technologien benötigt oder zunächst vorhandene Technologien ausgenutzt werden sollten. Insbesondere im Kleinbauernsektor der Entwicklungsländer sind die tatsächlich erzielten Erträge erheblich niedriger als die mit vorhandenen Technologien potentiell erreichbaren. In Afrika betragen die Ertragslücken häufig mehr als 60 % (FISCHER et al., 2009). Vor diesem Hintergrund könnte die Folgerung nahe liegen, dass erst vorhandene Technologien ausgenutzt werden sollten, bevor man auf die Entwicklung neuer Technologien setzt. Aus Sicht des Beirats greift eine solche Folgerung allerdings zu kurz. Fraglos müssen geeignete vorhandene Technologien besser angepasst und umgesetzt werden, aber dies sollte parallel zur Entwicklung neuer Technologien erfolgen, wie im Folgenden näher begründet wird.

60. In der Vergangenheit wurden viele Hochertragsorten, tierische Zuchtlinien und Produktionspraktiken entwickelt, die kaum von lokalen Kleinbauern übernommen wurden. Die Gründe hierfür sind vielschichtig und wurden in Abschnitt 5.4 bereits erläutert. Verbesserungen der Infrastruktur und der institutionellen Bedingungen im ländlichen Raum der Entwicklungsländer sind wichtige Ansatzpunkte für die Politik, damit vorhandene Technologien schneller und erfolgreicher umgesetzt werden können. Nur auf vorhandene Technologien zu setzen, hieße aber gleichzeitig, dass der Erforschung neuer Agrartechnologien keine hohe Priorität eingeräumt würde. Dies wäre problematisch, weil die Erforschung und Entwicklung neuer Technologien Zeit benötigt, so dass heute investiert werden muss, um zukünftigen Herausforderungen begegnen zu können. Hinzu kommt, dass neue Technologien die vorhandenen sinnvoll ergänzen können und in manchen Fällen sogar geeigneter erscheinen. Beispielsweise könnten neue Sorten mit höherer Nährstoffeffizienz in Afrika die Erträge steigern, und zwar bevor zuerst das Potential der mineralischen Düngung voll ausgeschöpft ist. Ebenso ist es im Einzelfall möglich, dass neue Technologien im Vergleich zu vorhandenen weniger komplex in der Handhabung sind, was insbesondere im Kleinbauernsektor die Chance einer weiten Verbreitung erhöht.

61. Neue Technologien sind nicht ausschließlich darauf ausgerichtet, das Ertragspotential in der pflanzlichen und tierischen Produktion zu erhöhen. Neue agronomische Verfahren, die zum Beispiel die Bodenfruchtbarkeit und Wasserhaltekapazität erhöhen, können einen wichtigen Beitrag zur Reduktion vorhandener Ertragslücken leisten. Selbst im engeren Bereich der Züchtungsforschung geht es nicht nur um die Steigerung des genetischen Ertragspotentials. Weltweit fallen 30 - 40 % der potentiellen Pflanzenerträge Krankheiten und Schädlingen zum Opfer (OERKE, 2006). Weitere Verluste vor der Ernte entstehen durch Dürre, Hitze, Kälte und andere abiotische Stressfaktoren. Die Züchtung auf robustere und schädlingsresistente Sorten kann helfen, solche Verluste zu reduzieren. Ebenso kann die gezielte Züchtung von Nutztieren auf größere Widerstandsfähigkeit gegen biotischen und abiotischen Stress die effektive Produktionsleistung erhöhen, wobei Merkmalsantagonismen zu berücksichtigen sind.

62. Kurzum, die Fragen ob zuerst Ertragslücken geschlossen werden sollten bevor man das Ertragspotential weiter ausdehnt, oder ob man zunächst vorhandene Technologien stärker fördert bevor neue Technologien entwickelt werden, sind eher theoretischer Natur und in der Realität kaum hilfreich. Benötigt wird das Zusammenspiel unterschiedlicher Ansätze unter Ausnutzung aller Facetten der Wissenschaft.

5.6. Rolle des privaten Sektors

63. Im Zuge der Globalisierung wächst die Rolle des privaten Sektors im Agrarbereich, was insbesondere mit Blick auf die Entwicklungsländer oftmals kritisch betrachtet wird. Dies trifft vor allem auf den Saatgutsektor und den vorgelagerten Bereich der Züchtungsforschung zu. In vielen Entwicklungsländern sind Zuchtprogramme nach wie vor überwiegend in öffentlicher Hand und Saatgutmärkte sind stark reguliert, so dass der private Sektor traditionell eine geringere Rolle spielt. In einigen Schwellenländern hat sich diese Situation allerdings in den letzten 20 Jahren verändert: Die Rolle privater Unternehmen in den Bereichen Züchtung und Verkauf von Saatgut hat zugenommen, insbesondere auch die Rolle multinationaler Konzerne.

64. Einige Beobachter befürchten durch die zunehmende Dominanz privater Firmen erschwerten Technologiezugang und eine Benachteiligung von Kleinbauern. Tatsächlich ist aber eine differenzierte Betrachtung erforderlich. Die Vergangenheit zeigt, dass die öffentliche Entwicklung und Bereitstellung von Saatguttechnologien gerade im Hinblick auf den Kleinbauernsektor durchaus nicht immer effizient war. Auch gibt es Beispiele, wo eine Privatisierung von Saatgutmärkten die Entwicklung neuer Sorten beschleunigt und den Zugang für Kleinbauern verbessert hat (MATUSCHKE und QAIM, 2008). Andererseits ist nicht davon auszugehen, dass private Firmen allein die Antwort auf mangelnde züchterische Innovation für die Ärmsten der Armen sein können. Private Firmen entwickeln in erster Linie Technologien für ausreichend große, lukrative Märkte mit einer zahlungskräftigen Nachfrage. Dabei werden die speziellen Bedürfnisse marginalisierter Gruppen nicht ausreichend berücksichtigt. Solche Lücken müssen durch öffentliches Engagement abgedeckt werden. Ebenso müssen durch geeignete staatliche Regulierung Marktmacht und Konzentrationsprozesse begrenzt werden. Eine zu große Dominanz einzelner Firmen am Markt könnte erschwerten Technologiezugang für Kleinbauern und ungerechte Nutzenverteilung nach sich ziehen und sollte verhindert werden. Öffentliche Maßnahmen sollten aber privatwirtschaftliche Aktivitäten sinnvoll ergänzen und diese nicht verdrängen.

65. Auch jenseits des Saatgutsektors gewinnt die private Wirtschaft im ländlichen Raum der Entwicklungsländer an Bedeutung und Marktstrukturen verändern sich. Ausländische Direktinvestitionen nehmen zu. Supermärkte expandieren, was oftmals mit der Etablierung neuer Beschaffungskanäle einhergeht. Privatwirtschaftliche Produkt- und Prozessstandards werden wichtiger, vor allem im Exportbereich, was teilweise mit Zertifizierung und verschiedenen Formen der Vertragslandwirtschaft einhergeht. Zum Teil bieten private Firmen auch Kredit und technische Beratungsdienstleistungen an. Kleinbauern können von solchen Marktentwicklungen profitieren, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Allerdings besteht auch die Gefahr einer weiteren Marginalisierung, wenn Kleinbauern verdrängt werden oder ihnen aufgrund zu hoher Transaktionskosten der Zugang zu neu entstehenden Wertschöpfungsketten versagt bleibt. Vor allem hinsichtlich der sozialen Komponente der nachhaltigen Produktivitätssteigerung gilt es, geeignete Programme zur institutionellen Unterstützung zu entwickeln, damit Kleinbauern und arme Landarbeiterfamilien besser von den vom

privaten Sektor vorangetriebenen Entwicklungen profitieren können. Auch in dieser Hinsicht können genossenschaftliche Organisationsformen teilweise hilfreich sein (MARKELOVA et al., 2009).

5.7. Implikationen für die Forschungsförderung

66. Öffentliche Agrarforschung zur Verbesserung der Welternährungssituation ist grundsätzlich erforderlich, weil öffentliche Güter und positive externe Effekte hervorgebracht werden, so dass private Forschungsinvestitionen nicht in ausreichendem Maße refinanziert werden können. In manchen Forschungsbereichen kann die Stärkung geistiger Eigentumsrechte private Forschungsanreize vergrößern, wobei dies gerade in den Entwicklungsländern gegen den dadurch möglicherweise erschwerten Technologiezugang für die Landwirte abgewogen werden muss. Wesentliche Forschungsbereiche werden aber so oder so von privaten Firmen nicht oder nur in begrenztem Maße betrieben. Dazu gehören Innovationen, die nicht einfach in verkaufbare Produkte integrierbar sind (zum Beispiel Systemforschung) sowie Forschung zu den wirtschaftlichen, institutionellen und sozialen Fragen der Agrarentwicklung. Die öffentliche Agrarforschung hat auch die Aufgabe, die Land- und Ernährungswirtschaft in die Lage zu versetzen, neue Herausforderungen zu bewältigen. Hierzu zählen Klimawandel, Pandemien und Volatilität auf den Agrarmärkten. Darüber hinaus muss die öffentliche Forschung auch lange vernachlässigte Themen aufgreifen, wie beispielsweise die Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und Governance-Fragen. Aufgrund der zentralen Rolle der Agrarentwicklung für die Welternährung und der großen zukünftigen Herausforderungen müssen die Investitionen in die öffentliche nationale und internationale Agrarforschung rasch und deutlich erhöht werden.

67. Effiziente Forschungsförderung setzt allerdings eine klare Zielorientierung voraus. Aus Sicht des Beirats sollte hierbei, bezogen auf die agrarische Produktion und die Wertschöpfungsketten, stringent das oben definierte Ziel der nachhaltigen Produktivitätssteigerung zugrundegelegt werden. Wie erläutert, gibt es zur Erreichung dieses Ziels kein Patentrezept, sondern es müssen standörtlich angepasste Systeme entwickelt werden. Wie diese Systeme aussehen können und welche Komponenten an einem bestimmten Standort besondere Berücksichtigung finden müssen, sollte nicht politisch vorgegeben werden. Die Forschungsprioritäten hierzu sollten gemeinsam von Wissenschaftlern und Stakeholdern entwickelt werden. Was für die praktische Umsetzung geeignet ist, müssen die Bauern und Akteure im vor- und nachgelagerten Bereich auf Basis objektiver Informationen selbst entscheiden. Dies setzt voraus, dass die Preisanreize die tatsächlichen Knappheitsverhältnisse widerspiegeln. Dabei wird es zu einem Wettstreit unterschiedlicher möglicher Systeme kommen, der durchaus erwünscht ist, weil Konkurrenz die Effizienz der Zielerreichung weiter erhöht. Zur Ex-ante- und Ex-post-Bewertung unterschiedlicher Forschungsprogramme und ihrer Förderungswürdigkeit sollten Kriterien für nachhaltige Produktivitätssteigerung herangezogen werden. Die Weiterentwicklung solcher Kriterien sollte auch selbst Gegenstand der Forschungsförderung sein (siehe auch Abschnitt 5.2).

68. Eine effiziente staatliche Förderpolitik muss auch mögliche Komplementaritäten mit dem privaten Sektor berücksichtigen. In den letzten 20 Jahren sind die privaten Agrarforschungsinvestitionen stark angestiegen, was grundsätzlich zu begrüßen ist. Allerdings gibt es wichtige Bereiche, die vom privaten Sektor nicht oder nur unzureichend abgedeckt werden. Beispiele sind Forschung an Kulturarten, die international wenig relevant sind, aber regional eine wichtige Rolle für die Ernährungssicherung spielen können (zum Beispiel Maniok, Hirse, Teff). Für die Ab-

grenzung öffentlicher und privater Forschungsaufgaben sind klassische Unterscheidungen zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung neu zu hinterfragen, weil in manchen Bereichen der private Sektor inzwischen durchaus auch Grundlagenforschung betreibt, während in anderen Bereichen angewandte Forschung und Technologieentwicklung ohne staatliche Förderung nicht zustande kommen würde. Öffentliche, vorwettbewerbliche Forschungsförderung erleichtert den Zugang auch kleiner und mittlerer Unternehmen (zum Beispiel in der Züchtungsbranche) zu neuen Technologien und wirkt damit einer Monopolisierung entgegen. Dies gilt auch und insbesondere in den Entwicklungsländern, weil Märkte dort oft nur schlecht funktionieren und sie somit ihre wichtige Rolle als Anreizmechanismen kaum erfüllen.

69. Welche Rolle kann und soll die deutsche Agrarforschung in dieser Hinsicht spielen? Auch für die hiesige Landwirtschaft sollte das Ziel der nachhaltigen Produktivitätssteigerung gelten. Diesbezüglich weisen viele Produktionsformen in der deutschen Landwirtschaft Defizite auf, die durch zielgerichtete Forschung zu bearbeiten sind. Erhebliche Defizite sind aber auch für den Politikrahmen zu konstatieren. Durch eine fundamentale Änderung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU könnten deutlich stärkere Impulse für eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft gegeben werden (ISERMEYER et al., 2010). Ein auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Politikwandel muss wissenschaftlich begleitet werden. Da es hier klare Wissenslücken gibt, setzt dies eine gezielte Forschungsförderung voraus.

70. Aber auch für die internationale Agrarforschung leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag, der mit dem Ziel der nachhaltigen Produktivitätssteigerung verstärkt werden sollte. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat ein Förderprogramm, bei dem internationale Agrarforschungszentren des CGIAR Systems (Consultative Group on International Agricultural Research) Anträge einreichen können, die gemeinsam mit deutschen Partnern entwickelt wurden. Dabei wählen die internationalen Zentren die geeigneten deutschen Partner selbst aus. Dieser Mechanismus fördert die Kooperation und gewährleistet, dass der deutsche Beitrag international eingebettet ist. Aufgrund begrenzter Mittel und Verwendungsaufgaben des BMZ ist der deutsche Anteil an solchen Kooperationsprojekten aber relativ klein. Eine flankierende Förderung des deutschen Anteils durch das BMELV könnte ein effizienter Mechanismus für die Stärkung der deutschen Rolle im internationalen Agrarforschungssystem sein und einen wichtigen Beitrag zur globalen Ernährungssicherung leisten. Ebenso könnte das BMELV den internationalen Wissenschaftlertausch stärker fördern, inklusive der vorübergehenden Entsendung deutscher Forscher an internationale Agrarforschungszentren und des vorübergehenden Aufenthalts ausländischer Forscher an deutschen Einrichtungen. Hilfreich wäre auch eine verstärkte Ausrichtung von internationalen Netzwerk-Aktivitäten, in denen deutsche Forschungseinrichtungen eine führende Rolle einnehmen, auf die spezifischen Belange der Entwicklungsländer.

5.8. Rolle des Agrarhandels

71. Eine viel diskutierte Frage ist, inwieweit der internationale Agrarhandel zur Lösung des Welternährungsproblems beitragen kann. Hierbei müssen unterschiedliche Gesichtspunkte betrachtet werden. Grundsätzlich ist Handel gut für alle am Handel beteiligten Länder, das heißt auch für Entwicklungsländer, die durch Importe und Exporte einen höheren Wohlstand erzielen als in einer reinen Autarkiesituation. Allerdings profitieren innerhalb einzelner Länder nicht alle Menschen und Sektoren gleichermaßen. Ob durch mehr Handel die Ernährungssituation in

einem Land verbessert wird, hängt deshalb von der Struktur der Volkswirtschaft ab und davon, welche Sektoren für die Armutsbevölkerung besonders wichtig sind.

72. In der öffentlichen Diskussion werden unterschiedliche Begrifflichkeiten teilweise synonym verwendet, was zu Missverständnissen führen kann. Ernährungssicherheit (food security) ist nicht das Gleiche wie Nahrungsmittelselbstversorgung (food sufficiency oder teilweise auch food sovereignty). Ein hoher Selbstversorgungsgrad auf nationaler Ebene ist kein Garant für Ernährungssicherheit; umgekehrt gibt es viele Länder, in denen Ernährungssicherheit herrscht, obwohl ein Großteil der Nahrungsmittel importiert wird. Dennoch haben viele Länder das Ziel, einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad an Getreide und anderen Grundnahrungsmitteln zu erreichen, um weniger abhängig vom Weltmarkt zu sein. Bis zu einem gewissen Punkt ist dieses Ziel nachvollziehbar, insbesondere für große Länder wie Indien und China, weil die Bedingungen auf dem Weltmarkt nicht immer vorhersehbar sind. Ein allzu ehrgeiziges Selbstversorgungsziel ist aus wirtschaftlicher Sicht allerdings nicht sinnvoll und für viele Entwicklungsländer auch nicht realistisch. Schon heute sind die meisten Entwicklungsländer Nettoimporteure von Getreide und vor dem Hintergrund soziodemographischer Entwicklungen werden die benötigten Getreideimporte zukünftig weiter ansteigen - selbst dann, wenn in den Entwicklungsländern ein massiver Produktivitätsschub erreicht würde. Umgekehrt exportieren viele Entwicklungsländer Ölsaaten, Zucker, Baumwolle, Tee, Kaffee, Gemüse und eine Reihe tropischer Früchte, für die sie klare komparative Kostenvorteile haben. Dies verdeutlicht, dass die Landwirtschaft in den Industrieländern für die globale Versorgungslage mit Grundnahrungsmitteln eine zentrale Rolle spielt, aus der auch eine wichtige internationale Verantwortung erwächst.

73. Auch aus einer breiteren Nachhaltigkeitsperspektive ist der internationale Agrarhandel von zentraler Bedeutung. Vor dem Hintergrund globaler Knappheiten und einer regional sehr unterschiedlichen Ressourcenausstattung sollten Nahrungsmittel und andere Agrarprodukte dort produziert werden, wo die jeweils knappen Ressourcen am effizientesten genutzt werden. Der internationale Handel ermöglicht eine solch global effiziente Ressourcennutzung, zumindest dann, wenn Umwelteffekte der Produktion und des Transports nicht externalisiert werden. Ein starres Selbstversorgungsziel führt dazu, dass für die Produktion mehr Ressourcen als nötig aufgewendet werden müssen. Dies gilt übrigens auch für mengenmäßige Importbeschränkungen und Zölle für Biokraftstoffe in der EU und den USA, die ineffizient und rein protektionistisch motiviert sind. Ein weiter liberalisierter Agrarhandel, mit dem Abbau von Import- und Exportrestriktionen, würde auch zur Senkung der in den letzten Jahren gestiegenen Preisvolatilität beitragen (YU et al., 2011).

74. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass einzelne Gruppen vom internationalen Handel auch negativ betroffen sein können. So hat die Gemeinsame Agrarpolitik der EU mit ihren massiven Exportsubventionen in der Vergangenheit zwar dazu beigetragen, dass städtische Konsumenten in den Entwicklungsländern günstigeren Zugang zu Nahrung hatten, aber das lokale landwirtschaftliche Wachstum wurde deutlich erschwert. Solche Exportsubventionen wurden in den letzten zehn Jahren stark zurückgefahren. Dennoch gibt es auch heute noch staatliche und privatwirtschaftliche Aktivitäten in Europa mit negativen Konsequenzen für einige Entwicklungsländer. Insbesondere im Fleischsektor werden qualitativ minderwertige Teile, die in Europa keinen Absatz finden, teilweise zu sehr niedrigen Preisen nach Afrika exportiert, wo lokale Produzenten negativ betroffen sind. Umgekehrt wird der europäische Marktzugang für Exporte

aus den Entwicklungsländern zunehmend durch nicht-tarifäre Handelshemmnisse erschwert. Beispiele sind Standards für Qualität und Lebensmittelsicherheit, die nicht nur Produkte, sondern auch Produktionsprozesse umfassen und für kleinbäuerliche Produzenten eine große Herausforderung darstellen können. Auch Importzölle spielen nach wie vor eine Rolle, vor allem auf weiter verarbeitete Nahrungsmittel (sogenannte Zolleskalation), was den Aufbau lokaler Verarbeitungsindustrien in den Entwicklungsländern hemmt.

75. Diese Beispiele sind keine Argumente gegen Handel, sondern für Handel nach fairen internationalen Regeln. Agrar- und handelspolitische Maßnahmen der EU sollten kohärent zu den Zielen der Entwicklungspolitik sein und dürfen diese nicht konterkarrieren. Dort wo striktere Standards für Qualität und Lebensmittelsicherheit für notwendig erachtet werden, könnten gezielte entwicklungspolitische Maßnahmen des Capacity-Building gefördert werden, die die Erfüllung der Standards für lokale Produzenten und Verarbeiter erleichtern.

76. Ergänzend könnten auch viele Entwicklungsländer selbst einen Beitrag zur Ernährungssicherung leisten, indem sie die Diskriminierung ihrer eigenen Landwirtschaft durch verzerrte Handelspolitik abbauen. Diese resultiert aus der Erhebung von Exportsteuern für cash crops, aus Importsubventionen für food crops, aus überbewerteten heimischen Währungen sowie aus dem Außenschutz für Industriegüter (Industrieprotektion). Als Konsequenz daraus ergeben sich heimische Erzeugerpreise für Agrarrohstoffe, die nicht nur deutlich unterhalb der Weltmarktpreise liegen können, sondern auch im Preisgefüge der Volkswirtschaft relativ benachteiligt sind. Obwohl in den letzten Jahrzehnten bereits Fortschritte erzielt wurden (Weltbank, 2008), könnte ein weiterer Abbau dieser negativen Agrarprotektion das Produktionspotential in vielen Entwicklungsländern nachhaltig stärken und diese für den Handel untereinander (Süd-Süd-Handel) und mit den Industrieländern wettbewerbsfähiger machen.

77. Trotz der vielen Vorteile des internationalen Agrarhandels bleibt das Unbehagen, dass negative Umwelteffekte externalisiert werden. Durch die Ausnutzung komparativer Vorteile fördert der Handel Spezialisierungseffekte. Komparative Vorteile können aber nicht nur durch die tatsächliche Ressourcenausstattung, sondern teilweise auch durch niedrige Umweltauflagen beeinflusst werden. Insofern könnte mehr Agrarhandel unter Umständen mit zusätzlichen Umweltproblemen der Produktion und damit verbundenen Landnutzungsänderungen einhergehen (SCHMITZ et al., 2011). Aus dieser möglichen Problematik generelle Handelsbeschränkungen abzuleiten, hält der Beirat für falsch, weil dies Tür und Tor für interessengetriebene Protektion öffnen würde. Allerdings spricht der Wissenschaftliche Beirat sich dafür aus, Umweltstandards und Nachhaltigkeitsfragen besser im Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO) zu verankern.

6. Zusammenfassung und Empfehlungen an die Politik

78. Die verbreitete Sichtweise, der Hunger sei allein ein Verteilungsproblem, greift zu kurz. Obwohl die Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit durch geeignete Maßnahmen zur Armutsbekämpfung essentiell für die Ernährungssicherung ist, muss das Bewusstsein dafür, dass es auf globaler Ebene künftig aufgrund knapper Ressourcen auch ein ernstes Mengenproblem geben wird, gestärkt werden. Hierbei kann und muss die Politik durch öffentliche Kommunikation eine wichtige Rolle spielen.

79. Derzeit kann die Entwicklung der weltweiten Agrarproduktion kaum mit dem Nachfragewachstum Schritt halten, so dass die Nahrungsmittelpreise steigen. Die Mehrheit der weltweiten

Armutsbevölkerung leidet unter steigenden Preisen, so dass Hunger und Mangelernährung zunehmen. Um den längerfristig prognostizierten Preisanstieg in Grenzen zu halten, müssen der globale Nachfragetrend gebremst und der Angebotstrend beschleunigt werden. Hierfür müssen vielfältige Ansatzpunkte verfolgt werden. Einfache Patentrezepte gibt es nicht.

80. Auf der Nachfrageseite sollte in den Industrieländern darauf hingewirkt werden, den Konsum von Fleisch und anderen tierischen Produkten deutlich zu reduzieren. Öffentliche Programme zur Bewusstseinsbildung müssen vor allem in den Schulen ansetzen. Eine Fleischsteuer hält der Wissenschaftliche Beirat aus verschiedenen Gründen nicht für sinnvoll. Allerdings wäre es nach Ansicht des Beirats zeitgemäß, eine Umsatzsteuerangleichung für Lebensmittel und alle anderen Güter und Dienstleistungen zu erwägen. Eine solche Angleichung trüge zur Steuervereinfachung bei, und die Steuermehreinnahmen könnten finanzielle Spielräume für andere Maßnahmen (einschließlich der Abfederung sozialer Härten) eröffnen.

81. Der Konsum von Fleisch und anderen tierischen Produkten sollte aber nicht grundsätzlich als „nicht nachhaltig“ abgestempelt werden. In vielen Entwicklungsländern ist das Konsumniveau noch so niedrig, dass ein höherer Verbrauch tierischer Produkte die Versorgung mit Eiweiß und essentiellen Mikronährstoffen verbessern kann. Da die Entwicklungsländer den größeren und weiter wachsenden Anteil der Weltbevölkerung ausmachen, wird der globale Konsum tierischer Erzeugnisse bei wachsendem Wohlstand weiter ansteigen.

82. Für die Reduzierung der Wegwerfproblematik in den Industrieländern ist es insbesondere erforderlich, die gesellschaftliche Wertschätzung von Lebensmitteln zu erhöhen. Dies ist zum Teil eine Frage des Preisniveaus (siehe oben). Wichtiger noch sind nach Auffassung des Beirats aber öffentliche Aufklärungs- und Ausbildungsmaßnahmen, wobei in erster Linie bei den Kindergärten und Schulen anzusetzen ist. Des Weiteren empfiehlt der Beirat, das Konzept des Mindesthaltbarkeitsdatums zu überdenken.

83. Angesichts der sich verschärfenden Knappheiten bekräftigt der Beirat nochmals seine frühere Empfehlung, einen grundlegenden Kurswechsel in der Bioenergiepolitik vorzunehmen. Die derzeitige Subventionierung über Beimischungsquoten und Einspeisevergütungen sollte zurückgefahren werden. Stattdessen sollte der Fokus stärker auf Forschung und Entwicklung zur Effizienzsteigerung in der Bioenergieproduktion gelegt werden. Dies ist auch deshalb zu empfehlen, weil Biokraftstoffe bei steigenden Rohölpreisen auch ohne politische Förderung an Bedeutung gewinnen werden. Von daher ist eine ressourcenschonende Erzeugung wichtig, um die negativen Auswirkungen auf die Ernährungssicherung in Grenzen zu halten.

84. Auch bei Ausschöpfung aller Möglichkeiten, den globalen Nachfrageanstieg zu bremsen, ist davon auszugehen, dass eine erhebliche Steigerung des globalen Angebots erforderlich sein wird. Ein wichtiger Ansatz besteht darin, dafür zu sorgen, dass ein größerer Teil der jetzt schon produzierten Nahrungsmittelmenge überhaupt bis zu den Verbrauchern gelangt. Um die erheblichen Nachernteverluste insbesondere in den Entwicklungsländern zu reduzieren, ist eine Verbesserung der lokalen Infrastruktur für Lagerung, Transport und Verarbeitung sowie eine stärkere Förderung von Nacherntetechnologien erforderlich.

85. Aber auch die Agrarproduktion selbst muss gesteigert werden. Eine mögliche Ausdehnung der Ackerfläche wird in der Diskussion oftmals kategorisch ausgeschlossen. Allerdings ist

über ökonomische, ökologische und soziale Kosten-Nutzen-Relationen der agrarischen Expansion an unterschiedlichen Standorten wenig bekannt. Es sollte zumindest in entsprechende Forschung investiert werden, um die Informationsgrundlage zu verbessern. Allein über Flächenausdehnung wird aber die benötigte Produktionssteigerung zu ökologisch vertretbaren Kosten kaum zu erreichen sein. Deswegen sieht der Beirat nachhaltige Produktivitätssteigerung als zentrales Ziel. Nachhaltige Produktivitätssteigerung bedeutet, dass pro Output Einheit - gemessen am Ende der jeweiligen Wertschöpfungskette - weniger des Gesamtbündels an natürlichen Ressourcen beansprucht wird, wobei auch soziale Aspekte und in der tierischen Produktion Fragen des Tierschutzes zu berücksichtigen sind. Die Entwicklung geeigneter Bewertungskriterien für dieses Ziel setzt interdisziplinäre Forschung voraus und sollte hohe Priorität haben. Bisherige Partialansätze (zum Beispiel carbon footprint) greifen zu kurz und können sogar irreführend sein.

86. Nachhaltige Produktivitätssteigerung erfordert die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse und stärkere Förderung der Agrarforschung. Im Hinblick auf technologische Ansätze plädiert der Beirat dafür, dass keine Technologie von vornherein ausgeschlossen werden darf. Mit Blick auf das Ziel der nachhaltigen Produktivitätssteigerung müssen standörtlich angepasste Produktionssysteme und Wertschöpfungsketten entwickelt und umgesetzt werden. Dabei konkurrieren unterschiedliche Technologien auf Basis einheitlicher Bewertungskriterien. In vielen Fällen können innovative Kombinationen unterschiedlicher Ansätze erfolgversprechend sein.

87. Das Ziel der standörtlich angepassten nachhaltigen Produktivitätssteigerung muss grundsätzlich überall gelten, sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern. Zwar gibt es Gründe, dem agrarischen Wachstum in den Entwicklungsländern besondere Aufmerksamkeit zu widmen (siehe unten), aber dennoch spielt auch die Landwirtschaft in Europa eine wichtige Rolle für die Welternährungssicherung. Vor dem Hintergrund globaler Knappheiten und einer regional sehr unterschiedlichen Ressourcenausstattung sollte dort produziert werden, wo die jeweils knappen Ressourcen - bei Internalisierung externer Effekte - am effizientesten genutzt werden. Das Ziel der Welternährung sollte deutlicher in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU verankert werden und die tatsächliche Politik sollte stärker auf dieses Ziel hin ausgerichtet sein.

88. Eine undifferenzierte Befürwortung von Strategien mit höheren oder niedrigeren Intensitäten für zugekaufte Inputs ist nicht zielführend. Je nach Standort und Ausgangssituation kann nachhaltige Produktivitätssteigerung sowohl mehr als auch weniger zugekaufte Inputs erfordern. Vor allem in Afrika könnte eine Intensivierung erheblich mit zur effizienteren Ressourcennutzung beitragen, was durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen gefördert werden sollte. Umgekehrt kommt es in Deutschland und Europa gerade in der intensiven Tierhaltung teilweise zu erheblichen Nährstoffüberschüssen. Hier müssen die bereits vorhandenen Instrumente der betrieblichen Nährstoffbilanzierung genutzt werden, um effiziente Betriebe zu fördern und ineffiziente Betriebe zu maßregeln. Grundsätzlich ist sowohl national wie auch international eine Internalisierung externer Kosten anzustreben, damit die von Preisen ausgehenden Anreize nachhaltige Entwicklung unterstützen.

89. Polarisierende Kontroversen um verschiedene Technologien und landwirtschaftliche Produktionsformen sind kontraproduktiv, weil dabei das wirkliche Ziel der nachhaltigen Produktivitätssteigerung aus den Augen verloren wird. Die Politik und die Medien müssen eine wichtige Rolle dabei spielen, die öffentli-

che Diskussion zu versachlichen und zu entemotionalisieren. Dies erfordert auch den Mut, populäre Sichtweisen zu hinterfragen und mehr Nachdenklichkeit in die Debatte zu tragen.

90. Die deutsche Agrarforschung ist international wettbewerbsfähig und leistet einen wichtigen Beitrag zur Welternährungsicherung. Dieser deutsche Beitrag sollte weiter gestärkt werden. Geeignete Fördermechanismen, die eine effiziente Einbindung in das internationale Agrarforschungssystem gewährleisten, sind vorhanden und könnten durch Programme des BMELV ausgebaut werden. Die Forschung sollte sich primär am Ziel der nachhaltigen Produktivitätssteigerung orientieren. Dabei sollte sie den Zusammenhang der Produktionssysteme und Wertschöpfungsketten erfassen und nicht nur auf die Verbesserung von Einzelkomponenten ausgerichtet sein. Deutsche Agrarforscher können eine wichtige Rolle für die umfassende und vergleichende Nachhaltigkeitsbewertung wichtiger Produktionssysteme an unterschiedlichen Standorten der Welt spielen, die der Beirat zur Verbesserung der wissenschaftlichen Basis für weiterführende Diskussionsprozesse und Entscheidungen als besonders wichtig hervorhebt. Das BMELV könnte speziell hierzu ein Programm zur Förderung im Rahmen internationaler Forschungskonsortien initiieren.

91. Für die öffentliche Forschungsförderung und Entwicklungszusammenarbeit sollte der Kleinbauernsektor in den Entwicklungsländern besondere Aufmerksamkeit erfahren. Dort gibt es erhebliches Potential zur nachhaltigen Produktivitätssteigerung und große Herausforderungen in Bezug auf Anpassung an den Klimawandel. Der Kleinbauernsektor ist auch die wirtschaftliche Lebensgrundlage für einen Großteil der weltweit hungernden und in Armut lebenden Menschen. Angepasste Technologien können Einkommen steigern, Armut senken und den Zugang zu Nahrung verbessern. Aufgrund der schwierigen Bedingungen und des noch begrenzten kommerziellen Potentials, kann nachhaltige Produktivitätssteigerung im Kleinbauernsektor nicht allein durch privatwirtschaftliche Initiativen hervorgebracht werden. Begleitende Infrastrukturmaßnahmen, institutionelle Innovation zur Verbesserung des Marktzugangs und ein verlässlicher Rechtsrahmen bedürfen politischer Unterstützung. Die Rolle von Frauen sollte in Programmen zur ländlichen Entwicklung besonders berücksichtigt und weiter gestärkt werden.

92. Der internationale Agrarhandel kann zur nachhaltigen Entwicklung beitragen, und Entwicklungsländer - speziell auch Kleinbauern - sollten in die Lage versetzt werden, stärker vom Handel profitieren zu können. Ein starres Selbstversorgungsziel, wie von einigen Entwicklungsländern verfolgt, führt zu einer ineffizienten Ressourcennutzung. Für alle Seiten profitabler Handel setzt jedoch transparente Märkte und ein verlässliches Handelssystem voraus. Trotz der schrittweisen Liberalisierung des Agrarhandels sind die Bedingungen für die Entwicklungsländer häufig nicht fair. Die Agrar- und Handelspolitik der reichen Länder sollte stets auf Kohärenz mit entwicklungspolitischen Zielen überprüft werden. Aber auch die Entwicklungsländer selbst sollten ihre Agrar- und Handelspolitik reformieren und die nach wie vor beobachtete Diskriminierung der eigenen Landwirtschaft abbauen. Um durch Handel teilweise entstehende externe Kosten zu reduzieren, sollten Umweltstandards und Nachhaltigkeitsfragen besser im Regelwerk der WTO verankert werden.

Literatur

- AKER, J., (2011). Dial "A" for agriculture: A review of information and communication technologies for agricultural extension in developing countries. *Agricultural Economics* 42, 631-647.
- BADGLEY, C., et al., (2007). Organic agriculture and the global food supply. *Renewable Agriculture and Food Systems* 22, 86-108.
- BERINGER, T., LUCHT, W., SCHAPHOFF, S., (2011). Bioenergy production potential of global biomass plantations under environmental and agricultural constraints. *Global Change Biology Bioenergy* 3, 299-312.
- CIAIAN, P., KANCS, A., (2011). Food, energy and environment: Is bioenergy the missing link? *Food Policy* 36, 571-580.
- CORDELL, D., DRANGERT, J.-O., WHITE, S., (2009). The story of phosphorus: Global food security and food for thought. *Global Environmental Change* 19, 292-305.
- DUSSELDORP, M., SAUTER, A., (2011). Forschung zur Lösung des Welternährungsproblems - Ansatzpunkte, Strategien, Umsetzung. TAB-Arbeitsbericht Nr. 142, Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, Berlin.
- DE JANVRY, A., SADOULET, E., (2002). World poverty and the role of agricultural technology: Direct and indirect effects. *Journal of Development Studies* 38(4), 1-26.
- ECKER, O., QAIM, M., (2011). Analyzing nutritional impacts of policies: An empirical study for Malawi. *World Development* 39, 412-428.
- FAN, S., TORERO, M., HEADEY, D., (2011). Urgent action needed to prevent recurring food crises. IFPRI Policy Brief 16, IFPRI, Washington, DC.
- FAO, (2011). The State of Food Insecurity in the World: How does International Price Volatility affect Domestic Economies and Food Security? FAO, WFP, IFAD, Rom.
- FAO, (2010). The State of Food Insecurity in the World: Addressing Food Insecurity in Protracted Crises. FAO und WFP, Rom.
- FAO, (2009a). The State of Food Insecurity in the World: Economic Crises - Impacts and Lessons Learned. FAO, Rom.
- FAO, (2009b). How to Feed the World in 2050. High-Level Expert Forum, FAO, Rom.
- FAO, (2006). Livestock's Long Shadow: Environmental Issues and Options. FAO, Rom.
- FNR, (2011). Anbaufläche für nachwachsende Rohstoffe 2011. Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe, www.fnr.de
- FiBL, (2011). African Organic Agriculture Training Manual. Forschungsinstitut für Biologischen Landbau, www.organic-africa.net
- FISCHER, R. A., BYERLEE D., EDMEADES, G. O., (2009). Can Technology Deliver on the Yield Challenge to 2050? High-Level Expert Forum, FAO, Rom.
- FORESIGHT, (2011). The Future of Food and Farming: Challenges and Choices for Global Sustainability. The Government Office for Science, London.
- FRIEL, S., et al. (2009). Public health benefits of strategies to reduce greenhouse-gas emissions: food and agriculture. *The Lancet* 374, 2016-2025.
- GODFRAY, H. C. J., et al. (2010). Food security: the challenge of feeding 9 billion people. *Science* 327, 812-818.
- IAASTD, (2009). Executive Summary of the Synthesis Report. International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development, Washington, DC.
- ISERMAYER, F., et al. (2011a). Risiko- und Krisenmanagement in der Landwirtschaft: Zur Rolle des Staates beim Umgang mit Ertrags- und Preisrisiken. *Berichte über Landwirtschaft* 89, 177-203.
- ISERMAYER, F., et al. (2011 b). Förderung der Biogaserzeugung durch das EEG: Stellungnahme zur geplanten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. *Berichte über Landwirtschaft* 89, 204-216.
- ISERMAYER, F., et al. (2010). EU-Agrarpolitik nach 2013: Plädoyer für eine neue Politik für Ernährung, Landwirtschaft und ländliche Räume. *Berichte über Landwirtschaft* 88, 173-202.

- IVANIC, M., MARTIN, W., (2008). Implications of Higher Global Food Prices for Poverty in Low-Income Countries. World Bank Policy Research Working Paper 4593, World Bank, Washington, DC.
- KIRSCHKE, D., HÄGER, A., NOLEPPA, S., (2011). Redicovering Productivity in European Agriculture: Theoretical Background, Trends, Global Perspectives, and Policy Option. HFFA Working Paper 02/2011, Humboldt Universität, Berlin.
- LABORDE, D., (2011). Assessing the Land Use Change Consequences of European Bio fuel Policies. Final Report, ATLAS Consortium, IFPRI, Washington, DC.
- LOBELL, D. B. et al., (2011). Nonlinear heat effects on African maize as evidenced by historical yield trials. *Nature Climate Change* 1, 1-4.
- MAERTENS M., SWINNEN J. F. M., (2009). Trade, standards, and poverty: Evidence from Senegal. *World Development* 37, 161-178.
- MARKELOVA, H., et al., (2009). Collective action for smallholder market access. *Food Policy*, 34, 1-7.
- MATUSCHKE, I., QAIM, M., (2008). Seed market privatisation and farmers' access to crop technologies: The case of hybrid pearl millet adoption in India. *Journal of Agricultural Economics* 59, 498-515.
- NELSON, G. et al., (2010). Food Security, Farming, and Climate Change to 2050: Scenarios, Results, and Policy Options. IFPRI, Washington, DC.
- OECD-FAO, (2011). *Agricultural Outlook 2011-2020*. OECD und FAO, Paris.
- OERKE, E.-C., (2006). Crop losses to pests. *Journal of Agricultural Science* 144, 31-43. OXFAM, (2011). *Who Will Feed the World: The Production Challenge*. OXFAM Research Report, Boston.
- QAIM, M., (2010). Benefits of genetically modified crops for the poor: Household income, nutrition, and health. *New Biotechnology* 27, 552-557.
- QAIM, M., (2006). Bedeutung der Pflanzenzüchtung für die Welternährung. *Berichte über Landwirtschaft* 84, 198-212.
- QUISUMBING, A. R., et al., (1995). *Women: The Key to Food Security*. IFPRI, Washington, DC.
- RAO, E. J. O., QAIM, M., (2011). Supermarkets, farm household income, and poverty: Insights from Kenya. *World Development* 39, 784-796.
- Royal Society, (2009). *Reaping the Benefits: Science and the Sustainable Intensification of Global Agriculture*. The Royal Society, London.
- SWINNEN, J. F. M., SQUICCIARINI, P., VANDEMOORTELE, T., (2011). The food crises, mass media and the political economy of policy analysis and communication. *European Review of Agricultural Economics* 38, 409-426.
- SCHMITZ, C. et al., (2011). Trading more food: Implications for land use, greenhouse gas emissions, and the food system. *Global Environmental Change* doi:10.1016/j.gloenvcha.2011.09.013
- THIRTLE, C., LIN, L., PIESSE, J., (2003). The impact of research-led agricultural productivity growth on poverty reduction in Africa, Asia and Latin America. *World Development* 31, 1959-1975.
- UN, (2011). *World Population Prospects: The 2010 Revision*. United Nations Population Division, New York.
- UNEP, (2011). *Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Reduction*. UNEP, Nairobi.
- UNEP, (2007). *Global Environment Outlook, GEO-4 Environment for Development*. UNEP, Nairobi.
- VON BRAUN, J., QAIM, M., (2009). Herausforderungen der weltweiten Lebensmittelversorgung. *Landwirtschaftliche Rentenbank*, Frankfurt.
- VON BRAUN, J., (2008). *Biofuels, International Food Prices, and the Poor*. Testimony to the US Senate Committee on Energy and Natural Resources. IFPRI, Washington, DC.
- WBGU, (2011). *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen Deutschen der Bundesregierung, Berlin.
- Weltbank, (2008). *Weltentwicklungsbericht 2008; Landwirtschaft für Entwicklung*. Weltbank, Washington, DC.
- ISERMEYER, F., OTTE, A., CHRISTEN, O., DABBERT, S., FROHBERG, K., GRABSKI-KIERON, U., HARTUNG, J., HEISSENHUBER, A., HESS, J., KIRSCHKE, D., SCHMITZ, P.-M., SPILLER, A., SUNDRUM, A., THOROE, C., (2007). *Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik beim BMELV; Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung: Empfehlungen an die Politik*. Berichte über Landwirtschaft, Sonderheft 216, 198 S., W. Kohlhammer, Stuttgart.
- Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik beim BMVEL, (2005). *Zukunft der Nutztierhaltung*. BMELV, Berlin.
- Wissenschaftlicher Beirat beim BMELF, (1993). *Reduzierung der Stickstoffemissionen der Landwirtschaft*. *Angewandte Wissenschaft* 423, Münster-Hiltrup.
- YU, T.-H., et al. (2011). A quantitative analysis of trade policy responses to higher world agricultural commodity prices. *Food Policy* 36, 545-561.